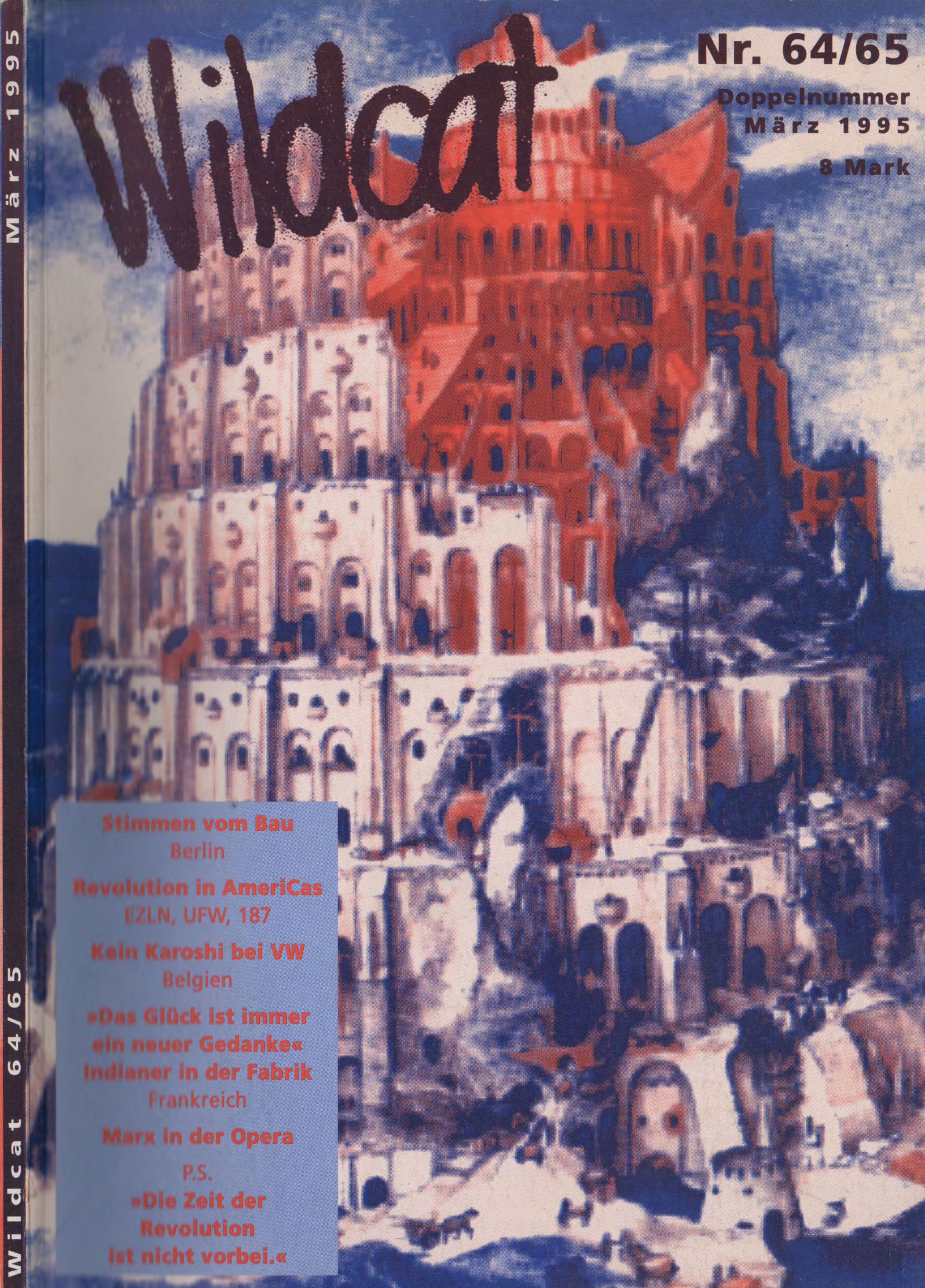
Wildcat

Nr. 64/65
Doppelnummer
März 1995
8 Mark



Stimmen vom Bau
Berlin

Revolution in AmeriCas
EZLN, UFW, 187

Kein Karoshi bei VW
Belgien

»Das Glück ist immer ein neuer Gedanke«
Indianer in der Fabrik
Frankreich

Marx in der Opera

P.S.
»Die Zeit der Revolution ist nicht vorbei.«

Wildcat 64/65 März 1995

Kontaktadressen der Wildcat:

Sisina, Postfach 360 527,
10975 Berlin - 030/6121848

Sisina, Postfach 301 206,
50782 Köln

Wildcat, Postfach 306 325,
20354 Hamburg

Wildcat im Friedensbüro, M2, 15b,
68161 Mannheim

Postlagerkarte 17 26 49 E,
7800 Freiburg

e-mail: WILDCAT@link-lev.cl.sub.de
WILDCAT@link-lev.comlink.apc.org

Bezugsbedingungen:

Einzelbestellungen bei der Berliner Adresse nur gegen Vorkasse an:

Sisina, Konto 31502-109,
Postgiroamt Berlin (BLZ 100 100 10)
Alle Preise einschließlich Versandkosten

Wichtig: Außer der Überweisung muß unbedingt auch eine schriftliche Bestellung eingehen, da die Postbank oft keine Überweisungsbelege mit der Adresse mehr weiterleitet!

Wildcat: Einzelheft 5 Mark, Abo: 5 Hefte für 20 Mark, Förderabo: 40 Mark

V.i.S.d.P. ist P. Müller

Eigentumsvorbehalt

Diese Zeitung ist Eigentum des Absenders. Eine »Zurhabenahme« ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile an den Absender zurückzuschicken.

DIE AKTION
Zeitschrift für Politik, Literatur, Kunst
S O N D E R H E F T

Marta Durán de Huerta Patiño

VIVA ZAPATA!

Gespräche mit Subcomandante Marcos in Chiapas

Ca. 80 Seiten, ca. DM 10,00 / sFr 11,00 / öS 78,00. Dieses Sonderheft erscheint voraussichtlich im Februar. Bitte beim Verlag vorbestellen!

Edition Nautilus
Am Brink 10 ◆ D-21029 Hamburg

B ü c h e r

TheKla 10 – Zerowork – Politische Materialien aus den USA von 1975 und 1977 zum nordamerikanischen und internationalen Klassenkampf. Übersetzung der beiden Ausgaben der Zeitschrift »Zerowork«, die das Vorläuferprojekt der »Midnight Notes« war (s. TheKla 12, 14 und 17).
288 Seiten, 12 Mark

TheKla 11 – Jobberversuche 1981-88
Jobbergruppen berichten von ihren Versuchen, die Ausbeutung in der Region auf- und anzugreifen, über ihre guten Erfahrungen und ihre Fehler.
132 Seiten, 7 Mark

TheKla 12 - Arbeit, Entropie, Apokalypse
Analysen des *Midnight Notes Collective* zur internationalen Klassensituation und zur Kritik der bürgerlichen Wissenschaft. Im Anhang Lordstown – Produktive Sabotage, über Arbeiterkämpfe 1974 am schnellsten Fließband der Welt in Ohio.
148 Seiten, 7 Mark

TheKla 13 – Klassenkämpfe im Sozialismus Polen: Arbeiter gegen sozialistische Verwertung; China: Massaker für die Reformen; Frankreich: Interviews mit Krankenschwestern; Klassenkämpfe in England.
152 Seiten, 7 Mark

TheKla 14 – Ölwechsel – Klassenkampf und »neue Weltordnung« Texte zum Golfkrieg, Energiesektor und Klassenkampf, Ursprung der Schuldenkrise. Außerdem: Zionismus – Mißgeburt der Arbeiterbewegung.
160 Seiten, 8 Mark

TheKla 15 – Schichtwechsel: Fiat und die ArbeiterInnen. Die Immigration – der Heiße Herbst – der Waffenstillstand – die 35 Tage. Fiat-ArbeiterInnen erzählen in vielen Interviews die Geschichte ihrer Kämpfe von den 60er Jahren bis 1980. Dazu ein Epilog Ende der 80er, ein Beitrag zu Fiat nach der Umstrukturierung, Flugis von Anfang der 90er.
erweiterte Neuauflage,176 Seiten, 10 Mark

Fabrikguerilla in Mailand 1980/81:
Geschichte der Kolonne »Walter Alasia« der Roten Brigaden *210 Seiten; 12 Mark*

Sabotage – ArbeiterInnen aus den USA erzählen über ihre Jobs und ihren Kampf dagegen, Thekla 16
162 Seiten, B4, mit Bildern; 16 Mark

Wieder erhältlich:

Zehn Tage dieEngland veränderten
Originaltitel: »Like a Summer with a Thousands Julys ... and other Seasons...«, Über die Hintergründe der sozialen Revolte in Großbritannien im Sommer 1981
176 Seiten, Commune/Rhizom 1986
9 Mark (6 Mark plus 3 Mark Versand)

Louis Adamic, Dynamit – Geschichte des Klassenkampfs in den USA (1880 bis 1930)
Berühmtes Buch über u.a. die Molly Maguires, Haymarket, die Wobblies (IWW), den Terrorismus der AFL, Sacco und Vanzetti und die Entstehung eines Teils des Gangstertums aus der organisierten Arbeiterbewegung.
416 Seiten, Commune/Rhizom 1985
13 Mark (9 Mark plus 4 Mark Versand)

Arbeitsrecht für Flüchtlinge

Keine Angst vor Chefs, Arbeitsämtern und Arbeitsgerichten!

Flüchtlinge bekommen nur die miesen Jobs, die sonst niemand haben will. Dafür sorgen die staatlichen Regelungen zur Arbeitserlaubnis. Von den Chefs werden sie oft noch zusätzlich beschissen – weil sie besonders erpressbar sind, oder weil sie ihre Rechte gar nicht kennen.
Die Broschüre (16 Seiten A5, bisher auf deutsch und französisch) soll Flüchtlingen Informationen an die Hand geben, aber auch ein erster Schritt sein zu einer Auseinandersetzung mit der Ausbeutung und gemeinsamen Aktionen dagegen. Sie enthält Informationen zu:
Arbeitserlaubnis ★ Arbeitslosenunterstützung ★ Lohnfortzahlung ★ Urlaub ★ Feiertage ★ Kündigung ★ Arbeitsgerichtsprozesse ★ Zwangsarbeit nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ★ Schwarzarbeit ★ Saisonarbeit und Werkverträge

Bestellungen gegen Briefmarken oder Scheck an: Jugendclub Courage, Bismarckstr. 40, 50672 Köln *(Deutsche Ausgabe: 1Ex. 2DM, 5Ex. 4DM, 10Ex. 6DM, 20Ex. 10DM, incl. Porto. Französisch: Kopiervorlage)*

Inhalt

Ein neuer Wind 1

Bau – Boom – Basta! 5

¡Basta! Berlin-Brandenburger BauarbeiterInnen Blatt 10

»Längst hat der Bauer die Realität der Welt begriffen«

NAFTA, LandarbeiterInnen, illegale MigrantInnen und die EZLN 14

Kalifornien: »Proposition 187« 18

Buchbesprechung: City of Quartz 21

Landarbeit in den 90er Jahren: Wo stehen wir? 23

Die Stimmen aus dem Südosten Mexikos 27

»Wir wollen nicht am Band krepieren«

Ein »untypischer« Streik bei VW in Brüssel 35

Lean Production als Hebel für eine neue Arbeitermacht
Streiks in der amerikanischen Autoindustrie 49

¡No! ArbeiterInnen bei Opel in Zaragoza stimmen gegen
die Einführung von Gruppenarbeit 55

Umstrukturierung der Großchemie und neue Lohnmodelle
Stammbelegschaften werden angegriffen 58

Italien: Mehr Arbeit, weniger Rente! 62

Frankreich: Die Fabrik der Casseurs, Apachen auf dem Kriegspfad 69

»Das Glück ist immer ein neuer Gedanke«
Die Bewegung im Frühjahr 1994 73

Air France: Was kommt nach einem wilden Streik 81

Streikwelle in Frankreich seit dem Herbst 1994 87

Es knallt in der Musterfabrik
von Péchiney in Dunkerque 87

Die Apachen (von GEC-Alsthom)
sind wieder auf dem Kriegspfad 89

Von Putzfrauen, LeiharbeiterInnen,
Schauspielern und Geiselnehmern (ab S. 91)

Renaissance des Operaismus? 99

Neue Bücher zum Operaismus 111

Keine Buchbesprechung: L.U.P.U.S. 113

Bücher zu Kurdistan und »Nahem Osten« 116

»Ein neuer Wind kommt auf, er kommt mit Lüften aus der Vergangenheit und mit einer Brise, die unverwechselbar nach Zukunft riecht. Dieser neue Wind ist jung an Leuten und an Ideen, er sucht eine bessere Erde ... Dieser Wind hat sich eingeschifft.«

DA SIND WIR WIEDER. Diese Wildcat ist recht dick geworden, sie hatte auch einen langen Reifungsprozeß. Nach einem größeren Treffen letztes Jahr hat sich die Diskussion zunächst einmal in internen »Zirkularen« entwickelt, und uns fehlte die Kraft, mit der gleichen Energie die Herausgabe der Zeitschrift zu betreiben. Daher hat sich jetzt einiges angesammelt, und herausgekommen ist statt einer Zeitschrift ein kleines »Lesebuch«. Ihr könnt es an einem sonnigen Frühlingstag von vorne bis hinten durchlesen, oder ihr blättert herum, amüsiert euch über die Sabotage-Tricks in den USA oder bei den Elektrizitätswerken an der Loire und bleibt an den Flugblättern der französischen Jugendlichen hängen. Oder ihr lauscht dem, was die ArbeiterInnen von VW Brüssel und in Dunkerque uns erzählen, oder ihr zieht gleich los, kopiert das Flugblatt der Berliner BauarbeiterInnen und verteilt es auf euren Baustellen, erzählt euren KollegInnen am Band, wie sich mit ein paar simplen Rückleuchten der größte Konzern der Welt in die Knie zwingen läßt. Wir hoffen jedenfalls auf einen vielfältigen Gebrauch des Materials, das wir zusammengestellt haben. Natürlich hoffen wir auch auf eine politische Diskussion, damit aus den vielen Stimmen ein Zusammenhalt wird, der die Welt verändert – wie Harry Cleaver so schön schreibt, beeindruckt von der Poesie aus dem lacandonischen Urwald.

Was können die Grundlagen für einen solchen Zusammenhalt sein? Liegen die verschiedenen Stimmen und Kämpfe nicht viel zu weit auseinander? Bleiben sie nicht alle isoliert?

Die grundlegenden Konflikte in den unterschiedlichsten Situationen sind immer deutlicher mit einem roten Faden untereinander verbunden. Es geht um die Abpressung von Arbeit und die Zurichtung der globalen Gesellschaft zu diesem Zweck mit verschiedenen Mitteln – sei es die politisch ausgeklügelte Arbeitsorganisation in der Fabrik, die Lohnsenkung für Jugendliche in Frankreich, der Angriff auf die gemeinschaftliche Bodennutzung in Chiapas oder die Politik gegen ImmigrantInnen in Kalifornien.

Im Mittelpunkt der letzten Wildcat stand die Umstrukturierung und der erneute Krisenangriff, dem sich die Gewerkschaften unterwarfen wie bei VW in Deutschland, oder dem die ArbeiterInnen selbständig etwas entgegensetzten wie bei Air France in Frankreich. Das eigentliche Ziel des Krisenangriffs war schon damals klar: Alle sollen mehr arbeiten und dafür weniger bekommen. Aber die Darstellung der Krise als Naturereignis und das allgemeine Gejammere über die Arbeitslosigkeit lenkten das vordergründige Interesse darauf, einen Arbeitsplatz zu haben. Und weil dies so unendlich wichtig sei, entwickelte sich ein breiter Konsens zur *»Beschäftigungssicherung und -förderung«*, dem vieles geopfert wurde, was einstmals als soziale Garantien der Marktwirtschaft gefeiert worden war. Wer heute über *»Beschäftigungsförderung«* spricht – ob es nun die Gewerkschaften, die Kirchen, die Unternehmer oder Regierungsvertreter sind – meint damit Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, Verzicht auf Lohn und soziale Garantien, Intensivierung der Arbeit und Ausweitung der Arbeitszeit.

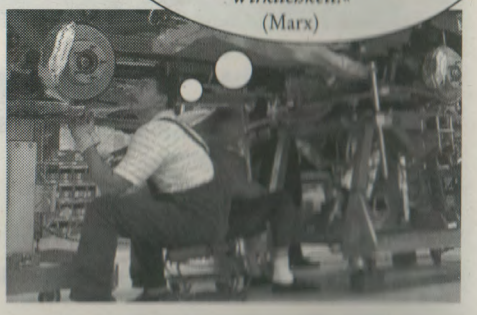
Nach den Schrecken der Krise der Terror der Arbeit

Die ArbeiterInnen haben begonnen, das Blatt zu wenden. Die Artikel über VW in Belgien, die Autoindustrie in Nordamerika, Péchiney und Alsthom in Frankreich und Fiat in Italien erzählen von Kämpfen, die sich trotz der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit gegen den unerträglichen Terror der Arbeit selber wenden. Die Krankenstände in den Betrieben sind wieder in die Höhe geschnellt, auch in der BRD bei Siemens, Opel oder Ford. ArbeiterInnen kündigen und verzichten von sich aus auf das »Privileg«, zu den »Arbeitsplatzbesitzern« zu gehören, weil sie nicht mehr einsehen, warum sie sich dafür zu Tode schuften sollen. *»Es gibt Leute, die sagen, wir sind privilegiert, weil wir einen Arbeitsplatz haben. Aber was für einen!«*, kommentierte ein VW-Arbeiter aus Brüssel. Als VW auf der Grundlage des »Generationenvertrages« Hunderte von ArbeiterInnen von Emden in die zweihundert Kilometer entfernte Fabrik in Hannover abkommandierte und dort notdürftig in ehemaligen Kasernen unterbrachte, kündigten einige ihren »Traumjob« bei VW.

Der Alptraum von der Standort-Sicherung

Dieser »Generationenvertrag« ist ein typisches Beispiel für die enormen Zumutungen, die das Kapital in den letzten zwei Jahren in den Fabriken durchsetzen konnte. Auf allen Ebenen wurde die lebendige Arbeit flexibilisiert: Bei der Verteilung der Arbeitszeit, so wie es die Unternehmer gerade brauchen. Mehrarbeit und Samstagsschichten nach Belieben und ohne Zuschläge, Verteilung der Arbeitszeit über das ganze Jahr, oder wie Opel während der Tarifrunde forderte, über zwei Jahre. Losreißung der ArbeiterInnen von bestimmten Arbeitsplätzen oder Maschinen, oder wie bei VW sogar von bestimmten Wohnorten. Abschaffung von gemeinsamen Pausen und ein gesteigerter Druck gegen Kranke mit Hausbesuchen oder der Kopplung von Lohnbestandteilen an den Krankenstand. Überhaupt sollen die Löhne unmittelbarer an das Verhalten des einzelnen und seine Leistung gebunden werden. Gewerkschaften und Betriebsräte haben im Rahmen der »Standortdiskussion«, die von ihnen selber mitbetrieben wurde, auf allen Ebenen Zugeständnisse gemacht. In der Autoindustrie verpflichteten sie sich dazu, die gewünschten »Quantensprünge« in der Produktivität durchzusetzen, im Öffentlichen Dienst beschloß der Gewerkschaftstag seine Zustimmung zur leistungsbezogenen Entlohnung. Bei der 4-Tage-Woche von VW, die bis in linke Kreise hinein als echte Alternative zu den Massenentlassungen in anderen Betrieben gefeiert wurde, hat sich alles bestätigt, was wir schon in der letzten Wildcat geschrieben haben. Sie war das geschicktere Modell, um die Produktivität zu steigern. Die gerade in Gang gekommene Einführung von KVP und Gruppenarbeit sollte nicht durch Konflikte um Massenentlassungen gestört

»Das ›Haus des Schreckens‹ für Paupers, wovon die Kapitalistenseele 1770 noch träumte, erhob sich wenige Jahre später als riesiges ›Arbeitshaus‹ für die Manufakturarbeiter selbst. Es hieß Fabrik. Und diesmal erblaßte das Ideal vor der Wirklichkeit.«
(Marx)



werden, wie es viele Betriebe erlebten. Heute, so erklärte ein junger VW-Arbeiter der Presse, sei das Arbeitstempo dermaßen gesteigert worden, daß viele eine Rückkehr zur Normalarbeitszeit nicht mehr verkraften würden.

Gruppenarbeit und »fraktale Fabrik«

Malen wir jetzt zu schwarz? Das alles war doch verbunden mit der Einführung einer humaneren Arbeitsorganisation, Gruppenarbeit und mehr Verantwortung für die ArbeiterInnen. Sie sollen jetzt selber entscheiden, wie die Arbeitsabläufe am besten zu gestalten sind, und die Arbeit wird interessanter. Dies ist die Ideologie, die die Gewerkschaften für ihre Beteiligung an der Umstrukturierung dringend brauchten. Aber was hat sich denn geändert? Sind die Fließbänder abgeschafft worden? Ist die Arbeit geruhsamer geworden?

Opel hat inzwischen angekündigt, daß die Versuche mit Insel-Montage und Verlängerung der Taktzeiten in der Rüsselsheimer Fabrik wieder eingestellt werden. Bezüglich Qualität und Kosten sei eine solche Arbeitsorganisation nicht tragbar. Am besten und schnellsten werde immer noch dann gearbeitet, wenn stets die gleichen kurzen Arbeitsschritte ohne nachzudenken wiederholt werden. Und die Stückzahlen werden nicht kleiner, die Produktion abwechslungsreicher, wie es die Theoretiker des »Postfordismus« behauptet hatten. Im Gegenteil, eine wesentliche Rationalisierungsform besteht darin, für die verschiedensten Modelle dieselben Einzelteile zu benutzen, die dann in riesigen Stückzahlen kostengünstiger produziert werden können. Es sind auf allen Ebenen die klassischen Instrumente des Drucks und der Aufsplitterung der Arbeit, mit denen sich das Kapital mehr lebendige Arbeit einverleiben will. Die »Gruppenarbeit«, die in vielen Betrieben mit regelrechten Werbekampagnen über Arbeitshumanisierung eingeführt wurde, war nur die Angriffswaffe, mit der alte Bastionen von Arbeitermacht geschleift werden sollten. Wenn sich die ArbeiterInnen aufgrund von Lohn- und Qualifizierungsangeboten bzw. Entlassungsdrohungen einmal auf dieses Spiel eingelassen haben, wird der Druck systematisch erhöht, sich einzig und allein für die Profitabilität der Firma den Kopf zu zerbrechen. In einigen Fällen haben die ArbeiterInnen den Köder Gruppenarbeit erst gar nicht geschluckt (siehe den Bericht zu Opel in Zaragoza), und auch das Management bleibt skeptisch. Aus gutem Grund: es denkt politischer als die akademischen und gewerkschaftlichen Verfechter dieser neuen »harmonischen« Arbeitsbeziehungen, die von ihren Schreibtischen aus darüber hinwegsehen, daß die Arbeit eine Tretmühle bleibt und immer auf irgendeine Weise abgepreßt werden muß.

Die Kapitalisten lassen sich von der äußerlichen Ruhe an der Klassenfront nicht täuschen und wissen um das grundsätzliche Dilemma. Sie würden sich nur zu gerne unsere gesamte Produktivität und Kreativität einverleiben, aber die können auch für den Kampf funktionieren! *»Doch nicht, weil es wahnsinnig wäre, reduziert das Kapital den Arbeiter unmittelbar auf seine Funktion als Anhängsel der Maschine. Wenn ihm nämlich die ›Disponibilität‹ auch der ›neu zusammengesetzten‹ Arbeiter garantiert wäre, würde der Kapitalist die schöpferischen Fähigkeiten des Arbeiters sehr wohl so weit wie möglich entfalten und folglich auch seinen Organisationsdrang fördern, denn der multipliziert die Kreativität und spart ihm damit Arbeit ein. Doch die Strukuren der Klassenausbeutung, auf denen die Automation und die Planung beruhen, machen die Übertragung der Verantwortung und die objektiven neuen Zusammensetzungsprozesse oft gerade zu jenen Mechanismen, die die erneute Umwandlung des variablen Kapitals zur Arbeiterklasse vermitteln, die sich ihres historischen Antagonismus bewußt ist.«* (Alquati) Das schrieb einer der Begründer des italienischen Operaismus (dessen Entstehung wir in diesem Heft ausführlicher beleuchten) vor über dreißig Jahren. Das Problem stellt sich heute genauso. Die Nutzung der Arbeiterkreativität ist für den Kapitalisten nur dann gefahrlos möglich, wenn es ihm gelingt, die ArbeiterInnen als variables Kapital zu atomisieren – so wie es dem japanischen Kapital durch die brutale Zerstörung von Klassenorganisationen nach dem zweiten Weltkrieg gelungen ist. Und umgekehrt: Zeigt sich in Streikbewegungen wie bei Péchiney nicht bereits dieser »Mechanismus« der »Rückverwandlung« zur antagonistischen Arbeiterklasse?

Den Kapitalisten ist klar, daß sie die ArbeiterInnen nur im Rahmen einer weiteren Zersplitterung und Isolierung in ihre Pläne einbeziehen können. »Schlanke Produktion« heißt, daß die großen Firmen in kleine und kleinste Einheiten zergliedert werden. Die ArbeiterInnen sollen sich selbst wie kleine Firmen fühlen, die sich gegenseitig Vorprodukte verkaufen. Eine der vielen modischen Wortschöpfungen für diese Angriffspläne der Unternehmer heißt *»fraktale Fabrik«*. Bei VW ist eine *»Betriebsvereinbarung fraktale Fabrik«* in Vorbereitung, in der geregelt werden soll, wie die ArbeiterInnen von Zulieferfirmen in die Produktion von VW eingegliedert werden. Dann stehen am selben Band bunt gemischt Leute von zig verschiedenen Firmen, mit den unterschiedlichsten Bedingungen, die im Konfliktfall gegen ihre jeweiligen Chefs kämpfen müssen. Die »fraktale Fabrik« spinnt nur fort, was sich schon entwickelt: Leih- und Subunternehmer in den Betrieben und auf den Baustellen, Auslagerung der Teileproduktion ins In- und Ausland, ständige Neuzusammensetzung der Arbeitsgruppen und »kontinuerliche Verbesserungsprozesse«, d.h. Intensivierung der Arbeit selber.

Sozialstaat für den Arbeitszwang

Dieses Modell setzt Arbeitsmärkte voraus, auf denen sich nebeneinander die unterschiedlichsten Bedingungen finden und kombinieren lassen: qualifizierte, hochintensive Arbeit zu hohen Löhnen, Zuliefer- und Dienstleistungsarbeit zu schlechteren Löhnen. In den aktuellen Debatten um die Beschäftigung von »Ausländern« in der Bauwirtschaft (»Entsenderichtlinien«) verlangt das Kapital unverhohlen, daß es die Leute hier zu den Löhnen ihrer jeweiligen Herkunftsländer ausbeuten darf (siehe Artikel zum Bau). In seinem Urteil zum Zweitregister für die Seeschiffahrt hat das Bundesverfassungsgericht diese Position bereits zur rechtlichen Norm erhoben. Neben dieser nationalistischen und rassistischen Aufteilung der Arbeitsmärkte verlangt das Kapital aber auch die Aufspaltung an der Leistung. Für eine dauerhafte soziale Absicherung über den Betrieb ist in der »schlanken Produktion« kein Platz mehr. In ihrem Kampf gegen die Auslagerung der Sitzefertigung hatten die VW-ArbeiterInnen in Brüssel das bereits klar gesehen. Ihr Streik im September '94 richtete sich direkt gegen die »Lean production«.

Das linke Geschwafel von der »Zwei-Drittel-Gesellschaft« geht schon lange an der Realität vorbei. Die neuen Konzepte der Multis wollen die ganze Gesellschaft umgestalten. Der Europa-Chef von General Motors skizzierte im letzten Frühjahr ein Gesellschaftsmodell, das der »schlanken Produktion« entsprechen würde: *»... der Anteil der 20- und 30jährigen [in der Autoindustrie] wird zunehmen. Gerade in der Produktion werden Leute gebraucht, die voll Power im Drei-Schicht-Betrieb 40 Stunden in der Woche arbeiten. Es ist*

eine unumstößliche Tatsache, daß künftig härter gearbeitet werden muß, um Arbeitsplätze zu erhalten.... Einige Frühpensionierte werden Arbeit in anderen Bereichen finden. In Amerika ist das längst üblich. Dort arbeiten viele ältere Arbeitnehmer in Supermärkten, was früher meistens jüngere Leute gemacht haben. Einige fanden Jobs in Reisebüros, in den Banken, in der Computerbranche. ... Es könnte so aussehen: Zu Beginn einer Berufslaufbahn wird ein Arbeitnehmer rund 20 Jahre bei einem Autohersteller, etwa in der Montage, beschäftigt sein. Die Firma zahlt seinen Lohn einschließlich aller Nebenkosten, die Hälfte seiner Sozialversicherungen, Beiträge für die Betriebsrente und dergleichen mehr. Wenn er dann in den vorzeitigen Ruhestand geht, könnte er mit einem Job im Dienstleistungsgewerbe sein Einkommen aufbessern. Dort müßte er auf Zusatzvergünstigungen verzichten, die sich das Service-Unternehmen nicht leisten kann, weil sein Dienstleistungsangebot sonst zu teuer wird. Er braucht sie da auch nicht, weil er ja ohnehin eine Rente bezieht.« (Hughes im Interview mit »Die Woche«, 7.4.94)

Ersetzen wir das Wort »Rente« durch »Mindesteinkommen« oder »Existenzgeld«, so haben wir eine ziemlich genaue Beschreibung von den neoliberalen Konzepten zum Umbau des Sozialstaats. Die bisherige Form der sozialen Absicherung über die Sozialversicherung war auf den »Normalfall« des lohnarbeitenden Mannes abgestellt, der vom Lohn seine Familie ernähren – und damit kontrollieren – konnte, und sich dafür dem Elend der lebenslänglichen Arbeit unterwarf. Dieses Modell habe seine »integrative Kraft« verloren, beklagen die Sozialpolitiker. Das Problem ist nicht in erster Linie, daß der Sozialstaat zu teuer geworden ist, sondern daß er nicht mehr ausreichend als Zwang zur lebenslangen Arbeit funktioniert. Außerdem versagt er als Absicherung der zunehmend prekär Beschäftigten, die sich mit gelegentlicher Arbeit oder miesen Frauenjobs keine ausreichenden Rentenansprüche erwerben können. Die Modelle des »Mindesteinkommens« versprechen Abhilfe: die Leistung ist nicht an die vorhergehende Arbeitstätigkeit gebunden, aber sie ist so niedrig, daß sie zur Arbeit in miesen Dienstleistungsjobs zwingt. Mittlerweile ist das sogar von einigen Arbeitsloseninitiativen erkannt worden, die bisher die Forderung nach einem »Existenzgeld« erhoben hatten. Unklar ist, ob sie sich damit grundsätzlich von einer Politik lösen werden, die auf die – natürlich kritische – Beteiligung an der staatlichen Diskussion um einen Umbau des Sozialstaats orientiert. Von der haben wir nämlich nichts anderes zu erwarten, als eine Anpassung der sozialen Sicherheit an die Erfordernisse des allgegenwärtigen Arbeitszwangs.

Als sich die Jugendlichen in Frankreich gegen die Kürzung des Mindestlohns erhoben, hatten sie es nicht nötig, sich auf den staatlich verordneten Diskurs einzulassen. Im Gegenteil: auf der »Siegesdemo« in Paris, als die Regierung ihren Plan bereits zurückgezogen hatte, zeigten sie, daß ihre Wut auf diese Gesellschaft sich nicht mit ein bißchen Mindestlohn abkühlen läßt (siehe den Artikel zur Bewegung im März 1994).

Visionen und Kämpfe

Die Ausführungen von Hughes, die »fraktale Fabrik« oder das Modell Mindesteinkommen sind Visionen der Kapitalisten von einem entscheidenden Sieg über die Arbeiterklasse. Sie stehen hinter den Strategien der Unternehmer und sollen politische Entscheidungen in ihrem Sinn beeinflussen. Wir müssen sie kennen, um zu wissen, wohin der Hase laufen soll, aber sie entscheiden nicht über die zukünftige Entwicklung. Denn sie unterstellen, daß es die Arbeiterklasse als politischen Faktor nicht mehr gibt. Und daß sich die Menschen wie die idealen martkförmigen und atomisierten Individuen verhalten, die nicht mehr in der Lage sind, kollektiv zu handeln, und die nicht mehr zwischen sich und ihren Ausbeutern unterscheiden und auf der Basis dieses Unterschieds gemeinschaftliche Beziehungen untereinander eingehen können. Die im folgenden dargestellten Kämpfe zeigen, wie wenig dies der Wirklichkeit entspricht. Die Realität der ArbeiterInnen ist eine andere: Diese Gesellschaft produziert Armut und den Zwang zur Arbeit. Kein noch so »marktkonformes Verhalten der Wirtschaftssubjekte« kann dem aus dem Weg gehen. Nur der gemeinsame Kampf kann gegen diesen grundlegenden Widerspruch angehen.

Die ArbeiterInnen sind heute extrem isoliert voneinander und verhalten sich selbst noch widersprüchlich, schwanken zwischen Kampf und Kollaboration hin- und her. Der Staat, die Medien und die Gewerkschaften tun ihr Möglichstes, um die einzelnen Kämpfe getrennt zu halten und den ArbeiterInnen jedes Bewußtsein ihrer möglichen Macht zu rauben.

Ein geradezu kurioses Beispiel lieferte der Streik der IG Metall in Bayern. Die Gewerkschaft stützte sich auf ein umfangreiches Computersystem, in dem sie in den letzten Jahren alle Zulieferbeziehungen zwischen den Betrieben erfaßt hat. Es enthält das Wissen darüber, wo ein kurzer Streik das Kapital sofort in die Knie zwingen kann. In den USA haben die AutoarbeiterInnen vorgeführt, wie sich diese »Just-in-time«-Ketten gegen die Unternehmer benutzen lassen. Die IG Metall nutzte es, um herauszufinden, wo auf keinen Fall gestreikt werden durfte! Der 116 ist nur das vorgeschobene Argument, um ihre Komplizenschaft mit der nationalen Industrie zu verschleiern.

Meistens wissen die ArbeiterInnen selber ganz gut, wie sie die Produktion am effektivsten blockieren können. Auf einigen Berliner Baustellen mußte niemand den Arbeitern erzählen, daß sich mit einer Kran-Besetzung die gesamte Baustelle lahmlegen läßt. Das größte Problem ist heute, über die Beschränkung auf einen Betrieb rauszukommen. Den VW-ArbeiterInnen in Brüssel war klar, daß sie Kontakt zu den ArbeiterInnen in Deutschland oder Spanien brauchten – da zu jener Zeit in Barcelona oder in Emden ganz ähnliche Konflikte liefen. Aber sie mußten die leidvolle Erfahrung machen, daß die Gewerkschaften diese Kontakte sabotieren, daß im vielgepriesenen Eurobetriebsrat nur die Konkurrenz zwischen den Standorten organisiert wird und ein Informationsfluß von unten unerwünscht ist.

Im Zeitalter der allgegenwärtigen elektronischen Vernetzung fehlt es gerade den ArbeiterInnen an »Briefträgern« (siehe Operaismus-Artikel), die die Informationen über (auch kleine) Kämpfe, Auseinandersetzungen und Spaltungsversuche des Unternehmers weitergeben. Wir sind heute schneller über die Vorgänge im lacandonischen Urwald informiert als über einen kurzen Streik im nächsten Daimler-Werk. Das liegt daran, daß sich viele Menschen darum kümmern, die Informationen aus Chiapas zu sammeln und über Telefon, Fax und Internet weiterzugeben. Eine solche Arbeit müssen wir auch zu anderen Kämpfen auf die Beine stellen, aber das reicht noch lange nicht aus. Denn das Sammeln und Weitergeben muß verbunden sein mit der Untersuchung der neuen Ausbeutungssituationen vor Ort, Kontakte mit den ArbeiterInnen, Weitergabe des Wissens und letztlich organisiertem Eingreifen, damit der rote Faden, der die Konflikte miteinander verbindet, stärker wird. Wo das nicht zusammenkommt, ertrinken die Leute in der Informationsflut.

Und deshalb gehört auch die theoretische Debatte dazu, also zum Beispiel die Diskussion über die Proletarisierung weiterzuführen, die Karl Heinz Roth vor eineinhalb Jahren neu angestoßen hat. Seine grundlegenden Thesen über die weltweite Angleichung der Konfrontationslinien bestätigen sich. Und die folgenden Berichte zeigen auch, daß die Spaltungen nicht mehr so einfach funktionieren, weil heute die Schrecken der Arbeit genau so groß werden, wie die Schrecken der Arbeitslosigkeit. ▶

Bau – Boom – Basta!

Erste grobe und unvollständige Thesen dazu, wie auf dem Bau der Zwang zur Arbeit verschärft werden soll und welche Möglichkeiten uns das eröffnet. Unvollständig in vielerlei Hinsicht: Um z.B. nicht gleich ein Buch draus zu machen, beginnt die Geschichte hier mit der Zeit ab 1945. Die sozialstaatliche Absicherung in beiden Richtungen ist aber viel älter. Und das ganze wird stark von der Kapitalseite aus betrachtet. Eine Fortsetzung mit Betonung der subjektiven Seite der Klasse (verschiedene Subjekte der Migration, Ansässige, Deutsche; welche Arten von Migration spielen aktuell eine Rolle und/oder welche hätten die Herrschenden gerne usw.) und ihrer Kämpfe soll folgen.

1. Das Ende des (nationalen) »Sozialpakts« auf dem Bau?

(oder, mit den Worten des Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft IG Bau Steine Erden (IG BSE), Bruno Köbele, in der Überschrift zu seinem Leitartikel im GRUNDSTEIN 2-95: ***»Gefährdet der Europäische Binnenmarkt unsere nationale Sozial- und Tarifpolitik im Baugewerbe?«***)

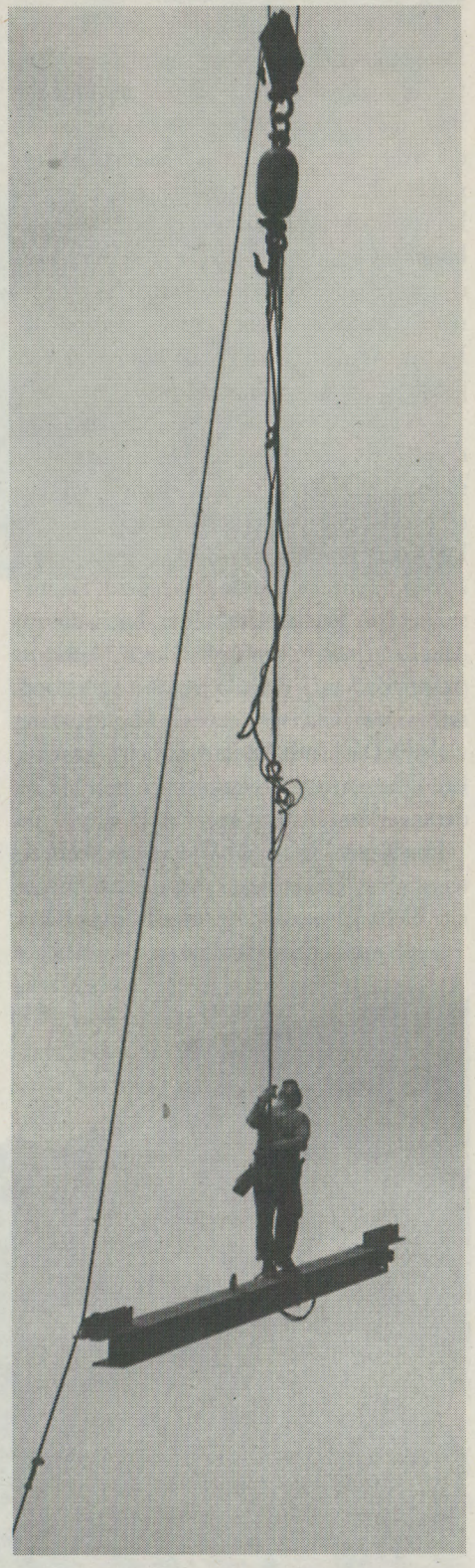
Das Hauptproblem des Kapitals liegt auf dem Bau wie in allen anderen Sektoren darin, aus Arbeitskraft Arbeit zu machen. Der »Sozialpakt« entstand aus einem Kräftegleichgewicht zwischen Kapital und Klasse. Aus der gegenseitigen Blockade wurde der Ausweg »höhere Produktivität gegen Lohnsteigerungen« gefunden, eine Art Deal, auf der einen Seite soziale Zugeständnisse, abgesichert durch Repression, auf der anderen Abkehr von revolutionären Ansprüchen und Flucht in massenhafte individuelle Arbeitsverweigerung. Durchgesetzt war die Anwesenheit auf Arbeit (mit der Möglichkeit, sich individuell über einen Krankenschein zu entziehen), und es war das Problem der Vorgesetzten (des Poliers), dafür zu sorgen, daß und wie schnell und wie gut gearbeitet wurde. Im Gegenzug wurde ein ausgehandelter Lohn, oft über Tarif, zuzüglich bestimmter Sozialleistungen ausbezahlt. (Heute ist es – nicht nur – in Berlin sehr schwer, einen Job auf dem Bau zu finden, wo du Tarif usw. bekommst und überhaupt der Lohn ausbezahlt wird.)

Das Baukapital, seien es Privat- bzw. Volkseigene Betriebe, seien es die öffentlichen Auftraggeber, war im wesentlichen national organisiert. Auch seine politische Vertretung war im wesentlichen in nationalem Rahmen organisiert. Die Kontrolle des Arbeitsmarkts sowie der Arbeitsbedingungen erfolgte durch die Bundesregierung bzw. Regierung der DDR, die Tarifverhandlungen fanden in nationalem Rahmen statt, die Gewerkschaften waren innerhalb der Grenzen des nationalen Territoriums zuständig.

Das Baugewerbe kämpft (mindestens) seit seiner Industrialisierung mit dem Problem der »Arbeitskräfteknappheit«, sprich: der Arbeitsverweigerung (bzw. steigenden Ansprüchen, der Ablehnung der gegebenen Bedingungen) seitens der ansässigen Klasse. Es muß immer wieder neue Leute suchen, die noch bereit sind, diese harte, gefährliche, dreckige usw. Arbeit zu machen. Traditionell waren das junge, gesunde Männer vom Land, die in die Stadt wollten.

Nach 1945 stand solche Arbeitskraft in Westdeutschland zuerst kaum zur Verfügung: Das Wegräumen der Trümmer und den Anfang des Wiederaufbaus in den Westzonen besorgten hauptsächlich Frauen, die Männer waren tot oder in Kriegsgefangenschaft oder »anderweitig beschäftigt«. Erst nach einigen Jahren wurden die Frauen im Westen massiv von den Baustellen verdrängt (schließlich durch staatliches Verbot der Frauenarbeit auf dem Bau), dabei spielte das vorgesehene Reproduktionsmodell der Kleinfamilie mit der Frau als Mutter und Hausfrau eine Rolle, aber wohl auch das Interesse, den Männern, die zu lange mit Waffen herumhantiert hatten, die Einstellung zur Arbeit wieder beizubiegen.

Um mit diesen vorhandenen Arbeitskräften (in zunehmendem Maß Facharbeitern) klarzukommen, wurde in der BRD ein großer Teil der Beschäftigten des Bausektors gesetzlich und tariflich abgesichert. Ab den 50er Jahren wurden zwar Millionen von »GastarbeiterInnen« angeworben, ein großer Teil ging auf den Bau. Dadurch wurden aber keineswegs Bedingungen untergraben, im Gegenteil: Die teure Absicherung der ansässigen Bauarbeitenden im Winter über die Arbeitslosenversicherung führte 1959 zur Einführung des Schlechtwettergeldes durch die Adenauerregierung. Die Absicherung über den Sozialstaat galt für (fast) alle in den Grenzen der alten BRD, also auch für die MigrantInnen aus Südeuropa und der Türkei, auch die Löhne wurden angeglichen. Der Sektor wurde vom Staat garantiert, die Baupreise waren entsprechend hoch,



dafür wurde einigermaßen Qualität geliefert. Im Westen gab es ab den 60er Jahren fast keine Streiks (und es gibt wohl wenige Themen, über die es so wenig linke/revolutionäre Literatur gibt), Konflikte wurden meist per Abstimmung mit den Füßen ausgetragen. Ähnli-

ches gilt auch für die DDR. Das Modell entsprach den damaligen innen- und außenpolitischen Bedingungen (Demokratie und Sozialpakt; Blockteilung, BRD und DDR als Frontstaaten, mit einem durch die nationale Regierung regulierten Arbeitsmarkt).

Die weltweite Zuspitzung der Klassenkämpfe bis 1973 und die Reaktion des Kapitals, in die Krise zu gehen, hatten auch auf den Bau Auswirkungen: Zwar wurde im Westen die Arbeitslosigkeit schrittweise auf 2 Millionen erhöht, aber die Jugend hatte zunehmend keinen Bock auf Bauarbeit, obwohl die Ausbildungsvergütungen drastisch erhöht wurden und das Ausbildungssystem stark modernisiert wurde. Zudem waren aufgrund der Kämpfe in den Fabriken die Löhne im Vergleich zum Bau stärker gestiegen.

Das führte zu einer starken »Überalterung« der Bauarbeiter im Vergleich zu etwa den meisten Metallfabriken. Ein hohes Durchschnittsalter bedeutet gewöhnlich, daß die Leute ziemlich gut Bescheid wissen, wie die Arbeit zu machen ist und wie nicht. Sie, besonders die Facharbeiter unter ihnen, die auf dem Bau einen hohen Anteil der Arbeitskraft stellen, sind auch deshalb nicht einfach zu ersetzen, was ihnen eine gewisse Machtstellung verleiht. Die benützen sie natürlich gegenüber Erhöhungen von Arbeitsnormen und Veränderungen von Bedingungen.

Das Kapital in seinen Widersprüchlichkeiten – ich will nicht sagen, daß es ein homogener Block gewesen wäre, es gab immer verschiedene Experimente – versuchte es mit zwei klassischen Strategien, die aber unter den gegebenen Bedingungen nicht durchschlagen konnten: der absoluten und der relativen Mehrwertabpressung. Die relative, das war der weitere Ausbau und die allgemeinere Qualifizierung der Facharbeitskraft in Verbindung mit einer starken Verdichtung der Arbeit durch neue Arbeitsorganisation. Die absolute lief in den 80er Jahren über die Anwerbung von Werkvertragsarbeitnehmern, »Spätaussiedlern« aus Osteuropa und der Sowjetunion, Saisonarbeitern usw., also den teilweisen Austausch der Arbeitskraft, sowie Auslagerung von Arbeit an Subunternehmerketten (Niedriglohnarbeit, längere Arbeitszeiten usw.). Im allgemeinen konnten auf diese Weise aber keine entscheidenden Durchbrüche erzielt werden: Über Werkverträge kamen keine Massen im Unterschied zur Rekrutierung von »Spätaussiedlern«, die aber kamen als »Deutsche« mit den damit verbundenen Ansprüchen und Garantien. Der gesellschaftliche Gesamtkonsens »Sozialpakt«, dessen Grundlage das gesamtgesellschaftliche Kräfteverhältnis war, galt auch auf dem Bau im wesentlichen weiter.

Erst nachdem die Klasse das Ende der Blockteilung durchgesetzt hatte und mit dem Inkrafttreten des EU-Binnenmarkts (d.h. der Ausweitung des Arbeitsmarkts bis zum Maghreb und in die ehemalige Sowjetunion hinein) waren für das Kapital einschneidende Verschiebungen im Machtgefüge des bis dahin eher untergründig stattfindenden Klassenkampfs in Sicht. Seit einigen Jahren findet in zunehmendem Maß ein Austausch der Arbeitskraft auf dem Bau statt. Es ist wichtig zu verstehen, daß dazu beide Seiten beigetragen haben und beitragen:

Die Klasse hat den Produktivitätsdeal teilweise schon lange aufgekündigt – durch Rigidität und allgemeine Verweigerung der miesen Jobs bei vielen, gerade jungen, Ansässigen plus massenhafte Flucht in die Arbeitslosigkeit, teilweise gekoppelt mit Schwarzarbeit – in anderen Ländern kein Bock auf Niedriglöhne, also lieber (oft nur befristete) Arbeitsmigration.

Das Kapital kündigte den Deal mit den Ansässigen in der ehemaligen DDR durch massenhafte Entlassungen. Und im Westen wie auch in den neuen Ländern orientierte es sich auf neue Arbeitskräfte: Einerseits durch Rekrutierung in Osteuropa, teilweise Ostdeutschland und Südeuropa/Türkei, also aus Niedriglohngebieten. Dazu mußte es die entsprechende Motivation für Migration schaffen durch massive Einschnitte in die Lebensbedingungen der Klasse dort. Andererseits durch extreme Auslagerung in Subunternehmerketten, also Entgarantierung und Lohndrückerei – der Anteil der nicht von den Baubetrieben selbst ausgeführten Arbeiten wurde von 20 bis 25 Prozent in den 80er Jahren auf 1991 über 40 Prozent etwa verdoppelt.

Dieser Austausch unter den aus der BauarbeiterInnenzeitung »¡BASTA!« ersichtlichen Bedingungen für die »Neuen« zusammen mit der weiterhin hohen und absichtlich hoch gehaltenen Arbeitslosigkeit für die »Alten« sollen (bei einem riesigen Arbeitskräftebedarf für die neuen Projekte in bestimmten Regionen wie etwa Dresden/Leipzig oder Berlin) dazu dienen,

Frauen beim Enttrümmern am Bunker Friedrichshain, Dezember 1946

- die verschlankten Kernbelegschaften unter Druck zu setzen (mehr und schneller arbeiten, besser arbeiten, »maßvolle Lohnabschlüsse« trotz jahrelanger Reallohnsenkungen, Senkung der Krankenstände, Verlängerung des Arbeitstags durch Überstunden, Samstagarbeit, Schichtarbeit bis zu Vierschichtmodellen, mehr Mobilität usw. – denn: »Ihr seid nicht unersetzlich!«);
- die ansässigen, immer noch sozialstaatlich abgesicherten Arbeitsverweigerer/Arbeitslosen zur offiziellen Lohnarbeit zu zwingen (z.B. durch Zwangsarbeit über ABM für Arbeitslose in Berlin für 1300 DM/Monat netto beim Abriß);
- mögliche Kämpfe der MigrantInnen zu erschweren, u.a. durch die »babylonische« Sprachvielfalt und die weitgehende Rechtlosigkeit sowie die Tatsache, daß die zuständige Gewerkschaft sie nicht organisieren kann und will, sie eine eigene Vertretung also erstmal selbst organisieren müssen.

2. »Juristic Park« – Probleme der Dinosaurier aus der Zeit des allgemeinen Sozialpakts

Für den Staat ist der Bau u.a. wichtig für die Schaffung von Gebrauchswerten (Öffentliche Gebäude, Verkehrswege usw.), als Beschäftigungsprogramm für Massen und als »Konjunkturlokomotive«. Für die Infrastruktur, gerade beim Umbau der ehemaligen DDR, ist es bei der Finanzkrise der öffentlichen Auftraggeber entscheidend, die Baukosten zu senken. Dazu muß mit den überkommenen mafiösen Strukturen (»Subventionssumpf«) in der gesamten Bauwirtschaft aufgeräumt werden, auf denen sich Kapital und Klasse und Parteienfilz usw. »ausruhen«.

Die vorgesehene Abschaffung des Schlechtwettergeldes ab 1996 zeigt, daß die Regierungspolitik heute davon ausgeht, auf einen großen Teil des bisherigen Deals verzichten zu können. Laut IG BSE hängt daran das ganze System der Sozialkassen auf dem Bau, also z.B. Teile der Urlaubsvergütung, Wintergeld, Renten usw. und überhaupt die ganzjährige, abgesicherte Beschäftigung. Zumindest scheint es um einen Rückzug des Staats aus dem Deal zu gehen. Die kommende Tarifrunde im Frühjahr 1995 soll daher für die noch von der IG BSE Vertretenen unter den offiziell 1,06 Mio. westdeutschen BauarbeiterInnen neben einer 6,5 prozentigen Lohnerhöhung tarifvertraglich eine ganzjährige Beschäftigung bringen sowie für die offiziell 440 000 Baubeschäftigten in der ehemaligen DDR eine hundertprozentige Angleichung der Löhne. Die Unternehmer wollen eine Jahresarbeitszeit, also Überstunden im Sommer und Abbummeln im Winter. Der Ausgang bleibt abzuwarten.

Die IG BSE redet von Europa und übt sich gleichzeitig in nationalen Parolen (*»Gegen Schwarzarbeit«*, *»Gegen Illegale«* – nicht etwa gegen illegale Unternehmer, sondern gegen illegale ArbeiterInnen – letztere Parole findet sich aufgedruckt auf die Plastikhülle, mit der IG BSE-Mitglieder ihren Sozialversicherungsausweis auf der Baustelle vor Schmutz schützen sollen) – in Berlin organisiert die Gemeinsame Ermittlungsgruppe Schwarzarbeit (GES) Razzien auf Baustellen. Die GES setzt sich zusammen aus Vertretern von Hauptzollamt und Bullerei, der AOK und teilweise der Steuerfahndung, sowie Fachleuten des Landesarbeitsamts, unter letzteren auch die Vertreter der IG BSE. Bedroht durch Mitgliederverluste schwankt diese dabei inhaltlich zwischen zwei Linien:

Bauarbeiter in Mexiko

»Ausländer raus!« (Das sagt so natürlich niemand offiziell, aber gemeint ist es so: In fast jedem Interview mit IG BSE-Funktionären in der Presse wird ziemlich offen mit »sozialen Konflikten auf den Baustellen« gedroht, aber nicht gegen das Kapital, sondern gegen die »Ausländer«. Damit sollen wohl eher die Rechten bedient werden, es soll auch als Drohung an Kapital und Regierung verstanden werden, daß offen ausbrechende nationalistische/rassistische Konflikte, Schlägereien usw. auf den Baustellen schnell kontraproduktiv werden könnten – im Gegensatz zum weitverbreiteten alltäglichen Rassismus, Sexismus usw. auf den Baustellen, der für Kapital und Kontrolle über die Arbeitskraft durchaus als produktiv gesehen wird.) und:

»Ortsübliche Löhne für alle!« (Was dasselbe bezwecken soll, sich nur eher an die Linken richtet; es wird mit der Hoffnung der Ansässigen auf eine »saubere Lösung« gespielt, also daß niemand z.B. Leute aus Polen oder Portugal anheuert, wenn die genauso teuer sind, aber noch einen Dolmetscher brauchen.)

Die IG BSE ist »für Europa«, aber so hat sie es sich nicht vorgestellt: Daß 1. südeuropäische ArbeiterInnen auf den hiesigen Arbeitsmarkt drängen, zu den Bedingungen und Löhnen von dort (hauptsächlich Portugal, aber auch Spanien, (Süd-)Italien, Griechenland) und 2. massenweise britische und irische Bauarbeiter nach Deutschland kommen, sich als Selbständige verkaufen und dabei nicht schlecht verdienen (bis zu 8000 DM im Monat, allerdings bei bis zu 70 Wochenstunden, und falls überhaupt gezahlt wird!). Der Sozialstaat zahlt dabei drauf, die eigene Klientel gerät in Gefahr. Also wird 1. eine Kampagne losgetreten für eine europäische Entsenderichtlinie und 2. zur Hetze gegriffen gegen die sogenannten »Scheinselbständigen von den Inseln«. Razzien werden organisiert, in den letzten Monaten eigens gegen britische und irische Kolonnen ein neues Instrumentarium bei den Landesarbeitsämtern installiert, das angeblich in der Lage ist, innerhalb von zwei Tagen herauszufinden, ob jemand auch tatsächlich zuhause Steuern zahlt und versichert ist oder nicht. Für die Zukunft plant die IG BSE »Verbindungsbüros« auf größeren Baustellen, um »ihre Mitglieder besser betreuen zu können«, sprich: selbst kontrollieren zu können, ob und wieviele schwarz arbeiten.

Das alles sieht nach einem Rückzug der IG BSE in die Vertretung der verschlankten Kernbelegschaften der großen Konzerne aus, plus Vertretung der proletarisierten IngenieurInnen und ArchitektInnen in den großen Büros und der Poliere und einer schmalen Fach- und Vorarbeiterschicht. Eine Vertretung der »Neuen« (meist Facharbeiter) oder gar der Un- und Angelernten wird anscheinend nicht mehr angestrebt.

(Was das bei der bisherigen Struktur der IG BSE als von Massenmitgliedschaft abhängigem »Versicherungs- und Rechtshilfeverein« bedeutet, muß sich zeigen. Das Schlucken der kleinen Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) und ihre Bemühungen

um die Kontrolle der Gebäudereinigung macht die IG BSE jedenfalls zum Bullen im größten Bereich, in dem illegale MigrantInnen arbeiten – da sollten wir dranbleiben! Ansonsten wird es spannend werden, angeblich soll es in Berlin zu Streiks kommen, wenn die Tarifverhandlungen nicht gleich hinhauen: bei einer Mitgliederversammlung sprach ein Funktionär dementsprechend von Kreuzungsblockaden, denn außer Polieren und ein paar Garantierten vertritt die IG BSE in Berlin nicht mehr viele Arbeiter auf den Baustellen selbst – bestreikt werden höchstens die Regierungsbauten, da die Firmen dort tarifgebunden sind.)

3. Des Kaisers neue Entsenderichtlinie

Der Versuch, in der Öffentlichkeit einen Konsens aufrechtzuerhalten, für den es politisch und ökonomisch keine Basis mehr gibt?

Auf einer von Gewerkschafts-, Arbeitgeber- und Staatsseite durchaus hochrangig besetzten Fachtagung zur »Bekämpfung von Sozialdumping in der Europäischen Union« am 21. November 1994 in Berlin stellte sich heraus, daß die viel diskutierte »Entsenderichtlinie« für Arbeitnehmerentsendung in der EU heiße Luft ist. Und die öffentliche Diskussion darüber ist wohl eher als Placebo gedacht, um gewissen Kreisen der (teilweise selbstorganisierten) Sozialverwaltung und der Gewerkschaften die Illusion zu lassen, sie würden gefragt und beteiligt, wenn das Sozial- und Arbeitssystem umgestellt wird: Denn 1. kann sich auf der Ebene der EU niemand auf was einigen – die Entsendestaaten Portugal und Großbritannien sind sowieso dagegen, auch Italien und Griechenland haben erstmal abgewunken. Und selbst wenn, wird 2. eine Einigung nicht die Löhne betreffen, sondern nur die Bedingungen. Schließlich wird 3. jede Art von Ergebnis aus verschiedensten Gründen nicht durchsetzbar sein (es ist schon schwierig, die Menschen aus »Drittstaaten« zu kontrollieren, aber bei EU-BürgerInnen mit der Freizügigkeit in der EU wohl unmöglich; und die Phantasie der ArbeiterInnen eilt der der Bürokraten auch hier voraus – die ArbeiterInnen finden immer wieder neue Schlupflöcher, wie sie die Regelungen umgehen können, gerade irische und britische ArbeiterInnen können da auf eine lange Erfahrung zurückgreifen).

Herauskommen wird möglicherweise eine nationale Regelung, die denen, die ihre Einkommen oder Pfründe oder Stellung durch die »Ausländer« in Gefahr sehen, viel verspricht – und wenig halten wird, da sie gegen den Markt nicht durchsetzbar ist.

Die Fachtagung in Berlin ging übrigens von der »Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen« aus und wurde organisiert von BBJ Servis gGmbH, einer Unterabteilung der BBJ-Consult – welche ihrerseits in Berlin u.a. die sog. 301- und 501-Programme (Billigarbeit für arbeitslose »junge Erwachsene« zur Heranführung an die Arbeit) organisiert, anders gesagt: amtlich gefördertes »Sozialdumping«. Und das paßt genau: Inzwischen ist von einem Berliner Alleingang die Rede, aber natürlich geht es beiden Seiten, also z.B. der Regierung, die offensichtlich kein Interesse an Garantien hat, und denen, die diese Garantien für die ArbeiterInnen fordern, natürlich auch der IG BSE, darum, die Ausbeutung besser zu organisieren. So sollen zwar einerseits (einklagbare?) Tariflöhne gezahlt und das u.a. über die Auftragsvergabe der öffentlichen Hand durchgesetzt werden, andererseits aber sollen die Firmen das nicht durch erhöhte Baupreise ausgleichen dürfen – kurz: Die Firmen sollen gezwungen werden,

die Ansässigen entsprechend produktiver arbeiten zu lassen. Das geht erst mal nur über Verdichtung der Arbeit, sprich: Terror. Hier beißt sich die Katze in den Schwanz, denn die Verweigerung der miesen Arbeit(sbedingungen) auf dem Bau hat eher noch zugenommen, entsprechend legt das Berliner Arbeitsamt jetzt neue Maßnahmen auf, die ansässige arbeitslose Bauarbeiter über unbequeme »Fortbildungsmaßnahmen«, für die sie keinen Pfennig mehr bekommen, in Baujobs mobilisieren sollen.

4. Schlanker Bau – eine neue Organisationsweise des Kapitals und ihre Zerbrechlichkeit

Bei der Auslagerung von Arbeiten in Subunternehmerketten geht es für das große Kapital zum einen darum, die Durchsetzung von Arbeit sowie die Sicherstellung von Terminen und Qualität an untere Instanzen zu verlagern. Zum anderen wird offensichtlich bezweckt, die zu groß und rigide gewordenen Stammbelegschaften zu spalten, teilweise auszutauschen, betriebliche Sozialleistungen abzubauen und einen Bereich ohne Vertretung zu stärken, dem Lohn- und Arbeitsbedingungen zentral diktiert werden können, ohne daß ohne weiteres sichtbar wird, woher diese Diktate kommen. Kurz: den Kampf gegen die Arbeit aus den eigenen Reihen rauszuverlagern und die Zentrale des Arbeitszwangs unsichtbar und vor allem unangreifbar zu machen.

Dieses Kalkül scheint auch erst mal aufzugehen. Allerdings zeigt sich, daß dieses System, ähnlich wie die lean production in der Autoindustrie, sehr schnell in die Krise getrieben werden kann, nämlich dann, wenn einzelne Belegschaften einfach den Hammer hinschmeißen und die Baustelle dicht machen (siehe BauarbeiterInnenzeitung, Kranbesetzungen in Berlin).

Das Wichtige an diesen Aktionen ist nicht nur die Tatsache, daß sie stattgefunden haben und zu mehr auffordern. Vor allem die Besetzung in Tempelhof am 9. Mai 1994 zeigt, wie anfällig die Baustelle durch die komplizierte Struktur des Subunternehmertums in Wirklichkeit ist. Als der niederländische Boss eines Teils der gesamten Belegschaft seinen Leuten den Lohn nicht zahlt und diese daraufhin die gesamte Baustelle lahmlegen, legt der für die Lohnprobleme der Briten gar nicht zuständige Chef der Olympia Bau GmbH sofort 500 DM cash pro Kopf auf den Tisch, als ob es seine eigenen Beschäftigten wären. Und unterschreibt einen Vertrag über die Zahlung der Restsumme! Dieses Geld haben sie übrigens später tatsächlich auch bekommen, die Aktion war auch insoweit ein Erfolg.

Er durchbricht damit selbst das Konstrukt, das den Bauarbeitern ihre Zusammengehörigkeit und die Gemeinsamkeit ihrer Interessen verschleiern soll. Das zentrale Kommando über die Baustelle entlarvt sich selbst, als es an seiner empfindlichen Stelle getroffen wird. Mit der gleichzeitig angestrebten Verkürzung der Bauzeiten und entsprechendem Termindruck kann das noch ein interessantes Kräfteverhältnis geben.

5. Zusammenfassung – und Aufruf:

a. Die Klasse auf dem Bau verweigerte bisher nicht nur die Arbeit, sondern auch den offenen Kampf dagegen (wie auch die von der IG BSE vorgeschlagenen Pogrome auf der Baustelle). Die Stimmung ist sowohl unter den Ansässigen als auch unter den »Neuen« eher eine der Hilflosigkeit, der Defensive, der Individualisierung, der Zersplittertheit – Einigkeit besteht erstmal nur in weit verbreiteter Unzufriedenheit.

b. Die beiderseitige, teilweise Aufkündigung des Deals in der BRD führt zu einem Umbruch – zum einen zu einer Verschlechterung der Bedingungen, zum anderen aber auch zu offenen Kämpfen.

c. Durch den Rückzug der gewerblichen Beschäftigten aus der IG BSE und der IG BSE von ebenjenen entsteht ein Vakuum, Theorie und Praxis von Selbstorganisation werden notwendig und möglich.

d. Dabei wird es unter den Ansässigen in der nächsten Zeit wahrscheinlich Bewegungen und Kämpfe geben um Beschäftigung, Lohnhöhe und soziale Absicherung durch Schlechtwettergeld usw.. Hier gilt es einzugreifen, Erfahrungen von Arbeiterautonomie in die Diskussion zu bringen, und gerade für die, die selbst dort arbeiten, jetzt Initiativen vorzuschlagen – und auch die spalterische Politik der IG BSE unter den ArbeiterInnen und in der Öffentlichkeit anzugreifen.

e. Der größte Teil der Migration ist Arbeitsmigration. Und sie wird weiter zunehmen. Darauf beruht unsere Hoffnung, daß aus der Durchmischung von Arbeitskraft eine militante neue Klassenzusammensetzung werden könnte. Um darauf hinzuwirken, ist es mindestens genauso wichtig, mit den »Neuen« zu diskutieren, die ja bereits angefangen haben zu kämpfen, deren besondere Probleme und ihre Umgangsweisen mit diesen zu verstehen und sie zu unterstützen, ihre Kämpfe bekannt zu machen. Dazu gehört vor allem auch, sich zu den häufiger stattfindenden Razzien zu verhalten, sie zu denunzieren, anzugreifen. Oft kommen Arbeiter direkt von der Baustelle in Abschiebehaft, aber kaum jemand scheint sich darum zu kümmern – ein weites Feld für Solidaritätsinitiativen!

f. Durch das Entstehen eines gemeinsamen Arbeitsmarktes (und gemeinsamer Kämpfe) von Nordafrika über die EU bis Osteuropa und Kleinasien wird es möglich und notwendig, eine gemeinsame Diskussion und Organisierung von Militanten in den Herkunfts- und Zielländern der Migration anzugehen.

g. Die »schlanke Bauproduktion« ist ein Papiertiger. Wir sollten dazu beitragen, daß ihre Angreifbarkeit sich bei den Interessierten herumspricht.

h. Eine besondere Aufgabe von RevolutionärInnen wird darin liegen, die faktisch bestehende, teilweise Nachrichtensperre bzw. weitgehende Falschinformation in den Medien zu durchbrechen und zusammen mit den ArbeiterInnen eine grenzenübergreifende autonome Diskussion und Kommunikation aufzubauen – auf der Grundlage der wenn auch verschiedenen, so doch gemeinsamen Realität.

Wenn ihr was über Kämpfe hört, geht zu den Leuten, diskutiert mit ihnen, verbreitet die Nachrichten über die Kämpfe, durch Flugblätter, Plakate Zeitungen usw., organisiert Versammlungen, mobilisiert Unterstützung. Nützt eure Strukturen, greift in den Klassenkampf ein – jetzt!

Ein Genosse aus der Berliner BauarbeiterInnen Gruppe

Das nachfolgend abgedruckte Flugblatt wurde im Oktober und November 1994 in englischer Sprache an britische und irische Bauarbeiter in Berlin verteilt. Es versteht sich als erste Ausgabe einer BauarbeiterInnenzeitung, die unregelmäßig in verschiedenen Sprachen erscheinen soll. Seit Dezember gibt es eine deutsche Ausgabe, andere (polnisch, russisch, portugiesisch, türkisch, serbo-kroatisch usw.) sollen folgen (Konkret suchen wir ÜbersetzerInnen deutsch-portugiesisch!).
Kontakt zu der Gruppe über die Berliner Adresse der Wildcat.

Was zum Teufel geht hier eigentlich vor? Sie versuchen uns auszunehmen, wo immer sie können: wir müssen in der Gegend rumziehen, um einen Job zu finden, der ein bißchen Kohle bringt, sie lassen uns Wahnsinnsmieten zahlen, ob für eine normale oder für eine illegal untervermietete Wohnung oder ein Zimmer in einer Pension, ein Bett in einem Container, wir wissen nie, ob sie uns den Lohn auch auszahlen, den sie uns versprechen, oder ob der Boss mit der Kohle abhaut, es gibt viele Unfälle und immer mehr Tote, weil auf Sicherheit nicht geachtet wird, wo es um Geld geht ... Und die Frage bleibt: was und für wen bauen wir hier eigentlich?

Einige Hintergrundinformationen: Krise und Boom

In der Baubranche Berlin/Brandenburgs gibt es zur Zeit sowohl eine Krise als auch einen Boom. In der Krise befinden sich viele ostdeutsche Unternehmen mit einer niedrigeren Produktivität, einer dünnen Kapitaldecke (oftmals hochverschuldet) und dementsprechend geringen Investitionsmöglichkeiten. Eine Vielzahl von Baubereichen, die von öffentlichen Investitionen abhängig sind, befinden sich in der Krise, weil die Kommunen und Länder Gelder im Infrastrukturbereich einsparen: Dies betrifft vor allem den Straßenbau und den öffentlichen Hoch- und Tiefbau. Die Pleiten von Baufirmen nehmen in der BRD allgemein und insbesondere im Osten rapide zu. Spezialisierte Unternehmen und Kleinfirmen, die in der Hierarchie der Baustellen oft in der 5. oder 6. Ebene als Subunternehmen eingesetzt sind, sind von dem Prozeß des Ruins und der Kapitalkonzentration am stärksten betroffen.

Andererseits gibt es in Berlin/Brandenburg und im übrigen Ostdeutschland einen Bauboom wie wohl nirgends sonst in Europa. Riesige zentralstaatliche Projekte im Autobahn- und Schienenverkehrsbereich, der Bau des Regierungsviertels in Berlin, gigantische Großinvestitionen für Dienstleistungszentren und Bürogebäude, die Modernisierung der Altbauten in Ostdeutschland und die Schaffung vieler Ein- und Zweifamilienhäuser z.B. im Berliner Umland produzieren teilweise Wachstumsraten von 40 bis 50 Prozent pro Jahr.

Sonderentwicklungen in der ehemaligen DDR

Mit der sogenannten »Deutschen Wiedervereinigung« ab 1990 waren im Osten in der Baubranche fast die Hälfte der 600 000 BauarbeiterInnen entlassen worden, vor allem und zuerst die Frauen und MigrantInnen. Inzwischen wurden wieder 100 000 offiziell eingestellt, viele haben sich selbständig gemacht oder sind in Vorruhestand bzw. in die Schwarzarbeit gegangen. Riesige Ausbildungskampagnen wurden gestartet, um neue, junge, qualifizierte Arbeitskräfte zu erhalten. Neuerdings werden in Leipzig sogar gezielt wieder Frauen zu Maurerinnen, Fliesenlegerinnen usw. ausgebildet. Der Boom hat in vielen Bereichen zu einer Arbeitskräfteknappheit geführt, und die Löhne sind im Baubereich relativ mit am höchsten, d.h. dem westdeutschen Lohnniveau am stärksten angeglichen.

Das neue Proletariat

Es gibt ca. 1,4 Millionen in der BRD sozialversicherte BauarbeiterInnen im Bauhauptgewerbe. Ca. 162 000 von ihnen sind ImmigrantInnen, die meisten davon seit langem ansässige, mit den Anwerbe-Abkommen in den 60er und zu Anfang der 70er Jahre nach Deutschland gekommene ArbeiterInnen. Mit dem Fall der »Mauer« 1989 und der Schaffung des »Europäischen Binnenmarktes« 1992 begann eine Neuzusammensetzung. Zeitweilig arbeiteten über 100 000 ArbeiterInnen mit einem legalen Status aus Osteuropa und ebensoviele aus Westeuropa auf dem Bau. Dazu kamen nach (den nicht besonders glaubwürdigen) Angaben der Bauverbände und der Gewerkschaft noch mehrere Hunderttausend unter illegalen Bedingungen in der Schwarzarbeit. Das Bauproletariat ist also schon lange kein »nationales« mehr, ganz im Gegenteil ist es heute so »international« geworden wie kaum je zuvor.

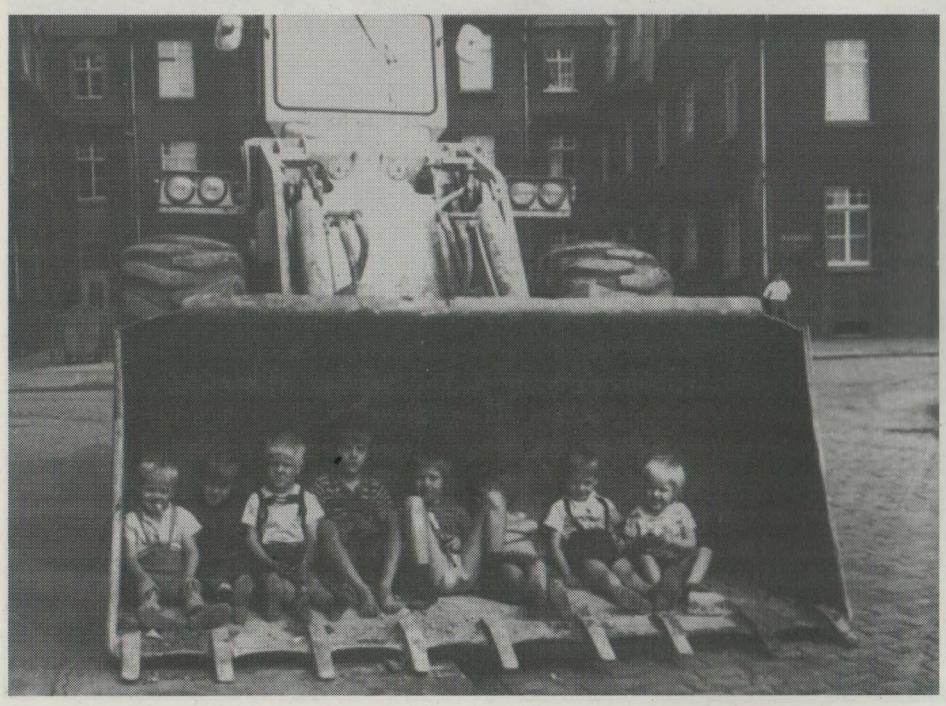
Eine Klasse auf dem Bau? Unterschiedliche Bedingungen...

Das trifft vor allem für Berlin als Deutschlands größte Stadt und eines seiner proletarischen Zentren zu. Der Baubereich ist hier einer der zentralen Sektoren. Zu den alten MigrantInnen (im Westteil vor allem aus der Türkei/Kurdistan und dem ehemaligen Jugoslawien – im Osten aus Mosambik und Vietnam) kommen neue hinzu: aus osteuropäischen Ländern (hauptsächlich Polen, Tschechien und Ex-Jugoslawien), der EG (Irland, Britannien, den Niederlanden und Portugal) sowie einigen zahlenmäßig kleineren MigrantInnengruppen aus Afrika und Asien. Neben den unterschiedlichen Herkunftsländern und Sprachen gibt es sehr verschiedene Arten von rechtlichem Status bei Aufenthaltsrecht und Zugang zu Jobs: völlig illegal mit Schwarzarbeit; Duldung, aber keine Arbeitserlaubnis; VertragsarbeiterIn oder SaisonarbeiterIn; »Neue Selbständige« und »Scheinselbständige«; Sozialhilfe mit Verpflichtung zu gemeinnütziger Tätigkeit; ABM; Akkordkolonne ... – sowie die verschiedenen Ausformungen des sog. Normalarbeitsverhältnisses (Schicht, Flexi, Überstunden usw. – soll die 70-Stunden-Woche ein Standard werden?).

Dementsprechend reichen die Stundenlöhne von 2 oder 3 DM bis zu über 30 DM. Eine wesentliche Spaltungslinie ist die rassistische: Nur sehr wenige Deutsche und kaum WesteuropäerInnen arbeiten unter 10 DM, nur wenige Flüchtlinge und OsteuropäerInnen arbeiten über 20 DM/Std).

Dasselbe gilt für das Wohnen: Einige kämpfen mit Mieterhöhungen oder sie leben auf der Straße, andere leben in Abbruchhäusern oder Flüchtlingslagern, in Wohnwagen oder Containern, oder sie teilen sich mit drei anderen ein Zimmer in einer Pension.

Seit der sogenannten »Wiedervereinigung« ist der übliche garantierte Job mit garantierten Bedingungen, bei stabilen Lebensbedingungen usw. für BauarbeiterInnen ziemlich unüblich geworden. Aus rigiden Standards von früher wurden »ungeschützte Arbeitsverhältnisse« und eine hohe Mobilität zwi-



schen Städten und Ländern. Viele garantierte ArbeiterInnen in Deutschland und in der EU wurden WanderarbeiterInnen und/oder TagelöhnerInnen. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen einiger BauarbeiterInnen in Berlin und Umland entsprechen dem Standard der Metropole (der »Ersten Welt«), die von anderen eher den Bedingungen einer europäischen Peripherie und/oder des Trikonts (der »Dritten Welt«) – und all das zur gleichen Zeit und in derselben Stadt!

... Vielfältige Kämpfe – beim Bau einer Klasse?

In Deutschland gab es in den letzten Jahrzehnten nicht einen größeren BauarbeiterInnenstreik, weder selbstorganisiert noch durch die Gewerkschaft. Der Bausektor beruhte großteils auf einem nationalen »Deal« zwischen Staat, Gewerkschaft (IG Bau-Steine-Erden) und Unternehmern. Das bedeutet, daß deutsche BauarbeiterInnen so gut wie keine Kampferfahrungen haben, es gibt kaum Traditionen direkter Aktion oder selbstorganisierter kollektiver Stärke usw. Zwar gab es gegen die Massenentlassungen in der Ex-DDR einige Betriebsbesetzungen. Und es sollen 1993 über 100 000 BauarbeiterInnen in Bonn gegen die Abschaffung des Schlechtwettergeldes demonstriert haben, aber der Kampf wird bisher von der Gewerkschaft kontrolliert: Die IG BSE ist eine Gewerkschaft wie jede andere, d.h. sie versucht eher, die Auseinandersetzung zu kontrollieren als sie zu gewinnen, und sie nimmt seit Jahren immer wieder Reallohneinbußen für die BauarbeiterInnen in Kauf. Dazu kommt, daß die IG BSE bei den Spaltungsstrategien der Bosse mitmacht. Sie organisierte eine Kampagne gegen die sogenannten illegalen ArbeiterInnen, arbeitet mit den Bullen zusammen usw...

Andererseits gibt es (für Deutschland zumindest) neue Kampfformen, direkte Aktionen wie Kranbesetzungen (siehe die zusammengefaßten Zeitungsartikel) von Leuten aus verschiedenen EG-Ländern – was wir als etwas sehr Positives ansehen. Aber: Diese Kämpfe finden völlig isoliert statt, wir erfahren von ihnen nur durch die Medien, die hauptsächlich über Leute aus der EG berichten, kaum über Aktionen osteuropäischer MigrantInnen und praktisch gar nicht über Kämpfe illegaler ArbeiterInnen aus aller Welt. Diese Kämpfe sind nur die medienwirksame Spitze der Auseinandersetzungen, über die tagtäglichen Konflikte gibt es keine Berichterstattung.

Das zeigt unserer Ansicht nach die Notwendigkeit, über die spontane Aktionsbereitschaft kleiner Kolonnen und einzelner Baustellen hinauszugehen, uns mit ArbeiterInnen aus anderen Sprachgruppen zu verständigen, wenn wir in der Lage sein wollen, – zumindest mal – einige Minimalbedingungen durchzusetzen, unterhalb derer sie einfach keine/n mehr finden für ihre Arbeit...

Bauarbeit in Deutschland

Der folgende Presseüberblick besteht aus Zusammenfassungen von Zeitungsartikeln von Sommer und Herbst 1994. Wir drucken sie hier ab, weil sie eine Ahnung von der Lage auf dem Bau vermitteln, wie die Lage der BauarbeiterInnen in Berlin-Brandenburg sich darstellt. Vergeßt nicht, daß es systemkonforme Zeitungen sind, die sich um die Interessen der ArbeiterInnen einen Dreck scheren.

1. ArbeiterInnen aus Spanien

• **Spanier sitzen ohne Geld in Strausberg fest** (Märkische Oderzeitung, 1.8.1994) Spanische BauarbeiterInnen in Petershagen nahe Berlin, die seit Wochen nicht bezahlt werden, geben an, das sei ihnen in Leipzig und Dresden schon passiert.

• **Spanier wollen bleiben, bis sie ihren Lohn erhalten** (Märkische Oderzeitung, 3.8.1994) Seit dem 14. Juli arbeiten 24 spanische BauarbeiterInnen aus Malaga und Valencia in Petershagen nahe Berlin für die Fa. »BONUM-Immobilien«, ohne bezahlt zu werden. Das spanische Konsulat half ihnen mit 300 DM. Einige von ihnen haben bereits über 500 DM Schulden bei ihrer Pensionswirtin. Die SpanierInnen bestreiken ihre Baustelle. Sie wollen bleiben, bis sie ihren Lohn bekommen. Sie sind angestellt bei einer niederländischen Agentur »Levant« [oder »de Vant«], die die ArbeiterInnen an die Firma von Wolfgang Sturm verlieh. Die ArbeiterInnen unterschrieben Verträge zu 26 DM pro Stunde. Das System funktioniert folgendermaßen: Ein Facharbeiter kostet in Deutschland etwa 65 DM. Die Agenturen verlangen 40 DM bis 50 DM, zahlen ungefähr 25 DM an die ArbeiterInnen aus und behalten den Rest. Sie zahlen keine Sozialversicherungsbeiträge und behaupten, die ArbeiterInnen seien »Selbständige«.

• **Spanier bekamen endlich ihren Lohn – aber weniger als erwartet** (Märkische Oderzeitung, 5.8.1994) Jemand von Homebau, Livingston, einer Firma, die mit der niederländischen »Le vant« [oder »de Vant«] zusammenhängt, die die spanischen BauarbeiterInnen beschäftigte, zahlte diesen anstatt der erwarteten 2 500 DM nur 1 500 DM aus. Er sagte, der Bauherr sei mit der geleisteten Arbeit nicht zufrieden, und deswegen bekämen sie weniger Geld. Die spanischen ArbeiterInnen, unter ihnen eine Frau, verlangten mehr Geld, aber ohne Erfolg. Mit dem Geld, das die ArbeiterInnen erhielten, konnten sie gerade ihre Rechnung in der Pension bezahlen. Die meisten von ihnen wollen nach Hause zurück, einige wollen im nahegelegenen Fredersdorf arbeiten.

2. ArbeiterInnen aus Portugal

• **Portugiesen verdienen die Hälfte** (Berliner Zeitung, 4.7.1994) Die portugiesische Firma SOMEC hat einen Vertrag für die Friedrichstadt-Passagen im Zentrum von Berlin. 200 portugiesische

BauarbeiterInnen arbeiten zwölf Stunden täglich an sechs Tagen die Woche und bekommen immer noch weniger als deutsche ArbeiterInnen mit 8-Stunden-Tag. SOMEC hat insgesamt etwa 12 000 portugiesische ArbeiterInnen auf Baustellen in Deutschland. Beim Projekt Friedrichstadt-Passagen ist SOMEC Subunternehmer für Steiner Infratec. Die portugiesischen ArbeiterInnen bekommen im Monat 2 500 DM netto für ihre 6-Tage-Woche einschließlich vieler Überstunden [nach unsern Informationen erhalten sie ca. 1 500 DM], FacharbeiterInnen kommen vielleicht auf 3 500 DM. Ein Arbeiter mit deutschem Paß käme auf bis zu 6 000 DM. In Portugal liegen die durchschnittlichen Löhne bei 50 000 Escudos, etwa 500 DM. Einige der PortugiesInnen sind schon seit Jahren hier, andere haben vorher in Rußland, dem Irak oder in Ägypten gearbeitet. Es gibt viele Unfälle auf der Baustelle. Ein Arbeiter, der bei einem Unfall verletzt worden war, wurde gekündigt, als er seine Arbeit wieder aufnahm.

• **Hungerstreik erfolgreich** (Neues Deutschland, 17.9.1994) *In Leipzig traten 20 portugiesische ArbeiterInnen in Hungerstreik, weil ihr Arbeitgeber Dürk aus Bad Reichenhall sie nicht bezahlte. Dürk zahlte ihnen daraufhin 2 000 DM aus und versprach, den Rest später zu bezahlen. Die Lebensbedingungen sind sehr schlecht. In jedem Container sind drei Portugiesen untergebracht, mit Plastikfolie vor den Fenstern. Sie arbeiten sechs Tage in der Woche, 15 Stunden am Tag. (Dürk beschäftigt ArbeiterInnen aus Portugal, Britannien und der Türkei und zahlt ihnen 20 DM pro Stunde.) Die Hungerstreikenden haben seit Mitte Juli keinen Lohn gesehen. Dürk sagte zuerst, das sei nicht seine Schuld, denn für die Lohnzahlung sei der portugiesische Subunternehmer verantwortlich. Der war jedoch bankrott gegangen. Dürk zahlte schließlich.*

3. ArbeiterInnen aus Italien

• **Italienische Bauarbeiter besetzen Kran** (tageszeitung, 7.5.1994) *Italienische ArbeiterInnen besetzten einen Kran in Pankow, Berlin, und forderten die Auszahlung ihrer Löhne. Zwei Arbeiter drohten damit, sich vom Kran zu stürzen. Italienische Diplomaten vermittelten.*

4. ArbeiterInnen aus Britannien und Irland

• **Arbeiter besetzen Kräne** (Der Tagesspiegel, 10.5.1994) *Englische Arbeiter besetzten zwei Kräne. Sie forderten die Auszahlung ausstehender Löhne. Der Generalunternehmer garantierte die Zahlung und die Arbeiter beendeten die Blockade.*

• **Tausende britischer und irischer Bauarbeiter in Berlin. Dubiose Agenturen kassieren ab.** (Berliner Zeitung, 28.6.94) *Es gibt über 6 000 britische und irische Bauarbeiter in Berlin. Viele wurden von niederländischen Agenturen angeheuert. Arbeiter wurden nicht bezahlt. Bei einem Arbeiter waren es 6 000 DM. Sein Subunternehmer verschwand mit 100 000 DM Bargeld (das für Lohnzahlungen vorgesehen war) und den Arbeitserlaubnissen. Die britischen und irischen Arbeiter kommen nach Berlin, weil hier die Löhne höher sind. Aber sie müssen dafür 60 bis 70 Stunden in der Woche arbeiten. Viele haben keine Arbeitserlaubnis oder werden zu Ein-Mann-Subunternehmern oder Selbständigen, damit der Arbeitgeber die deutschen Gesetze umgehen kann. Die Verleih-Agenturen machen ihr Geld, indem sie von beiden kassieren, vom Arbeitgeber, der die Arbeiter heuert, und von den Arbeitern, die einen Teil ihres Lohnes als Kommission abführen. Viele Agenturen operieren illegal und/oder zahlen keine Löhne aus. Viele Arbeiter gehen leer aus und versuchen, auf eigene Rechnung zu überleben. Einige arbeiten ohne Arbeitserlaubnis. Viele leben in ihren Autos oder in sogenannten Kakerlaken-Hotels für 100 DM pro Woche oder mehr. Jeden Monat melden sich zwischen 100 und 200 von ihnen beim britischen Konsulat, ohne Geld und ohne Ticket für die Heimreise auf die Insel.*

• **Immer mehr britische Arbeiter illegal auf deutschen Baustellen** (Frankfurter Rundschau, 10.8.94) *Niederländische Firmen verleihen britische Arbeiter an deutsche Firmen auf illegale Weise. Etwa 50 000 bis 60 000 britische ArbeiterInnen sind in Deutschland. Die deutschen Firmen zahlen 45 DM statt der üblichen 65 DM (inkl. Sozialleistungen) für deutsche ArbeiterInnen. Die Verleihfirmen behalten die Hälfte und zahlen den ArbeiterInnen nur etwa 20 DM bis 25 DM. Deutsche Behörden kündigten Razzien gegen illegale Beschäftigung auf den Baustellen an.*

• **Wanderarbeiter als Camper** (tageszeitung, 13.8.1994) *200 irische WanderarbeiterInnen, teilweise mit Familie, ließen sich mit 75 Wohnwagen auf einem Parkplatz in Zehlendorf im Süden Berlins nieder. Die ArbeiterInnen arbeiten auf Baustellen in Berlin und Brandenburg. Die örtlichen Behörden bezeichneten sie als »illegale Besetzer« und forderten sie auf, das Gelände zu verlassen. Die WanderarbeiterInnen forderten sanitäre Einrichtungen und boten an, die Kosten dafür zu tragen, aber die örtlichen Behörden drohten mit einer Räumung und stellten ihnen ein Ultimatum. Das Gelände soll an eine Firma verkauft werden, die dort ein Motel eröffnen will. Die Camper verließen das Gelände.*

5. ArbeiterInnen aus Deutschland

• **Wochenlang keinen Lohn: Kran blokkiert** (Berliner Zeitung, 14.6.94) *Unternehmer Pape zahlte wochenlang keine Löhne. Ein Arbeiter kletterte auf einen Kran auf einer Baustelle in Marzahn, Berlin, andere blockierten die Einfahrt und verteilten Flugblätter an die Bevölkerung, in denen die Zahlung der Löhne gefordert wurde.*

• **Bauarbeiter protestieren** (Berliner Zeitung, 5.9.1994) *Die Gewerkschaft der BauarbeiterInnen (IG BSE) drohte mit einem Streik für den Fall, daß die Schlechtwettergeldregelung abgeschafft würde. Es gab Demonstrationen und Kundgebungen in 300 Städten. Die Abschaffung ist für Anfang 1996 vorgesehen. In Berlin kamen 1 700 ArbeiterInnen zur Demonstration. Der Vorsitzende der IG BSE, Köbele, rief die ArbeiterInnen dazu auf, bei den Parlamentswahlen im nächsten Monat nur Kandidaten zu wählen, die für die Beibehaltung der Regelung eintreten.*

6. ArbeiterInnen aus Osteuropa

• **Osteuropäische Tagelöhner** (BerlinerZeitung, 23.8.1994) *Ein Bericht über TagelöhnerInnen in deutschen Großstädten, vor allem Männer aus Polen und in den letzten Monaten zunehmend aus der früheren Sowjetunion und Rumänien. Viele kommen als TouristInnen her. Sie warten an bestimmten Straßen darauf, von Baufirmen oder Pri-*

vatpersonen mitgenommen zu werden. Sie erhalten zwischen 7 DM und 15 DM pro Stunde – falls sie jemand mitnimmt. Auf diese Weise können sie auf 1000 DM im Monat kommen, immer noch weit mehr als das, was sie in ihren Herkunftsländern verdienen.

7. Allgemeine Informationen

• **Boom bei illegaler Beschäftigung auf deutschen Baustellen** (Neues Deutschland, 8.6.1994) *Der stellvertretende Vorsitzende der Baugewerkschaft (IG BSE) schätzt die Zahl der illegalen ArbeiterInnen auf deutschen Baustellen auf etwa 500 000. Letztes Jahr wurden 300 000 Baufirmen kontrolliert, davon beschäftigten 24 Prozent Illegale.*

• **Konflikte auf Berliner Baustellen** (tageszeitung, 27.7.1994) *Ungelernte Bauarbeiter müßten in den neuen Ländern gemäß Tarifvertrag im Bauhauptgewerbe etwa 16,50 DM bekommen [im Westen etwa 19,50 DM]. Portugiesische, süditalienische und südspanische ArbeiterInnen liegen zwischen 6 DM und 10 DM, englische ArbeiterInnen verdienen bis zu 15 DM, RussInnen, PolInnen und UkrainerInnen etwa 5 DM pro Stunde. Die Verleihagenturen zahlen deutschen ArbeiterInnen etwa 10,50 DM. Es gibt Konflikte auf den Baustellen aufgrund der Arbeitshetze und der daraus resultierenden Unfälle. Ein weiteres Problem sind die verschiedenen Lohnhöhen. Unternehmer stellen ArbeiterInnen mit deutschem Paß vor die Wahl, entweder niedrigere Löhne zu akzeptieren oder durch ausländische ArbeiterInnen ersetzt zu werden. [Die Lohnpyramide gibt es; die Zahlen sind ungenau.]*

• **Boom, aber keine neuen Jobs** (Berliner Zeitung, 10.9.1994) *Es gibt verschiedene Arten von Beschäftigung im Bausektor. (1) Es gibt legale Werkverträge zwischen osteuropäischen Firmen und deutschen Behörden. Aber die Anzahl der ArbeiterInnen mit dieser Art Vertrag sank von 70 000 vor zwei Jahren auf für nächstes Jahr vorgesehene 35 000. (2) Viele ArbeiterInnen werden illegal stunden- oder tageweise auf größeren Baustellen beschäftigt. Sie bekommen 5 oder 6 DM. (3) ArbeiterInnen aus anderen EG-Staaten kommen als Selbständige, vermittelt durch niederländische Leihfirmen. Die AusländerInnen bekommen weniger Geld, müssen mehr Stunden arbeiten und werden außerdem dazu gezwungen, die in Deutschland geltenden Unfallverhütungsvorschriften zu verletzen. Obwohl in Berlin-Brandenburg immer mehr gebaut wird und die Bauunternehmen hohe Umsätze haben, steigt die Arbeitslosigkeit in diesem Sektor weiter an.*

• **Die Lage ausländischer Bauarbeiter in Deutschland** (Leipziger Volkszeitung, 17.9. 1994) *Egal, ob sie über Leihfirmen oder über Werkverträge angestellt werden, ausländische ArbeiterInnen bekommen im Durchschnitt zwischen 5 DM und 10 DM Stundenlohn. Manche nennen das »modernen Sklavenhandel«. Etwa 500 000 ausländische BauarbeiterInnen arbeiten in Deutschland, verglichen mit etwa 1,4 Mio. deutschen ArbeiterInnen in diesem Sektor. Die Löhne liegen über denen in ihren Herkunftsländern, aber sie werden trotzdem ausgebeutet, und es sind die großen Firmen, die das große Geld machen. Eine EG-Richtlinie, die in Vorbereitung ist, sollte allen ArbeiterInnen die Arbeits- (und Lebens-) Bedingungen des Landes garantieren, in dem sie arbeiten. Das könnte die Lage ändern. Aber Gesetz heißt nicht notwendigerweise Realität.*

Wer wir sind?

Wir sind eine kleine Gruppe. Die meisten von uns haben einen deutschen Paß, einige arbeiten im Bausektor. Wir haben die Entwicklungen in Berlin-Brandenburg in den letzten Jahren beobachtet und darüber diskutiert. Wir denken, daß die BauarbeiterInnen eine Art »Schlüsselfigur« in den kommenden Kämpfen gegen den Kapitalismus in der Region sein werden. Wir brauchen selbstorganisierte und nicht-hierarchische Strukturen der Initiative und Solidarität. Wir müssen Spaltungen wie die rassistische, sexistische, nationalistische usw. überwinden. Wir bieten unser Wissen an, unsere Möglichkeiten und Kontakte und unseren Willen und Wunsch, zu kämpfen und zu gewinnen. Wir schlagen den Aufbau eines (Bau-)ArbeiterInnenzentrums vor. Macht mit und bringt eure Ideen und Initiativen ein!

Probleme und Fragen sowie Ideen und Vorschläge für ein (Bau-)ArbeiterInnenzentrum

Löhne werden nicht gezahlt, Firmen machen pleite, Unfallzahlen hoch usw.: Was tun?

Ihr seid neu in der Stadt oder isoliert auf eurer Baustelle. Ihr braucht Hilfe? Ihr seid nicht erreichbar, habt keine feste Adresse?

Ihr sucht eine Unterkunft, überlegt euch zu besetzen: Wer kann euch ein paar Tips geben?

Ihr habt eine Auseinandersetzung mit eurem Boss. Wer kann euch helfen? Wie können andere davon erfahren?

Ihr wollt ein Flugblatt machen. Wo könnt ihr es setzen (übersetzen?) und drucken?

Kosten für Anwälte, Druck von Flugis, Miete für das BauarbeiterInnen-Zentrum usw.

Schwarze Liste von Firmen, Archiv mit Informationen über Baufirmen, Baustellen, Probleme, Aktionen...

Infotelefon, Briefkasten, regelmäßige Treffen im Zentrum

Kontakte zu Besetzungsgruppen und MieterInnenläden

Informationsnetz für alle, BauarbeiterInnenzeitung, Austausch über Erfahrungen

Es gibt eine ganz gute Infrastruktur hier, Kontakt über das Zentrum

Kampfkasse? Sammeln? Soliparties?

»Längst hat der Bauer die Realität der Welt begriffen«

NAFTA, LandarbeiterInnen, illegale MigrantInnen und die EZLN

Wir bringen im nun folgenden Teil drei Artikel, die einen weiten Bogen spannen, von Chiapas im Süden Mexikos bis zu den USA: **»Landarbeit in den 90er Jahren: Wo stehen wir«**, von *Shea Cunnnigham*; einen Artikel zum kalifornischen Referendum **»Proposition 187«** und die Einleitung *Harry Cleavers* zu einem Buch mit Texten der EZLN. Nur einen dieser Texte – den zur »Proposition 187« – haben wir selber geschrieben, deswegen zunächst ein paar einleitende Sätze.

Auf der ganzen Welt boomen »Freihandelszonen« und regionale Wirtschaftszusammenschlüsse. Neben der EU am größten ist die vor einem Jahr in Kraft getretene Nordamerikanische Freihandelszone (NAFTA), die einen gemeinsamen Markt zwischen den USA, Kanada und Mexiko herstellt. Nur für die Träger der Ware Arbeitskraft (sprich: die ArbeiterInnen) bleiben die Grenzen bestehen. Das Kapital hingegen ist mobil und kann die ArbeiterInnen da ausbeuten, wo es am günstigsten ist. Viele Firmen verlagern ihre Werke aus den USA und Kanada in die direkt südlich der US-Grenze in Mexiko gelegene »Maquiladora«-Zone, wo zu Niedrigstlöhnen praktisch ohne Arbeitsschutz- und Umweltauflagen produziert wird. Das steigert in den USA und Kanada nicht nur die Arbeitslosigkeit, sondern verschlechtert wiederum auch dort die Arbeitsbedingungen. Die Möbel-, Spielzeug- und Lebensmittelfabriken von Los Angeles zum Beispiel produzieren auf einem Standard, der mehr den »Maquiladoras« ähnelt als den vor 10 Jahren geschlossenen Auto- und Flugzeugwerken.

Nicht verlagern lassen sich die Bauindustrie und Kaliforniens hochproduktive Agrarindustrie. Und in den unzähligen Dienstleistungsjobs in den Metropolen wie L.A., New York oder Chicago arbeiten zunehmend neue ImmigrantInnen aus Mexiko, Zentralamerika, China oder Südostasien, viele »illegal«, d.h. ohne Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung.

»Proposition 187« – ein Hebel zum Umbau des Sozialstaates?

Der Artikel zum kalifornischen Referendum »Proposition 187« versucht Hintergründe und Folgen der jüngsten populistischen Mobilisierungen und Gesetzesverschärfungen gegen diese »Illegalen« einzuschätzen. 187 wird die Zahl der »Illegalen« in Kalifornien nicht senken und soll es auch nicht. Vielmehr geht es darum, sie aus dem Sozialstaat herauszudrängen. Ähnlich der Debatte um den Umbau des Sozialstaates hierzulande, die sich mit der Änderung und der praktischen Abschaffung des Asylrechtes zunächst gegen die MigrantInnen gerichtet hat, geht es auch in den USA darum, eine breite Diskussion zu puschen, was sich der Sozialstaat der USA noch »leisten« kann oder will. Viele der momentan gemachten Vorschläge in diese Richtung klingen noch ziemlich populistisch (genauer im Artikel zur »Proposition 187«). Aber dieser Mechanismus sollte uns bekannt vorkommen. Es werden abstrus klingende Vorschläge verbreitet, die dann wieder zurückgenommen werden, im Windschatten der dadurch angezettelten »öffentlichen Debatte« werden Änderungen durchgezogen, die dann von dieser »Öffentlichkeit« gar nicht wahrgenommen werden.

Nicht nur die Linken beschreiben als eine Folge der NAFTA eine erhebliche Zunahme der »illegalen« ArbeiterInnen in den USA. »Präposition 187« zielt darauf ab, eine Rotationsmigration aufrecht zu erhalten. Die MigrantInnen sollen »besser« ausgebeutet werden, indem andere Reproduktionsmöglichkeiten als die Arbeit zusammengestrichen werden. Zum anderen soll »Präposition 187« die Organisierung der MigrantInnen verhindern, aber die momentane Entwicklung zeigt, daß dies erstmal nach hinten losgegangen ist. In Kalifornien ist eine breite Bewegung gegen 187 entstanden, die mit Mobilisierungen in anderen Teilen der USA und in Mexiko korrespondiert. Diese Bewegung wird in Kalifornien vor allem von SchülerInnen getragen, und sie versteht sich nicht als begrenzt auf die USA.

NAFTA und die LandarbeiterInnen

Shea Cunninghams's Artikel **»Landarbeit in den 90er Jahren: Wo stehen wir?«** setzt zwar die Entstehung von Gewerkschaften oder die Durchsetzung von Tarifverträgen zu unkritisch mit einem Erfolg für die ArbeiterInnen gleich, aber der Artikel benennt nicht nur die negativen Folgen der NAFTA für die ArbeiterInnen, sondern betont auch die andere Seite der Medaille: die Möglichkeit einer

grenzüberschreitenden Ausweitung und Verbindung der Kämpfe.

NAFTA verlagert nicht nur Fabriken in die Maquiladoras, sondern sorgt durch billige Agrarimporte (z.B. US-Mais) nach Mexiko dafür, daß immer mehr Subsistenz- und KleinbäuerInnen ihre Existenz verlieren und als Arbeitskräfte freigesetzt werden. Experten schätzen, daß allein durch die Maisexporte eine Million Familien vom Land vertrieben werden. Viele von ihnen werden versuchen, in die USA zu kommen, und dort das Heer der illegalen ArbeiterInnen verstärken.

Mexiko – ArbeiterInnen aus Mexiko! – hat bei Entwicklung der US-Agrarwirtschaft immer eine bedeutende Rolle gespielt. Die hohe Produktivität der kalifornischen Landwirtschaft mittels dem Einsatz neuer Technologien gegen die ArbeiterInnen, die Entstehung von Gewerkschaften und die Debatten um immer wieder neue »Einwanderungsgesetze«, dies alles ist die Geschichte der Kämpfe der ArbeiterInnen. Wer diese Zusammenhänge nachlesen will dem sei die Lektüre des Aufsatzes *»Nahrungsmittel, Hunger und die internationale Krise«* von Harry Cleaver nachdrücklich ans Herz gelegt (in TheKla 10: Zerowork – politische Materialien aus den USA).

Unerwähnt bleibt in dem Artikel von Shea die Tasache, daß sich die UFW in den 70er Jahren an der Repression und den Kampagnen gegen »illegale« ArbeiterInnen beteiligt hat. Das ging sogar so weit, daß sie eigene Grenzpatrouillen aufstellte, die »Illegale« aufgriffen und dem INS (Einwanderungs-, Einbürgerungsbehörde) auslieferte. Erst auf den Druck der Chicanogruppen änderte sie diese Linie und plädierte für eine »Legalisierung«.

Die zu unkritische Behandlung gewerkschaftlicher Tarifverhandlungen macht ein genauerer Blick auf die tatsächlichen Ergebnisse deutlich. So hat das FLOC in den 60er Jahren zwar eine Reihe von Verträgen abgeschlossen, hat dabei aber fast immer auf einen Großteil der zuvor aufgestellten Forderungen verzichtet, oder sie eingeschränkt. Die Löhne in der Landwirtschaft haben sich seit den 80er Jahren verschlechtert. Die Gewerkschaften haben also quasi nur das Recht erworben, bei der Aushandlung der weiterhin miesen Bedingungen der LandarbeiterInnen mitzuverhandeln.

Deswegen ist es falsch, nur auf die Entwicklung von gewerkschaftlichen Aktivitäten zu schielen, wenn es um die Frage einer Ausweitung der Kämpfe geht, eine mögliche Entwicklung, die in dem Text richtigerweise an der Frage NAFTA aufgeworfen wird. Daß dies kein Hirngespinst ist, wird durch die Entwicklung in Chiapas und Mexiko in den letzten zwei Monaten deutlich.

Die EZLN

Schrittmacher einer revolutionären Aufstandsbewegung?

(Der folgende Text stammt aus einem Flugblatt, das von der WILDCAT-Gruppe Mannheim/Ludwigshafen verteilt wurde.)

»In Bezug auf all das Gerede, ob Marcos schwul ist: Marcos ist ein Schwuler in San Francisco, Schwarzer in Südafrika, Asiat in Europa, Chicano in San Isidro, Anarchist in Spanien, Palästinenser in Israel, Indígena in den Straßen von San Cristóbal, Kinderbande in Nezahualcoyotl, Rocker in Ciudad Universitaria, Jude in Deutschland, Feministin in politischen Parteien, Kommunist in der Zeit nach dem Kalten Krieg, Gefangener in Cintalapa, Pazifist in Bosnien, Mapuche in den Anden, Lehrer in der CNTE, Künstler ohne Galerie noch Aufträge, Hausfrau an einem Samstagabend in irgendeinem Viertel irgendeiner Stadt irgendeines Mexikos, Guerillero im Mexiko des ausgehenden 20. Jahrhunderts, Streikender in der CTM, Journalist von Fülltexten für die Inlandsseite, Macho in der feministischen Bewegung, Frau, die alleine um zehn Uhr nachts in der Metro ist, Rentner als Wachposten auf dem Zócalo, Bauer ohne Land, verarmter Verleger, arbeitsloser Arbeiter, Mediziner ohne Arbeitsplatz, unzufriedener Student, Dissident im Neoliberalismus, Schriftsteller ohne Bücher und Leser – und ist sicherlich Zapatist im Südosten Mexikos. Letztendlich ist Marcos irgendein Mensch in dieser Welt. Marcos sind all die nicht tolerierten, unterdrückten Minderheiten, die nicht aufgeben, die explodierend **¡Ya Basta!** *schreien. All die, die in dem Moment Minderheit sind, wenn es darum geht, zu sprechen, und Mehrheit, wenn es darum geht zu schweigen und zu ertragen. All die Nicht-Tolerierten, die nach Worten suchen, ihren Worten, die diese ewigen Fragmente zur Mehrheit machen, wir. Alles, was der Macht und dem guten Gewissen unbequem ist, ist Marcos.«*
(Subcomandante Marcos, 31. Mai 1994)[1]

Wir sind alle Marcos!

Die Zeit der Revolution ist nicht vorbei. Auch wenn es so aussieht, als ob seit dem »Sieg« des ganz normalen Kapitalismus über sein östliches Spiegelbild die Welt in Barbarei versinkt: Kriege, Ethnisierung, Selbstethnisierung und religiöser Fanatismus mit rassistischer Selbstzerfleischung der Unterdrückten dieser Welt, radikale Verarmung mit Hunger und Krankheit im Süden, Arbeitslosigkeit und Arbeitshetze im Norden, Zerstörung von sozialen Zusammenhängen und Absicherungen im Osten. Das Kapital ordnet die Welt neu nach seinem Bilde. In dem Maße wie Fremdenfeindlichkeit zunimmt, verschwindet die reale Bedeutung der Nationalstaaten: der Ausbeutung sind keine Grenzen mehr gegeben. Das Freihandelsabkommen NAFTA zwischen Kanada, USA und Mexiko ist ein Teil dieser Neuen Weltordnung: Freizügigkeit für Kapital und Waren, Aufrüstung der Grenzpolizeien gegen die Menschen. Aber angesichts des zunehmenden Elends verblaßt der Glanz des »Sieges«: der Kapitalismus sieht jetzt wieder so aus, wie er immer schon war – die Notwendigkeit von Revolution ist offensichtlich.

Aber ist sie auch möglich? Ist die historische Hoffnung auf »Kommunismus« nicht zu sehr enttäuscht? Wird sich ein neuer Traum von Menschlichkeit und menschlicher Gesellschaft verbreiten? Ein Aufstand von verarmten Campesinos aus dem Lacandon-Dschungel im Südosten Mexikos hat der Welt den Atem stocken lassen – die erste demonstrative und vorläufig erfolgreiche Offensive gegen die Neue Weltordnung des Kapitals, für eine bessere Welt. Das ist überall, gerade von den Kapitalisten selber, gut verstanden worden – auch wenn sich die Erklärungen der EZLN nur auf Mexiko beziehen, auch wenn sie nicht die alten Parolen der kommunistischen Parteien rufen. Das ist der Grund, warum eine an sich unbedeutende Rebellion ein so ungeheueres öffentliches Interesse hervorgerufen hat: das Beispiel der Campesinos von Chiapas könnte Schule machen – in Mexiko und anderswo.

Am 1. Januar 1994 beginnt der Aufstand der EZLN (Zapatistische Nationale Befreiungsarmee) in Chiapas mit der Besetzung verschiedener Städte. Die Regierung reagiert prompt: sie schickt die Armee, Bombenflugzeuge. Aber der mexikanischen Regierung gelingt es nicht, die EZLN militärisch und propagandistisch unter Kontrolle zu bringen. Nach knapp zwei Wochen kommt es erstmal zu einem Waffenstillstand. Von da an beginnt ein Prozeß, der sich, oberflächlich gesehen, an den Verhandlungstischen artikuliert. Aber die EZLN vermeidet jeden Anklang an eine formale Verhandlungslogik. Jede Forderung, die einzufangen wäre, wird halb erhoben, dann aber aufgehoben in der bereits berühmt gewordenen rhetorischen Figur: *»Und wir haben unsere Toten befragt, ob sie für den Bau einiger Straßen und Krankenhäuser gestorben sind... und sie haben nein gesagt«*. Der EZLN geht es nicht um sozialstaatlich verhandelbare Forderungen, sondern um eine grundsätzliche Veränderung der Situation in Mexiko. Nach jahrzehntelangem Widerstand werden die Campesinos nicht für ein paar Reformen die Waffen

abgeben. Und der EZLN geht es um den Aufbau einer landesweiten Bewegung. Tatsächlich wird der Aufstand in Chiapas im Verlauf des Jahres 1994 zum Bezugspunkt. Vor dieser Aufstandsdynamik spielt sich die weitere Entwicklung ab: im August kann die regierende PRI nur mit Betrug die Wahlen gewinnen, Ende des Jahres werden erneut verschiedene Städte in Chiapas von der EZLN besetzt. Daraufhin nimmt die Regierung die Währung aus der direkten Bindung an den US-Dollar mit dem Ergebnis, daß der Peso mehr als ein Drittel seines Wertes verliert.

Am Donnerstag, den 9. Februar '95 hat eine militärische und propagandistische Offensive gegen die EZLN begonnen. Soldaten sind in Chiapas einmarschiert und die mexikanische Regierung hat eine Kampagne gegen die »Terroristen« der EZLN gestartet, Haftbefehle und Steckbriefe sind ausgegeben worden. Die angeblich jetzt ermittelten »bürgerlichen« Namen von Kadern der EZLN sind über die Medien bekannt gemacht worden. Aus einer Bewegung, die auf eine breite Unterstützung in Nordamerika gestoßen ist, sollen »verführte Indios« gemacht werden. Die Regierung versucht, den Aufstand in Chiapas als Fehler darzustellen, der mit ein paar Reformen und Geld wieder gut gemacht werden kann, wenn erstmal die »Terroristen« verhaftet worden sind.

Seit Beginn dieser Aktionen hat es in Mexiko-City mehrere Demonstration mit bis zu 150 000 Leuten gegeben, die mit dem Aufruf »Wir sind alle Marcos« durch die Straßen zogen, um sich gegen die personalisierende und individualisierende »Terroristenkampagne« der Regierung zu stellen.

»Manuel Perez Garduno zieht die schwarze Ski-Mütze hoch und betritt mit seiner Frau das Cafe ›La Blanca‹. Die beiden kommen gerade von der Massenkundgebung auf dem Zócalo, auf der erneut am Samstagabend zigtausend Mexikaner für den Frieden, gegen das Eingreifen der Militärs und für die Zapatisten und ihren ›Subcomandante Marcos‹ demonstriert haben. Manuel Perez und seine Frau Teresa – er Bankangestellter, sie arbeitet in einem Reisebüro – haben die Ski-Mütze getragen, weil sie so ihre Solidarität mit den Indios in Chiapas ausdrücken wollen. Bei weitem nicht jeder, der heute in Mexiko sein Gesicht mit einer Skimaske vermummt, ist gleich ein Rebell; das Kleidungsstück, das ›Marcos‹ populär gemacht hat, ist vielmehr zum Symbol des zivilen Ungehorsams und Widerstands gegen das korrupte Regime der ›Staats‹-Partei PRI und ihrer ›Dinosaurier‹ geworden.« (DIE RHEINPFALZ, 20.2.95)

Hierzulande wird oft ein Bild gezeichnet, das arme, eingeborene Indio-Bauern zeigt, die nur für den eigenen Bedarf auf Kleinstflächen produzieren, die bunte Kleider tragen und in direkter Tradition der Maya stehen, jetzt vom eindringenden Kapital unter Druck gesetzt und vertrieben werden. Auch wenn die EZLN selbst von Indigenen und Campesinos als ihrer Basis redet – das Bild ist falsch. Ein Campesino ist nicht einfach ein Bauer. Sein Lebensmittelpunkt ist gewiß das Land, aber er mag heute als Tagelöhner auf einer Rinderfarm im Süden arbeiten, morgen als Bauarbeiter eine Fabrik im Westen oder eine Straße im Norden bauen, dazwischen immer wieder ein Stück Land bebauen, das er besetzt hat oder von einer Kommune zugewiesen bekam und von dem er wieder vertrieben wird, zwischendurch mag er sich in einer Stadt als Hilfsarbeiter verdingt haben, vielleicht war er auch schon als Bracero zur Ernte in Kalifornien, seine Frau und seine Töchter fertigen in Heimarbeit Kunsthandwerkliches für die Touristen – immer am Rande des absoluten Existenzminimums ohne die geringste Absicherung, oft ohne Lesen und Schreiben zu können, immer bereit zur Wanderschaft. Auch das Wort »Indígena« (Selbstbezeichnung der »Indios«) hat wenig mit Abstammung oder Ethnie zu tun. Es ist zum Teil die selbstbewußte Selbstzuordnung zur untersten sozialen Schicht der mexikanischen Gesellschaft, zum Teil ein politisch-kultureller Protest gegen 500 Jahre Herrschaft von europäischem Feudalismus und Kapitalismus. So sind auch die wenigsten Bewohner des Lacandon-Dschungels »Eingeborene«: getrieben von Not und Elend haben sie oder ihre Eltern dort gesiedelt.

»Die Leute suchen nach einer Organisation, zu der sie gehören. Ich habe in San Cristobal de las Casas als Klempner gearbeitet, als Steine schleppender Hilfsarbeiter: ich betrachtete diese Arbeit und die Bezahlung, die nicht mehr wurde; es war nicht genug zum Leben. Eines Tages ging ich in unser Dorf, ich wollte mir meine Papiere holen und zur Armee gehen. Meine Familie sagte mir: ›Es wäre besser, wenn du dich der EZLN anschließen würdest‹. Ich stimmte zu, und ich wurde von jemanden in die Berge gebracht, der in unserer Stadt für die EZLN arbeitete.« (aus einem Interview mit einem Mitglied der EZLN).

In Mexikos südlichstem Bundesstaat an der Grenze zu Guatemala kämpfen Campesino- und Indígena-Organisationen seit Jahrzehnten gegen die dortigen Großgrundbesitzer und ihre bewaffneten »weißen Banden«. Die mexikanische Revolution von 1917 hatte die feudalen Großgrundbesitzer in Chiapas nicht angetastet. Die lange Geschichte dieser Kämpfe ist auch die Geschichte der Kämpfe gegen die Diskriminierung der indigenen Bevölkerung in Chiapas, die oft genug isoliert gekämpft hatte. Die Regierungsbekenntnisse zur Mayakultur dienten nur dem Tourismus, die eine Million Indígenas in Chiapas hatten davon gar nichts.

Chiapas leidet aber nicht etwa am Nichtvorhandensein kapitalistischer Beziehungen, sondern an deren Gegenwart. In den letzten beiden Jahrzehnten haben sich die Lebensbedingungen dort weiter verschlechtert. Die mexikanische Erdölgesellschaft PEMEX hat dort weitere Ölvorkommen ausfindig gemacht, was zu erneuten Landenteignungen und zu einer Militarisierung der Erdölgebiete geführt hat. Die Campesinos arbeiten oft am nächsten Tag für die Erdölgesellschaft, die sie gestern von ihrem Land vertrieben hatte. Ein Großteil der Agrarprodukte aus Chiapas landet auf den internationalen Märkten. Der Preisverfall z.B.

des Kaffees in den Jahren 1980 bis 1993 (35 Prozent der mexikanischen Kaffeeexporte kommen aus Chiapas) hat weiter dazu beigetragen, den Lebensunterhalt der Campesinos zu zerstören. Immer mehr Land reißen sich die Viehbarone unter den Nagel, drei Millionen Kühe werden für internationale Fast-Food-Konzerne wie McDONALDS in die Kühlhäuser von Chiapas und Mexiko-City verladen. In Chiapas wird in Wasserkraftwerken 20 Prozent der gesamten Elektrizität Mexikos produziert, aber nur ein Drittel der Haushalte verfügt über Elektrizität. 1992 hat als Teil der Vorbereitung von NAFTA die Beseitigung des *ejido*-Systems (ein System der gemeinschaftlichen Nutzung von Grund und Boden) die Vertreibungen weiter beschleunigt. NAFTA soll die Mobilität für das Kapital erhöhen, die ArbeiterInnen dort auszubeuten, wo es gerade am günstigsten ist. Mexiko »soll die Märkte öffnen«, die Subventionen für die Landwirtschaft streichen. *[... Abschnitt zu Proposition 187, siehe den folgenden Artikel dazu. ...]*

Die EZLN ruft zur Gründung einer »nationalen Befreiungsbewegung« auf. Wir wissen nicht genau, was sie damit meint, aber Basis soll die Untersuchung und der Bezug zur sozialen Realität sein. Fest steht auch, daß die Bewegung längst über Chiapas hinausgegangen ist. Das Regime versuchte mit der Peso-Abwertung vom Dezember 1994 den wirtschaftlichen Befreiungsschlag. Die EZLN ist sicher nicht der alleinige Grund für die aktuelle »Peso-Krise«. Das erneute offensive Auftreten im Dezember 1994 – 40 Städte wurden vorübergehend besetzt – hat aber gereicht, um diese instabile Situation eskalieren zu lassen. Die USA versprachen sofort schnelle Gelder, um die Situation nicht völlig aus der Kontrolle laufen zu lassen. In den USA wird darüber gestritten, wieviel Geld auf welche Weise in das »Faß ohne Boden« Mexiko investiert werden soll und welche Bedingungen daran geknüpft werden. So gab es z.B. den Vorschlag, Mexiko müsse die »illegale« Immigration zur Straftat machen, bevor es einen Dollar erhält. Gegen die Einkommen der ArbeiterInnen werden sich die diversen Maßnahmen auf jeden Fall richten, schon jetzt sind die Einkommen aufgrund der Abwertung des Pesos um ein Viertel gesunken. Die Gewerkschaften, die bislang die Maßnahmen der Regierung gegen die ArbeiterInnen mitgetragen haben, geraten unter Druck. Den heftigen Reallohnverlusten zum Trotz, haben die Gewerkschaften nach der Pesoabwertung dem »wirtschaftlichen Rettungsplan« der Regierung Zedillo zugestimmt, der unter anderem nur Lohnerhöhungen von sieben Prozent als Ausgleich für die Reallohnverluste vorsieht. Bereits Anfang 1994 hatten ArbeiterInnen der General Motors Fabriken in Ciudad Juarez (im mexikanischen Bundesstaat Chihuahua an der Grenze zu den USA) unter dem Motto »Chiapas in Chihuahua« versucht, eine unabhängige Gewerkschaft außerhalb der regierungstreuen CTM zu gründen. Viele haben aufgeatmet, als zeitgleich mit dem Inkrafttreten der NAFTA der Aufstand im Süden Mexikos den Herrschenden einen Strich durch die Rechnung gemacht hat. Der Aufstand in Chiapas hat Räume für proletarische Bewegungen in Nordamerika geschaffen. Ob die ArbeiterInnen dies aufgreifen, ob sie sich selber organisieren, das wird die weitere Entwicklung zeigen. Eine Entwicklung, vor der sich die Kapitalisten fürchten:

»Eine mächtige US-amerikanische Bank fordert in Namen der Sicherheit der Investoren von der mexikanischen Regierung die Vernichtung der aufständischen Zapatisten in Chiapas. An der Spitze der einflußreichen Kriegstreibertruppe an der Wall Street steht die Chase Manhattan Bank, insbesondere deren Markterschließungsabteilung bangt um ihre in Mexiko investierten mehreren Milliarden Dollar (...) In (einem) Papier stellt die Bank frei heraus fest: ›Die Regierung wird die Zapatisten eliminieren müssen, um ihre wirksame Kontrolle des nationalen Territoriums und der Sicherheitspolitik zu demonstrieren.‹

Die Chase Bank gibt sich nicht der Illusion hin, daß die Zapatisten die Ursache für den Peso-Crash vom Dezember sind. Der Zusammenbruch der mexikanischen Wirtschaft wurde durch die Überbewertung des Pesos verursacht, und dies hatte es den US-amerikanischen Investoren, darunter sie selbst, ermöglicht, ihre Spekulationserfolge mit mexikanischen Schatzbriefen in den Schoß des Dollars zu überführen – darüber ist sich die Chase Bank durchaus im klaren. Jetzt befürchten US-amerikanische Finanzleute und Strategen, daß eine von dem Neuling Ernesto Zedillo geführte mexikanische Regierung ins Wanken geraten wird, im Konflikt mit den Zapatistas Zeit gewinnen will und versuchen wird, die Unzufriedenheit im Lande zu besänftigen – mehr, als dies der alte Vertraute Washingtons, Ex-Präsident Carlos Salinas, getan hätte. Aber jegliche Beschwichtigungspolitik gegenüber der weitverbreiteten Wut wird auf Kosten der Investoren gehen, deren Sicherheiten an die fundamentalen Vorhaben der NAFTA-Vereinbarungen gebunden sind. Daher die Notwendigkeit, mit Subcommandante Marcos und seinen GenossInnen Schluß zu machen«.

Dieses Zitat aus der amerikanischen Zeitschrift *Counterpunch*[2] belegt, daß die Finanzhilfen der USA mit der direkten Forderung nach der Vernichtung der EZLN verbunden sind. Ziel der mexikanischen Regierung ist es, den Widerstand der Campesinos in Chiapas einzumachen. Ziel der US-amerikanischen Regierung ist es, diesen Aufstand als Bezugspunkt der Arbeiter und Arbeiterinnen in Nordamerika zu beseitigen.

Aufruf der EZLN vom 11.2.95:

»An das Volk von Mexiko, an die nationale und internationale Presse, an die Völker der Welt: Wir haben alle unsere Brüder und Schwestern in Mexiko aufgerufen, diesen völkermörderischen Krieg, den die schlechte Regierung gegen uns führt, aufzuhalten. Die Regierung lügt, sie führt einen schmutzigen Krieg gegen unsere Dörfer. Gestern mittag bombardierten 14 Hubschrauber die Gegend um Moralia und Gamucha, und schossen Artilleriefeuer in das Gebiet, das unter zapatistischer Kontrolle steht. ... Sie haben uns mit Tod und Gemeinheit umzingelt. Bis jetzt haben wir Zapatisten, sowohl Truppen, als auch Zivilisten, alles mögliche getan, uns zurückzuziehen, aber nun bleibt uns keine andere Möglichkeit, als uns und unsere Dörfer zu verteidigen. Tausende Zivilisten haben bereits ihr Zuhause verlassen. Brüder und Schwestern, die Zedillo-Regierung tötet uns, tötet unsere Kinder, überfällt Frauen und vergewaltigt sie. Wir bitten das Volk von Mexiko und alle Völker dieser Welt, etwas zu tun, um diesen Krieg zu stoppen. Wir bitten euch noch mal, Brüder und Schwestern, laßt uns nicht allein. Wir werden mit Würde handeln.

Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie«

---

1 Bei diesem Text stützten wir uns u.a. auf folgende lesenswerten Schriften:
– Topitas (Hrsg.), ¡Ya basta! Der Aufstand der Zapatistas, Hamburg Dezember 1994, Verlag Libertäre Assoziation, 364 S., 28.-DM
– »Die Aktion« (Zeitschrift für Politik, Literatur, Kunst) Nr. 129-132/1995, ¡Viva Zapata! Gespräche mit Subcomandante Marcos in Chiapas, Hamburg Februar 1995, Edition Nautilus, 82 S., 12.-DM

2 Ken Silverstein und Alexander Cockburn, »Major U.S. Bank Urges Zapatistas Wipe-Out: A litmus test for Mexiko's stability«. Counterpunch, Vol. 2, No. 3, February 1, 1995. Die vollständige deutsche Übersetzung des Artikels wurde von uns über COMLINK verbreitet.

Kalifornien: 187

Seit dem 8. November 1994 soll in Kalifornien das Leben für EinwandererInnen ohne Aufenthaltserlaubnis noch schwerer werden als bisher. An diesem Tag bekam nämlich die Volksentscheidsinitiative (Proposition) 187 (von ihren Befürwortern *»SOS – Save Our State«* genannt) eine Mehrheit von 59 zu 41 Prozent.

Worum geht es bei Proposition 187?

In Kalifornien leben etwa 1,7 Millionen Menschen illegal, d.h. ohne Aufenthaltsberechtigung. Die meisten stammen aus Mexiko und Zentralamerika. Etwa zwei Drittel sind illegal über die Grenze gekommen, die anderen sind legal eingereist und später einfach dageblieben. Illegale sind schon seit längerem von vielen Sozialleistungen des Bundes (wie den meisten Formen von Sozialhilfe) ausgeschlossen. Nun sollen sie auch von allen Sozialeinrichtungen des Staats und der Kommunen ausgeschlossen werden. Dazu gehört die gesamte Gesundheitsversorgung außer der Notfallmedizin, darunter Impf- und Testprogramme, Schwangerschaftsvorsorge, Alten- und Behindertenpflege. Dazu gehört auch Kinder-, Jugend- und Drogenbetreuung. Illegale sollen von öffentlichen Schulen (das betrifft etwa 300 000 bis 400 000 SchülerInnen in Kalifornien) und Hochschulen ausgeschlossen werden. Die Beschäftigten an all diesen Einrichtungen müssen ihre SchülerInnen, PatientInnen usw. überprüfen und die Illegalen der Bundesausländerpolizei INS melden. Außerdem werden die Strafen für falsche Papiere (etwa beim Grenzübertritt) verschärft.

Für BRD-Verhältnisse hört es sich seltsam an, daß Illegale überhaupt Rechte haben, aber in den USA gibt es nicht mal Personalausweise. Normale Bullen hatten bisher nicht das Recht, Staatsbürgerschaft und Aufenthaltsstatus zu überprüfen. Es war ein öffentlicher Skandal, als die Bullen nach dem Aufstand in L.A. 1992 mehrere Tausend Festgenommene zur Abschiebung an den INS auslieferten. Die Situation ist aber kompliziert: Manchmal leben US-BürgerInnen, AusländerInnen mit und AusländerInnen ohne Aufenthaltsgenehmigung in ein und derselben Familie zusammen.

Allerdings ist noch unklar, ob 187 überhaupt in Kraft tritt (schon 1982 wurde ein texanisches Gesetz zum Ausschluß von Schulkindern ohne Aufenthaltserlaubnis vom obersten Gericht der USA gekippt). Vorläufig haben Bundesrichter alle Bestimmungen außer der Strafverschärfung für falsche Papiere mit einstweiligen Verfügungen gestoppt. Aber allein diese Bestimmung könnte sich als fatal herausstellen, da man oft drei Papiere braucht. Drei falsche Papiere ergeben drei Straftaten, und bei drei Straftaten geht man in Kalifornien seit neuestem automatisch für 25 Jahre in den Knast. Auch Gouverneur Wilson, der sich an die Spitze der 187er Kampagne gestellt hatte, hat die Umsetzung fürs erste blockiert, da es noch nicht mal Ausführungsbestimmungen

gibt. Wahrscheinlich werden die Passagen zur Schule gekippt. Auch das LAPD (Los Angeles Police Department) möchte die Kinder z.B. lieber in der Schule sehen als auf der Straße, während z.B. Schwangerschaftsvorsorge und Altenpflege abgeschafft werden. Deswegen werden wohl keine Illegalen die USA verlassen, vielleicht aber einige weniger neu dazukommen.

Seit letztem Jahr werden auch die beiden wichtigsten Übergänge an der mexikanischen Grenze gegen illegale MigrantInnen technisch und personell weiter aufgerüstet. Diese beiden Übergänge liegen in den Stadtgebieten San Diego/Kalifornien und El Paso/ Texas. Seit den Verschärfungen kommen hier deutlich weniger Menschen herüber. Dafür gehen jetzt mehr Leute in den weiter entfernten Wüstengebieten über die Grenze oder probieren es mit falschen Papieren. Hier hat sich – wie bei den Schleppern – eine Dienstleistungsindustrie etabliert.

Die Republikaner in Washington wollen auch legale EinwandererInnen aus dem Gesundheitssystem und der Sozialhilfe herausdrängen. Hauptbetroffene wären über Familiennachzug nachgeholte ältere Verwandte von in den USA arbeitenden legalen ArbeiterInnen.

Unter dem Titel »Gesetz für die Förderung der persönlichen Verantwortung« haben die Republikaner einen Großangriff auf die Sozialfürsorge geplant. Schwangeren Frauen unter 18 Jahren soll der Anspruch auf Sozialfürsorge gestrichen werden. Kommen sie dann nicht klar, sollen sie ihre Kinder zur Adoption freigeben. Dazu gehört dann der Bau staatlicher Waisenhäuser (die teurer als die eingesparte Sozialfürsorge wären, wie die Kommentare anmerken). Ebenso soll arbeitsunfähigen älteren Menschen die Sozialhilfe verweigert werden. Wohnbeihilfen, Nahrungsmittelprogramme für bedürftige Familien oder die Schulspeisung in einkommensschwachen Schulbezirken sollen gestrichen werden. Auch Clinton hatte schon eine umfassende Reform der Sozialfürsorge vorgeschlagen, mit dem Ziel, sie auf zwei Jahre zu befristen – verbunden mit einem neuen »workfare«-Programm (Zwangsarbeit für Fürsorge). Es scheint so, daß vom Sozialstaat wirklich nur noch der Knast übrigbleiben soll.

Wer ist für 187?

Proposition 187 ist die jüngste Bewegung aus den endlosen Einfamilienhaus-Vororten Südkaliforniens. Bei der aufstiegsorientierten weißen Mittelschicht hat eine armenfeindliche und rassistische »direkte Demokratie« von unten Tradition. Schon in den 30er Jahren vertrieben *homeowners associations* Schwarze mit Gewalt aus ihren Siedlungen, um die Immobilienpreise zu schützen. Seit den 50er Jahren haben sich über 80 Stadtteile von Los Angeles zu eigenen Gemeinden erklärt, um keine Sozialleistungen für die Armen in der Innenstadt finanzieren zu müssen. 1978 siegte Proposition 13 (die die Senkung der Grundstückssteuer beschloß und damit dem Staat Haushaltsmittel entzog) und machte weitere Gemeindegründungen fast überflüssig. 1979 sorgte die Initiative BUSTOP dafür, daß (schwarze) Kinder aus armen Stadtteilen nicht mehr mit dem Bus in (weiße) reiche Stadtteile zur Schule gefahren wurden. All dies läßt sich übrigens gut in *City of Quartz* von Mike Davis nachlesen.

Das juristische Knowhow für die Kampagne kam von den ehemaligen INS-Chefs Ezell und Nelson und von ultrarechten Organisationen wie dem Pioneer Fund, das Geld von der Agroindustrie und Konzernen wie dem Tabak- und Lebensmittelgiganten RJ Reynolds/Nabisco. Latino-Organisationen und »linke« Demokraten rufen jetzt zum Boykott von RJR-Marken wie Camel oder Winston und anderen Firmen wie Hewlett-Packard, Disneyland, ARCO und Chevron auf.

Aber neben zwei Drittel der weißen haben auch weit über die Hälfte der schwarzen und asiatischen und ein Drittel der Latino-WählerInnen für 187 gestimmt. Auf letztere beruft sich auch Gouverneur Wilson. Auch wenn die Latinos bei Wahlen bisher unterrepräsentiert sind (29 Prozent der kalifornischen Bevölkerung stellen nur 9 Prozent der Wählerschaft), zeigt sich hier deutlich die Entstehung eines Latino-Bürgertums aus Kleinunternehmern, das politisch dem rechten Flügel der Republikaner nahesteht.

Die Politiker schienen in diesem Wahlkampf »links« von den Wählern zu stehen. Der republikanische Gouverneur Pete Wilson konnte sich mit seinem späten Einschwenken auf die 187-Kampagne zwar seine schon verloren geglaubte Wiederwahl sichern, aber er wurde nicht nur von den Demokraten, sondern auch von führenden Republikanern kritisiert. Sie argumentieren, daß EinwandererInnen besonders fleißig seien und sich mehr als viele Alteingesessene mit den »amerikanischen Werten« identifizierten (vom Tellerwäscher zum Millionär). Ökonomen aus diesem Spektrum »weisen nach«, daß die Arbeitslosigkeit dort am niedrigsten ist, wo es die meisten EinwandererInnen gibt (weil die Löhne am niedrigsten sind). Sie wollen sich die Latinos als Wählerpotential sichern und lieber mit Steuern als mit Rassismus Politik machen. Ein anderer Flügel der Republikaner dagegen diskutiert begeistert die Wahlerfolge von Haider und Pasqua in Europa und macht Politik mit kraftmeierischen Grenzen-dicht-Parolen.

Die Demokraten (auch Clinton) riefen zwar dazu auf, gegen 187 zu stimmen, argumentierten dabei aber ebenfalls einwandererfeindlich. Im Unterschied zum prinzipiell staatsfeindlichen rechten Fundamentalismus wollen sie aber mehr Regulierung: Sie wollen mehr Kontrollen von Arbeitgebern gegen die Beschäftigung von Illegalen (was ihnen den Beifall ihres »linken Flügels« einträgt; praktisch läuft das aber auf mehr Razzien am Arbeitsplatz hinaus; bei einer der seltenen Großrazzien in südkalifornischen Textilklitschen in diesem Jahr kam z.B. heraus, daß 40 Prozent aller Beschäftigten Illegale waren). Außerdem wollen sie die Illegalen abschieben und die Grenzen dichtmachen. Dabei argumentieren sie »sozial«: Die Arbeitgeber müßten gezwungen werden, den Mindestlohn (5,25 Dollar die Stunde) zu zahlen. Dann würden die Jobs auch wieder interessanter für US-BürgerInnen, im Klartext: Man könnte sie besser in mies bezahlte Scheißjobs reinzwingen. Mit Gastarbeiterabkommen wollen die Demokraten befristet SaisonarbeiterInnen für die kalifornische Agrarindustrie (die schon um ihre billigen Arbeitskräfte für die nächste Ernte fürchtet) ins Land holen. Wahrscheinlich würden GastarbeiterInnen von allen Sozialleistungen ausgeschlossen werden und einen Teil ihres Lohns erst bei der Rückkehr nach Mexiko bekommen.

Mexikanische Fahnen in L.A.

Ein breites Spektrum hat vor und nach der Wahl gegen 187 protestiert: von Latino-Vereinigungen und Bürgerrechtsgruppen über die katholische Kirche und das LAPD bis zu Organisationen der irischstämmigen AmerikanerInnen. Der World Boxing Council und der Stadtrat von Denver/Colorado beschlossen einen Kalifornien-Boykott. Es gab Protest- und Infoveranstaltungen, Großdemos in L.A., San Francisco und lateinamerikanischen Metropolen.

Am beeindruckendsten aber waren die Proteste der SchülerInnen. Allein in L.A. gingen an den Tagen nach der Wahl Tausende von SchülerInnen aus dem Unterricht, zogen durch die Stadt und protestierten gegen Rassismus und die Streichung der Sozialhilfe. US-Fahnen wurden verbrannt und mexikanische Fahnen geschwenkt. Andere 187-GegnerInnen kritisierten sogleich, das sei schädlich für die »Bewegung« – so ähnlich ging die Linke hierzulande mit den Jugendlichen um, die 1993 nach dem Mordanschlag von Solingen türkische Fahnen schwenkten. Obwohl die Polizei hart reagierte (Gummigeschosse auf

die Schülerdemos, viele Festnahmen), gingen die Proteste weiter. Einige Leute in den USA sehen die Mobilisierungen gegen 187 schon als Initialzündung für ein neues Latino-Bewußtsein (so wie die Bürgerrechtsbewegung der 60er Jahre ein neues schwarzes Selbstbewußtsein begründete). In Kalifornien werden Latinos in zehn oder fünfzehn Jahren wahrscheinlich die größte »ethnische Gruppe« sein – in L.A. sind sie es schon heute.

Auch die kalifornischen LandarbeiterInnen (zum großen Teil Illegale) haben demonstriert. Die 187-Kampagne ist nicht mit der Erntezeit zusammengefallen, sonst hätten Streiks der LandarbeiterInnen der Bewegung gegen den 187 einen Schub gegeben, der die »Verhandlungsspielräume« erheblich eingeschränkt hätte.

LehrerInnen, Krankenhaus- und SozialarbeiterInnen im ganzen Staat erklären, sie würden Illegale weiter unterrichten, behandeln und betreuen und niemanden nach Papieren fragen. Gewerkschaften des Sozialsektors wie SEIU und *United Educators* rufen zum Boykott des 187 auf. Der Stadtrat von Berkeley lehnt 187 ebenfalls einstimmig ab, eine Gruppe in San Bernardino (L.A.) will alle öffentlichen Einrichtungen dazu bringen, die Stadt zur 187-freien Zone zu erklären. Es gibt Solidaritätsflugblätter (Tenor: kommt weiter zu uns, wir werden euch nicht denunzieren) und Beratungstelefone in allen möglichen Sprachen. Berichten zufolge reagieren die Betroffenen seit dem 8.11. unterschiedlich: In einigen Schulen und Krankenhäusern soll die Zahl der SchülerInnen und PatientInnen drastisch zurückgegangen sein, andernorts soll alles sein wie vorher. Ein Bericht über einen Zwölfjährigen, der starb, weil seine Eltern sich nicht trauten, ihn ins Krankenhaus zu bringen, kam in den Medien ziemlich groß raus. Es gibt Berichte über Aktivbürger, die im Restaurant die Aufenthaltsgenehmigung des Kochs sehen wollen, Bullen, die auf eigene Faust Abschiebungen durchziehen wollen, und Arbeitgeber, die von ihren ArbeiterInnen verlangen, daß sie englisch sprechen.

1988 waren zuletzt 2,7 Millionen Illegale, hauptsächlich Mexikaner, legalisiert worden, die seit mindestens 1981 in den USA waren. Seit Oktober 1993 haben sie einen Einbürgerungsanspruch; seit dem 8.11.94 soll die Zahl der Einbürgerungsanträge rapide zugenommen haben.

Angeblich würde 187 den kalifornischen Haushalt um drei Milliarden Dollar jährlich entlasten, aber man nimmt an, daß die Einsparungen für Repressionskosten wieder draufgingen. Allerdings meinen viele, die mit Ja gestimmt haben, daß 187 »das Problem nicht löst« und aus Verfassungsgründen sowieso nie umgesetzt werde (mal abgesehen davon, daß viele reiche 187-Befürworter selbst Illegale in Haus und Garten beschäftigen). Das Wahlergebnis wird denn auch eher als Signal an den Bund interpretiert, mehr zu zahlen. Kalifornien und andere Staaten mit vielen Illegalen haben Washington im Frühjahr 1994 wegen der Kosten der illegalen Einwanderung auf Schadenersatz verklagt.

Mexiko

Von der rechten Opposition über die Regierung bis hin zu Vermummten, die einen Tag nach der Wahl in Kalifornien ein McDonald's Restaurant im Touristenviertel von Mexiko-Stadt plattgemacht haben, ist 187 in Mexiko auf breite Ablehnung gestoßen. Der alte Präsident Salinas und Zedillo, der neue Präsident, haben 187 als Menschenrechtsverletzung bezeichnet. Viele MigrantInnen aus Zentralamerika und anderen Ländern halten Mexiko für eine höhere Hürde als die amerikanisch-mexikanische Grenze. Es gibt Berichte über massive Mißhandlungen von Durchreisenden durch die mexikanische Polizei. Auch kubanische Bootsflüchtlinge, ArmenierInnen aus Aserbaidschan, KolumbianerInnen, ÄgypterInnen, InderInnen und Bangladeschis werden ins guatemaltekische Flüchtlingslager Tecun Uman unweit der mexikanischen Grenze abgeschoben. *»Niemand interessiert sich für 187. Du gehst überall hin, wo du Arbeit findest. Du riskiert doch nicht dein Leben und gehst in die USA, nur um umsonst zur Schule zu gehen«*, sagte ein guatemaltekischer Arbeitsmigrant der *Washington Post* im Dezember.

Die Auswanderung in die USA gilt traditionell als »Sicherheitsventil« der mexikanischen Sozialpolitik, aber die USA haben gegen Mexiko durchgesetzt, daß NAFTA nur für Waren und nicht für Arbeitskräfte Freizügigkeit bedeutet. Auch Salinas spricht sich für ein Gastarbeiterabkommen mit den USA aus. Die Migration sei »unvermeidlich, und es ist besser, sie zu ordnen und zu regulieren«. Er meint zwar, NAFTA werde dafür sorgen, daß die Löhne in Mexiko stiegen und die Leute dablieben (»Wir wollen Waren exportieren, nicht Menschen.«), aber offizielle US-Migrationsexperten wissen, daß Entwicklung immer steigende Auswanderung bedeutet: wegen der Freisetzung von LandarbeiterInnen, gestiegener Erwartungen und der *»gut eingespielten Mechanismen der Migration zwischen Mexiko und den USA. Jahrzehnte der legalen und der nicht-legalisierten Einwanderung und die Nachbarschaft der beiden Länder haben ein Netzwerk enger familiärer und wirtschaftlicher Verbindungen entstehen lassen«*.

Schlußfolgerungen ...

... lassen sich auf zwei Ebenen ziehen. *Erstens* bestätigt sich, daß die Migrationspolitik ein Teil der Sozialpolitik ist. Besonders rechtlose Klassenteile werden als erste einem verschärften Arbeitszwang unterworfen. Sorgte schon bisher die militarisierte Grenze dafür, daß nur die Arbeitsfähigeren und -willigeren in die USA kamen, so werden jetzt alle anderen legalen Einkommensquellen außer beschissenen Jobs nach und nach versperrt. Ziel ist eine Rotationsmigration ohne Familiennachzug. Zusammen mit verschärften Kontrollen am Arbeitsplatz soll das dafür sorgen, daß die Illegalen noch unter dem gesetzlichen Mindestlohn arbeiten und das Maul halten. Die mit der Kampagne gegen die Illegalen entzündete Diskussion um den Sozialstaat ist dabei ein erster Baustein in dem Angriff auf die soziale Versorgung: von den illegalen zu den legalen Immigranten, von den Immigranten zum Angriff auf die Gesundheitsversorgung für alle...

Zweitens zeigt sich das Gesicht dieser unter Druck stehenden Arbeiterklasse, die NAFTA und den anderen staatlichen Integrationsprojekten schon vorausgeht. Die jungen Latinos, deren Eltern klaglos die miesesten Jobs machen und den Aufstand 1992 zum massenhaften Plündern genutzt haben, ohne irgendwelche politischen Forderungen zu stellen, melden sich zu Wort. Dabei sind sie dem Metropolenproletariat von L.A. kulturell viel weniger fremd als die meisten Einwanderergenerationen vor ihnen. Migrationsforscher in den USA beklagen schon, daß die jugendlichen ImmigrantInnen sich *zu schnell* assimilierten, daß die typischen Einwandererwerte wie Liebe zu den USA und zu harter Arbeit, Religion und Familie im Schwinden begriffen seien. Gleichzeitig sind sie Lateinamerika nahe: wegen der »gut eingespielten Mechanismen der Migration«. Die Verbindung zwischen dem lacandonischen Dschungel und dem Asphaltdschungel von Pico Union in Los Angeles müssen wir nicht herbeireden: die amerikanische Revolution ist (auch in dieser Hinsicht) längst international: *»Mehr als Pancho Villa, mehr gar als Zapata wurden die illegalen Einwanderer zu den großen Revolutionären Mexikos«*, schreibt der mexikanisch-amerikanische Schriftsteller Richard Rodriguez. *»Der illegale Einwanderer ist der mutigste unter uns. Er ist der modernste. Ein Prophet. Längst hat der Bauer die Realität der Welt begriffen, lange vor den Leuten in den Vororten.«*

(Quellen: verschiedene deutsche und amerikanische Tageszeitungen, Zusammenfassungen aus der US-Presse und Nachrichten, die von migrationspolitischen Gruppen und der Anti-187-Kampagne in den USA im Internet verbreitet werden, ila 181)

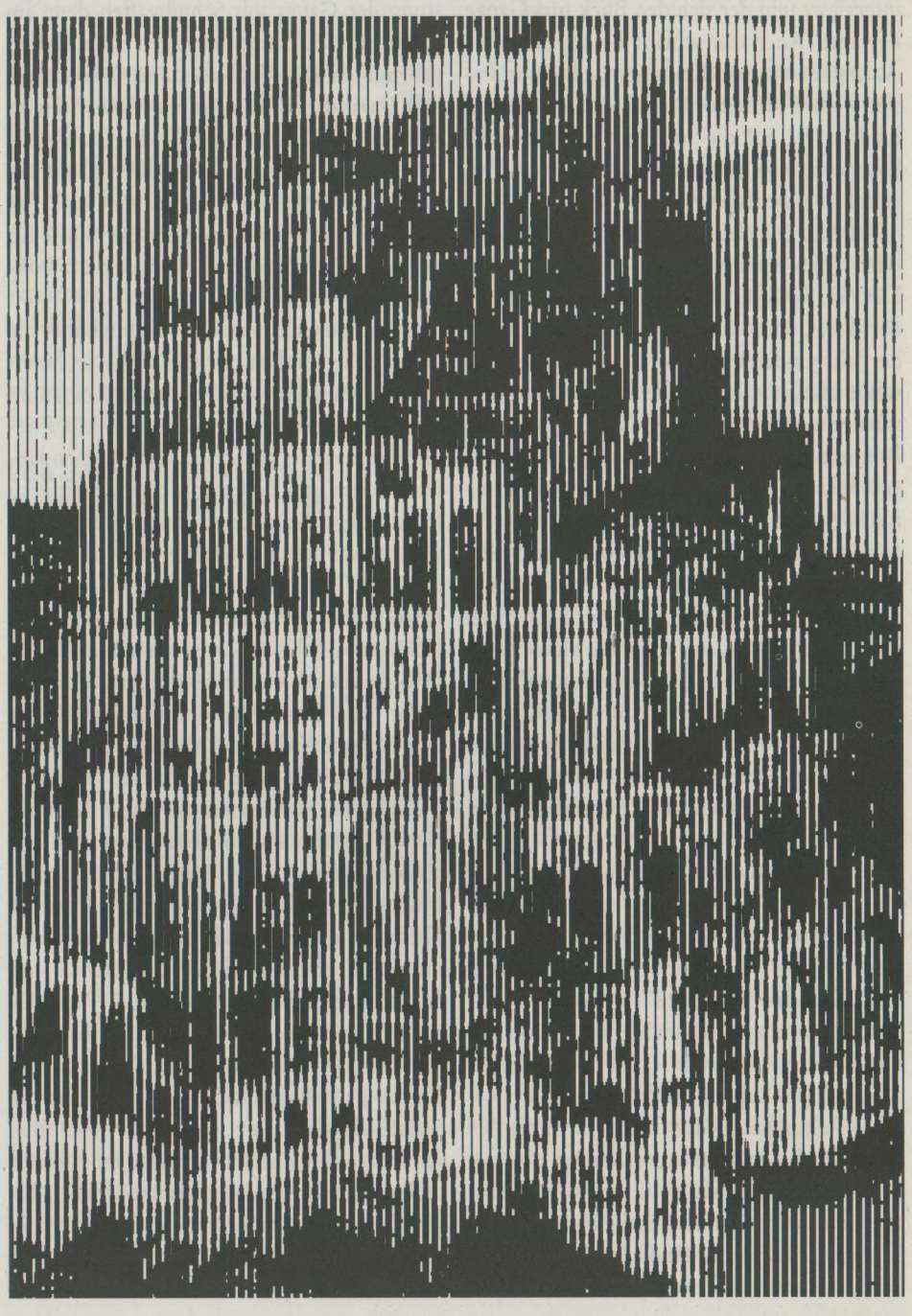
Mike Davis: City of Quartz

Irgendwie war ich schon lange in Los Angeles zu Hause – seit ich klein war, hatte ich tausende von Fernsehserien und Filmen gesehen, die dort spielen. Trotzdem hatte mich diese Stadt nie interessiert. Erst beim Aufstand vor zwei Jahren ging mir auf, daß sie für einen Kommunisten zu den interessanten Orten auf der Welt gehört: ein sozial und kulturell vielfach gespaltenes und gerade darin extrem produktives »Metropolenmeer« von 15 Millionen Menschen, das gegen allen Anschein stärker industriell geprägt ist als jede andere Großstadt in den USA. Ein Aufmarschgebiet für die großen Fraktionen des Weltkapitals mit einem Proletariat, das internationaler zusammengesetzt ist als irgendwo anders auf der Welt. Eine Stadt der Superlative, ein Modell für den modernsten Kapitalismus. Ein Modell vielleicht auch für moderne Kämpfe im und gegen den Kapitalismus. Grund genug, diese Stadt genau zu studieren.

Im November ist die deutsche Ausgabe von *City of Quartz* herausgekommen, dem 1990 in den USA erschienenen Buch über Los Angeles, das dort schon zum »Standardwerk« avanciert ist. Von seinem Autor Mike Davis war auf deutsch bereits *Phönix im Sturzflug* erschienen, eins der besten Bücher über »Reaganomics«. 1992 stießen wir zufällig in der *New Left Review* auf seinen Artikel »Between the Hammer and the Rock« über Jugendgangs, Drogen und Repression, den wir dann für den Reader zu unseren USA-Veranstaltungen übersetzten. Eine überarbeitete Fassung dieses Artikels taucht als Kapitel in *City of Quartz* wieder auf. Gegenüber dem amerikanischen Original ist die deutsche Ausgabe außerdem um einige neuere Aufsätze erweitert.

Davis ist Professor am California Institute of Architecture, aber im Gegensatz zu vielen Spezialisten gilt seine Aufmerksamkeit der ganzen sozialen Geschichte und Gegenwart der Stadt. Er tritt auf als Linker mit Moral und Vision und benutzt gleichzeitig einen »postmodernen« Trick: Er verweigert sich einem Zentralzugriff und seziert L.A. mit einer Reihe von Aufsätzen zu unterschiedlichen Themen wie mit Querschnitten, die an verschiedenen Ebenen angesetzt sind.

Daß Davis mutig ein großes Thema angeht, eine enorme Detailfülle auffährt, meist gut recherchiert, mit den wissenschaftlichen Moden mithält und außerdem flott schreibt, hat ihm



nicht nur sehr positive Besprechungen in den Medien (hierzulande etwa *Spiegel*, *Frankfurter Rundschau* und *Süddeutsche Zeitung*), sondern auch großen Ruhm im Wissenschaftsbetrieb eingetragen: von der American Social Science Association, die ihm 1990 ihren Best Book Award verliehen hat, bis zu *dem* deutschen Stadtethnologen Rolf Lindner, der das Buch als »*die* Stadtstudie der 90er Jahre« feiert. Jede Disziplin beansprucht Davis jetzt für sich, aber das zeigt vor allem, wie beschämend wenig sie selbst anzubieten haben. Die Ethnologen zum Beispiel sind darauf spezialisiert, sich in soziale Situationen hineinzubegeben und sie per »teilnehmender Beobachtung« zu verstehen, und verehren jetzt einen Mann, der weiß, wie man ein paar Bücher querliest und ein Zeitungsarchiv benutzt, der einfach mal losgeht und ein paar Leute auf der Straße interviewt und der sich den Blick fürs Ganze bewahrt. Aber das scheint heute schon die Ausnahme zu sein. Kaum jemand außer diesem weißen Professor Davis kam zum Beispiel im Mai '92 auf die Idee, einfach mal nach Southcentral zu fahren und mit schwarzen Jugendlichen zu reden.

Kurz zu den einzelnen Kapiteln: In »Sonne oder Noir« erzählt Davis die Geschichte von L.A./Hollywood als »mediatisiertester Stadt der Welt«, die – von den Bodenspekulationen der Jahrhundertwende bis zu *Blade Runner* - schon immer an EinwandererInnen und Auswärtige *verkauft* wurde. Davis zeigt, wie die Produktion von Stadtmythen selbst die Stadtentwicklung bestimmt. Lesenswert nicht nur für Film- und Krimifreunde.

In »Genealogie der Macht« rollt er die Stadtgeschichte als Geschichte von Produktionsweisen auf. Das ist lehrreich – problematisch ist allerdings (wie der Titel schon ahnen läßt), daß er sich an den verschiedenen Kapitalistendynastien entlanghangelt und der »Mut der Wobblies« und ähnliches nur als Randnotizen in einer Geschichte von bösen Reichen und armen Armen auftaucht. Das Subjekt sitzt bei Davis in der Chefetage.

In der »Revolution aus dem eigenen Garten« geht es um Bewegungen von Eigenheimbesitzern in den südkalifornischen Vororten: Steuerrevolten, Gemeindegründungen und Rassismus. Proposition 187 (siehe diese WILDCAT) ist das jüngste Beispiel dafür. Obwohl der rote Faden manchmal unter der Detailfülle leidet, ist dieses Kapitel ein absolutes Muß.

In »Festung L.A.« beschreibt Davis die Architektur des sozialen Ausschlusses: von der pennersicheren Busbank über die graffitisichere Hochsicherheitsbibliothek bis zur Tarnkappenvilla. Er zeigt, wie die Straße als öffentlicher Raum vernichtet wird: »Öffentlichkeit« findet nur noch wachschutzkontrolliert in privaten Einkaufszentren statt, während die Ausgeschlossenen auf den Straßen zum »asozialen« Opfer von Autos, Polizeirazzien und Hubschrauberüberwachung werden.

Eine ältere Fassung von »Drogen und LAPD« hatten wir wie gesagt schon einmal übersetzt. Es beschreibt nicht nur anschaulich Bullenrepression und »staatlichen Rassismus«, sondern beleuchtet auch das Problem der Gangs: Die proletarische Selbstorganisation im Stadtteil ist oft nur die Selbstorganisation der Ausbeutung, die – durch den Drogenhandel potenziert – den ganzen kapitalistischen Dreck, die ganzen Hierarchien reproduziert. In der Idealisierung der Gangs als Stadtguerilla ging das manchmal unter (so meinten die GenossInnen von der englischen Zeitschrift *Aufheben* zur Frage, warum es trotz der Hochrüstung der Gangs mit Schußwaffen denn im Aufstand 1992 keinen einzigen toten Bullen gab, nur lapidar: *»Well, next time.«*). Trotzdem fällt Davis den Kids nicht mit Rufen nach einem starken Staat in den Rücken. Im Gegenteil entlarvt er die »Linken«, die z.B. mit der Parole, die Gangmitglieder seien »Crack-Faschisten«, Internierungslager in der Wüste für Jugendliche fordern, als Apologeten des Polizeistaats.

»Neue Bekenntnisse«, das Kapitel über die katholische Kirche und die Latinos, ist hochaktuell – und leider eins der schwächeren im Buch. Davis feiert unkritisch die linken Priester, die einander im Scherz mit »Comandante« anreden und Bilder von Zapata statt vom Papst überm Schreibtisch hängen haben. Er wertet zwar die einschlägigen Statistiken über Latinos in L.A. aus, aber die Organisierung der Farm- oder der BauarbeiterInnen wird nicht mal erwähnt (obwohl er – wie er uns im Herbst 1993 persönlich erzählte – durchaus Ahnung davon hat). Stattdessen erfahren wir zu viel Unnötiges über die verschiedenen Erzbischöfe und Kardinäle in der Geschichte von L.A.

Zusätzlich zu diesen sechs langen Kapiteln hat der Verlag noch fünf neuere Texte von Davis reingenommen, in denen er seine »dezentrierte« Methode weiterführt: jeder Text ein Thema, ein Stadtteil, ein weiteres Standbein für ein Gesamtbild der Stadt. »L.A. war erst der Anfang« über den Aufstand 1992 ist eigentlich nur eine Reportage, keine Analyse, und doch besser als das meiste, was zu diesem Thema geschrieben wurde. Davis zeigt die Vielschichtigkeit im Aufstand: von den schwarzen Kids in Southcentral, die wütend die koreanischen Läden angezündet haben, bis zu den Latino-ArbeiterInnen in Midcity, die so viel geplündert haben, wie es ging. In einem Text über Compton berichtet er, daß »hier erstmals die schwarzen Armen in großem Umfang den Besitz der schwarzen Bourgeoisie geplündert und niedergebrannt haben«. Außerdem enthält das Buch eine Analyse der Rechtswende bei der Bürgermeisterwahl 1993 und eine Reportage über das alte industrielle Zentrum im Südosten von L.A., wo die Hochlohnfabriken im Auto-, Flugzeug- und Rüstungssektor demontiert wurden und heute Textilklitschen und Giftmülldeponien neben den Wuchermietenslums für illegale EinwandererInnen blühen.

Kritik verdient die Sprache: Teile des Buchs hat Davis anscheinend mit dem Fremdwörterlexikon auf den Knien verfaßt, und das ist nicht nur unverschämt und elitär, sondern bei englischsprachigen AutorInnen eigentlich auch recht unüblich. Die deutsche Übersetzung ist hier zum Glück den umgekehrten Weg gegangen und hat den Text sprachlich »entschärft«. Hinter dem sprachlichen Pomp verbirgt sich oft inhaltliche Unschärfe: Manches widerspricht sich, manchmal ersetzt Davis Analysen durch modische Schlagwörter, und manchmal wirkt es, als versuche er, sich seinen jeweiligen Gesprächspartnern anzubiedern – mal den schwarzen Besitzlosen, mal den Latino-Kleinunternehmern.

Auch politisch ist Kritik angebracht. So scharf Davis beobachtet: Sein politischer Horizont ist da zu Ende, wo er dem Staat eine linkskeynesianische Politik mit offenen Grenzen für lateinamerikanische und chinesische EinwandererInnen und geschlossenen Grenzen für das böse japanische Kapital vorschlägt. Er ist ein guter Linker (ein Anhänger der Regulationstheorie), dessen Sympathie immer bei den Ausgebeuteten liegt, aber er ist kein Revolutionär. Daß er mit dem Aufstand und mit militanten und illegalen Aktionsformen allgemein sympathisiert, heißt dabei nicht so viel: Der bewaffnete Reformismus hat in den USA eine lange Tradition.

Den Anspruch einer Geschichte vom Klassenstandpunkt löst das Buch nicht ein. Andererseits ist das mein Anspruch und nicht unbedingt der von Davis. Trotzdem ist *City of Quartz* das beste umfassende Buch, das es zur Zeit über L.A. gibt: eine Einführung, die Lust macht, mehr zu erfahren. Außerdem ist hier jemand, der *losgeht und untersucht*, und das sollte für uns allemal anregend sein.

Mike Davis: *City of Quartz. Ausgrabungen der Zukunft in Los Angeles*, Verlag Schwarze Risse/Rote Straße, 520 Seiten, 45 Mark.

Landarbeit in den 90er Jahren: Wo stehen wir?

von Shea Cunningham

Es geht um die Männer, Frauen und Kinder, die die Ernte dieses Landes einbringen, die Ernte der am besten genährten Nation auf dieser Erde. Sie sind die vergessenen, die ungebildeten, die schlecht gekleideten, die unterernährten Leute. Ohne die Arbeit dieser Leute würdest du zwar nicht verhungern, aber dein Tisch wäre nicht so reich mit all dem Luxus gedeckt, den wir alle als selbstverständlich betrachten.

Edward R. Murrow, Schändliche Ernte,CBS Fernsehen, 1960

Während des Erntedankfestes des Jahres 1960 schockierten Elendsszenen in der cbs-Produktion »Schändliche Ernte« (eine Dokumentation über diejenigen, die unser Essen produzieren) die ganze Nation. Edward R. Murrow teilte uns darin mit, daß die durchschnittliche Lebenserwartung von us-LandarbeiterInnen nur 49 Jahre betrug, während der nationale Durchschnitt bei 70 Jahren lag. Vierunddreißig Jahre später ist der nationale Durchschnitt auf 75 Lebensjahre gestiegen, aber die LandarbeiterInnen können noch immer nur mit 49 Jahren rechnen.[1]

1993 betrug der durchschnittliche Stundenlohn für LandarbeiterInnen fünf Dollar, oder 5 000 Dollar im Jahr für 25 Wochen Landarbeit. Das bedeutet eine effektive Lohnsenkung von zwei Dollar pro Stunde seit 1980.[2] Beinahe 50 Prozent aller LandarbeiterInnen leben unter der offiziellen Armutsgrenze (bei den jenseits der amerikanischen Grenzen geborenen sind es 62 Prozent) – ein Bild, daß sich seit den 60er Jahren nicht geändert hat.[3]

Das ganze republikanische Jahrzehnt hindurch hat eine umfassende Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der LandarbeiterInnen stattgefunden. Und so bleiben für die annähernd drei Millionen Männer, Frauen und Kinder, die sich auf unseren Feldern plagen, schlechte Arbeitsbedingungen, niedrige Löhne und Überstunden.

Die Gesichter der LandarbeiterInnen

Seitdem im 2. Weltkrieg das *Bracero Program* anlief, das die zeitlich begrenzte Einwanderungen regelte, besteht die große Mehrheit der LandarbeiterInnen in den USA aus mexikanischen EinwanderInnen und ihren Kindern. In früheren Jahrzehnten waren es vor allem ArbeiterInnen aus China, Japan, den Philipinnen, Indianer und Afroamerikaner.[4] 1983 kamen 90 Prozent der 500 000 SaisonarbeiterInnen in Kalifornien aus Mexiko, landesweit waren es 60 Prozent. Die letzte Einwanderungswelle brachte Mixteca-Indianer aus dem verarmten mexikanischen Bundesstaat Oxaca auf die kalifornischen Felder.[5] Da die meisten von ihnen kein Spanisch sprechen, werden sie zu einer leichten Beute für skrupellose Arbeitsvermittler.

Von der Hoffnung zur Not: Aufstieg und Fall der UFW

In den 70er Jahren erreichten vor allem die kalifornischen LandarbeiterInnen bedeutende Verbesserungen ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen, als eine Woge der Organisierung und kollektiver Verhandlungen ihrer Gemeinschaft neue Hoffnungen brachte. 1975 führten die Anstrengungen der Landarbeitergewerkschaft UFW (United Farm Workers) zum kalifornischen Gesetz über die Arbeitsbeziehungen in der Landarbeit, das kollektive Verhandlungen garantierte; gleichzeitig unterstützte die Regierung von Jerry Brown eine Erhöhung der Sozialleistungen. In den 60er und 70er Jahren trug UFW-Gründer Cesár Chavez mit dazu bei, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Notlage der eingewanderten LandarbeiterInnen zu lenken. Zu den erfolgreichen Strategien der UFW unter seiner Führung gehörten Hungerstreiks und der Boykott von Weintrauben und anderen Agrarprodukten. Chavez, der einmal 36 Tage fastete, sagte: *»Eine Person, die für einen dringend benötigten gesellschaftlichen Wandel fastet und leidet, kann in anderen den Wunsch wecken, dieses Leid zu teilen und dabei an der Beseitigung einer spezifischen sozialen Ungerechtigkeit teilzuhaben«*[6].

Hunderte nahmen in den USA am Hungerstreik der UFW teil, um auf die schlechte Lage der LandarbeiterInnen in den USA aufmerksam zu machen und unterstützten den schließlich erfolgreichen Traubenboykott. Chavez's bekannteste Parole, *»Si se puede«* (»Ja, es ist möglich«), hat viele inspiriert.

Auf ihrem Höhepunkt in den 70er Jahren hatte die UFW 120 000 Mitglieder, und zwischen 1966 und 1980 hat sie unter anderem zwei 40prozentige Lohnerhöhungen in der Weintraubenproduktion erfolgreich durchgesetzt.[7] In den 80er Jahren liefen die Verträge aus, und die republikanische Regierung besetzte den kalifornischen Agrarausschuß für Arbeitsbeziehungen mit industriefreundlichen Mitgliedern, die dieses Gesetz wirkungsvoll aushöhlten. Konfrontiert mit einem feindseligen politischen Klima und internen Differenzen folgte für die UFW und auch für die anderen Arbeiterorganisationen der USA ein langes Jahrzehnt der Rückschläge. Heute hat die UFW in den Staaten Kalifornien, Texas und Florida nur noch 20 000 Mitglieder.[8]

Nach dem Tod von Cesár Chavez im letzten April veranstaltete die UFW einen 350 Meilen langen Marsch nach Sacramento, Kalifornien. Mit dieser Wiederholung des historischen Marsches von Chavez vor 30 Jahren hoffte die UFW, sich von den letzten Rückschlägen zu erholen, und forderte gesetzliche Zugeständnisse für die LandarbeiterInnen. Der Marsch von 1994 endete mit einer Demonstration von 13 000 Menschen, die das immer noch bestehende öffentliche Interesse und die Unterstützung für die LandarbeiterInnen und die UFW

zeigte. Es ist noch zu früh, um zu sagen, ob die UFW die alte Stärke wiedererlangen kann, obwohl sie dieses Jahr bereits drei Wahlen gewinnen und zwei neue Verträge für 1 000 ArbeiterInnen in Kalifornien aushandeln konnte.[9]

Arbeitsvermittler und Korruption

In den 80er Jahre errangen die unabhängigen Arbeitsvermittler eine Schlüsselrolle in der Landwirtschaft. Diese Vermittler, die von den Pflanzern angeworben werden, um ArbeiterInnen aufzutreiben und auf die Felder zu bringen, haben seit langem den Ruf, die LandarbeiterInnen schlecht zu behandeln und sie um einen Teil ihres Lohnes zu betrügen. Aufgabe der Vermittler ist es, die großen Pflanzer vor Aktionen der ArbeiterInnen und vor gerichtlichen Klagen zu schützen, indem sie diese von der direkten Anstellung von ArbeiterInnen befreien. Sollen Gerichtsurteile gegen Arbeitsvermittler gefällt werden, verschwinden diese häufig oder melden Konkurs an, um kurze Zeit später unter anderem Namen wieder aufzutauchen.[10]

Das System der Arbeitsvermittlung ist im Moment das Haupthindernis, um die Bedingungen der LandarbeiterInnen zu verbessern. Die Vermittler zahlen weniger als die Pflanzer, bieten geringere Sozialleistungen und eine geringere Sicherheit der Arbeitsplätze. Bei den Beschäftigten der Arbeitsvermittler finden sich häufiger Fälle von Armut als unter den ArbeiterInnen, die direkt bei den Pflanzern beschäftigt sind (71 zu 56 Prozent). Die über Arbeitsvermittler angeworbenen ArbeiterInnen bilden mittlerweile 28 Prozent der eingewanderten ArbeiterInnen.[11] Eine Hauptforderung der Arbeiterbewegung sind deshalb Gesetze, die die Pflanzer für die ArbeiterInnen gesetzlich belangbar machen, egal ob diese Arbeitsvermittler benutzen oder nicht.

Die Vergiftung der Menschen

Eines der vielen Gesundheitsrisiken, denen die LandarbeiterInnen ausgesetzt sind, ist ihr unmittelbarer Kontakt mit Pestiziden. Landesweite Schätzungen über die Anzahl der LandarbeiterInnen, BäuerInnen und deren Familien, die Pestiziden ausgesetzt sind, reichen von 3,2 bis 4 Millionen Menschen. 300 000 akute Vergiftungen und Krankheiten werden jährlich durch den gewerblichen Gebrauch von Pestiziden verursacht, schätzt die Umweltschutz Agentur (EPA).[12]

Viele Familien sind dazu gezwungen, in der Nähe der Felder, auf denen sie arbeiten, zu schlafen, zu baden und zu kochen, wo immer die Gefahr besteht, daß das Wasser verseucht ist. *»Wir müssen in den Bewässerungskanälen der Felder baden«*, sagt ein eingewanderter Arbeiter. *»Wir wissen, daß sie voll von Pestiziden sind, aber bei der dreckigen Arbeit müssen wir uns täglich waschen.«*[13] 1990 hat eine Stu-

die unter Kindern von EinwanderInnen im westlichen New York ergeben, daß 40 Prozent von ihnen besprüht wurden, als sie auf den Feldern waren.[14]

LandarbeiterInnen leiden häufig an Magenkrankheiten, Kopfschmerzen, Ausschlägen, Verbrennungen und anderen, mit Pestiziden zusammenhängenden Problemen. Viele leiden und sterben an Krebs, und häufig kommen ihre Babies mit schlimmen Mißbildungen zur Welt.

Die Krebsrate unter den Kindern der LandarbeiterInnen aus zwei Städten im kalifornischen San Joaquin-Tal lag 1989 um 800 bis 1 200 Prozent über dem Landesdurchschnitt.[15] Ohne den Druck der Öffentlichkeit und ohne starke Gewerkschaften kommt von der Regierung praktisch keine Unterstützung. 1983 konstatierte die EPA die Unzulänglichkeiten ihrer Richtlinien zur Arbeitssicherheit, mit denen die ArbeiterInnen nicht vor Pestiziden geschützt werden konnten. Sie veränderte in der Folge ihre Richtlinien, die aber bereits wieder als unzureichend angesehen werden. Die EPA wollte für den 21.4.1994 einen Sicherheitsbeauftragten für Arbeitsschutz einsetzen. Aber der Druck, der von den Pflanzern ausgeübt wurde, veranlaßte den Kongreß, dies bis zum 1.1.95 zurückzustellen. Aktivisten der LandarbeiterInnen erwarten weitere Angriffe des Agrobusiness auf die Gesetzgebung.[16]

Internationales und Landarbeit

Gleichzeitig mit dem Rollback, das die Republikaner in den 80er Jahren im Innern durchzogen, setzten sie auch im Ausland neoliberale *Strukturanpassungsprogramme* durch, die zu einem fast vollständigem Kollaps der Landwirtschaft in Mexiko, Zentralamerika und auch anderswo führten.[17] Der damit verbundene Verfall der Kornpreise in Mittelamerika hat die Kleinbauern von ihrem Land vertrieben, oft landeten sie in den USA, wo nun die Zahl der LandarbeiterInnen den Bedarf bei weitem übersteigt. Dieses Überangebot an Arbeitskräften hat die Verhandlungsposition der Gewerkschaften geschwächt und die Position der Arbeitsvermittler und Pflanzer gestärkt. Längst überfällige, aber politisch schwer durchzusetzende politische Veränderungen in Lateinamerika könnten diesen Aspekt der Situation umdrehen. Die Einrichtung der NAFTA hat dies aber noch unwahrscheinlicher gemacht, da sie für die mexikanischen Kornpreise ein auf fünfzehn Jahre angelegtes »Sperrniveau« vorsieht. Allerdings könnten die von den Zapatisten ausgelösten politischen Unruhen zu einer Wende führen.[18]

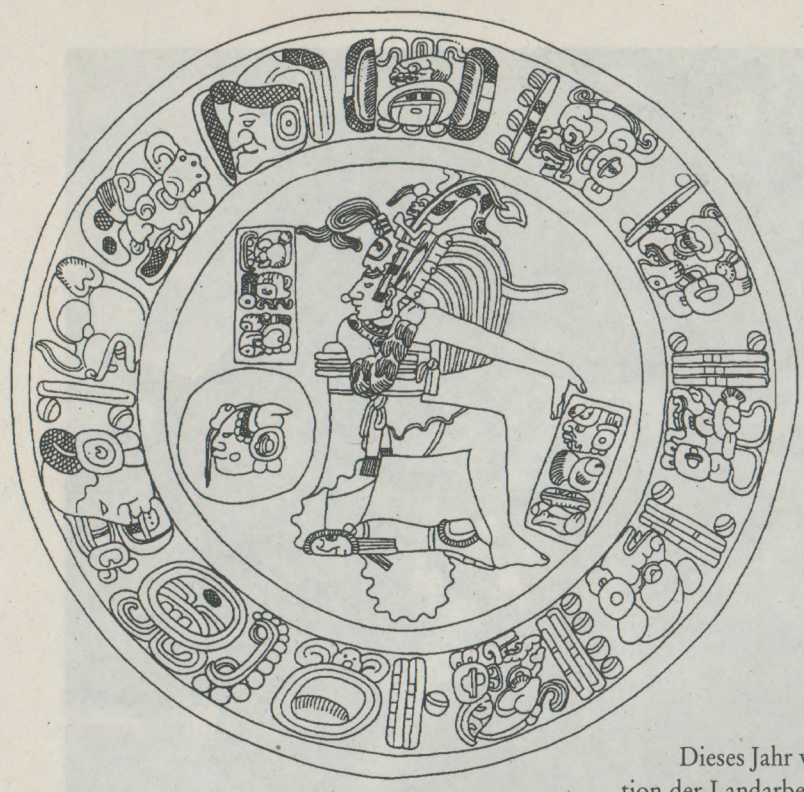
FLOC: Dreigleisige Verhandlungsstrategie und internationale Organisierung

Eine Gewerkschaft der LandarbeiterInnen hat sich mit ihren Visionen und ihrer strategischen Fähigkeit, langfristig zu planen, besonders hervorgetan. Das in Ohio gegründete Organisierungskomitee der LandarbeiterInnen FLOC (Farm Labor Organizing Committee) verteidigt eingewanderte ArbeiterInnen seit 1967. Das FLOC hat ungefähr 6 000 MitgliederInnen und ist allseits bekannt für eine neuartige »dreigleisige Verhandlungsstrategie«.

Bei ihren ersten Streiks organisierte das FLOC im mittleren Westen TomatenarbeiterInnen gegen einzelne Pflanzer und konnte dabei sehr schnell Tarifverträge durchsetzen. Dann mußte das FLOC aber feststellen, daß die Pflanzer die Tomatenproduktion einstellten. Grund war der Druck, den die Produktionskosten auf die niedrigen Preise ausübten, wie sie von Weiterverbeitern wie Campbell's Suppenfirma gezahlt wurden.

So änderte das FLOC in den 80er Jahren seine Taktik und zielte mit einem Boykott direkt auf die Weiterverarbeiter. Schließlich erreichten es in harten Kämpen ein Abkommen, das alljährlich dreigleisige Verhandlungen zwischen ArbeiterInnnen, Pflanzern und Weiterverkäufern vorsieht.[19] Diese Übereinkunft berrücksichtigt, daß die Pflanzer praktisch Subunternehmer der Weiterverarbeiter sind, die eine ähnliche Rolle einnehmen, wie die Arbeitsvermittler in der Landwirtschaft generell. Diese Strategie ist nicht nur für die Landwirtschaft, sondern für die ArbeiterInnen überhaupt ein wichtiger Präzedenzfall geworden. Durch die Aufdeckung der Methoden, mit denen zahlreiche Industrien, wie z.B. die Textil- und Bekleidungsindustrie, ArbeitsvermittlerInnen benutzen, um ArbeiterInnen übermäßig auszubeuten, hat das FLOC auch in den Fabriken neuen Organisierungsideen den Weg bereitet.

Begonnen hat das FLOC mit der Organisierung der LandarbeiterInnen im Mittleren Westen der USA, wo Lohnerhöhungen, bessere Wohnungen, bessere Sozial- und Gesundheitsleistungen errungen wurden. Aber kurz bevor sie 1986 die erste Übereinkunft mit



Campbell's Suppenfabrik durchgesetzt hatten, begannen die Drohungen, die Produktion in den Süden zu verlagern. Tatsächlich produziert Campbell's Suppenimperium eine beachtliche Menge an Tomatenprodukten im mexikanischen Sinaloa Tal und hat immer wieder versucht, amerikanische und mexikanische ArbeiterInnen gegeneinander auszuspielen, sie miteinander konkurrieren zu lassen, um zu sehen, wer für weniger Geld arbeitet.

»Wie wir heutzutage wissen, hat das Kapital keine Nationalität. Um sich zu reproduzieren, geht es wohin es will, wann es will, und beinahe immer auch wie es dies will«, sagt Baldemar Velasquez, Präsident des FLOC. *»Allmählich dämmert mir«*, sagt Velasquez, *»daß wir Bürger der Firma sind, für die wir arbeiten. Es macht keinen Sinn, mexikanische Arbeiter von Verhandlungen um Lohn und Arbeitsbedingungen derselben Firma auszuschließen. Du kannst dich auch nicht in Michigan abschotten, wenn dieselbe Firma in Ohio oder Indiana produziert. Was soll dann der Unterschied sein, wenn es sich um die USA und Mexiko handelt?«*.[20]

Lange bevor es die NAFTA gab, hatte das FLOC begonnen, mit mexikanischen Gewerkschaften zusammenzuarbeiten, um auf beiden Seiten der Grenze Druck auf Campbell ausüben zu können. Erst vor kurzem wurde eine amerikanisch-mexikanische Gewerkschaftskommission gegründet, um die Verhandlungen in beiden Ländern überblicken zu können. Momentan werden die Schwesterorganisationen in anderen Staaten und Ländern angesprochen, um Produkt für Produkt und Firma für Firma zu Übereinkünften zu kommen. Dieses Jahr wurde eine Föderation der Landarbeitergewerkschaften gegründet, das *»LandarbeiterInnen Netzwerk für Umwelt und ökonomische Gerechtigkeit«*, zu dem inzwischen acht Gewerkschaften gehören.[21]

Wird die Arbeiterbewegung der USA gleich Phoenix aus der Asche steigen?

Das Schicksal der Landarbeitergewerkschaften in den 80er Jahren steht exemplarisch für das Schicksal der gesamten organisierten Arbeiterbewegung. Hart erkämpfte Besitzstände wurden ausgehöhlt oder gänzlich abgebaut, und der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist rapide gefallen. Als größte Zielscheibe im Bereich der landwirtschaftlichen Produktion hat es die UFW besonders hart getroffen. Aber durchaus ähnlich den »Teamsters für eine demokratische Gewerkschaft« und ähnlich rebellischen Kräften in anderen Industrien, haben das FLOC und einige jüngere Gewerkschaften neue Strategien entwickelt, die in den 90er Jahren Früchte tragen könnten. Es gibt Anzeichen dafür, daß die Arbeiterbewegung aus ihrem Trübsal erwacht und eine neue Kadergeneration kreativ über eine grenzüberschreitende Organisierung nachdenkt; obwohl die internationale Tendenz hin zu den freien Märkten wie NAFTA und GATT die ArbeiterInnen der verschiedenen Länder zunehmend gegeneinander ausspielt. Die NAFTA kann also von zwei Seiten betrachtet werden: zum einen als harter Schlag gegen die ArbeiterInnen in den USA und Mexiko, aber auch als ein Wendepunkt zur Reaktivierung der Arbeiterbewegung. Die UFW zeigt neue Lebenszeichen, und das FLOC und andere regionale Gewerkschaften intensivieren ihre Organisierungsbemühungen. Die amerikanische Öffentlichkeit könnte das fehlende Teil des Puzzles sein, eine amerikanische Öffentlichkeit, die sensibel ist für die Notlage der ImmigrantInnen der 90er Jahre, also in etwa so, wie dies während des Traubenboykott's in den 70er Jahren gewesen ist. So könnte sie die Seite eines Dreiecks bilden, dessen Basis die Solidarität zwischen den organisierten ArbeiterInnen auf beiden Seiten der Grenze sein wird.

Shea Cunningham ist wissenschaftliche Beraterin bei »Food First« und Co-Autorin von »Ein Dunkler Sieg – die USA, Strukturanpassung und globale Armut«. Abdruck mit freundlicher Genehmigung von »Food First«.

Food First, 398 60th Street, Oakland, CA 94618, Tel. 800-888-3314 oder 510-654-4400, e-mail: foodfirst@igc.apc.org.

1 »Homeless Farmworkers and Day Laborers: Their Conditions and Their Impact on the San Diego Region, Regional Task Force on the Homeless«, San Diego, February 1991. p. 8. **2** »March for farm labor reaches Capitol: The Pilgrims' retrace steps Csar Chavez took in 1966«, Edgar Sanchez. San Francisco Examiner, section B-4, 4.24.1994. **3** »US Farmworkers in the Post-IRCA Period«, Research Report No.4, March 1993. US Department of Labor, Office of the Assistant Secretary for Policy and Office of Program Economics. p. 13. **4** »Farmworkers and Pesticides« by Marion Moses in Confronting Environmental Racism. South End Press, Boston, 1993. p. 164. **5** »A New Cycle of Poverty: Mixtec Migrants in California Agriculture«, Carol Zabin et al. California Institute of Rural Studies, 1993. p.1. **6** »Food and Justice«, United Farm Workers, vol. 6, no. 1, Feb. 1989. p. 2. **7** »The Endless Quest: Helping America's Farmworkers«, Philip L Martin and David A Martin, Westview Press, 1994. p. 170. **8** Telefoninterview mit Cruz Philips vom Landarbeitsministerium, Juli 1994. **9** »Union's Field Work Starts to Bear Fruit«, Mark Arax. Los Angeles Times, 7-18-94. **10** »A Growing Influence«, Fred Alvarez. Los Angeles Times, 10.17.93. **11** »US Farmworkers in the Post-IRCA Period«, p. 59 **12** »Hired Farmworkers: Health and Well-Being at Risk«, US General Accounting Office (Report to Congressional Requesters). February 1992. p. 3. **13** »Food and Justice«, United Farmworkers, vol. 6, no. 2, Sept. 1989. p. 9. **14** »Hired Farmworkers: Health and Well-Being at Risks«, p. 13. **15** »Food and Justice«, vol. 6, no. 3, Nov. 1989. p.3. **16** »Congress Delays New Pesticide Standards«, Rural California Report, vol. 5, issue 4, Spring 1994. p.5. **17** »Dark Victory: The United States, Structural Adjustment and Global Poverty«, Walden Bello with Shea Cunningham and Bill Rau, Food First, 1994. **18** Understanding Chiapas, Peter Rosset with Shea Cunningham, Food First Action Alert, Spring 1994. **19** »The Power of Organizing: Securing Farmworkers' Rights«, ein Interview mit Baldemar Velsquez. Multinational Monitor, 5.93. p. 14. **20** Grundsatzrede von B.Velasquez, 1992. **21** Telefoninterview mit Andrea De Urquiza vom FLOC, Juli 1994.

Die Stimmen aus dem Südosten Mexikos

von Harry Cleaver *

Die Zeit der Revolution ist nicht vorbei. Anstatt den Zusammenbruch des Sowjet-Kommunismus zu feiern und einen neuen sozialen und wirtschaftlichen Aufschwung zu versprechen, befindet sich das kapitalistische Weltsystem in großen Schwierigkeiten – im Osten und im Westen, im Süden und im Norden

Hört gut auf die Stimmen der Reichen und Mächtigen, und ihr könnt den nervösen Unterton spüren, wenn sie feiern in ihren Vorstandsbüros und Regierungssitzen. Beobachtet sie genau, die Macher der Politik, und ihr werdet bemerken, daß ihr Lächeln oft dünn ist und die Hände mit den Champagnergläsern manchmal unwillkürlich zucken.

Wenn ihr noch genauer hinhört, könnt ihr verstehen, warum. Im Hintergrund könnt ihr andere Stimmen hören, die von Unten, sehr viel zahlreicher. Das sind die Stimmen, die die Mächtigen nicht hören wollen, aber es wird immer schwerer, sie zu ignorieren. Einige dieser Stimmen sind ruhig und bestimmt, reden miteinander in schäbigen Wohnungen. Andere singen und tragen Gedichte vor auf den Marktplätzen oder erregen junge Herzen mit alten Geschichten tief in den Wäldern. Wieder andere diskutieren, planen ihre Zukunft, erfinden neue Welten. Viele sind wütend, werden immer ungeduldiger, egal, ob als Streikposten oder skandierend auf den Straßen. Sie alle reden über Revolution, ob sie diesen Ausdruck gebrauchen oder nicht. Die Politiker des Kapitalismus haben guten Grund, besorgt zu sein.

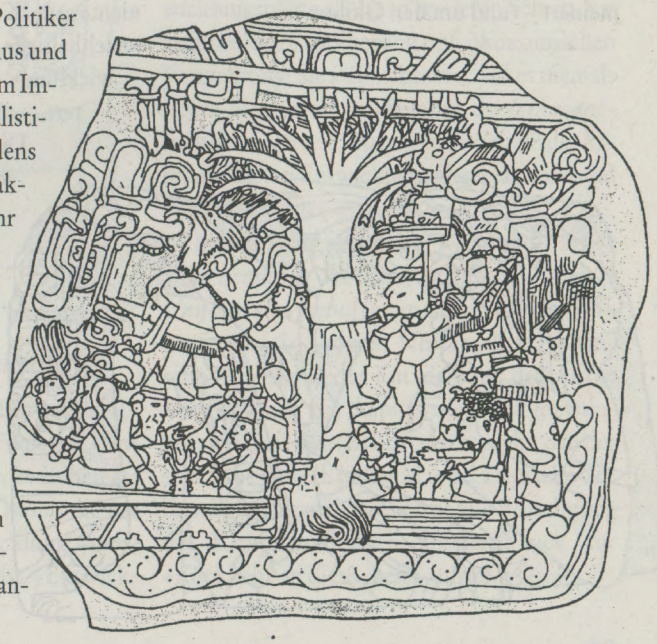
Globale Krise

Im ganzen Norden ist sowohl die alte Zweite als auch die Erste Welt in einer tiefen Krise. Im Osten hat die vom Westen unterstützte Sparpolitik immer weiter wachsende Arbeitslosigkeit und die Zerstörung sozialer Absicherung gebracht. Fabriken werden geschlossen, Bettler bevölkern die Straße. Der junge »freie« Markt ist in den Händen westlicher Schwindler und des örtlichen organisierten Verbrechens. Opportunistische Politiker werfen die qualmende wirtschaftliche Unruhe in die Flammen des Rassenhasses.

Im Westen – dem die ex-kommunistischen Länder angeblich nacheifern – herrscht andauernde hohe Arbeitslosigkeit, gibt es wütende Angriffe auf Löhne und Sozialleistungen, wobei diese Experimente mit ökonomischem und sozialem Umbau nicht zu einem neuen Wachstumszyklus geführt haben. Auch hier rosten Fabriken, wächst die Obdachlosigkeit, kanalisieren die Politiker die Unzufriedenheit in Rassismus und die Angst vor Fremden, vor allem Immigranten. Kurz, die kapitalistischen Gesellschaften des Nordens taumeln und können kein attraktives Modell für den Süden mehr darstellen.

Die Situation im Süden ist aber noch dramatischer. Ein Jahrzehnt der Schuldenkrise, Sparpolitik, Hunger, wachsender Arbeitslosigkeit und sich ausbreitender Krankheiten hat nur wenige isolierte Nester an Profit und Wachstum hervorgebracht. Hier und da haben multinationale Firmen die anderswo geschlossenen Fabriken neu eröffnet, um von den niedrigen Löhnen zu profitieren, die durch die Repression der Polizeistaaten garantiert werden (z.B. in Mexiko oder China). Aber für den größten Teil ist das Entwicklungsprojekt der Nachkriegszeit zur verblassenden Erinnerung geworden, und das Geschwätz vom »nachhaltigen Wachstum« klingt wie Fantasy. Das lächelnde »menschliche Antlitz« der kapitalistischen Entwicklung – die Flut, die alle Schiffe hebt – ist abgelöst durch das schmutzige Durcheinander von »internationalem Wettbewerb«, Unterentwicklung, Rassismus, ethnischen Säuberungen und Massenmord.

Das Schlimme derzeit ist die historische Sackgasse. Seit mehr als 20 Jahren ist das bloße Überleben des Kapitalismus bedroht; seine Abscheulichkeit wächst aus seiner Verzweiflung. In mehr als 20 Jahren haben sich die Stimmen im Hintergrund vervielfacht und sind lauter geworden. In den 60ern und frühen 70er Jahren rissen Proteste, Streiks, Guerillakrieg und kulturelle Revolution den westlichen Ka-



* **Zapatistas! Documents of the New Mexican Revolution**
erschienen 1994 bei: Autonomedia
$ 12.00 ISBN: 1-57027-014-7
Autonomedia
POB 568 Williamsburg Station
Brooklyn, New York 11211-0568 USA
Phone and fax: (718) 963-2603
Elektronisch erhältlich im Internet:
gopher lanic.utexas.edu

pitalismus (Nord und Süd) in die Krise, indem sich neue und alte Bedürfnisse verbanden und die Fähigkeit des Systems, mit ihnen umzugehen, überforderten. Hartnäckiger und umfassender passiver Widerstand produzierte Rigidität und technologischen Stillstand im Osten, was in den 70er und 80er Jahren zur Krise führte. Die Perestroika, die letzte verzweifelte Anstrengung des alten Regimes gegen diese Krise, wurde vom breiten Volksaufstand (Volksbewegungen) in Osteuropa weggefegt.

Seit mehr als zwei Jahrzehnten verlangen die Menschen Veränderung und ein besseres Leben. Darauf haben die kapitalistischen Politiker reagiert mit oberflächlichen politischen Reformen, monetaristischer Sparpolitik; sie haben Opfer gefordert und immer mehr Arbeit aufgezwungen. Erdrückt von dieser Reaktion wurden die Menschen immer wütender, aber auch selbstbewußter. Wenn die Unternehmer nicht in der Lage oder nicht willens sind, akzeptable Jobs zu akzeptablem Lohn anzubieten, wenn die Regierung unfähig oder nicht willens ist, das Wohlergehen ihrer BürgerInnen zu sichern, dann wenden die Leute sich ab; sie beginnen aufeinander und auf die Stimme ihrer eigenen Bedürfnisse zu hören, um ihren eigenen Weg in die Zukunft zu suchen. So entsteht eine Revolution.

Wer sind diese Leute mit den unerfüllten Wünschen, die zunehmend nach eigenen Lösungen suchen, nach eigenen Wegen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse? Sie sind unterschiedlich, und man kann sie überall in der Gesellschaft finden. Die einfachen Widersprüche des 19. und frühen 20. Jahrhunderts zwischen Fabrikarbeit und Industriekapital haben sich aufgespalten und sind komplexer geworden. Die Kolonisierung der ganzen Gesellschaft durch Unternehmer und Staat, hat sowohl Zwang und Entfremdung des Kapitalismus, als auch den Antagonismus dagegen verallgemeinert – rund um den Globus.

Zuhören

Wenn wir uns die Zeit nehmen zuzuhören, können wir überall Stimmen wahrnehmen. Sie kommen aus oberen und unteren Stufen der Hierarchie der kapitalistischen Gesellschaft überall in der Welt. Es sind die Stimmen von verschiedenen Menschen, besser oder schlechter situierten, relativ mächtigen und nur ausgebeuteten, von solchen, die besser leben, und solchen, die nur hoffen, zu überleben. Und wir müssen zuhören, weil diese Stimmen von der Sackgasse der heutigen Gesellschaft sprechen und über Wege diskutieren, wieder da raus zu kommen.

Die Gespräche sind so zahllos wie ihre Inhalte unterschiedlich sind. Bitte beachte: ich rede nicht von den bekannten Debatten des Kalten Krieges. Keine der alten Lösungen – irgendwo zwischen westlichem Kapitalismus und östlichem Sozialismus – hat noch Anziehungskraft, da beide in der Krise sind. Sie gelten zwar immer noch als die großen institutionalisierten Experten, die in der Vergangenheit wurzeln. Aber eine wachsende Zahl von Menschen hält die alten Losungen für abgestanden. Sie weisen die alten Weisheiten zurück und suchen gleichzeitig nach neuen. Sie überdenken nicht nur ihren Wortschatz, sondern die Welt.

Aber zuhören lernen ist nicht immer ganz leicht, auch heutzutage nicht. Um den Weg freizumachen, müssen wir uns durch den »Lärm« des offiziellen Diskurses schlagen, Debatten darüber, wie die Krise innerhalb des alten Gefüges »zu lösen« sei, erkennen und vermeiden. Wir müssen lernen, den offiziellen Jargon zu entschlüsseln, uns durchschlagen durch die schönen Reden, die nur das »business as usual« verdecken, das die Wünsche dem Investment und dem Wachstum, den Profiten und der staatlichen Macht unterordnen will. Wir müssen erkennen, daß das Hinzufügen eines neuen Adjektivs in Wirklichkeit nichts am Konzept selbst ändert, z.B. ist »nachhaltige« Entwicklung immer noch »Entwicklung«, und dieses Projekt ist gescheitert.

Die schiere Vielfalt der alternativen Dialoge ist entmutigend. Es gibt viele Stimmen von vielen Leuten in vielen Ländern. Sie haben viele kulturelle Wurzeln und sprechen viele Sprachen. Gleichzeitig sind Wünsche und Bedürfnisse nicht nur vervielfacht, sondern auch beschnitten durch Zeit, Raum und Alltag. Egal, wie groß unsere Unterschiede sein mögen, wir haben alle einen Antagonismus gemeinsam – die Zwänge, die Unternehmer und Staat uns aufzuerlegen versuchen –, und in unserer gemeinsamen Suche nach Alternativen liegen unendliche Möglichkeiten, zu teilen und voneinander zu lernen. Wenn es keine universellen Wahrheiten mehr gibt, ist Miteinandersprechen nicht nur möglich, sondern kann unendlich und fruchtbar sein.

Werden wir lernen, zuzuhören? Dieses Buch gibt eine lebendige und wichtige Gelegenheit dazu. Ihr werdet in ihm neue Stimmen hören, Stimmen »von den Bergen des mexikanischen Südostens«, die erst seit sehr kurzer Zeit zu der Welt sprechen. Aber ihr werdet merken, daß diese Stimmen schon seit langem miteinander geredet haben.

Geht nah ran und hört gut zu, denn die Stimmen in diesem Buch sind vielfältig und komplex, direkt und gefiltert, todernst und manchmal voller Witz. Es sind die Stimmen von Menschen im Kampf.

Die Zapatistas

Die hier gesammelten Stimmen und Texte stammen vorwiegend von der Zapatistischen Nationalen Befreiungsarmee (EZLN), der Armee, die am 1. Januar 1994 die Welt aufgeschreckt hat durch die Besetzung von vier Städten in Chiapas, dem südlichsten Bundesstaat Mexikos.

Die EZLN hat sich unter einigen der ärmsten Menschen der Welt organisiert. Ihre Zusammensetzung ist fast so mannigfaltig wie die Welt, zu der sie spricht. Ihre Soldaten kommen aus den Wäldern, von den Bergen, aus den kleinen Städten der Region; sie setzen sich sowohl aus der indigenen als auch der vielsprachigen Maya-Bevölkerung und aus ImmigrantInnen von Zentral- und Nordmexiko zusammen. Ihre Soldaten waren Subsistenzbauern und landlose LohnarbeiterInnen; sie haben ihr Exportgetreide selbst angebaut und vermarktet und sie haben auf den Plantagen und Ranches anderer gearbeitet. Sie haben ihre *milpas* [Parzellen] auf steinigen Abhängen kultiviert und zeitweise Arbeit in der Stadt gesucht. Sie haben sich als ungelernte ArbeiterInnen und HandwerkerInnen gequält. Ganz wenige von ihnen sind Intellektuelle, deren Ideale und Hoffnungen sie vor einem Jahrzehnt in das Gebiet gezogen haben.

Für uns außerhalb dieser Bewegung dienen diese berufslosen Intellektuellen als Vermittler, die uns helfen, die übergeordneten politischen Entwicklungen zu verstehen, aus denen die EZLN kommt und in denen sie immer noch operiert. Sie haben viele der Kommuniqués verfaßt und dienen als öffentliche Stimme sowohl für die Armee als auch für die größere Community. Sie sprechen unsere Sprache und

sprechen zu uns in Worten, die uns geläufig sind. Wir können sie leicht verstehen, weil ihr Diskurs der Form nach unseren westlichen politischen Traditionen entspricht.

Allerdings sind die Worte, die sie sprechen und die Art und Weise, wie sie sie gebrauchen, Übersetzungen aus anderen Worten und Debatten, die in anderen, viel weniger geläufigen Sprachen und Lebensweisen wurzeln: den unterschiedlichen Maya-Kulturen der Region. Zu unserem Glück sind die Zapatisten sehr selbstbewußte Redner und reden sie oft über ihre Art zu reden, so daß wir die Worte verstehen, die aus ihrem Munde zu uns gelangen. Es sind die Worte derer, die vor uns zu den Leuten in Chiapas gegangen sind, es sind die Stimmen von Menschen, die gelernt haben zuzuhören.

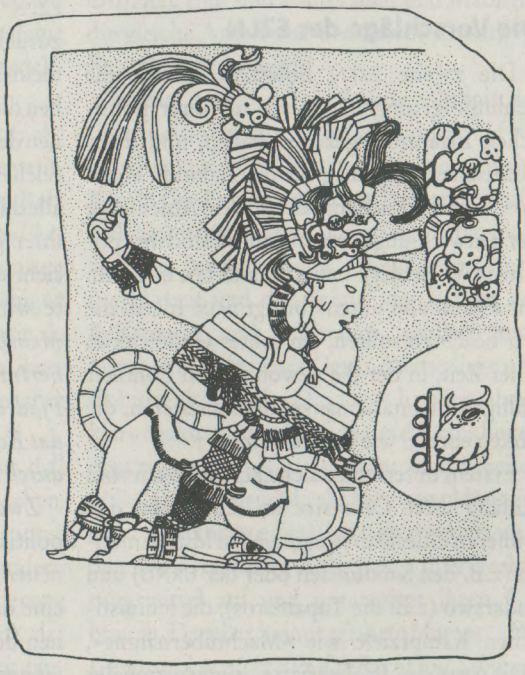
Aus einigen Erklärungen in diesem Buch wird klar, daß die SprecherInnen, die heute zu uns reden, nicht mehr die städtischen Intellektuellen sind, die vor Jahren in die Berge gegangen sind. Jene Intellektuellen hatten eine Menge Gepäck an linken theoretischen und politischen Vorstellungen dabei, das sich als völlig untauglich für die Kommunikation mit der Bevölkerung dort erwiesen hat.

In der Konfrontation dieser Vorstellungen (die sie heute als »undemokratisch und autoritär« bezeichnen) mit den Traditionen der kollektiven Entscheidungsfindung in indegenen Gemeinden veränderten sich die Intellektuellen verändert (die Gemeinden zweifellos ebenso). Aus den vorliegenden Dokumenten bekommen wir nur Ahnungen von diesem Übergang, aber es scheint, als sei er bemerkenswert gewesen – eine Transformation, in der die autoritären Verhältnisse in der Zapatistischen Armee den demokratischen Vorgängen der Gemeinden untergeordnet wurden. Durch diese Entwicklung haben die Eindringlinge wohl gelernt, die Dinge mit neuen Augen zu sehen und Politik auf neue Art zu machen.

Auf diesem Weg haben sie sich offensichtlich eine einfache, volkstümliche Redeweise angeeignet. Ihre Erklärungen und Interviews sind erfrischender zu lesen als die üblichen jargonbehafteten Schmähschriften der alten linken Guerillagruppen. Möglicherweise hat gerade diese Qualität die Beweggründe, Hoffnungen und Sehnsüchte der EZLN und der *Chiapanecos* der größeren Mexikanischen Gemeinde und darüber hinaus so verständlich gemacht. Die Anstrengungen des mexikanischen Staates, die EZLN als eine Gruppe außenstehender Agitatoren, »professionelle Gewaltätter« zu zeichnen, zerbrachen schnell, weil es offensichtlich war: Ihre Stimmen waren neu und ihre Sprache war nicht die der Ideologie, sondern der unerfüllten Wünsche, dringenden Bedürfnisse und engagierten Entschlossenheit.

Ihre Worte, so haben es uns die Sprecher ausdrücklich gesagt, kommen vom Kollektiv, nicht einfach nur von Einzelnen. Das ist, wie sie sagen, einer der Gründe, warum sie Gesichtsmasken tragen – so können wir ihre Stimme trennen vom Gesicht, der individuellen Persönlichkeit. Der Wunsch, jeglichen *caudillismo* (daß einer vereinzelt oder sie selbst zum »Führer« der Revolution werden) zu vermeiden ist sehr deutlich. Diese Absicht ist natürlich wesentlich symbolischer Natur, da die Persönlichkeiten der SprecherInnen, wie im bekanntesten Fall des Subcommandante Marcos, unvermeidlich durchscheinen.

So geformt durch einen politischen Prozeß des Dialogs und des Kampfes artikulieren die Stimmen in diesem Buch zwei grundlegende Botschaften. Erstens erklären sie, warum sie die gegenwärtigen Institutionen und Entwicklungsprojekte der mexikanischen Unternehmer und der Regierung ablehnen. Zweitens erklären sie ihre eigene politische Synthese und ihren eigenen politischen Vorschlag zur Zukunft Mexikos.



Die Ablehnung der Entwicklung

Im Norden wird der Begriff »Entwicklung« selten benutzt, gewöhnlich für Pläne zur Umstrukturierung der Beziehungen zwischen armen Gemeinschaften und der Ökonomie um sie herum (z.B. Gemeindeentwicklung, Stadtentwicklung). Aber im Süden ist »Entwicklung« die anerkannte Rahmenbedingung seit der Niederlage des direkten Kolonialismus. Ein wesentlicher Bestandteil der Auseinandersetzungen während des Kalten Krieg waren die rivalisierenden »Entwicklungs«-Strategien, d.h. wie »unterentwickelte« Regionen oder Länder sich so »entwickeln« könnten, daß sie Teil der »entwickelten Welt« würden.

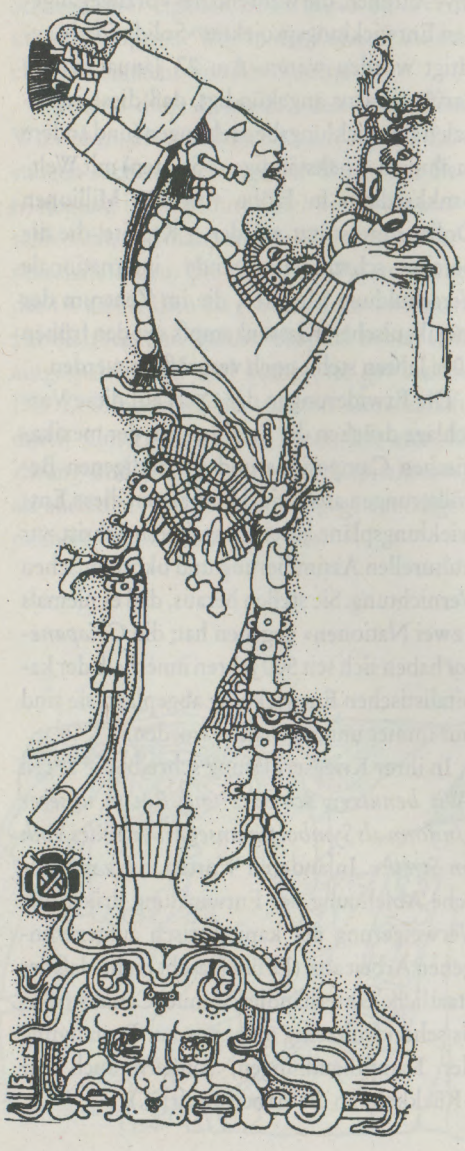
Seit dem Beginn der EZLN-Offensive benutzten staatliche Stellen und unabhängige Schreiber immer wieder den Ausdruck »die zwei Nationen«, um die Situation in Chiapas zu kommentieren. Die zwei Nationen sind natürlich das eine Mexiko, dessen Wachstum durch das nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) angespornt wird, und »*el otro Mexico*«, das altmodisch und rückständig ist. Wie immer wird als Lösung »Entwicklung« vorgeschlagen. Innerhalb eines Monats nach der EZLN-Offensive und nach der politischen Niederlage des militärischen Gegenangriffs, gründete die mexikanische Regierung eine »Nationale Kommission für integrale Entwicklung und soziale Gerechtigkeit für die indigenen Völker« und versprach dem Gebiet mehr Entwicklungshilfe zur Ausweitung der Investitionen, die während des vorangegangenen Entwicklungsprojektes »Solidaridad« getätigt worden waren. Am 27. Januar wurde darüberhinaus angekündigt, daß diese regionalen Entwicklungsbestrebungen (und andere in ähnlich »rückständigen« Staaten) mit Weltbankkrediten in Höhe von 400 Millionen Dollar unterstützt würden – Kredite, die die bereits schwindelerregende internationale Verschuldung Mexikos, die im Zentrum des mexikanischen Klassenkampfs seit den frühen 80er Jahren steht, noch vergrößern werden.

Die Erwiderungen der EZLN auf diese Vorschläge drücken die Erfahrungen der mexikanischen Campesinos und der indigenen Bevölkerungen aus – sie denunzieren diese Entwicklungspläne als einen weiteren Schritt zur kulturellen Assimilierung und ökonomischen Vernichtung. Sie stellen heraus, daß es niemals »zwei Nationen« gegeben hat; die *Chiapanecos* haben sich seit 500 Jahren innerhalb der kapitalistischen Entwicklung abgeplagt, sie sind nur immer unten gehalten worden.

In ihrer Kriegserklärung schreibt die EZLN: *»Wir benutzen Schwarz und Rot in unserer Uniform als Symbol für unser arbeitendes Volk im Streik«*. In anderen Worten, die zapatistische Ablehnung der Entwicklung drückt die Verweigerung der kapitalistisch aufgezwungenen Arbeit aus. (Es überrascht nicht, daß der staatliche Unterhändler Manuel Camacho Solis schon frühzeitig nicht nur zur Beendigung der Kampfhandlungen, sondern auch zur »Rückkehr an die Arbeit« aufrief.)

Die indigene Bevölkerung weiß auch, daß weitere »Entwicklung« die Fortsetzung ihrer Vertreibung vom Land bedeutet, die sowohl während der wirtschaftlichen Boomjahre (z.B. Öl- und Wasserenergieboom der 70er Jahre) als auch zu Rezessionszeiten (z.B. Schuldenkrise/Sparpolitik der 80er Jahre) stattgefunden hat. Zu Lohnempfängern herabgesetzt, haben sie manchmal von dem durch Staatsausgaben finanzierten Wirtschaftsaufschwung profitiert. Aber als beim nächsten Abschwung alles wieder futsch war, haben sie auch entdeckt, wie vergänglich solche Gewinne sind.

Zu den besten Zeiten ist das steigende Einkommen ungleich verteilt, was Ungleichheiten verstärkt bis zu dem Punkt, daß Gemeinden auseinanderbrechen. Schlimmer noch, »Entwicklung« kann bedeuten, daß sie eine Rolle spielen müssen, die die eingeborenen Amerikanern in den USA allzu gut kennen: Attraktion innerhalb der Tourismus-Industrie sein – eine Strategie für Gegenden mit »primitiven« Völkern, die Vorteile aus der exotischen Kultur ziehen will. Ein EZLN-Sprecher formulierte, daß die Regierung die indigene Bevölkerung lediglich als »anthropologische Objekte, touristische Kuriositäten oder als Teil eines ›Jurassic Park‹« betrachtet.



Aber Salinas und Clinton haben versprochen, daß NAFTA den US-Markt für mexikanische Exporte öffnet; Mexiko wird sich schneller entwickeln. Die EZLN begreift auch das nur zu gut. Chiapas ist bereits eine exportorientierte Wirtschaft. Das war sie auch immer: *»Chiapas verliert Blut aus vielen Adern: durch Öl- und Gasleitungen, Stromkabel, Eisenbahnwaggons, Banknoten, Lastwagen und Transporter, Schiffe und Flugzeuge, über geheime Pfade, Löcher und Waldwege.«*

Die EZLN hat auch begriffen, wie NAFTA Mexiko für US-Exporte öffnet. Die größte Bedrohung geht dabei vom Mais aus, dem Hauptanbauprodukt der indigenen Bevölkerung, das eine wichtige Quelle zum Geldverdienen ist. Sie leiden bereits unter niedrigen Kaffeepreisen (einem anderen Produkt, das Geld bringt), weil die Regierung dafür alle Subventionen gestrichen hat. Wie alle Bewohner Chiapas wissen sie, daß Exportentwicklung ökologische Zerstörung bedeutet, insbesondere Abholzung des Waldes. Ihre Entwicklungsfeindlichkeit kommt also nicht aus einer übersteigerten Phantasie oder einer sterilen Ideologie, sondern aus bitterer Erfahrung.

Die Vorschläge der EZLN

Die zweite EZLN Botschaft betrifft die Schlußfolgerungen, die sie aus ihrer politischen Erfahrung gezogen haben, und ihren politischen Vorschlag für die Zukunft Mexikos. Während sich ihre detaillierte Ablehnung der Entwicklung vertraut anhört, sind ihre positiven Vorschläge neuartig und faszinierend. Ihr »Wind von unten« bringt neue Ideen, die wir beachten sollten, ein echtes Geschenk in einer Zeit, in der die gewöhnlichen Politiker völligen Phantasiemangel demonstrieren, die linken ebenso wie die rechten.

Erstens unterschied sich EZLN politisch vom Anfang ihrer Offensive an scharf von den früheren Guerillabewegungen in Mittelamerika (z.B. den Sandinisten oder der URNG) und anderswo (z.B. die Tupamaros); die leninistischen Kampfziele wie »Machtübernahme«, »Diktatur des Proletariats«, »internationaler Kommunismus« und »all dies« lehnte sie ausdrücklich ab.

Hören wir auf Major Benjamin: *»Wir sind weder Maoisten noch Marxisten. Wir sind eine Gruppe von Campesinos, Arbeitern und Studenten, denen die Regierung keinen anderen Weg gelassen hat, um unsere ererbten Probleme zu lösen, als zu den Waffen zu greifen.«* Hören wir Marcos: *»In der Bewegung der EZLN gibt es keine fest definierte Ideologie im Sinne von Kommunismus oder Marxismus-Leninismus.« »Gekommen ist nicht ein [Partei-] Kern, nicht ein Guerilla-Focus; gekommen ist, was ihr euch niemals habt träumen lassen: die Wahrheit«.*

Auch wenn ihre Armee eine typisch hierarchische Kommandostruktur hat, scheinen die Zapatistas eine neue politische Synthese entwickelt zu haben, die ihre Aktionen einem aus lokalen Traditionen entwickelten Rahmen kollektiver und demokratischer Entscheidungsfindung unterwirft. Strategische Fragen werden nicht der Armee überlassen, sondern müssen auf Gemeindebene entschieden werden.

Die Kommuniqués der Zapatistas werden gewöhnlich mit »Geheimes Revolutionäres Indigenes Komitee – Generalkommando« (CCRI-CG) unterzeichnet – offensichtlich ein Rat aus indigenen FührerInnen. Aber hinter dem »Generalkommando« steht eine unbekannte Anzahl von Geheimkomitees (offensichtlich haben vier Komitees, die die vier ethnischen Gruppen vertreten, Delegierte zu den Friedensverhandlungen geschickt) und hinter diesen stehen die Gemeinden.

Wie aus dem Ausgang der ersten Verhandlungsrunde zwischen der EZLN und der mexikanischen Regierung hervorgeht, trägt die EZLN grundlegende strategische Punkte zurück in die lokalen Gemeinden, damit gemeinsam beraten und über das weitere Vorgehen diskutiert werden kann. Laut SprecherInnen der EZLN sind diese Beratungen sehr weitreichend, sie umfassen Jeden und Jede, so daß alle die Ergebnisse als einen gültigen Ausdruck ihrer gemeinsamen Wünsche betrachten. Es sieht so aus, als ob die EZLN ihre eigenen Worte wirklich mit einschließt: *»Der Wille der Mehrheit ist der Pfad, auf dem die BefehlshaberInnen gehen sollten. Wenn ihre Schritte den Pfad des Willens des Volkes verlassen, sollte das Kommandozentrum ausgetauscht werden durch ein anderes, das gehorcht.«*

Zweitens bedeutet solch ein demokratischer politischer Prozeß den Aufschwung eines neuen politischen Projektes: **Autonomie** – eine demokratische Autonomie für alle Ebenen der mexikanischen Gesellschaft, für Regionen, für die indigene Bevölkerung, für Bauerngruppen, für ArbeiterInnen, für StudentInnen, für Frauen, für Städte, für Regionalregierungen usw. Es gibt da keinen utopischen Plan für die Konstruktion solch einer Autonomie, der Vorschlag ist ein prinzipieller, es geht um die Richtung der Bewegung. *»Diese neue Stimme ... ›konspiriert‹ für eine neue Welt, so neu, daß sie nur eine Ahnung im kollektiven Herzen ist, das davon inspiriert wird.«*

Aber: *»Wenn der Sturm sich legt, wenn Regen und Feuer das Land wieder in Ruhe lassen, wird die Welt nicht mehr diese Welt sein, sondern etwas Besseres.«*

Was dies bedeutet, wird zum Teil klar aus den Forderungen der EZLN. Sie verlangen die Entlassung korrupter Lokalverwaltungen und die Berufung demokratisch gewählter Führer. Ihr »Agrargesetz« gebietet die Rückgabe von bebaubarem Land an die Indigenen und armen Bauern, damit sie eine materielle Basis haben, um ihr eigenes Leben und ihre Kultur zu organisieren. Darüber hinaus sollen die Wälder, die Flüsse, die Ozeane und Bodenschätze von der Ausbeutung durch kapitalistische Firmen und Regierungsmonopole befreit und den lokalen Bevölkerungen zurückgegeben werden (zum Teil zum Gebrauch, zum Teil zur ökologischen Erhaltung – ja, das betonen sie ausdrücklich). Sie verlangen das ungehinderte Recht auf Rückkehr für alle, die aus ihren Gemeinden vertrieben worden sind (z.B. aus religiösen Gründen), damit sie auf ihre Art leben können. Sie unterstützen den örtlichen Gebrauch der indigenen Sprachen und die Neuordnung der Ausbildung (z.B. die Zweisprachlichkeit) und des Gesundheitswesens (z.B. Gesundheitsvorsorge, Respekt vor indigenen Methoden). Ihre »Autonomie« scheint kompliziert zu sein, aber sie ist eher pluralistisch, als der Pseudo-Pluralismus, den wir im Norden ausreichend kennen, oder irgendeine Form von sezessionistischer Eigenentwicklung.

Diese Forderungen wurzeln in der Eigenaktivität der indigenen Menschen und Gemeinden, die die EZLN bilden. Sie haben dem Reiz der kapitalistischen »universellen Werte« (Arbeit, Geld, Markt) widerstanden zugunsten von klaren, aber auch entwicklungsfähigen Konzepten über das, was sie sind und wie sie leben wollen. Die direkte Demokratie ihrer Entscheidungsfindung ist ein Teil davon, aber es geht um viel mehr.

Augenfällig, weil oft wiederholt, ist, daß diese Leute ihre Wurzeln auf dem Land sehen. Sie wollen nicht einfach Land als Ressource zur Produktion von Exportgetreide, sondern weil ihre *milpas*, (die Arbeit ihrer Kultivierung und die Nahrungsmittel, die sie liefern), der Dreh- und Angelpunkt ihrer Kultur seit tausend Jahren sind.

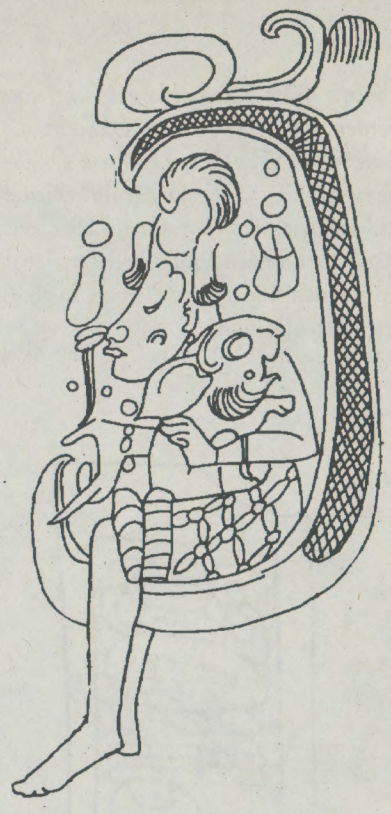
Weil die VertreterInnen der EZLN keine Soziologen oder Anthropologen sind, geben sie uns keine erschöpfende Beschreibung der verschiedenen indigenen Kulturen, und noch weniger detaillierte Analysen über die komplexen Gemeinden derer, die aus religiösen, ökonomischen oder politischen Gründen in die neubesiedelten Gegenden eingewandert sind. Aber sie erzählen uns genug, um zu verstehen, daß diese Gemeinden keine stagnierenden kulturellen Überbleibsel einer traditionsreichen Vergangenheit sind. Im Gegenteil, auch dort, wo die Menschen für Veränderung kämpfen und sich um neue Identitäten bemühen, scheint ihre Verpflichtung auf Autonomie stark. Ein Beispiel dafür mag die Unterstützung der EZLN für die Kämpfe der Frauen gegen die traditionellen patriarchalischen Verhaltensweisen sein.

Die patriarchalische Struktur der mexikanischen Gesellschaft ist wohl bekannt; die der Campesino- und indigenen Gemeinschaften weniger, aber sie ist genauso real. Bei Entscheidungen in der Familie bestimmten Männer generell über das Einkommen und setzen sich manchmal mit körperlicher Gewalt durch. Frauen haben oft keine oder wenig Mitspracherechte bei der Wahl des Ehemannes, bei der Anzahl der Kinder oder, wieviel Hausarbeit sie ohne Hilfe der Männer leisten müssen.

Aber solche Bedingungen schaffen starke Frauen – wenn sie die Frauen nicht umbringen – und die haben die traditionelle Rollenverteilung in Frage gestellt. Diese Herausforderung hat Unterstützung in der EZLN gefunden. Frauen werden nicht nur ermutigt, sich der EZLN anzuschließen, sondern sie werden auch gleich behandelt, bis dazu, daß viele Frauen Offiziere sind und von Frauen und Männern die gleiche Arbeit und der gleiche Einsatz im Kampf erwartet wird.

Befragt nach der Geschlechterpolitik in der Organisation und in den Gemeinden, auf die sich die EZLN stützt, bestätigte Marcos, daß der Kampf der Frauen gegen das Patriarchat offiziell unterstützt wird. Dies beinhaltet nicht nur eine Neuverteilung von Verantwortung und Arbeit und den Schutz der Frauen vor Belästigung und Mißbrauch, sondern auch materielle Hilfe in der Gesundheitspflege und Geburtenkontrolle. Die EZLN hat Sexualaufklärungskurse über Hygiene und Krankheiten organisiert, speziell über Frauenkrankheiten (z.B. Harnwegsinfekte), die von Männern nicht verstanden oder falsch interpretiert werden. Die Organisation klärt auch über Verhütungsmittel auf und unterstützt ihren Gebrauch. Darüber hinaus erklärte Marcos: *»Die Genossin hat nicht nur das Recht auf Schwangerschaftsabbruch, sondern die Organisation hat auch die Pflicht, die Mittel bereit zu stellen, daß sie dies gefahrlos tun kann.«*

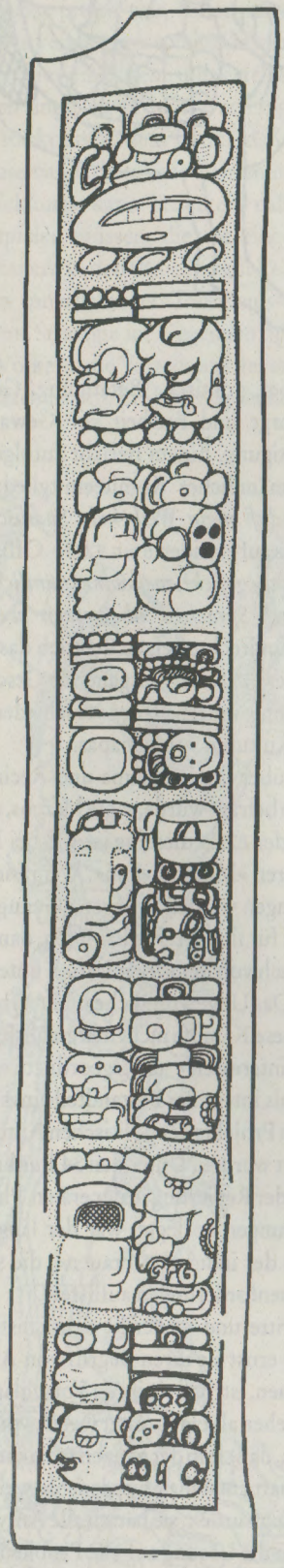
Als sich indigene Frauen in Dutzenden von Gemeinden organisierten, um einen Kodex der Frauenrechte zu verfassen, übernahm die Führung – das CCRI-GC – den Kodex einstimmig. Das »Frauengesetz« umfaßt das Recht der Frauen auf die Kontrolle über ihren eigenen Körper, politische Betätigung, Gesundheitsfürsorge und Freiheit vor Gewalt und Vergewaltigung. Einem Bericht zufolge spottete ein männliches Komiteemitglied: *»Das Gute ist, daß mein Weib kein Spanisch versteht.«* Darauf erwiderte ein EZLN- Offizieller: *»Jetzt bist du gefickt, weil wir es nämlich in die [indigenen] Sprachen übersetzen werden.«* Diese Grundrechte zeigen deutlich das Engagement der EZLN für weitgehende Geschlechterautonomie innerhalb der verschiedenen indigenen Kulturen von Chiapas.



Als er über die Probleme und Rechte von Schwulen befragt wurde, sagte Marcos, daß die Position der EZLN dieselbe ist wie bei Frauen und anderen »Minderheiten«. Wenn sie ebenfalls anfangen werden zu sagen »Genug ist genug« und für ihre Rechte kämpfen, dann werden sie auch von der Organisation unterstützt werden. Das Ungewöhnliche und Aufregende ist, daß diese Kämpfe nicht marginalisiert oder »Klasseninteressen« untergeordnet werden, sondern als integraler Bestandteil eines allumfassenden Projekts der politischen Autonomie akzeptiert werden. Unter den 34 Punkten, die die EZLN der Regierung in der ersten Phase der Verhandlungen vorlegte, war der längste die »Petition der indigenen Frauen«, die spezifische Frauenforderungen auflistete.

Der dritte und vielleicht deutlichste Hinweis, wie ernst sie ihren Begriff von Autonomie nehmen, ist, daß sie ihren Vorschlag lediglich verstehen als einen unter vielen, von denen sie hoffen, daß sie in der ganzen mexikanischen Gesellschaft entstehen werden. Sie weisen die Vorstellung zurück, sie hätten alle Antworten, sie fänden die Lösung auf alle Probleme.

Hört: *»Wir haben klargemacht, und das werden wir immer wieder erklären, daß wir keinen Prozeß anführen können, der alle Probleme Mexikos löst.«* Daher ihre wiederholte und hartnäckige Forderung, daß die Politik dem Staat und den politischen Parteien entrissen werden und in der Gemeinde als Ganze neu entstehen muß.



Der Weg von Hier nach Dort

Die EZLN glaubt fest, daß der Aufbau von Autonomie in allen Lebenssphären verschiedene Prozesse einschließt. Sie ist im Moment vor allem daran interessiert, einen Pfad zu diesem Ziel zu schlagen. Den Weg freizumachen bedeutet nichts weniger, als die revolutionäre Veränderung des politischen Systems Mexikos. Der Weg zur Autonomie der *Tierra* ist politische *Libertad*.

»Wir schlagen einen freien Raum vor«, sagt Marcos in einem Interview, *»ein Gleichgewicht zwischen den verschiedenen politischen Kräften, damit jede Richtung die gleiche Chance hat, die politische Richtung dieses Landes zu beeinflussen ... Der Rest des Landes sollte nicht nur Zuschauer sein ... Das Volk muß entscheiden, welchen Vorschlag es annehmen will, und du mußt das Volk überzeugen, daß deine Meinung die richtige ist. Dies wird das Konzept von Revolution, wer die revolutionäre Klasse, was eine revolutionäre Organisation ist, radikal verändern ... Die zapatistische Revolution schlägt nicht die Machtübernahme vor ... Wir sagen ›Zerstören wir den Staat, dieses staatliche System. Öffnen wir einen Freiraum und konfrontieren wir das Volk mit Ideen, nicht mit Waffen‹.«* Was er beschreibt, scheint eine lokale und das ganze Land erfassende Verallgemeinerung des politischen Prozesses der direkten Demokratie zu sein, der sich in den Bergen von Chiapas entwickelt hat.

Als ersten Schritt der Transformation rief die EZLN zum Rücktritt (oder Sturz) der jetzigen undemokratischen PRI-Regierung auf und ihrer Ersetzung durch eine Übergangsregierung *»aus Leuten, die mit Ansehen außerhalb der Parteien und die moralische Autorität zur Führung des Landes besitzen.«* Dieser Aufruf wurde von der EZLN im Junikommuniqué wiederholt, mit dem sie die Position der Regierung nach der ersten Verhandlungsrunde ablehnt.

Sie arbeiteten ihren anfänglichen Vorschlag aus und riefen die mexikanische Zivilgesellschaft zur Organisierung eines *»Nationalen Dialogs für Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit«*. Auf lokale Diskussionen *»in jedem* ejido, *jeder Siedlung, Schule oder Fabrik«*, so schlagen sie vor, könnte die Bildung von Komitees folgen, die Vorschläge für eine neuen Verfassung und die Politik einer neuen Regierung sammeln. Diese Ortskomitees wiederum könnten eine »Nationale Revolutionäre Demokratische Versammlung« organisieren und die Übergangsregierung und eine neue Verfassung schaffen. Die EZLN schlägt sich selbst als Kern einer neuen Armee vor, *»um sicherzugehen, daß der Wille des Volkes ausgeführt wird«*.

Natürlich sind solche Vorschläge von der Zentralregierung sofort abgelehnt worden. Aber gleichzeitig hat der Aufstand der EZLN und ihre kühnen Forderungen einen Wirbelwind an politischer Diskussion in Mexiko und Herausforderungen des existierenden Systems geschaffen, wie seit der Revolution von 1910 nicht mehr.

Die Regierung drückt sich

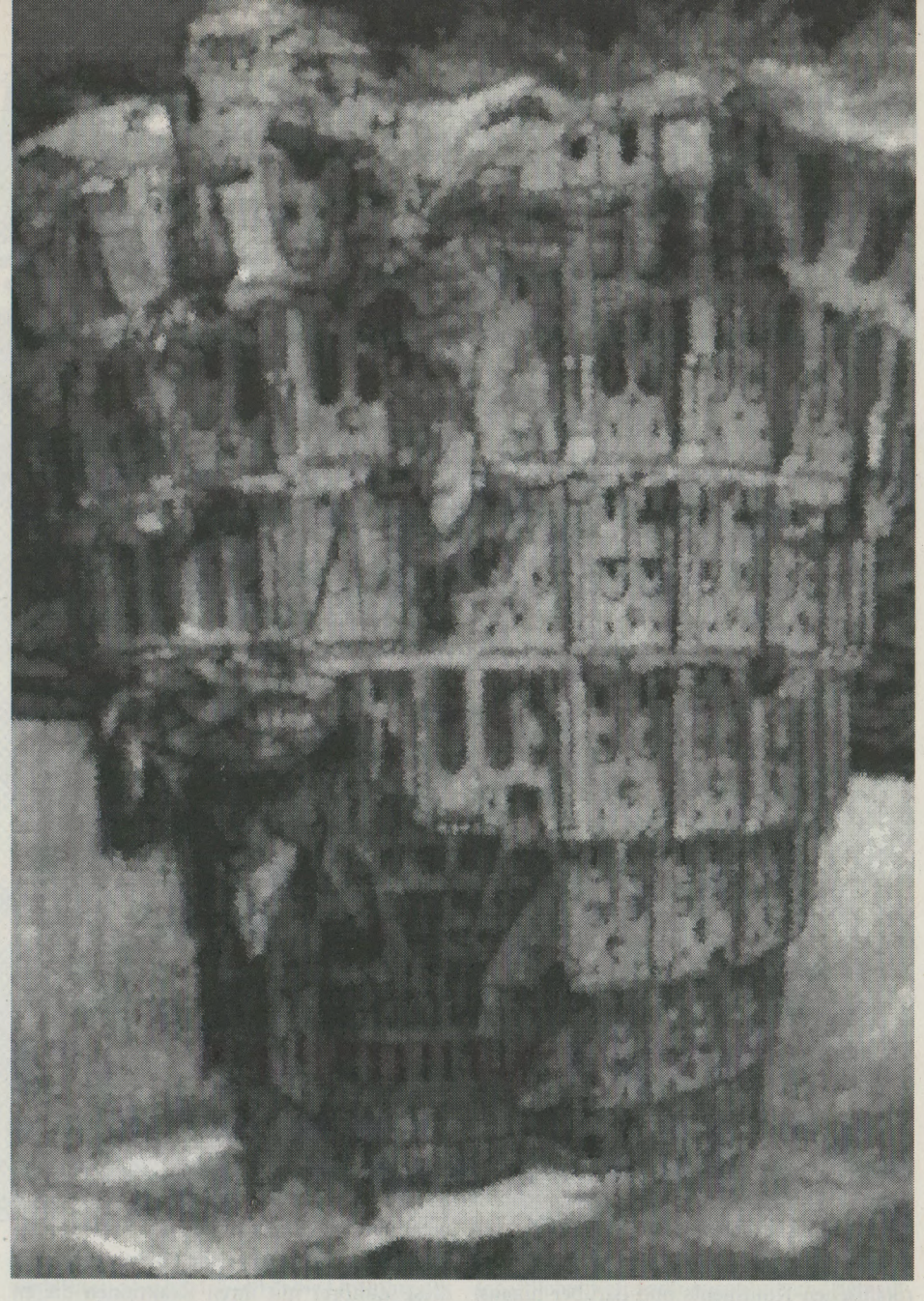
Angesichts der Radikalität der Forderungen und des militärischen Charakters ihres Aufstandes überrascht die Reaktion der mexikanischen Regierung auf die Herausforderung der EZLN. Mit erstaunlicher Geschwindigkeit schwenkte der Staat um, von massiver militärischer Repression (über 15 000 Soldaten waren nach Chiapas entsandt worden; es gab Luftangriffe auf Dörfer, Massenfolter und -hinrichtungen von Gefangenen) auf einen Waffenstillstand und Verhandlungen auf höchster Ebene mit den Rebellen, vermittelt von progressiven Vertretern der katholischen Kirche. Warum?

Konventionell denkende Experten sehen den Grund für den Wechsel in der Angst vor den prüfenden Augen der Weltöffentlichkeit auf ihr Verhalten im Zusammenhang mit der Einführung von NAFTA und im Lichte ihrer Bemühungen um einen Erste-Welt-Status. Denn die Zapatisten haben in ihrer allerersten Erklärung nicht nur die NAFTA angegriffen, sondern mit ihrem Aufstand auch die Risiko-Einschätzung der multinationalen Kapitalisten über Investitionen in Mexiko bedroht. So schien es besser, die Vorgänge totzuschweigen und niedrig zu hängen, den Samthandschuh der Kooptierung zu benutzen, statt die eiserne Faust der Repression.

Aber diese Hypothese der »Empfindlichkeit« gegenüber der internationalen öffentlichen Meinung erklärt nicht, warum die Regierung davon ausging, daß solche Öffentlichkeit negativ ausfiele oder einflußreich genug sei, um ausländische Investoren zu beeinflußen. Um ihre Verstörung zu erklären, müssen wir uns von den Reaktionen der Regierung abwenden und den Reaktionen in ganz Mexiko und weltweit zuwenden.

Die Zirkulation der Kämpfe

Wenn wir uns die landläufigen Reaktionen auf den Aufstand in Chiapas anschauen, wird schnell klar, warum die mexikanische Regierung in der Behandlung der Situation einen Schwenk vollzog. Ihre Befürchtungen erwuchsen aus der sehr rasch anwachsenden Unterstützung für die EZLN und die Gemeinden, die sie repräsentiert.



Vom allerersten Tag an, als die Nachrichten vom Aufstand durch die Medien gingen und Einzelheiten über Computer-Netzwerke zirkulierten, hörten die Menschen auf die Worte der Kriegserklärung der EZLN, sympathisierten mit ihnen und fingen an, gegen die Repressionsmaßnahmen der Regierung zu mobilisieren. Als die mexikanische Armee in Chiapas einfiel, folgten ihr VertreterInnen von Menschenrechtsorganisationen, Leute von anderen indigenen Völkern und freie ausländische Journalisten, die die Regierung nicht kontrollieren konnte. In wenigen Tagen meldeten diese BeobachterInnen Greueltaten und Repressionsmaßnahmen der Armee. Andere organisierten Protestdemonstrationen überall in Nordamerika, selbst in Europa, um die mexikanische Regierung anzuprangern. Diese Aktionen stärkten die Zapatistas und zwangen die Regierung an den Verhandlungstisch.

Die enorme Ausbreitung von Unterstützung in der Bevölkerung und die Bereitschaft, in Unterstützung dieses Aufstandes aktiv zu werden, muß ihrerseits erklärt werden. Wie oben schon bemerkt, ist diese Welt voll von Widersprüchen und Konflikten; es hat viele Aufstände gegeben, die diese Art Reaktion nicht hervorrufen konnten. Was war anders in Chiapas?

Ich denke, die Antwort hat zwei Ebenen. Erstens gab es durch die jahrelange Mobilisierung gegen die NAFTA bereits ein internationales Netzwerk, das willens und in der Lage dazu war, schnell zu reagieren. Zweitens war der Aufstand in Mexiko selbst bei weitem nicht so isoliert, wie es schien.

Der Kampf gegen den Handelspakt lief die Form wachsender Koalitionen von Basisgruppen in Kanada, den Vereinigten Staaten und Mexiko. In jedem Land bildeten sich durch das Zusammenwirken von einigen hundert Anti-NAFTA-Gruppen breite Koalitionen wie das Mexikanische Aktions-Netzwerk zum Freihandel. Das Zusammenwirken erwuchs zum Teil durch gemeinsame Diskussionen, zum Teil durch den Austausch von Informationen und Analysen über die Bedeutung und Auswirkungen der Vereinbarung. Immer mehr wurde die Kommunikation per Computer zum politischen Instrument, um sich sehr schnell zwischen Gruppen und Einzelpersonen austauschen zu können.

Dieser Kommunikationsprozeß vernetzte die Koalitionen der einzelnen Länder auf eine Art und Weise, die in der westlichen Hemisphäre ohne Beispiel ist. Das Ergebnis war eine neue Organisationsform – eine Vielfalt von sowohl lokal als auch international über ein untergründiges Wurzelgeflecht verbundenen Gruppen – die Beziehungen zwischen bislang vereinzelten und unverbundenen Kämpfen jeder Art in Nordamerika herstellte.

Die offensichtlich Betroffenen (ArbeiterInnen in den USA, denen der Verlust ihres Jobs durch die Verlagerung von Fabriken nach Mexiko drohte; MexikanerInnen, die besorgt waren über den Einmarsch des US-Kapitals) schlossen sich mit anderen zusammen, die diese kapitalistische Neuordnung der Handelsbeziehungen als indirekte Bedrohung empfanden, wie Umweltaktivisten, Frauengruppen, Menschenrechtsorganisationen und natürlich Organisationen von indigenen Gruppen auf dem ganzen Kontinent. Die Anti-NAFTA-Bewegung konnte zwar nicht die Ratifizierung des Abkommens verhindern, doch sie hat weiterhin die Folgen des Abkommens beobachtet, um Kämpfe dagegen zu erleichtern mit dem Ziel, das Abkommen zu Fall zu bringen.

Als dann die Zapatistische Armee in San Cristóbal und die anderen Städte in Chiapas einmarschierte, reagierten nicht nur die Gruppen schnell, die sich bereits mit den Kämpfen der indigenen Völkern beschäftigten, sondern auch der wesentlich größere Verbund der Anti-NAFTA-Kämpfe. Computerkonferenzen und Listen von Anti-NAFTA-Koalitionen waren schon eingerichtet. Viele erhielten die ersten Informationen über die Kämpfe über die regelmäßigen Postings im NAFTA-Monitor »trade.news« oder »trade.strategy« im *Peacenet* oder über *Internet*. Obwohl die EZLN-SprecherInnen NAFTA nicht ausdrücklich verurteilten und ihre Offensive auf den Tag des Inkrafttretens in Mexiko legten, wurde der Zusammenhang im ganzen Anti-NAFTA-Netzwerk verstanden.

Daneben gab es in Mexiko einen ganzen Bereich von selbstorganisierten Netzwerken, die nur teilweise mit der Anti-NAFTA-Bewegung zusammenfielen: die der Campesinos und indigenen Völker.

Auch sie hatten, außerhalb der EZLN und weit jenseits von Chiapas, Netzwerke der Zu-

Sonderblätter der »Aktion« zu Chiapas

Die Zeitschrift »Die Aktion« (Edition Nautilus) hat eine Sondernummer herausgebracht mit der Übersetzung eines mexikanischen Buches von Marta Durán de Huerta Patino: »Viva Zapata! Gespräche mit Subcommandante Marcos in Chiapas«. Der Sonderband enthält neben dem Editorial von Lutz Schulenburg noch einen Aufsatz von Antonio García de León über »Die Motive von Chiapas«. Das Heft kostet 12 DM. Außerdem hat »Die Aktion« damit begonnen, in kürzeren Abständen Sonderblätter mit Nachrichten aus und über Chiapas, darunter Kommuniques der EZLN, herauszubringen. Geplant ist für die nächsten Wochen eine regelmäßige Berichterstattung aus Chiapas. Wer Informationen hat, auch über Solidaritätsaktionen usw., sollte das Material an »Die Aktion« schicken.

Edition Nautilus
Am Brink 10, 21029 Hamburg
Tel: 040-7213536 Fax: 040-7218399

sammenarbeit hervorgebracht, um für die Dinge zu kämpfen, die sie brauchen: Schulen, Trinkwasser, die Rückgabe ihres Landes, Freiheit von staatlicher Unterdrückung (Folter durch Polizei und Armee, Verhaftungen, Morde) usw. Aufgrund der leidenschaftlichen Autonomie der beteiligten Communities, die manchmal auf einer traditionellen ethnischen Kultur und Sprache beruhen, haben diese Netzwerke wie das oben beschriebene elektronische Netz funktioniert: horizontal und nicht-hierarchisch.

Diese Entwicklung hat sich über mehrere Jahre hinweg beschleunigt, und zwar nicht nur in Mexiko, sondern in beiden Teilen des amerikanischen Kontinents und darüber hinaus. Zum Teil inspiriert durch das Beispiel der Bürgerrechtsbewegung der Schwarzen in Nordamerika Mitte der 60er Jahre (bzw. den Aufstieg der Indianerbewegung) zum Teil aufgrund der andauernden Angriffe auf ihr Land mit Rückendeckung des Staates in Süd- und Mittelamerika (z.B. die Einzäunung des Amazonas), haben indigene Völker die räumlichen und politischen Spaltungen überwunden, die sie isoliert und geschwächt hatten.

1990 wurde die erste kontinentale Konferenz indigener Völker in Quito, Ecuador, organisiert. Delegierte von über 200 indigenen Nationen initiierten eine Bewegung zur kontinentalen Vereinigung. Auf dem folgenden Treffen 1991 in Panama wurde zur Aufrechterhaltung dieses Prozesses eine Kontinentale Koordinierungskommission der indigenen Nationen und Organisationen (CONIC) gebildet. Die Einheit, die erreicht werden sollte, war nicht die einer politischen Partei oder einer Gewerkschaft – gestärkt und verewigt durch eine zentrale Verwaltung – sondern die Einheit der Kommunikation und gegenseitigen Nothilfe zwischen autonomen Nationen und Völkern.

Eine zweite kontinentale Konferenz wurde im Oktober 1993 in Temoaya, Mexiko, organisiert. Zu den Teilnehmergruppen gehörte die *Frente Independiente de Pueblos Indios (FIPI)*, deren eines Mitglied, die *Coordinadora de Organizaciónes en Lucha del Pueblo Maya para su Liberación*, aus San Cristóbal, Chiapas, gekommen war.

Angesichts der blutigen Gewalt der Gegenoffensive des mexikanischen Militärs bat die FIPI über die CONIC darum, daß andere IndianerInnen aus dem Netzwerk als Beobachter nach Chiapas kommen sollten, um die gewalttätige Staatsmacht zu bremsen. CONIC reagierte umgehend und organisierte internationale Delegationen in die Kampfgebiete. Als sie in Chiapas eintrafen, wurden sie von den örtlichen VertreterInnen des *Consejo Estatal de Organizaciónes Indigenas y Campesinas* empfangen – eine Verbindung von 280 indigenen und Bauernorganisationen im ganzen Land.

Dies kann eine Ahnung davon geben, wie es möglich war, daß ein solch kleiner Aufstand in einem so isolierten Teil Mexikos eine derart starke Unterstützung in der Bevölkerung hervorrufen und einer unwilligen Regierung und politischen Elite undenkbare Konzessionen abringen konnte. Für ein umfassenderes Verständnis wäre natürlich eine Untersuchung über die Geschichte all derer Voraussetzung, die an den Mobilisierungen beteiligt waren, nicht nur der Indigenen und der Anti-NAFTA-Militanten. Egal aus welchen Beweggründen diese Zuhörer mit ihren Reaktionen diesen Kampf weitergetragen haben – wir waren Zeuge eines faszinierenden Prozesses, in dem die Stimmen einer relativ kleinen Zahl von sehr kreativen und entschlossenen RevolutionärInnen immer weiter und weiter verstärkt worden sind, bis die ganze Welt sie hören konnte.

Ein paar frühzeitige Folgerungen

Was können wir beim Zuhören der Stimmen des Aufstandes in Chiapas lernen? Sie haben Vorschläge gemacht, über die wir nachdenken sollten, kein spezifisches Modell entwickelt, das nachgeahmt werden könnte. Die neuen organisatorischen Formen, die wir in Aktion gesehen haben, sind kein Ersatz für alte Formeln – leninistische oder sozialdemokratische. Sie bieten etwas anderes: sie inspirieren mit ihrem Beispiel funktionierende Lösungen auf die Frage, wie post-sozialistische revolutionäre Organisationen und Kämpfe aussehen können.

Die Anstrengungen der Zapatistas in Chiapas und der Anti-NAFTA-Netzwerke, die die Grundlage für ihre Zirkulation legten, zeigen, wie Organisation lokal, regional und international in einer Vielfalt von Formen funktionieren kann. Diese Vielfalt wird genau in dem Maße effektiv sein, wie die Aktiven ein Gewebe der Zusammenarbeit knüpfen, um die (oft sehr unterschiedlichen) materiellen Ziele der verschiedenen Beteiligten zu erreichen.

Wir wissen schon lange, daß es sehr gefährlich ist, wenn eine bestimmte Organisation den Prozeß der Organisierung ersetzt. Diese Lektion haben wir auf die harte Art im Kampf zuerst für und dann gegen Gewerkschaften und sozialdemokratische und revolutionäre Parteien gelernt. Was wir von den Zapatistas hören, und was wir in ihrer Interaktion mit anderen Gruppen sehen, ist eine Struktur der Kooperation zwischen den unterschiedlichsten Arten von Leuten aus der ganzen internationalen Lohn- und Einkommenspyramide. Diese Struktur ist nicht auf einmal aus dem Blauen heraus entstanden; daran ist seit einigen Jahren gebastelt worden. Dabei sind sicher viele Drähte gebrochen, haben sich viele Fäden verwirrt oder mußten neue Schlingen geknüpft werden, um die zu ersetzen, die nicht hielten.

Die SprecherInnen der EZLN haben uns Andeutungen über ihren Anteil an dieser Arbeit gemacht. Hoffentlich wird mit der Zeit mehr über diese Geschichte bekannt werden. Und wir müssen herausfinden, was und wie Andere dazu beigetragen haben.

Heute ist die mexikanische Gesellschaft wie von einem Erdbeben erschüttert. Jeder Tag bringt Berichte über Menschen, die zur Aktion übergegangen sind. Von der EZLN vollkommen unabhängige Menschen haben die Kampfesrufe aufgenommen und besetzen Regierungsgebäude, blockieren Banken, besetzen Land und verlangen *Libertad*. StudentInnen und ArbeiterInnen wurden dazu angeregt, nicht nur »die Bauern zu unterstützen«, sondern ihre eigenen Streiks in der gesamten gesellschaftlichen Fabrik Mexikos durchzuführen.

Ihr habt eine Sammlung der Worte in den Händen, die alle diese Bewegung in Gang gebracht haben. Lest sie aufmerksam. Hört auf die Stimmen. Und habt keine Angst davor, eure eigenen dem wachsenden Tumult hinzuzufügen. Diese Stimmen aus den Bergen des mexikanischen Südosten sagen uns zumindest dies: eine Vielfalt von Stimmen kann zu Zusammenhalt führen – und der Zusammenhalt zur Aktion, die die Welt verändern kann.

Austin, Texas, 22.6.94

»Wir wollen nicht am Band krepieren«

Im September 1994 blockierte ein Streik bei VW in Brüssel fast vier Wochen lang die Produktion. Er begann damit, daß sechzig ArbeiterInnen in der Abteilung Armaturenbrett die Arbeit wegen des unerträglichen Tempos hinschmissen. Nach kurzer Zeit stand die gesamte Produktion. Die ArbeiterInnen handelten **selbständig**, ohne die Gewerkschaften zu fragen. Im Gegenteil, diese steckten mitten in Tarifverhandlungen um Lohn, Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsplätze, und wurden wie die Unternehmensleitung von dem Streik überrascht. Das Thema Arbeitstempo stand nicht in ihrem Verhandlungskatalog. Trotzdem mußten sie den Streik anerkennen und nun auch die Drosselung des Tempos fordern, denn die Wut über den Druck und die unerträgliche Hetze waren in der ganzen Fabrik verbreitet. So sehr, daß selbst die Drohung der Arbeitslosigkeit, mit der in den letzten Jahren überall die Arbeit intensiviert werden konnte, den Streik nicht stoppen konnte.

Den **besonderen Charakter** dieses Streiks brachte der sofort herbeigeeilte Vermittler des Arbeitsministeriums so zum Ausdruck: Der Streik sei völlig untypisch. Was »gewöhnlich beim Dessert« besprochen werde, sei hier zum Hauptgericht geworden. Probleme des Arbeitstempos ließen sich meistens leicht auf der Abteilungsebene lösen, aber diesmal seien sie ins Zentrum der Verhandlungen gerückt und zum Symbol für den Konflikt geworden. Dadurch sei es viel schwerer geworden, eine Einigung herbeizuführen (De Morgen, 15.9.94). In salopper Weise hat er damit auf einen wesentlichen Unterschied zwischen gewerkschaftlicher Verhandlungspolitik und dem unauflösbaren Konflikt um die Ausbeutung aufmerksam gemacht, der den Streik bei VW bestimmte. Der *Verkauf* der Ware Arbeitskraft gegen Lohn erscheint wie jeder Kauf und Verkauf – sofern er überhaupt gelingt – prinzipiell als eine Sache des Einverständnisses und der Harmonie. Wenn der Preis stimmt, ist der Tausch gerecht. Der *Gebrauch* der Ware Arbeitskraft durch den Kapitalisten führt aber zu einem Problem, das sich nie »sozialfriedlich« lösen läßt. Denn der Gebrauch dieser besonderen Ware ist die lebendige Arbeit selbst. Im Unterschied zu anderen Waren läßt sich dieser Gebrauchswert nicht ohne die Anwesenheit des Verkäufers »konsumieren«. Was für den Kapitalisten die rechtmäßige Nutzung der eingekauften Ware ist, bedeutet für die Arbeite-

Ein »untypischer« Streik bei VW in Brüssel

rInnen Ermüdung, Qual und Raub an Lebensglück. Statt friedlicher Übereinkunft herrscht daher auf dieser Ebene ein permanenter Konflikt, in dem der Kapitalist ein ganzes Arsenal von Kontrollinstrumenten auffahren muß. Jeden Tag muß aufs neue angetrieben, ermahnt, kontrolliert werden, und jeden Tag versuchen die ArbeiterInnen, sich Luft zu verschaffen, Freiräume zu öffnen oder auszunutzen. Umso wichtiger ist es für das kapitalistische Kommando, diesen Konflikt zu entpolitisieren, ihn nicht als offene und kollektiv organisierbare Konfliktlinie zuzugestehen.[1] Eines der wichtigsten Mittel bei dieser Entpolitisierung liegt in den »Sachzwängen« der Technologie und der mit wissenschaftlichen Methoden durchgeführten Lohn- und Leistungsbestimmung. Durch deren Einsatz sollte auch der Konflikt bei VW entschärft werden. Die Geschäftsleitung bot die Einführung des neuen Arbeitsbemessungssystems TAKSI an, das schon seit einiger Zeit in Vorbereitung war und mit dem nun eine »objektivere« Leistungszuweisung erfolgen soll.

Zuvor hatte aber der staatliche Vermittler kurz nach Streikbeginn einen verhängnisvollen Fehler begangen. Er schlug vor, für eine kurze Zeit das Arbeitstempo in der ganzen Fabrik auf 85 Prozent zu drosseln. Mit der Aufstellung einer willkürlichen Zahl wollte er den Konflikt um die Arbeitsbelastung wieder verhandelbar machen. Wobei er sich der Illusion bediente, eine solche Zahl würde irgendetwas über die tatsächliche Belastung aussagen. Lediglich das Bandtempo, der tägliche Ausstoß von Autos oder ähnliches kann um einen festen Wert gesenkt werden kann, wodurch nicht automatisch die Belastung an den einzelnen Arbeitsplätzen geringer wird. Gerade die immer wieder auftretenden Belastungsspitzen in der Arbeit hatten aber den Streik ausgelöst. Mit der Aufstellung dieser Zahl erreichte er das Gegenteil: Die ArbeiterInnen griffen sie auf, und forderten nun die *dauerhafte* Senkung des Arbeitstempos um diesen Wert. Das Management konnte an diesem Punkt unmöglich nachgeben; denn es war voraussehbar, daß sich die einzelnen ArbeiterInnen in der täglichen Produktion ständig auf eine solche Regelung berufen würden, was eine unübersehbare Kette von kleinen Konflikten zu Folge hätte. Der Grad der Ausbeutung ist sowieso nicht tarifierbar, aber der bloße Anschein einer solchen tariflichen Festschreibung hätte die unternehmerische Kontrolle über die Produktion in Frage gestellt und den Mikrokonflikten eine Legitimation verschafft.

Die **Gewerkschaften** griffen den Vorschlag des Vermittlers begierig auf, und es begann ein endloses Gerangel um diesen Punkt, wobei auch den Gewerkschaften klar war, daß sich eine pauschale Senkung des Arbeitstempos nicht tarifvertraglich festschreiben läßt. Der

1 Hier tritt das ganze Dilemma von Klassenkampf und Reformismus offen zutage. Auf der Ebene, auf der sich der Antagonismus des Klassenkampfs entwickelt, erscheint er individualisiert; und dort, wo er auf der Oberfläche als kollektiver erscheint, organisiert in Gewerkschaften und Parteien, ist der Antagonismus in lösbare Verteilungs- und Mitbestimmungsfragen verdampft. Daher wird der Konflikt an den Punkten am explosivsten und für die Kapitalisten am bedrohlichsten, an denen der tägliche Kampf gegen die Ausbeutung und der Haß auf die Arbeit kollektive Formen annehmen. Die Kanalisierung des Antagonismus in »friedenssichernde« Tarifverträge ist nicht nur aufgezwungen, sondern knüpft an dieser Zwiespältigkeit in den Interessen der ArbeiterInnen an, die sich zugleich als freie WarenverkäuferInnen und als ZwangsarbeiterInnen erfahren. Der ärgste Feind der Arbeiterklasse sind die ArbeiterInnen selber!
Verhängnisvoll und zynisch wird es aber, wenn in der heute in Mode gekommenen verkurzten marxistischen Sichtweise hinter den Rauchwolken von gewerkschaftlichem Kampfgetümmel und Friedenspfeifen nicht mehr die Existenz des permanenten Konflikts um die Arbeit gesehen wird. Die heute überall eskalierenden Kämpfe gegen die unerträgliche Arbeit sollten diese warenphilosophierenden Marxisten daran erinnern, daß vor dem Tauschen erstmal produziert werden muß, was für diejenigen, die dazu gezwungen sind, nie eine »ontologische« Selbstverständlichkeit ist.

Streit ging daher letztlich nur darum, wie lange es eine Senkung des Bandtempos geben und in welcher Weise diese Pause zur Neubemessung der Zeiten genutzt werden solle. Im übrigen brachten sie die Themen ein, die schon zuvor in ihrem Forderungskatalog standen – Sicherung von Arbeitsplätzen durch Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung –, obwohl diese in den Versammlungen der Streikenden nur noch eine untergeordnete Rolle spielten. Den Gewerkschaften fiel es aus einem zweiten Grund schwer, den Konflikt auf diese verhandel- und regelbaren Fragen umzulenken. Durch den von der Regierung beschlossenen Sozialpakt waren ihnen beim Lohn und bei der Arbeitszeitverkürzung die Hände gebunden. Eine Wiederaufnahme des Kampfs gegen den Sozialpakt von Ende 1993 kam für sie nicht infrage – sie hatten damals erlebt, wie schnell sie bei einer solchen überbetrieblichen Bewegung die Kontrolle verlieren können.

Bei VW behielten die Gewerkschaften trotzdem während des ganzen Streiks das Heft in der Hand. Die radikalen Bedürfnisse gegen die Arbeit hatten den Streik ausgelöst und blieben sein treibendes Moment, aber sie artikulierten sich **nicht selbständig** in dem Streik, gewannen kein eigenständiges Gewicht, wie es eine selbständige Streikorganisierung und -leitung hätte sein können. Die Hoffnung vieler ArbeiterInnen bei VW, andere Fabriken, aus denen von ähnlicher Arbeitshetze berichtet wurde, könnten sich dem Streik anschließen, erfüllte sich nicht. Von den Gewerkschaften wurden in diese Richtung keine Anstrengungen unternommen. Um ihre Anerkennung bei den Streikenden zu behalten, waren sie aber zu den verrücktesten Purzelbäumen gezwungen, z.B. unterschrieben sie ein Verhandlungsergebnis und riefen die ArbeiterInnen in der folgenden Versammlung sofort dazu auf, dieses Ergebnis abzulehnen!

In dieser festgefahrenen Situation, als bereits der offene Einsatz der Polizei gegen die Streikenden drohte, nahm sich die **Justiz** der Sache an und erließ ein faktisches Streikverbot, indem sie allen Streikposten empfindliche individuelle Geldbußen androhte. Eine **Lösung**, die allen Parteien Vorteile bot. Der Firma, weil eine tatsächliche physische Auseinandersetzung zwischen den Streikenden, den von ihr mobilisierten Arbeitswilligen und der Polizei die Rückkehr zur normalen produktiven Zusammenarbeit in der Fabrik sehr viel schwerer gemacht hätte. Dem Staat, weil der offene Einsatz seines Gewaltapparates zu einer Politisierung des Konflikts weit über VW hinaus hätte führen können. Die Ausweitung des Konflikts auf andere Autofabriken oder zu einem breiteren Kampf gegen den Sozialpakt betrachtete die Regierung als eine ernstzunehmende Gefahr. Den Gewerkschaften, weil sie nun die Justiz als »höhere Gewalt« für ihre Unterschrift unter einen Tarifvertrag verantwortlich machen konnten, für den sie bei den ArbeiterInnen keine Mehrheit gefunden hatten. Natürlich schimpften sie erbost über diese »Klassenjustiz«, beugten sich aber dem Urteil.

Gemessen an dem Verhandlungsergebnis endete der Streik mit einer Niederlage. Ein Teil der bedrohten Arbeitsplätze wird durch Arbeitszeitverkürzung gesichert, aber damit sie kostenneutral bleibt, müssen die ArbeiterInnen auf Lohnbestandteile verzichten. Bezüglich des Arbeitstempos bleibt es bei unverbindlichen Zusagen. Die Unternehmensleitung mag gehofft haben, daß sie durch diesen Streikverlauf und -ausgang auch die alltäglichen Kontrollprobleme wieder in den Griff bekommt, daß die ArbeiterInnen demoralisiert und gesenkten Hauptes an die Arbeit zurückkehren. Bisher sieht es nicht so aus. Bis Mitte Dezember hat es in der Fabrik etwa dreißig bis vierzig kleinere Arbeitsniederlegungen wegen des Arbeitsdrucks oder versuchten Maßregelungen von Streikaktivisten gegeben. VW-ArbeiterInnen berichten, daß sie durch den Streik an alltäglicher Macht und Konfliktfähigkeit gewonnen haben.

Im Folgenden betrachten wir die Vorgeschichte und den Ablauf des Streiks: Der besondere Charakter der VW-Fabrik in Forest; die Rolle der Gewerkschaften in Belgien und bei VW; die in dieser Fabrik schon zuvor konfliktreiche Umstrukturierung, wobei der Kampf gegen die Auslagerung der Sitzefertigung eine wichtige Rolle spielte; die Bedeutung des belgischen Heißen Herbst 1993, in dem sich die ArbeiterInnen nicht durchsetzen konnten. Den Streikverlauf selber, vier unruhige Wochen, haben wir anhand von Artikeln aus der bürgerlichen und linken Presse zu rekonstruieren versucht. Mit beteiligten Arbeitern konnten wir nur ein paar kurze Gespräche führen. Diese Schwäche ist uns bewußt, und sollten wir dadurch fehlerhafte Darstellungen, wie sie in der Presse üblich sind, übernommen haben, lassen wir uns gerne korrigieren.

Die Fabrik

1975 übernahm VW die frühere Käfer-Fabrik von D'Leteren im Stadtteil Forest[2] des Brüsseler Westens zu 100 Prozent. Während der Hochkonjunktur Ende der 80er Jahre wurde die Produktion überstürzt hochgefahren, und VW stellte jeden ein, der zwei Hände hatte. 1991 hatte die Fabrik mit 7700 Leuten den höchsten Beschäftigungsstand. Die meisten, die hier arbeiten, kommen nicht aus Brüssel, sondern sind Pendler aus einem Umkreis von 50 bis 100 Kilometern, also aus Flandern und Wallonien. In den letzten Jahren sind bei VW nur noch Leute mit belgischem Paß eingestellt worden, die Belegschaft ist überdurchschnittlich jung, und es gibt nur noch wenige ausländische ArbeiterInnen. Durch die Auslagerung der Sitzefertigung und anderer Abteilungen ist auch der Anteil der Frauen stark zurückgegangen. Seit 1992 wurde drastisch Personal abgebaut; bei Streikbeginn arbeiteten noch 5 860 in der Fabrik. Dies lag nicht nur an der schlechter werdenden Konjunktur, sondern vor allem an der beginnenden Umstrukturierung entsprechend den Vorstellungen von *lean production*. In den Augen des Managements ist diese »Verschlankung« noch lange nicht abgeschlossen. Der Geschäftsführer von VW-Forest Jules Ackermans in einer Fernsehsendung: *»1996 wird es in diesem Werk noch 2500 Leute geben. Das werden die Besten der Besten, die besten Automobilarbeiter der Welt sein.«* Dabei stößt das Management aber auf einen hartnäckigen Widerstand.

Die Fabrik in Brüssel gilt im Produktionsverbund von VW als die flexible Fabrik für die Golf- und Passat-Montage. Hier werden die Wagen mit Sonderausstattungen gefertigt, während die einfacheren Modelle in Emden und Wolfsburg von den Bändern laufen. Das Werk ist relativ gering automatisiert, es überwiegt die Handarbeit. Vor dem Streik wurden täglich 1 020 Golf und Passat auf zwei Linien im Modellmix montiert. Auch wenn die Produktivität im Vergleich zu anderen ausländischen VW-Werken gering sein soll, so ist sie immer noch höher als die der Fabriken in Deutschland. Noch eine Woche vor dem Streik hatte Forest den Zuschlag für weitere Produktionsanteile an beiden Modellen erhalten. So schnell wird VW diesen Standort auch nicht aufgeben wollen: Für ein neues Preßwerk und eine neue Lackiererei wurden Anfang der 90er Jahre eine Milliarde DM investiert.

Entsprechend der flexiblen Rolle im Produktionsverbund verlangt VW auch von den ArbeiterInnen eine größere Flexibilität. In den 80er Jahren versuchte das Management mehrmals, Samstagsarbeit oder Neun-Stunden-Schichten einzuführen – ohne Erfolg. Anfang 1990 wurde eine Nachtschicht mit neu eingestellten »Freiwilligen« eingeführt, die Verträge über Drei-Schicht-Arbeit unterschreiben mußten. Die Gewerkschaft ließ sich die Nachtschicht durch die Neueinstellungen abkaufen. Die weitere Umstrukturierung war ständig begleitet von kleinen Arbeitsniederlegungen, Streiks und Konflikten. Dieser auch für belgische Verhältnisse bemerkenswerte Widerstand gegen die Umstrukturierung konnte sich entwickeln, weil bei VW die gewerkschaftliche Kontrolle über die Konflikte und Mobilisierungen in den Abteilungen schwach war.

Gewerkschaft in Belgien und bei VW

Wie in kaum einem anderen europäischen Land sind die Gewerkschaften in Belgien durch eine Reihe von Gesetzen und Abkommen mit den Unternehmern als Ordnungskraft anerkannt. Darauf beruht auch ihr hoher Organisationsgrad trotz der Existenz von Richtungsgewerkschaften. Die beiden großen Gewerkschaftsbünde sind der sozialdemokratische ABVV/FGTB (Algemeen Belgisch Vakverbond = Fédération Générale du Travail de Belgique), mit heute ca. 1,1 Millionen Mitgliedern und der christliche ACV/CSC (Algemeen Christelijk Vakverbond = Confédération des Syndicats Chrétiens) mit ca. 1,3 Millionen. Der kleine liberale Verband ACLVB/CGLSB hat heute nur noch 200 000 Mitglieder. Hinter den Abkürzungen stehen nicht nur unterschiedliche Sprachen, sondern getrennte gewerkschaftliche Strukturen in den zwei, bzw. drei Landesteilen (Brüssel bildet einen eigenständigen Landesteil). Praktisch bedeutet dies, daß es nicht nur zwei Richtungsgewerkschaften, sondern sechs mehr oder weniger unabhängige Gewerkschaftsstrukturen gibt. Welche Bedeutung das haben kann, zeigte sich z.B. während des VW-Streiks, als es kaum Kontakte zu den gewerkschaftlichen Strukturen bei Renault-Vilvorde gab, obwohl der Betrieb unmittelbar an der Stadtgrenze zu Brüssel liegt. Dadurch gehören die Gewerkschaften in der Renault-Fabrik aber zu ihren flandrischen Dachverbänden!

Die belgischen Gewerkschaften lassen sich nicht mit den kommunistischen und sozialdemokratischen Richtungsgewerkschaften in Frankreich, Italien oder Spanien vergleichen, deren parteipolitische Anbindung mit einem geringeren Grad an rechtlicher und staatlicher Integration verbunden ist und deren dramatischer Rückgang im Organisationsgrad in den letzten Jahren daher auch nicht durch die Übernahme quasi-staatlicher Funktionen kompensiert werden konnte. Den belgischen Gewerkschaften blieben auch in den Krisenjahren ihre Mitglieder erhalten, weil die Mitgliedschaft ein wesentliches Moment sozialstaatlicher Absicherung bildet. So werden bis heute die Arbeitslosengelder über die Gewerkschaften ausgezahlt, was auf die Subventionierung der gewerkschaftlichen Hilfskassen durch den Staat in den Krisenjahren nach dem Ersten Weltkrieg zurückgeht. Natürlich können auch Nichtmitglieder Arbeitslosenunterstützung bekommen, aber für sie ist es mit einem sehr viel größeren bürokratischen Aufwand verbunden – wer seine Stütze schnell und ohne Aufwand bekommen will, geht daher in die Gewerkschaft. Auch durch andere Maßnahmen erklärten sich die Unternehmer bereit, den Organisationsgrad der belgischen Gewerkschaften – bei den ArbeiterInnen 80 bis 90 Prozent – zu stützen. In vielen Branchen wurden Prämien ausgehandelt, die nur Gewerkschaftsmitglieder erhalten und die an die Einhaltung der Friedenspflicht gebunden sind. Die Gewerkschaften werden auf staatlicher Ebene in Wirtschaftsräte und Sozialpaktsverhandlungen einbezogen, was eine lange Tradition hat.

Die hohe Anerkennung der Gewerkschaftsverbände ist daran gebunden, daß sie das Ausbrechen unkontrollierter Kämpfe verhindern können. Auf der betrieblichen Ebene gibt es

2 Belgien ist zweisprachig, der Stadtteil Forest (französisch) heißt auch Vorst (flämisch). Dies betrifft auch die Abkürzungen, z.B. der Gewerkschaftsverbände. Wir verwenden hier durchgehend die französischen Bezeichnungen und Abkürzungen. Dabei ist uns klar, daß sich in der Zweisprachigkeit eine tiefgehende politische Spaltung des Landes ausdrückt, die auch die Arbeiterbewegung betrifft (s.u.).

zwei gesetzlich abgesicherte Vertretungsstrukturen, in denen Arbeitervertreter und Unternehmensleitung paritätisch vertreten sind, und die lediglich beratende Funktionen haben. Die Vertreter in diesen Gremien müssen sich von den ArbeiterInnen des Betriebs wählen lassen. Die gewerkschaftliche Vertretung im Betrieb, die Delegierten, werden nicht im Betrieb gewählt, sondern von den Gewerkschaftsführungen ernannt. Sie sind ein Mittelding zwischen Betriebsrat und Vertrauensleuten in der BRD; sie sind die eigentliche Vertretung der ArbeiterInnen im Betrieb, formulieren die Forderungen, überwachen die Einhaltung von Verträgen und Gesetzen, organisieren Streikaktivitäten. Formell sind sie stark von den Gewerkschaftsvorständen abhängig, können sich aber je nach Betrieb auch eine gewisse Eigenständigkeit erobern.

VW ist die einzige der fünf Autofabriken in Belgien, in der die ArbeiterInnen aus beiden Landesteilen kommen. Dadurch und durch die schnelle Neuzusammensetzung der Belegschaft Ende der 80er Jahre ist der Einfluß der Gewerkschaftsführungen hier schwächer als in anderen Betrieben. Die Zuständigkeit verschiedener, nach Landesteil und Dachverband getrennter Sektionen, schafft oft unklare Situationen, in denen die ArbeiterInnen oder die Delegierten im Betrieb selbständig handeln können. *»Bei Schwierigkeiten, die in anderen Betrieben durch Reden und Verhandeln gelöst werden können, halten hier die Arbeiter in den Abteilungen gleich das Band an.«* (Knack, 27.9.94) Kapitalistische Beobachter machen auch das Management bei VW für diesen Zustand verantwortlich, das im Unterschied zu GM, Volvo, Ford und Renault zu wenig dafür getan habe, ein Klima der einvernehmlichen Konfliktlösung zu entwickeln. *»Auf sozialem Gebiet ist VW unter den Autoproduzenten in Belgien das häßliche Entlein.«* (Trends, 19.9.94)

Konfliktreiche Umstrukturierung bei VW – das unruhige Jahr 1993

Der Streik 1994 kam nicht aus heiterem Himmel. Er hat eine Vorgeschichte in den anhaltenden Konflikten um alle Versuche des Managements, die Vorgaben der *lean production* umzusetzen. Durch diese ständige Politisierung der Umstrukturierung, zugespitzt im Kampf gegen die Auslagerung der Sitzefertigung, entstanden bei VW-Forest die Voraussetzungen dafür, sich sehr energisch und geschlossen der Erhöhung des Arbeitstempos, wie es jetzt im Aufschwung überall verlangt wird, entgegenzustellen. Diese Kämpfe hatten für die Erfahrungen der ArbeiterInnen und die praktische Kritik von *lean production* und *partizipativem Management* auch dann eine enorme Bedeutung, wenn sie ihre unmittelbaren Forderungen nicht durchsetzen konnten.

1990 beginnt in der FGTB bei VW die Diskussion um die 35-Stunden-Woche, nachdem deren Einführung bei VW in Deutschland beschlossen ist. Die Gewerkschafter sehen darin eine Möglichkeit, die Arbeitsplatzverluste auszugleichen, die mit der Modernisierung von Preßwerk und Lackiererei verbunden sind. Im Februar 1991 wird auf den Aufruf der FGTB hin vier Tage für Lohnerhöhungen und die 35-Stunden-Woche gestreikt. Ein Angebot des Unternehmens, das nur Lohnsteigerungen vorsieht, wird von 57 Prozent der ArbeiterInnen abgelehnt. Im Frühjahr wird eine Betriebsvereinbarung über *partizipatives Management* abgeschlossen: In paritätischen Studiengruppen soll die Einführung von *just-in-time*, Gruppenarbeit und Qualitätskontrolle untersucht werden. Im Sommer beantragt die Geschäftsleitung vier Samstagsschichten, was von der FGTB abgelehnt wird. Im Dezember fährt eine Gewerkschaftsdelegation aus beiden Gewerkschaften auf Einladung der Geschäftsleitung nach Japan, um die Vorzüge des japanischen Managements kennenzulernen.

Anfang 1992 beginnen die Verhandlungen um den zweijährigen Haustarifvertrag unter dem Druck des geplanten Abbaus von 977 Arbeitsplätzen. Der Plan zur Verringerung der Belegschaft wird mit dem Rückgang der Verkäufe begründet, aber es ist klar, daß er eine unmittelbare Folge der Modernisierung und der neuen Arbeitsorganisation ist, bei der die ArbeiterInnen dazu angehalten werden, alle toten Zeiten auszuschalten (KVP). Die Geschäftsleitung weigert sich, über Arbeitzeitverkürzung zu verhandeln. Sie bietet im Tausch gegen den Arbeitsplatzabbau Lohnerhöhungen und die Einführung einer Anwesenheitsprämie. Bei der ersten Abstimmung weisen 83 Prozent der Arbeiter diesen Tauschhandel zurück, beim zweiten immer noch 55 Prozent. Die FGTB unterschreibt den Vertrag nicht. In dieser Situation weigert sich die FGTB-Delegation, an einer zweiten Reise nach Japan teilzunehmen, woraufhin die Reise abgesagt wird. Die Geschäftsleitung versucht nun, sich unter Umgehung der Gewerkschaften direkt an die ArbeiterInnen zu wenden. In ihrer Werkszeitung startet sie die Aktion »Karten auf den Tisch«. Die ArbeiterInnen sollen offen ihre Zweifel und Fragen gegenüber der Unternehmenspolitik äußern. Die Geschäftsleitung will so herausfinden, wie sie ihre Devise »Mit weniger Leuten mehr produzieren« besser verkaufen kann. Aber auch auf diesem Weg kann VW den Widerstand nicht aushebeln.

Ende 1992 werden dann doch Freischichten und Tage mit verkürzter Arbeitszeit eingeführt, um das Arbeitstempo steigern zu können. Im Januar 1993 werden dafür zwanzig Minuten Pause während der Produktion abgeschafft; außerdem versucht die Geschäftsleitung, die Freischichten als flexiblen Puffer einzusetzen: Ende Februar will die Geschäftsleitung an einem Tag, der aufgrund der Arbeitszeitverkürzung frei wäre, produzieren lassen. Die Gewerkschaften rufen dazu auf, nicht in den Betrieb zu kommen, aber die Mehrheit der ArbeiterInnen ist anwesend. *»Die Geschäftsleitung ruft wieder zu einem solchen Arbeitstag (am 19.3.) auf, aber die Delegierten von allen Gewerkschaften halten diesmal die Produktion an. Die Geschäftsleitung stoppt die Aktion mit einem Gerichtsvollzieher, der jeden Arbeiter, der die Produktion anhält, mit Geldbußen bedroht. Bei der Berufungsverhandlung wird die Geschäftsleitung abgewiesen.«* (Gauche, 28.9.94) Im April gibt es einen Streik gegen »schleichenden Arbeitsplatzabbau«.

Die Auslagerung der Sitzefertigung

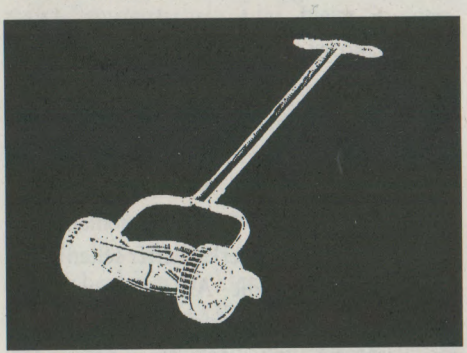
Am 21. Juni 1993 legen die 120 ArbeiterInnen in der Näherei »spontan«, d.h. ohne gewerkschaftliche Streikankündigung, die Arbeit nieder, weil ihre Abteilung im November zu einer spanisch-italienischen Firma ausgelagert werden soll. Die Abteilungen »Sitzefertigung« (etwa 300 Leute) und »Armaturenbrett und Scheinwerfer« schließen sich dem Streik an, da ihre Arbeit wahrscheinlich auch ausgelagert werden soll. Insgesamt geht es um 5-600 Arbeitsplätze. Ab Dienstag nacht ist die gesamte Montage durch den Streik blockiert.

Im Verlauf dieses Streiks wird bereits sehr klar diskutiert, was *lean production* bedeutet.

Die Argumente von Arbeiterseite richten sich nicht nur gegen den Abbau von Arbeitsplätzen als solchen, sondern gegen den Wegfall bestimmter Arbeitsplätze, an denen Frauen oder ältere Arbeiter überhaupt noch arbeiten können. Die Geschäftsleitung versichert nach Streikbeginn sofort, daß niemand entlassen werden wird. Das betroffene Personal werde in die Arbeit am Band integriert werden. *»Es ist wahr, daß die Belegschaft jung ist«*, sagt ein Delegierter. *»Aber in diesen Abteilungen müssen die Älteren und gesundheitlich Eingeschränkten nicht mehr am Band arbeiten, sie können eine weniger schwere Arbeit machen. Wenn man die da rauszieht, was passiert dann mit diesen Leuten?«* Ein anderer Arbeiter: *»Die Chefs sagen, daß es keine Entlassungen geben wird, aber man weiß ja, wie das läuft. Wer die Arbeit am Band nicht schafft, wird schnell in Ehren entlassen.«* (La Lanterne, 24.6.93) *»Ende 1993 werden 1 700 Arbeitsplätze innerhalb von zwei Jahren abgebaut sein, d.h. ein Viertel der Belegschaft. Diese Arbeiter verschwinden, aber die Arbeit bleibt. Das ist der wahre Grund für die Überbeanspruchung und die höllischen Rhythmen, die nicht einmal die Jüngeren mehr aushalten können.«* (solidaire, 7.7.93)

Das Klima ist sehr gespannt. Von den 6 600 Beschäftigten hat das Management bereits 900 in die rotierende Arbeitslosigkeit geschickt, um die Produktivität zu erhöhen. VW-Chef Piëch hat den Abbau von 35 000 Arbeitsplätzen im gesamten Konzern angekündigt, davon 1 800 in Brüssel. Der gestiegene Arbeitsdruck ist allgegenwärtig. In den Wochen vor dem Streik hat es bereits einige kleinere Aktionen gegeben, die allerdings zu keinem Stillstand der ganzen Fabrik geführt haben.

Nachdem die gesamte Produktion blockiert ist, beantragt die Geschäftsleitung »technische Arbeitslosigkeit« für die restliche Belegschaft beim Arbeitsamt – was einer kalten Aussperrung bzw. Nullstunden-Kurzarbeit entspricht. Die Gewerkschaft übernimmt nachträglich den Streik und es beginnen Verhandlungen beim Arbeitsministerium. Zunächst ergebnislos: Die Gewerkschaft verlangt genauere Angaben über die Firma, zu der ausgelagert werden soll, und fordert die Modernisierung der eigenen Näherei – VW will nur über die Integration der betroffenen ArbeiterInnen in die Arbeit am Band verhandeln. Obwohl es zu keinem Ergebnis kommt, wird die Arbeit am Mittwoch der nächsten Woche, dem 30. Juni, wieder aufgenommen. Die Werksferien (9. Juli - 8. August) stehen kurz bevor, und der Streik droht abzubröckeln. Die Geschäftsleitung hat zugesagt, ein detailliertes Dossier über die Auslagerungen vorzulegen, am 8. August soll weiterverhandelt werden. Die Verhandlungen ziehen sich weiter hin, aber die Auslagerung kann schließlich nicht verhindert werden. Die meisten Frauen gehen mit Abfindungen aus der Fabrik raus. Erst Mitte 1994 beginnt die Zulieferung der Sitze – zunächst mit dem Resultat, daß tausende Wagen mit schadhaften Sitzen nachgearbeitet werden müssen!



Heißer Herbst 1993 in Belgien – »Plan Global« und Generalstreik

Im November wird Belgien durch eine breite Welle von Streiks und Demonstrationen erschüttert, die teilweise von den Gewerkschaften angeführt werden, zum Teil außerhalb ihrer Kontrolle stattfinden. Auslöser sind die Verhandlungen über einen *»Plan global für Beschäftigung, Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit und den Erhalt der sozialen Sicherheit«*. Im August hatte die Mitte-Links-Regierung unter Dehaene von der Christlichen Volkspartei eine Expertenkommission eingesetzt, die Verhandlungen über einen Sozialpakt vorbereiten soll. Die Gewerkschaften erklären ihre prinzipielle Bereitschaft zur Beteiligung. Die Vorschläge der Kommission sehen massive Einschnitte vor: Steuererhöhungen, Rentenreform, Einfrieren der Löhne für 1994 und größere Arbeitszeitflexibilität. Hintergrund sind die Ermahnungen des IWF und der EU, da Belgien mit einer Staatsverschuldung von 130 Prozent des Bruttosozialprodukts einen Spitzenwert in der Europäischen Gemeinschaft hält. Im Oktober geht die Kommission noch weiter: Einfrieren der Löhne bis 1996, Abschaffung der Frühverrentung, Heraufsetzung des Rentenalters und mehr Flexibilität bei Arbeitsverträgen. Innerhalb der Gewerkschaften wird der Ruf nach Abbruch der Verhandlungen laut. Die Regierung kommt dem zuvor und verkündet am 24. Oktober ihren *Plan global*. Von Ende Oktober bis Mitte Dezember entwickelt sich daraufhin eine breite Streikbewegung im ganzen Land. Zum einen mobilisieren die Gewerkschaften mehrmals zu Generalstreiks und Demonstrationen, die aber die Bewegung ins Leere laufen lassen: Die einzelnen Streiks sind verzettelt, demonstriert wird an Samstagen, ohne gleichzeitig zu streiken; die einzelnen Arbeitsniederlegungen finden immer getrennt in verschiedenen Sektoren oder Regionen statt. Unabhängig davon verbinden sich konkrete Anlässe in einzelnen Betrieben mit der Wut auf die Regierungspläne. Die Firma Diamond Board kündigt Ende November die Entlassung von über 1 000 der 2 400 ArbeiterInnen an. Der Streik dagegen dauert zwei Monate. Das Unternehmen zieht den Entlassungsplan zurück, dafür stimmen die Arbeiter einer Lohnkürzung, Frühverrentung und Arbeitszeitflexibilisierung zu. Anfang November besetzen 50 Fahrer von ESSO das Verteilzentrum in Brüssel, weil ihre Arbeit an Subunternehmen ausgelagert werden soll. Es gibt eine Reihe von Streiks im öffentlichen Dienst, bei der Post, den Banken und an den Schulen. Die beiden Gewerkschaften FGTB und CSC rufen für Freitag, den 26. November, zum Generalstreik auf, um sich wieder an die Spitze der Bewegung zu setzen und ihren Anspruch auf Beteiligung an den Sozialpaktsverhandlungen zu unterstreichen. Anfang Dezember zerbricht die gemeinsame Haltung der beiden Gewerkschaftsbünde gegenüber dem Regierungsplan. Die FGTB ruft zu einer landesweiten Demonstration für den 10. Dezember in Brüssel auf, dem Tag des EU-Gipfeltreffens in der Hauptstadt. Es kommen nur noch 25 000, womit sich ein Ende der Bewegung abzeichnet. Am 15. Dezember akzeptieren die Gewerkschaften den Regierungsplan, nachdem er in einigen Punkten leicht geändert wurde, und sie das als ihren »Erfolg« darstellen können. Die wesentlichen Vorschläge der Expertenkommission sind damit verabschiedet: Die in Belgien gesetzlich verankerte automatische Anpassung der Löhne an die Inflation wird nur noch um acht Monate verzögert gewährt, die Reallöhne werden für 1995 und 1996 eingefroren. Frühverrentungen werden vom Arbeitsamt nur noch finanziert, wenn sich die Firma in einer besonderen Notlage befindet. Die Bedingungen für den Erhalt von Arbeitslosengeld werden verschärft (erstmals kann die in Belgien unbefristete Arbeitslosenunterstützung bei »Arbeitsunwilligkeit« nach zwei Jahren beendet werden), die Möglichkeit von befristeten Arbeitsverträgen ausgeweitet und den Unternehmen steuerliche Anreize zur Einstellung von Arbeitslosen und Jugendlichen geboten, die Sozialversicherungsbeiträge der Unternehmen für Niedriglöhne gesenkt. Im übrigen werden diverse Steuern angehoben.

Die ArbeiterInnen von VW in Brüssel hatten sich auffällig wenig an den Aktionen gegen den *Plan global* beteiligt. Am 23. November, einen Tag nachdem in den Provinzen Liège, Anvers und Limbourg erste Streiks und Blockaden ge-

gen den *Plan global* stattgefunden hatten, legten die ArbeiterInnen in der Sitzeabteilung ohne Aufruf der Gewerkschaften die Arbeit nieder, um gegen ihre Umsetzung in andere Abteilungen zu protestieren. Die Gewerkschaften übernahmen die Aktion und verlängerten sie bis zum 25., um sie in den Generalstreik am 26. einmünden zu lassen. Ansonsten hat es bei VW in diesem Zusammenhang keine Aktionen gegeben.

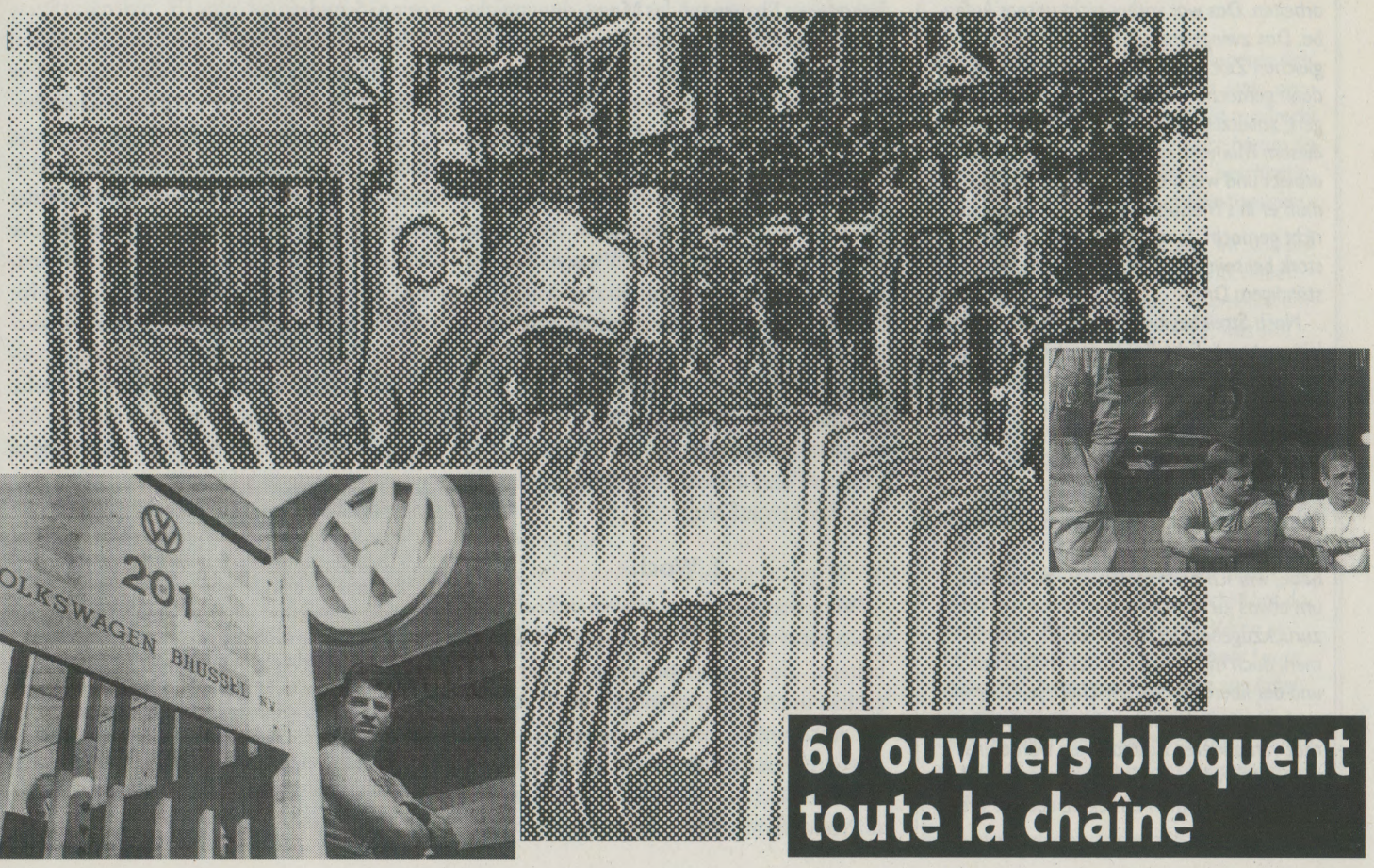
Die Niederlage der Kämpfe gegen den *Plan global* stellt einige wichtige Weichen für den Streik bei VW im September 1994. Bei der Forderung nach Lohnerhöhungen kann sich das Unternehmen auf die Regierungsvorgaben berufen. Diese schließen auch eine Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich aus, da dies die realen Stundenlöhne erhöhen würde. Ebenso sind Frühverrentungen erschwert – erst unter dem Druck des Streiks läßt die Regierung durchblicken, daß sie im Falle VW von einer besonderen Notlage ausgehe. Der Streik im September bei VW wird durch die Niederlage der gesamten Arbeiterklasse im Herbst 1993 von Anfang an eine Konfrontation mit dem Unternehmer und der Regierung zugleich. Die Hoffnungen linker Gewerkschaftsaktivisten richten sich darauf, daß der Streik gerade deswegen zum Auslöser eines breiteren Kampfes werden könnte. Da es aber zu keiner Ausweitung kommt, gelingt es auch den ArbeiterInnen bei VW nicht, die Vorgaben des *Plan global* zu durchbrechen.

Der Streik im September 1994

Ende 1993 beginnen bei VW die Verhandlungen um den Tarifvertrag 1994/95. Die Gewerkschaften fordern eine Umsetzung der Nominallohnerhöhungen in Arbeitszeitverkürzung, um weitere Entlassungen zu verhindern. Am 15. Dezember hatte sich der Betriebsrat in Deutschland mit VW auf die Verkürzung der Arbeitszeit auf 28,8 Wochenstunden, ohne Lohnausgleich und mit weiten Flexibilisierungsmöglichkeiten, geeinigt. In Brüssel will sich das VW-Management auf etwas Vergleichbares unter keinen Umständen einlassen. Die Verhandlungen gehen das ganze Frühjahr über weiter. Wegen des Arbeitstempos und der Umsetzungen gibt es kleinere Aktionen von Arbeiterseite, z.B. im Februar, als zwei Arbeiter gekündigt werden, die aufgrund der Arbeitsverdichtung bestimmte Arbeitsschritte in der Motorenfertigung ausgelassen hatten. Das Management geht mit Einschüchterung und Abmahnungen gegen Gewerkschaftsdelegierte vor, die sie für Rädelsführer hält. Als sich Anfang Juni in den Verhandlungen immer noch keine Übereinstimmung erreichen läßt – die Geschäftsleitung verlangt den Abbau von 850 Arbeitsplätzen und lehnt eine Arbeitszeitverkürzung ab – kündigen die Gewerkschaften einen Streik an, der nach den Ferien am 30. August beginnen soll. Aber schon vor den Ferien wird die Fabrik durch einen Streik von 30 Leuten aus dem Preßwerk für kurze Zeit blockiert, die sich gegen ihre Umsetzung aufgrund von Roboterisierung wehren. Die Geschäftsleitung schickt die gesamte Belegschaft sofort in die technische Arbeitslosigkeit. Offensichtlich ist sie an einer Ausweitung des Konflikts interessiert, um die Gewerkschaften und die ArbeiterInnen unter Druck zu setzen.

Am ersten Arbeitstag nach den Ferien, dem 29. August, setzt der staatliche Vermittler Van der Heule aus dem Arbeitsministerium einen neuen Verhandlungstermin auf den 8. September ein. Die Gewerkschaften sagen daraufhin den angekündigten Streik ab. Dann kommt aber alles ganz anders.

Seit Anfang 1994 hat sich die Konjunktur in der Autoindustrie wieder belebt und die Produktion war hochgefahren worden. Mit dem Aufschwung versuchten die Firmen überall, die Produktivität drastisch zu erhöhen. Die steigende Produktion soll von genauso viel oder noch weniger ArbeiterInnen erbracht werden. Neueinstellungen werden vermieden, ständig wird der noch vorhandene »Personalüberhang« beschworen. Die Unternehmer wollen jetzt die neue Flexibilität der Arbeit und die neuen Formen von Arbeitsorganisa-



60 ouvriers bloquent toute la chaîne

Männer und Frauen bei VW schildern ihre Situation:

(aus: *Le Gauche* Nr. 17 vom 28.9.1994 und *Solidaire* vom 14.9.94)

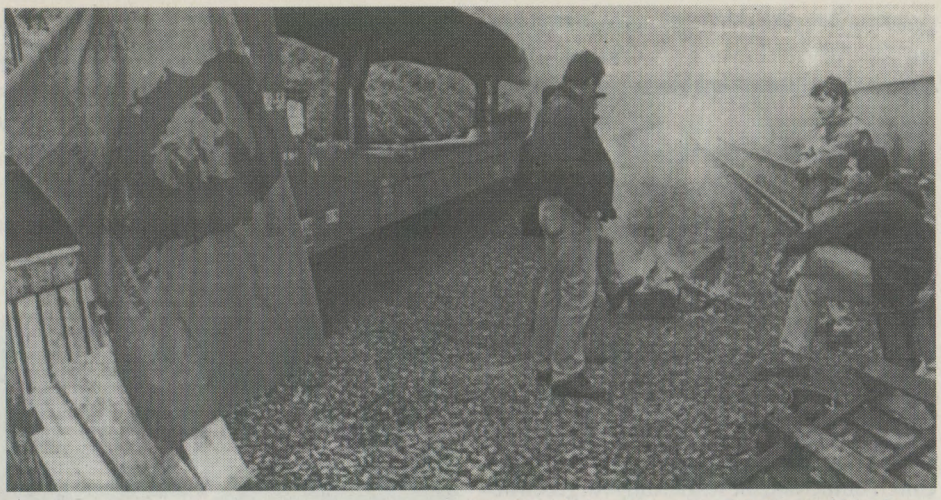
Marc: *»Ich arbeite im Preßwerk. Wir sind zu zehnt in der Schicht. Man muß dabei sein, um zu wissen, was da los ist. Ohne Stopp, von morgens bis abends. Von Zeit zu Zeit eine mechanische Störung, die zum Arbeitsstopp führt. Ich träume von diesen Störungen. Wenn man aus der Fabrik rausgeht, fühlt man sich völlig leer. Es gab bereits schwere Unfälle auf dem Heimweg von der Spät- oder Nachtschicht.*

Die Maloche ist so, als ob Dir jemand acht Stunden lang den Kopf unter Wasser drückt. Sprechen wir nicht von der Pause. 20 Minuten um 10 Uhr oder um 18 Uhr, das gibt gerade Zeit, um sein Butterbrot runterzuschlingen und eine ›grüne Zone‹ aufzusuchen, wenn sie nicht zu weit weg ist. Zur Cafeteria kann man sowieso nicht gehen, die ist zu weit weg.«

Patrick aus dem Preßwerk: *»Auch ohne Uhr spürt man genau, wann die Sirene ertönen wird. Man fühlt es in den Beinen, wenn es Zeit ist, zur Maloche zurückzugehen. Wenn man nicht direkt geht, schreit der eine oder andere Chef, und man hat nicht jeden Tag Lust darauf.«*

Jean aus der Nachtschicht: *»Ich arbeite beim Fahrwerk. Seit kurzem müssen wir nicht nur die normale Produktion erledigen, sondern auch noch die Autos mit Mängeln nacharbeiten. Das war vorher nicht unsere Aufgabe. Das zwingt uns zu mehr Arbeit in der gleichen Zeit. ... Die Qualitätskontrolle wird dann gemacht, wenn ein Arbeiter sich weigert, zusätzliche Arbeiten zu übernehmen. In diesem Moment bekommt er eine ›Qualitätsarbeit‹ und wenn er sie nicht gut macht, muß er in's Meisterbüro oder es wird ein Bericht gemacht. Jemand, der nicht gerade stark bei seinem Job ist, steht dann unter ständigem Druck.*

Nach Streikbeginn hat uns die Geschäftsleitung persönliche Briefe geschickt. Briefe, die die Arbeiter ein wenig bedrohten und uns sagten, daß sie uns für unsere Arbeitsanstrengungen dankt und uns gleichzeitig die ökonomischen Schwierigkeiten erklärt. Wenn sie uns danken will, dann soll sie was anderes machen, dann soll sie sich unserer Forderungen annehmen. Als ich diesen Brief gelesen habe, war ich noch motivierter zu streiken, um etwas zu erreichen, anstatt an die Arbeit zurückzugehen. Jetzt sind wir alle zusammen, auch mit denen von der christlichen und der liberalen Gewerkschaft. Je mehr wir sind, desto stärker werden wir sein. Solidarität von anderen Autofabriken würde uns sehr gut tun. Um die Regierung und die Metallarbeitgeber unter Druck zu setzen. Wenn



Die Eisenbahnzufahrt zur Fabrik wird blockiert.

tion ausreizen, die sie während der Krise durchsetzen konnten. Das »Management by stress« soll ausloten, wieviele Reserven die ArbeiterInnen durch eigenen Erfindungsgeist mobilisieren können – »Zwangs-KVP«. Bei VW in Brüssel hat diese Politik nur einen kleinen Schönheitsfehler: Nach den Sommerferien steigert die Geschäftsleitung die Produktion durch eine Änderung im Mix aus Golf und Passat, schickt aber gleichzeitig weitere 200 ArbeiterInnen in die rotierende Arbeitslosigkeit, eine Form von Kurzarbeit, von der die Firmen sehr viel leichter und unbürokratischer Gebrauch machen können als in der BRD. In anderen Firmen tut das Management nichts (stellt nicht ein) und läßt die »natürlichen« Marktkräfte (gestiegene Produktion) wirken. Hier **tat** sie etwas – das machte den Druck unmittelbarer als in anderen Werken als direktes Unternehmerhandeln sichtbar: »Stress by management«. Im Streik haben einige Arbeiter erklärt, daß sie dies als einen besonderen »Skandal« empfanden. Das Wirtschaftsmagazin *Trends* nennt es einen »strategischen Fehler« der Geschäftsleitung, unmittelbar nach den Ferien und ohne ausführliche Gespräche mit den Gewerkschaften die Rhythmen zu erhöhen. Noch vor dem nächsten Verhandlungstermin ergreifen die ArbeiterInnen die Initiative und drosseln das Arbeitstempo für vier Wochen auf Null.

1. Woche

Wie schon bei den vielen kleinen Konflikten zuvor ist es wieder nur eine Handvoll von Arbeitern, die am **6. September** in der Spätschicht die Arbeit niederlegen. 60 Arbeiter in der Abteilung Armaturenbrett sind nicht länger bereit, das erhöhte Arbeitstempo mitzumachen. Nach zwei Stunden steht die gesamte Produktion.

Nur einen Tag vorher hatte es eine ganz ähnliche Aktion bei Renault in Vilvorde gegeben, wo der Clio und R 21 produziert werden. Nachdem die Geschäftsleitung das Bandtempo erhöht hatte, schmissen zwölf Arbeiter in der Vormontage des Armaturenbretts die Arbeit hin. Nach wenigen Minuten stand die ganze Fabrik. Hier gab das Unternehmen sofort nach und schickte drei zusätzliche Leute in die Abteilung.[3] Als am Mittwoch der Streik bei VW bekannt wird, diskutieren die Arbeiter, sich dem Streik anzuschließen. Um das zu verhindern, drosselt die Geschäftsleitung das Tempo an den Bändern um fünf bis sieben Autos pro Stunde.

Bei VW übernehmen die Gewerkschaften nur widerwillig den Streik. Sie haben keine große Wahl: Überlassen sie der Geschäftsleitung das Instrument der kalten Aussperrung, schwächen sie ihre Position bei den laufenden Verhandlungen. Andererseits paßt ihnen der Streik nicht in den Kram. Erst in der Woche zuvor war Brüssel auf einem Treffen des europäischen VW-Managements seine gute Produktivität bescheinigt worden. Brüssel wurden weitere Produktionsanteile zugesprochen. Jetzt sind sie durch den Streik bedroht. Die Gewerkschaften hatten die Frage der Arbeitsplätze und der Arbeitszeitverkürzung in

3 Nach solidaire vom 14.9.94. Renault versucht, seine Fabriken in einzelne profit centers, »Unité élémentaire de Travail« (UET) genannt, aufzuspalten und die ArbeiterInnen gegeneinander auszuspielen. Im Werk Douai in Frankreich soll es in der letzten Zeit nur noch zu Aktionen der ArbeiterInnen gekommen sein, bei denen sich eine UET gegen andere zur Wehr setzt, aber zu keinen gemeinsamen Aktionen mehr. Dieses System wurde mittlerweile auch in Vilvorde eingeführt und hat dort bereits zu ähnlichen Konflikten geführt. Nach *solidaire* vom 14.12.94 und *express* 1/95.

den Mittelpunkt gestellt, ohne auf das Thema der Arbeitsbelastung und -hetze einzugehen. Jetzt wird es ihnen aufgezwungen.

Bei dem schon im August vereinbarten Verhandlungstermin am 8. September begeht der staatliche Vermittler die »Unvorsichtigkeit«, eine konkrete Zahl für die Minderung des Arbeitstempos auszugeben. Für eine Woche solle probeweise das Tempo auf 85 Prozent gesenkt werden. Währenddessen solle eine gemeinsame Arbeitsgruppe Lösungen für das Problem erarbeiten. Damit hat er eine Zahl in die Welt gesetzt, an der sich die Wut über das mörderische Arbeitstempo festbeißt: 85 Prozent für immer! So war es aber nicht gedacht.

2. Woche

Mit Beginn der zweiten Streikwoche, am Montag den 12. September, werden vor dem Haupttor Streikposten aufgestellt und der Zugang blokiert. Die Geschäftsleitung droht, die Konzernzentrale in Deutschland werde Brüssel dauerhaft Produktionsanteile entziehen. Aktiv wird der Streik die ganze Zeit über nur von einer Minderheit geführt, was zum Teil daran liegt, daß die meisten VW-ArbeiterInnen von weit außerhalb kommen und normalerweise mit Bussen zur Fabrik gebracht werden. Die Aktivisten treten dafür um so militanter auf, insbesondere als sich in der letzten Streikwoche eine Eskalation anbahnt. Andererseits deutet aber auch nichts auf eine Selbstorganisation jenseits der gewerkschaftlichen Basisstrukturen hin. Es gibt keine unabhängigen Streikkomitees oder Versammlungen. Vielmehr sieht es so aus, daß der Streik von einigen linken Gewerkschaftsdelegierten angestoßen und durchgeführt wird, die aber der Kontrolle der Gewerkschaftsleitungen wenig entgegenzusetzen haben. Am Mittwoch findet auf Einladung der Gewerkschaften eine große Belegschaftsversammlung statt, an der sich etwa tausend ArbeiterInnen beteiligen (bei den üblichen Versammlungen während des Streiks finden sich nur zwei- bis dreihundert ein). Eine Delegation von GM aus Antwerpen tritt auf und macht Mut: Angesichts ähnlicher Probleme in ihrer Fabrik könne der Streik vielleicht überspringen. Die Beiträge von Gewerkschaftern und Arbeitern konzentrieren sich auf den Arbeitsdruck. Das Thema der Tarifverhandlungen, die Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden, interessiert kaum noch. Ein Gewerkschafter schreit: *»Wir wollen wieder arbeiten, aber wir wollen uns nicht wie Zitronen auspressen lassen. Wir sind nicht bereit, am Band tot umzufallen.«* Die Gewerkschaften gestehen ein, dieses Problem vorher unterschätzt zu haben. Die Arbeiter fordern einen »Streik bis zum Ende«. (De Morgen, 15.9.94)

Die Drohungen aus Wolfsburg werden deutlicher. Die ausgefallene Produktion werde nicht in Brüssel, sondern in anderen Werken nachgeholt werden. Das Brüsseler Werk werde nicht mehr als zuverlässig angesehen. Es sei daher fraglich, ob es an der Produktion des neuen Passat-Modells in zwei Jahren noch beteiligt werden könne. Pro Streiktag sollen Brüssel 1 000 Wagen vom Produktionsvolumen für 1995 abgezogen werden.

Eine Lösungsmöglichkeit in der Frage der Arbeitsplätze wäre die Ausweitung der Produktion von 1 020 auf 1 100 Wagen pro Tag, was die Aufstockung der Nachtschicht, in der bisher ein geringeres Volumen produziert wurde, und ihre Anerkennung als normale Schicht für alle ArbeiterInnen bedeuten würde. Die Gewerkschaften wollen dem nicht zustimmen. Dadurch könnten 550 Arbeitsplätze erhalten werden. Für 200 der übrigen 300 will die Firma Frühverrentungen beim Arbeitsamt beantragen. Voraussetzung dafür sind negative Bilanzen in den beiden letzten Jahren, aber das ließe sich hinkriegen. (Het Nieuwsblad, 17.9.94) In der Frage des Arbeitstempos gibt es keine Annäherung.

3. Woche

Auf der Streikversammlung am Montag, dem 19. September, zeigen sich erste Symptome von Streikmüdigkeit. Die Beteiligung geht bis auf einen harten Kern zurück. Von Gewerkschaftsseite tauchen erste konkrete Vorschläge auf, wie eine Arbeitszeitverkürzung und zusätzliche Pausen durch Lohneinbußen finanziert werden können.

Am Dienstag und Mittwoch zwingt der staatliche Vermittler die Parteien in einen 26stündigen Verhandlungsmarathon, aus dem folgender Tarifvertrag herauskommt, der bis Ende 1996 den sozialen Frieden sichern soll:

- Durch verschiedene Maßnahmen der Arbeitsumverteilung werden 366 der 850 bedrohten Arbeitsplätze erhalten. Von den übrigen werden 102 durch Frühverrentung abgebaut. 200 können durch die natürliche Fluktuation 1995 und 1996 eingespart werden. Es bleiben fast 200 Arbeitsplätze für die keine Lösung gefunden ist. VW will beim Arbeitsministerium einen Antrag auf Frühverrentung mit 52 Jahren stellen.
- Das Arbeitstempo wird in der ersten Woche nach dem Streik auf 85 Prozent gesenkt. Währenddessen wird eine Arbeitsgruppe das Problem untersuchen.
- Statt einer 15minütigen Pause soll es zwei 10minütige geben (die Hälfte der Belegschaft hatte diese angeblich schon vorher).
- Verschiedene Prämien und Lohnbestandteile werden in Arbeitszeitverkürzung um-

die Geschäftsleitung die 35-Stunden-Woche akzeptiert, werden alle anderen Autofabriken auch 35 Stunden wollen. Wenn andere Werke Solidaritätsaktionen anfangen, würde uns das helfen, und es wäre für sie auch nicht schlecht.«

Jean-Pierre: *»Wenn man dem Bandtempo nicht hinterherkommt, beginnen Lämpchen zu blinken, ein Signalton geht los, direkt kommt ein Vorgesetzter, schaut sich die Schutzbleche an, und Du hast einen Anschiß weg. Wenn Du an Deinem Platz mit einem Auto fertig bist, mußt Du direkt zum nächsten Platz gehen, um Deinem Kollegen zu helfen, die Arbeit bringt dich dazu.«*

Marc: *»Manchmal sieht der Meister weg, wenn du kleine Fehler machst, aber du weißt genau, daß er sich das in seinem ›schwarzen Buch‹ aufschreibt, und wenn du ihm später einen kleinen Gefallen abschlägst, schreibt er es in sein ›weißes Buch‹, und da geht's um Deinen Kopf. Es gibt tausende von Möglichkeiten, uns zu erpressen. Die Chefs sind immer hinter dir, um Dich zu drängen, um dich wegen der Qualitätskontrolle anzubrüllen. Und dann gibt es da noch die ARK (Arbeiter ohne festen Arbeitsplatz, die auf ganz bestimmte Arbeiten spezialisiert sind), sie fühlen sich schon wie Techniker oder Ingenieure und verachten uns.«*

Luc: *»Für mich ist die Fabrik wie ein Arbeitsknast. Du verlierst Deine ganze Menschlichkeit. Du zählst nur wegen Deiner Leistungsfähigkeit... Es ist völlig egal, wie Du hierher kommst und in welchem Zustand Du wieder gehst.«*

Patrick: *»Innerhalb von sechs Monaten hatten drei Typen einen Herzinfarkt, einer war noch nicht mal 35. Ein anderer ist regelrecht durchgedreht, er hat alles um sich herum kaputtgemacht und seine Kollegen beschimpft. Er ist von einer Ambulanz abgeholt worden.«*

Marc: *»Es gibt Leute, die sagen, wir sind privilegiert, weil wir einen Arbeitsplatz haben. Aber welchen! ... Oft kommen Kamerateams in die Fabrik, aber sie zeigen nie, was sich hinter den Kulissen abspielt. In der Lackiererei z.B., wo 45 Grad sind...«*

Jean: *»Ich habe in Le Soir gelesen, daß Van den Bempt, der Personalchef, sich fragt, warum wir die 35-Stunden-Woche fordern, wo wir sie doch schon haben. Theoretisch ist das richtig, wir haben sie, weil er die rotierende Arbeitslosigkeit einführt, aber wir haben sie mit Lohnverlusten. Der Personalchef hat dadurch mehr Flexibilität erreicht. Wenn es mehr Bestellungen gibt und ein paar Leute krank sind, dann werden andere zur Arbeit geholt, wenn es wieder andersherum ist, dann machen sie wieder Kurzarbeit [chomage rotatif]. Außerdem ist diese vorübergehende Arbeitslosigkeit schlecht verteilt. Im letzten*

Jahr waren einige Abteilungen jede dritte Woche betroffen, andere dagegen nur zehn Tage im ganzen Jahr. Damit wird also offensichtlich versucht, die Arbeiter zu spalten. Deshalb brauchen wir die 35-Stunden-Woche für alle ohne Lohnverlust.«

Luc: *»Die Arbeitsmediziner sind von der Geschäftsleitung abhängig. Sie machen alles, damit sie keine Kosten hat. Mit einem Bein in Gips bekommst Du eine leichtere Arbeit, das ist alles. Ich hatte mich einmal am Auge verletzt und mußte schon am nächsten Tag wiederkommen.«*

Francois: *»Einmal kam ich morgens zur Arbeit, und nach 10 Minuten war mir schwindlig, ich mußte kotzen. Der Arzt kam und sagte, das ist nicht schlimm, das geht vorbei. Nachmittags ging ich in's Krankenhaus und mußte mir den Blinddarm rausnehmen lassen.«*

Christian: *»Wenn ich aus dieser Hölle rauskomme, dann kann ich mich gerade noch vor den Fernseher knallen. Am Wochenende ruht man sich aus, bastelt ein bißchen am Haus rum, und am Montag geht's wieder an's Band.«*

Anne: *»Ich habe nicht viel Freizeit. Mein Mann arbeitet auch bei VW und wenn er von seiner Schicht nach Hause kommt, geht er entweder noch weg oder bastelt in der Garage rum. Wir hätten schon gerne ein Kind, aber bei den Schulden für das Haus reicht ein Lohn nicht...«*

Pierrot: *»Sonntagabend macht man nie Liebe, man stellt sich vor, man wäre schon in der Fabrik. Die Kehle ist zugeschnürt, man hat Angst, sich zu bewegen, damit die Zeit nicht schneller rumgeht. Aber es nützt nichts, der Wecker klingelt automatisch am nächsten Morgen.«*

Patrick: *»Einmal habe ich geträumt, in der Fabrik rumzulaufen, es war niemand da, eine große Stille, die Maschinen standen still. Der nächste Tag war wie die Hölle. – Die Fabrik verfolgt mich auch draußen. Sie ist in mich reingekommen. In meinen Träumen, war ich wie eine Maschine.«*

Anita: *»Die Geschäftsleitung schickt welche von uns in die Kurzarbeit, und in dieser Zeit arbeiten wir zu viert, wo wir normalerweise sechs sind, das ist zu viel. Wenn du deine Tage hast und öfters auf's Klo mußt, wirst Du schon schief angesehen. Das Klo ist übrigens fünf Minuten vom Arbeitsplatz weg. Jetzt verstehst Du, daß zehn Minuten Pause nicht gerade viel sind. Es ist schon vorgekommen, daß die Namen der Frauen, die auf's Klo gehen, aufgeschrieben wurden. Da hat die Gewerkschaft sofort reagiert.«*

Marie: *»Nach einem harten Arbeitstag bei VW kommst Du um 15.30 Uhr nach Hause*

Am Montag, den 26. September, vor der Fabrik...

gesetzt: Die im nationalen Tarifabkommen bereits vorgesehene Lohnerhöhung von 6,65 FB (0,30 DM) pro Stunde in zwei Tage 1994 und drei Tage 1995 und 1996; die Produktivitätsprämie von 2 000 FB (100 DM), die normalerweise im Juni gezahlt wird, in zwei Tage 1995 und 1996; die zweimal im Monat gezahlte Anwesenheitsprämie, die pro Jahr maximal 24 000 FB (1 200 DM) beträgt, wird auf maximal 18 000 FB (900 DM) gekürzt, wofür es einen weiteren freien Tag ab 1995 gibt.

– Die von der Geschäftsleitung gewünschte Umsetzung von 200 Arbeitern in die Nachtschicht bleibt ungeklärt. (Le Soir, 22.9.94)

Als die Verhandlungskommission am Donnerstag der Versammlung das Ergebnis vorstellt, wird sie von den Arbeitern ausgebuht und kritisiert. Die dringlichsten Probleme bleiben ungelöst. Die Gewerkschaftsdelegierten empfehlen selber, bei der Abstimmung am folgenden Tag mit »Nein« zu stimmen. Das Ergebnis der Abstimmung – 56,7 Prozent Nein-Stimmen – bedeutet eine Pattsituation. Die Satzung der Gewerkschaften verlangt 66 Prozent Nein-Stimmen für eine Ablehnung, aber eine Mehrheit und die Aktivisten des Streiks lehnen das Ergebnis entschieden ab. Angesichts der geringen aktiven Beteiligung am Streik ist das Ergebnis erstaunlich hoch, aber es zeigt auch den Riß, der durch die Belegschaft geht. Die Gewerkschaften rufen zur Wiederaufnahme der Arbeit am Montag auf.

4. Woche

Die ArbeiterInnen kommen am Montag zur Frühschicht in die Fabrik. Aber es vergeht keine halbe Stunde, und die Abteilung Mechanik hat die Arbeit wieder niedergelegt. Die anderen Abteilungen schließen sich sofort an. Vor dem Tor werden Zettel aufgehängt: *»Wir sind*

die 56,7 Prozent Nein!« Insbesondere mit der Regelung über das Arbeitstempo sind die Arbeiter unzufrieden: *»Nach zwei weiteren Wochen Streik haben wir nichts erreicht. Im Gegenteil, für die Freischichten haben wir unsere Prämien aufgegeben. Am Arbeitstempo hat sich nichts geändert.«* (Le Soir, 27.9.94) Die Gewerkschaften müssen den Streik übernehmen. Sie bringen wieder die Forderung ins Spiel, das Bandtempo so lange auf 85 Prozent zu reduzieren, bis die gemeinsame Arbeitsgruppe eine Lösung gefunden hat – solange das Bandtempo nicht wesentlich verringert werde, könnten sie nicht für den sozialen Frieden garantieren, erklären sie. Außerdem fordern sie zwei Pausen zu 15 Minuten und eine deutlichere Zusage bei der Arbeitsplatzsicherheit.

Streikposten ziehen wieder auf, am Abend wird das Haupttor verbarrikadiert. Der Geschäftsführer Jules Ackermans erklärt den Streik für illegal und führt in der Presse rechnerisch das »Aus« für Brüssel vor: *»An den sieben Standorten von VW werden im Moment 6 000 Wagen pro Tag montiert bei einer Kapazität von 8 000 Wagen. Also hätte VW selbst ohne Forest noch eine Überkapazität von 1 000 Wagen.«* (Het Nieuwsblad, 27.9.94) Dies ist offensichtlich Unsinn, da Forest speziell auf die Sonderausstattungen ausgerichtet ist und dafür noch vor kurzem investiert wurde. So schnell verzichtet das Kapital nicht auf die Verwertung von ein paar Milliarden Mark! Aber die Presse beteiligt sich daran, die *»Drohungen der Deutschen«* immer drastischer auszumalen. *»Wenn es so weitergeht, schließen uns die Deutschen die Fabrik...«* (Le Soir, 28.9.94)

Argumente gegen Streikbrecher und Bullen...

und mußt dann anfangen sauberzumachen, zu kochen, Dich um die Kinder zu kümmern. Dann bist Du kaputt.«

Carine: *»Es gibt Männer, die im Haushalt helfen, das find ich gut, aber andere kommen nach Hause und legen sich aufs Sofa. Ich kenne Frauen, die haben nach wenigen Tagen Arbeit in der Sitzefertigung Depressionen gekriegt und sind heulend nach Hause gegangen, weil sie dachten, sie könnten den Rhythmus nicht durchhalten.«*

Jan, Gewerkschaftsdelegierter: *»Seit ungefähr sechs Jahren kann man eine Entwicklung bei der Arbeit feststellen. Die Nachfrage nach Autos mit vielen Extras wächst ständig. Auf dem Montageband gibt es kaum noch die Standardversionen, sondern eher die mit Aircondition, ABS, Servolenkung etc. Wenn die durchschnittliche Tagesproduktion nicht sinkt, dann erfordern diese Extras mehr Montagezeit. Das Problem ist, daß wir mit immer weniger Leuten ein immer größeres Arbeitsvolumen schaffen sollen.«*

Ein Arbeiter schildert *solidaire* den Streikbeginn: *»Der Streik bei VW begann Dienstag abend, weil wir nicht mehr am Band krepieren wollen. Wir haben maximale Akkordvorgaben von bis zu 180 Prozent, ja selbst 200 Prozent, während die maximale Belastung bei 100 Prozent liegen sollte. Wir wollen nicht mehr die Folgen des japanischen Modells, den ›Karoshi‹ [Tod durch Überarbeitung], akzeptieren. Kein Arbeiter kann diese Überlastung verstehen zu einem Zeitpunkt, wo die Geschäftsleitung gleichzeitig 200 Arbeiter auf Kurzarbeit setzt.«*

Ein Arbeiter aus der Nachtschicht in der Polsterei: *»Unsere Arbeitszeit ist in Hunderstel Minuten kalkuliert... Aber wir sind keine solchen Uhrwerke! Unsere Mannschaft hat die Arbeit einfach hingeschmissen. Das ist das erste Mal, daß so etwas hier geschieht. ... Früher waren wir zu dritt beim Montieren der Sicherheitsgurte. Heute sind wir nur noch zwei. Nachts muß man sich in ein Auto 102 Mal hineinsetzen und wieder herauskommen. Derjenige, der die ganze Nacht die kurzen Gurtstücke montieren muß. Wir haben nicht mehr genug Zeit, um auf die Toilette zu gehen oder ein Glas Wasser zu trinken. Eine verklemmte Schraube, und du bist im Rückstand.*

Mit 40 Jahren wird man aussortiert. Früher gab es Arbeitsplätze für Kollegen, die am Band nicht mehr mithalten konnten. Jetzt kommen die Teile fertig vom Zulieferer. Die Vorbereitungsarbeitsplätze gibt es nicht mehr.

Wer sein Leben lang in der Blechbearbeitung gearbeitet hat, sieht sich jetzt durch einen Roboter ersetzt. Er muß ans Band, wo er die Zeitvorgaben nicht erfüllen kann. Er wird krank. Er kommt wieder, und wird wieder krank. Wer vier Mal in einem Jahr krank war,

wird entlassen. Das sind die sogenannten ›natürlichen Abgänge‹.

Dann die Kollegen, die in der Grube arbeiten. Sie arbeiten die ganze Nacht mit erhobenen Händen. Ich weiß nicht, wie sie das überhaupt schaffen.

Früher gab es einen Inspekteur, der die Wagen kontrolliert hat und einen Kollegen, der Fehler korrigiert hat. Jetzt müssen wir alles selber machen. Wir müssen die Schrauben anziehen und selbst die Sicherheitspunkte bestimmen. Das heißt dann ›Verantwortung übernehmen‹! Wir sagen, daß wir auf diese Weise immer die Schuldigen sind. Man gibt uns keine Verantwortung, sondern nur ein Übermaß an Streß.

Man fordert von uns Qualität, ›absolute Qualität‹, aber gleichzeitig wollen sie immer mehr Quantität. Immer mehr und immer besser produzieren, sagen sie. Wir sagen: Schnelligkeit und Qualität gleichzeitig ist unmöglich!

Vor einigen Monaten wurde ein Arbeiter auf der Brücke zerquetscht. Er kehrte nachts von der Pause zurück, zu Tode erschöpft. Und im letzten Jahr hat sich Simon, mit dem ich selbst noch zusammen gearbeitet habe, erhängt. Kaputt von der Not und dem Streß.«

Am Dienstag ruft VW über die Medien zum Streikbruch auf. Die Angestellten werden aufgefordert, die Streikpostenketten zu durchbrechen. Mehrere hundert tauchen am Mittag vor der Fabrik auf, kommen aber nicht hinein. Der Personalchef Van den Bempt ist persönlich anwesend und droht gegenüber der Presse, er könne »seine Leute« bald nicht mehr im Zaum halten. Nach einer Stunde dürfen die Arbeitswilligen mit der Zusicherung, daß ihnen der Tag bezahlt wird, nach Hause gehen. Einer der Streikenden: *»Diesen Karneval hat die Geschäftsleitung organisiert, um in die Medien zu kommen. Da sind fast keine Bandarbeiter dabei, alles nur Angestellte, Kriecher und Spitzel der Meister. Offensichtlich sind denen die Arbeitsbedingungen scheißegal.«* (Le Soir, 28.9.94)

Die Geschäftsleitung fordert alle Arbeitswilligen auf, am Mittwoch zum Tor zu kommen, und verspricht ihnen, den Tag voll zu bezahlen. Um 5.30 Uhr kommen laut Angaben von VW 1356 Arbeitswillige. Ihre Namen werden von den anwesenden Meistern notiert. Vor dem Tor stehen gut hundert Streikende, die meisten sind Gewerkschaftsaktivisten, mit Baseballschlägern und Knallkörpern bewaffnet. Um 14 Uhr dasselbe Bild, etwa 900 Arbeitswillige. Außer daß ein paar frische Eier in Richtung Arbeitswillige fliegen, gibt es keine Zwischenfälle. In einem 50 Meter breiten Korridor, der die Streikposten von den Arbeitswilligen trennt, patrouilliert Polizei. In den Seitenstraßen steht Reichswacht bereit. Eine Arbeiterin, die den Streik zuerst unterstützt hat, jetzt aber arbeiten will, erklärt der Presse: *»Der Streik ist berechtigt, aber wir haben kein Geld. Ich verdiene 47 000 FB (2350 DM), mein Mann auch, aber wir müssen die Wohnung und das Auto bezahlen. Das Streikgeld von 1.300 FB (65 DM) reicht nicht aus. [Die Gewerkschaften zahlen in der ersten Streikwoche 20 Prozent des Lohns und dann allmählich etwas mehr.] Es muß gekämpft werden, aber leider haben wir nichts erreicht. Es stimmt, daß manche der Jungen wie die Verrückten arbeiten müssen, und es gibt andere, die nichts tun. Das Problem liegt darin, wie unsere Taktzeiten heutzutage von den Chefs bestimmt werden.«* (La Lanterne, 29.9.94) Zur Streikversammlung, die jeden Mittwoch vor dem Tor stattfindet, kommen wieder Delegationen aus

anderen Fabriken und diesmal auch einige Gruppen und ein paar vereinzelte VW-Arbeiter aus Deutschland.

Am Donnerstag hat die Geschäftsleitung eine gerichtliche Verfügung in der Hand, nach der jedem eine Strafe von 100 000 FB (5 000 DM) droht, der einen Arbeitswilligen an der Arbeit hindert. Das Urteil bezieht sich nicht nur auf den Zutritt zur Fabrik, sondern auch auf die Arbeit innerhalb der Fabrik, und es gilt für zwei Monate. Mit diesem Trumpf in der Hand geht die Geschäftsleitung in eine neue Verhandlungsrunde, die durch die politische Intervention des Vermittlers zustande gekommen ist. VW droht, die Verfügung durch den bereitstehenden Gerichtsvollzieher, Polizei und Reichswacht durchsetzen zu lassen. Das Arbeitsministerium drängt die Vermittler, eine friedliche Lösung zu finden. Nach 24 Stunden Verhandlung kommt es zu einer Einigung, die nur geringfügig von dem bereits vor zwei Wochen gefundenen Kompromiß abweicht:

- *»Ein Streik um fünf Minuten«*, schreibt die Presse, denn der wesentliche Unterschied zu dem abgelehnten Verhandlungsergebnis besteht darin, daß es nun eine Pause von 10 Minuten und eine von 15 Minuten gibt. Die ArbeiterInnen haben also nur 10 zusätzliche Pausenminuten pro Tag gewonnen.
- Bei der Arbeitszeitverkürzung und den Lohnabzügen bleibt es beim ersten Verhandlungsergebnis. 225 Arbeitsplätze bleiben durch die sechs zusätzlichen Freischichten erhalten, 70 durch Weiterbildungsmaßnahmen und 41 durch den Verzicht auf die Auslagerung der Scheinwerfermontage. 200 ArbeiterInnen sollen mit 52 Jahren in Frührente gehen, 102 mit 50 Jahren scheiden über ein spezielles VW-Frühverrentungsprogramm aus. Es gibt keine festen Zusagen zum Erhalt von Arbeitsplätzen, es wird von der Produktionshöhe abhängen. Wenn alle Punkte der Arbeitszeitverkürzung zusammengerechnet werden, wird laut Gewerkschaft ab Montag 35 Stunden und 10 Minuten in der Woche gearbeitet, statt der bisherigen 37-Stunden-Woche.
- Beim Arbeitstempo gibt es nur eine kosmetische Änderung: Für zehn Tage wird das Tempo reduziert, dabei fünf Tage lang auf 85 Prozent, dann drei Tage auf 90 Prozent und die letzten beiden Tage auf 95 Prozent. In dieser Zeit soll die Arbeitsgruppe nach Lösungen suchen. Ab Dezember soll das neue System zur Bestimmung der Taktzeiten eingeführt werden. Durch TAKSI soll garantiert werden, daß es maximal zu Arbeitsspitzen von 115 Prozent kommt und die durchschnittliche Belastung bei 100 Prozent liegt. Vor dem Streik hatte es Spitzen von 200 Prozent an manchen Arbeitsplätzen gegeben.
- Im Gegenzug haben die Gewerkschaften der Gleichstellung der Nachtschicht unter der Bedingung zugestimmt, daß Forest eine Jahresproduktion von mindestens 210 000 Wagen von VW bekommt. Außerdem stimmten sie der Einführung einer Wochenendschicht zu.
- Die Firma sagt zu, keine Streikenden zu maßregeln. Der Tarifvertrag gilt rückwirkend ab dem 1. Oktober 1994 bis Ende 1996.

Am Freitag morgen sind alle drei Schichten aufgerufen, zur Frühschicht zu erscheinen. Die Produktion wird allmählich aufgenommen, die ersten Wagen rollen vom Band. Viele kennen zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal den Inhalt der Vereinbarung. »Warum gibt es keine neue Abstimmung?«, wird gefragt. Mittags verteilt die Geschäftsleitung ein Info-Blatt. Währenddessen bemühen sich die Gewerkschaften, ihren Militanten das Ergebnis schmackhaft zu machen, was nicht leicht ist. Um 14 Uhr dürfen alle nach Hause gehen. Ab Montag läuft die Produktion wieder regulär. VW kündigt an, daß 1995 210 000 Wagen produziert werden!

Gewerkschaftlicher Kompromiß und bleibender Konflikt

Das Zitat der nicht mehr streikenden Arbeiterin bringt auf den Punkt, wo das Kapital eine Lösung sucht: Der Haß auf die Arbeit und die Methoden ihrer Abpressung wird umgelenkt in die Kritik an der ungerechten Verteilung des Arbeitsdrucks unter den einzelnen ArbeiterInnen. Unter dem Eindruck der Schwäche und politischen Isolierung, die ihren Kämpfen und ihrer Macht Grenzen setzen, wird die Ar-

beiterkritik an *der Arbeit* entschärft und in die auch von gewerkschaftlicher Seite stets propagierte Forderung nach einer Reform der Arbeitsbedingungen umgemünzt. TAKSI soll die Belastungsspitzen herausnehmen und den Arbeitsstreß »gerechter« auf die einzelnen ArbeiterInnen verteilen. Diese Lösung verwissenschaftlicht und entpolitisiert den Konflikt und sie appelliert an die Konkurrenz unter den ArbeiterInnen: Entlastung der einen wird durch die Belastung der anderen versprochen. Daher kündigte VW auch an, daß nun die Vorarbeiter (ARK), die sich bisher dem Arbeitsstreß entziehen konnten, stärker in die Produktion einbezogen werden und mitarbeiten müssen. Dieser kapitalistische Gebrauch des Arbeiterhasses auf die Kapos ist typisch für die Einführung von *lean production*. Mit Angriffen auf die mittleren »unproduktiven« Hierarchiestufen wird um Zustimmung zu den neuen Methoden bei den ArbeiterInnen geworben.

Dabei ist völlig klar, daß weder die Einführung von TAKSI, noch die neue Rolle der ARK das durchschnittliche Arbeitstempo für

alle ArbeiterInnen, also die Ausbeutungsrate des Gesamtarbeiters, senken werden. Im Gegenteil, die Produktivität muß weiter steigen. Die Einführung von TAKSI hatte das Unternehmen schon lange vor dem Streik geplant – zur Produktivitätssteigerung. Die ungleichmäßige Auslastung der Arbeitskräfte aufgrund des flexiblen Modellmixes machte VW aus andern Gründen Sorgen: Sie bedeutet auch, daß es an einzelnen Arbeitsplätzen ständig zu einer *unter*durchschnittlichen Auslastung kommt. Zur Beseitigung dieser »Verschwendung« von lebendiger Arbeit war das neue System geplant worden!

Die zweite Kompromißlinie mit der Gewerkschaft war die Nachtschicht. Die Zustimmung zu ihr wurde in die Form eines Tauschhandels gepackt, damit die Gewerkschaft ihr Gesicht wahren kann: Nachtschicht gegen die Zusicherung eines Produktionsvolumens von 210 000, d.h. 30 000 Wagen mehr als 1994, und damit Sicherung des Standorts und weiterer Arbeitsplätze. Durch die weiteren Lohnkürzungen wird sie auch für die einzelnen ArbeiterInnen noch interessanter. Durch die Zulagen komme ein Nachtarbeiter leicht auf 3000 DM netto pro Monat – ein individueller Ausweg bei kollektiven Lohnverlusten?

Die Arbeitszeitverkürzung hat dagegen für die streikenden ArbeiterInnen zu Recht keine besondere Bedeutung gehabt. Im Gegenteil, daß sie durch Lohneinbußen von den ArbeiterInnen selbst bezahlt werden muß, ist einer der Hauptkritikpunkte an der Vereinbarung. Gerade in Deutschland, wo die Gewerkschaften zum international beachteten Vorreiter in Sachen Arbeitszeitverkürzung wurden, muß dies betont werden. Im Unterschied zu der gewerkschaftlichen Propaganda hatten die ArbeiterInnen bei VW begriffen, daß alle Arbeitszeitverkürzung nichts hilft, wenn die Frage der Arbeitsintensität dabei den Kapitalisten überlassen bleibt. Hierzulande ist diese Frage zwar theoretisch aufgeworfen, aber nie gelöst worden. Im Gegenteil, jeder Arbeitszeitverkürzungsschritt war seit dem wegweisenden Leber-Kompromiß im Metaller-Streik 1984 mit einer weiteren Flexibilisierung verbunden. Da die Anwesenheit der ArbeiterInnen im Produktionsprozeß nun dem Arbeitsanfall angepaßt werden kann, wird die Arbeit enorm intensiviert. Die Frage der Arbeitsintensität kann auch nicht tariflich geregelt werden, sondern nur durch die unmittelbare Arbeitermacht in der Produktion. Eben diese wurde und wird durch die Regelungen zur Flexibilisierung weiter geschwächt, ihrer bisherigen Stützpunkte beraubt. Weil sich die VW-ArbeiterInnen in diesem Streik nicht auf den Spielplatz Arbeitszeitverkürzung abdrängen ließen, sondern das Arbeitstempo unmittelbar angriffen, fiel es den Gewerkschaften auch so schwer, Zugeständnisse bei der Flexibilisierung wie im Falle der Nachtschicht zu machen. Es bedurfte erst des ganzen Getöses der »Standortfrage«, um hier ein Einlenken zu erreichen.

Die bisherige Entwicklung nach dem Streikende – viele kleine Arbeitsniederlegungen, die das gesamte Fließband blockierten und die von den Gewerkschaften trotz der weiterhin geltenden gerichtlichen Verfügung legitimiert werden mußten – zeigt, daß der Konflikt an dem entscheidenden Punkt weitergeht.

Lean production als Hebel für eine neue Arbeitermacht

Anfang 1994 feierte die Autoindustrie in den USA ihren »Sieg« über die japanische Konkurrenz. Nach Jahren des Niedergangs und des Verlusts von Marktanteilen an die großen Automultis aus Japan, die zunehmend selber in Nordamerika produzieren, hätten sie es endlich geschafft, in Produktivität und Qualität mithalten zu können. Dabei galt die »Verschlankung« der Produktion (*lean production*) als die Wunderwaffe des Kapitals: Auslagerung an kleinere Zulieferfirmen, Vereinheitlichung von Teilen für die verschiedenen Modelle, kurzfristige *just-in-time* Zulieferung statt Lagerhaltung, Einbindung der ArbeiterInnen in die Produktivitätsentwicklung mit Team-Konzepten – hier bekannt als »Gruppenarbeit«. Für die ArbeiterInnen in der Autoindustrie bedeutete dies in den letzten Jahren einen traumatischen Einbruch in ihren Lebens- und Arbeitsbedingungen. Zigtausende wurden in die Arbeitslosigkeit und damit in prekäre Billiglohnjobs geschickt, die alte Kampfstärke dieser für ihre Militanz bekannten ArbeiterInnen scheinbar endgültig zerschlagen. Ihre Gewerkschaft, die United Auto Workers (UAW), gab an allen entscheidenden Punkten nach und suchte ihre Zukunft in der intensiveren Zusammenarbeit mit den Automultis zur Rettung des »Standorts«. Kritische Gewerkschafter prägten für diese enge Zusammenarbeit, bei der oft nicht mehr zu unterscheiden ist, wer zur Gewerkschaft und wer zum Management gehört, den Begriff *jointism*. Nicht weil sie an den entspannenden Genuß von Rauschmitteln während der Arbeit erinnern wollten, der auch in der Autoindustrie verbreitet und mit einer eingespielten Praxis der kurzen Arbeitsunterbrechungen oder Bandstops verbunden war, sondern das Gegenteil: *jointism* als die quasi-Verschmelzung von Gewerkschaft und Firmenleitungen beim Antreiben der Arbeiter in der »Produktivitätsschlacht«.

Eine »Schlacht« wurde es tatsächlich, aber eine gegen die ArbeiterInnen. In dem selben Zeitraum ab Mitte der 80er Jahre, in dem die »Großen Drei« (General Motors, Ford und Chrysler) ihre Produktivität drastisch erhöhen konnten, stieg die Zahl der Unfälle pro hundert ArbeiterInnen in der Autoindustrie von 5 (1985) auf 28,3 (1991). Als Anfang der 90er Jahre die Konjunktur wieder anzog und die Produktionszahlen in die Höhe schnellten, setzten die Automultis auf ein gnadenloses *speed-up*, wie die Erhöhung des Bandtempos und der Arbeitsintensität genannt werden.

Durchsetzbar war dies nur aufgrund der politischen Schwäche der ArbeiterInnen. Die neuen *schlanken* Fabrikstrukturen und der neue Produktionsverbund, die für das Management überall auf der Welt zur Zauberformel geworden waren, konnten nur unter dieser Bedingung funktionieren. Im Moment führen die ArbeiterInnen vor allem von General Motors und seinen Zulieferbetrieben exemplarisch vor, wie empfindlich das Kapital durch seine *Schlankheitskur* geworden ist.

Streiks in der amerikanischen Autoindustrie

Seit Anfang 1994 gab es einige Streiks, die alle nur einige Tage dauerten, weil die Bosse sofort nachgeben mußten. Die ArbeiterInnen in verhältnismäßig kleinen Fabriken drohten, durch den Ausfall irgendeines Kleinteils das gesamte Produktionsnetz lahmzulegen. Die Bosse gaben nach – auch um zu vermeiden, daß sich diese Erfahrungen herumsprechen.

Im September '94 legten dann über 10 000 ArbeiterInnen in dem großen Buick-Komplex in Flint die Arbeit wegen der unerträglichen Hetze nieder und konnten sich innerhalb weniger Tage gegen GM durchsetzen. *»Ein großer Sieg der AutoarbeiterInnen buchstabiert das Ende des Jointism«* titelte die gewerkschaftsoppositionelle Zeitschrift *The Ford Worker* und erinnerte daran, daß die Stadt Flint in der Nähe von Detroit schon einmal zum Symbol von Arbeitermacht geworden war: 1936, als in einem militanten Besetzungsstreik zum ersten Mal das terroristische Kommando der großen Autofabriken geschlagen werden konnte. Seit dem September hat es eine Reihe weiterer kleiner Streiks gegeben, bei denen GM jeweils nach ein paar Tagen nachgeben mußte – dank *lean production*! Von der Situation in den USA, dem Streik in Flint und einigen anderen handelt der folgende Artikel.

Wieder eine Spur von Arbeitermacht?

Der Streik vom September '94 in den Buick-Werken von General Motors in Flint, Michigan, ist nicht der einzige Streik in der amerikanischen Automobilindustrie. Es ist aber der erste große Streik seit Jahren, der in kurzer Zeit erfolgreich war. Aber es gibt auch weiterhin jene erbitterten lange dauernden Verteidigungskämpfe von ArbeiterInnen, wie wir sie aus den 80er Jahren kennen.

Das Gesamteinkommen der ArbeiterInnen in den USA liegt auf dem Niveau der 60er Jahre; die Löhne und Gehälter sind noch stärker gefallen; dafür hat sich der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung deutlich erhöht und die durchschnittliche Arbeitszeit lag Anfang der 90er Jahre bei knapp 50 Stunden in der Woche. Alle sind von dieser Tendenz betroffen – vom Ingenieur bis zur Verkäuferin. Die AutomobilarbeiterInnen standen und stehen nicht am unteren Ende der Skala. Jedenfalls alle die nicht, die direkt auf der Lohnliste der »großen Drei« stehen. Sie werden im allgemeinen von einer Gewerkschaft vertreten, haben Anspruch auf ein paar Tage Urlaub, auf Rente und Krankenversicherung. Die Gewerkschaftsbosse haben die Situation durch Übernahme der Firmen-Vorschläge in die Tarifverträge »gerettet«: Flexibilisierung, Schichtarbeit, Erhöhung des Arbeitstempos, zweigleisiges Lohnsystem. Das letztere meint, daß Neueingestellte weniger Geld und soziale Sicherheit kriegen. Noch im September letzten Jahres, also schon im Aufschwung der Automobilkonjunktur, hat die UAW einer Senkung des Anfangslohns auf 70 Prozent (100 Prozent nach drei Jahren) zugestimmt. Die IUE (Electronic Workers) erlaubt GM in einem Zulieferwerk gar, die Leute für 55 Prozent des normalen Lohns einzustellen (100 Prozent nach 12 Jahren).

Darüber hinaus haben die Automobilkonzerne bestimmte Teile der Produktion und der Belegschaften aus dem *relativen* Hochlohnbereich herausgezogen: durch Verkauf von Komponenten-Fabriken, durch Beschäftigung von Zeitarbeitern, durch Verlagerung von Fabriken vor allem nach Mexiko. Im Prinzip kennen wir das alles auch hierzulande, aber diese Entwicklung war in den USA umfassender und brutaler. Mehr als 300 000 Arbeitsplätze haben auf diese Art und Weise allein in der Automobilindustrie ihren Ort und/oder ihre Form gewechselt. GM hat seit 1986 keinen einzigen Produktionsarbeiter oder Produktionsarbeiterin mehr neu eingestellt und dabei 150 000 Arbeitsplätze abgebaut.

> »Von der Zerstörung von Arbeiterexistenzen in Decatur, Illinois, zum andauernden Guerillakrieg in der Autoindustrie werden wir Zeuge einer Generation von ArbeiterInnen, die sagen: Genug ist Genug. Die einzige Frage ist, werden sie organisiert genug sein, um den Kampf zu gewinnen.«

Gegen diese Entwicklungen gab es vereinzelten Widerstand. Die neuen Methoden der Arbeitsabpressung, die vor allem in den sogenannten *Transplants* (Gemeinschaftsfabriken von amerikanischen und japanischen Autofirmen) erprobt wurden, ließen sich nicht überall reibungslos durchsetzen. Im kanadischen CAMI-Werk (GM/Suzuki) in Ontario setzten die ArbeiterInnen im Oktober '92 neben höheren Löhnen auch durch, daß das Anhalten des Bandes mittels des *Andon*-Seiles nicht mehr bestraft werden darf. Auch im Norden Mexikos, wo die Kapitalisten billige und willige Arbeitskraft gefunden zu haben glaubten, gab es Streiks, Fabrikbesetzungen und Versuche, unabhängige Gewerkschaften aufzubauen. In den USA kam es in der weltberühmten Musterfabrik für Gruppenarbeit NUMMI (GM/Toyota) am 3. August '94 zum ersten Streik – gegen die weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit durch Zehn-Stunden-Schichten und Wochenendarbeit (s. den Artikel aus *labor notes*, übersetzt in *Arbeiterpolitik* 5-6/94). Und dies gerade zu dem Zeitpunkt, als amerikanische Arbeitswissenschaftler den Erfolg der »harmonischen Arbeitsbeziehungen« bei NUMMI festgestellt hatten!

Ein indirektes Indiz für die langsame Änderung der Stimmung ist der zunehmende organisatorische Erfolg einer wohl als sozialdemokratisch zu kennzeichnenden Strömung in den Gewerkschaften. Diese Strömung kämpft gegen allzu freches Selbstbedienen der alten Bonzen (für »Gewerkschaftsdemokratie«) und gegen allzu offensichtliche Zusammenarbeit mit den Kapitalisten »im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit« (*jointism*) – weil klar ist, daß so die Gewerkschaften nicht zu retten sind, deren Organisationsgrad ohnehin auf das Nachkriegstief von 16 Prozent gesunken ist. Neben einigen kleineren Industriegewerkschaften, die schon seit längerem ganz zu dieser Strömung zu rechnen sind (OCAW – Öl, Chemie und AtomarbeiterInnen; UE – Elektriker u.a.), hat sie vor allem in den beiden größten Gewerkschaften Einfluß gewonnen: bei den Teamsters stellt sie zur Zeit den Präsidenten, in der UAW hat sie unter anderem die Mehrheit im Local 599 in Flint, Michigan.

Rückleuchten und Arbeitermacht

Im August '94 streiken 3 300 ArbeiterInnen im einzigen Werk von GM, das die Rückleuchten für alle Montagewerke herstellt. In Anderson, Indiana, hatte GM angekündigt, weitere 1 000 Arbeitsplätze an Zulieferer zu verlagern. Nach schon drei Tagen Streik muß GM 13 Werke in den USA und in Kanada stilllegen – *lean production* und *just-in-time* führen dazu, daß überall die Rücklichter fehlen... GM gibt nach und sagt zu, die Zahl der Arbeitsplätze zu erhalten. Was muß das für ein Gefühl sein, in einer kleinen Fabrik den Giganten GM mit ein paar Rücklichtern zu stoppen!

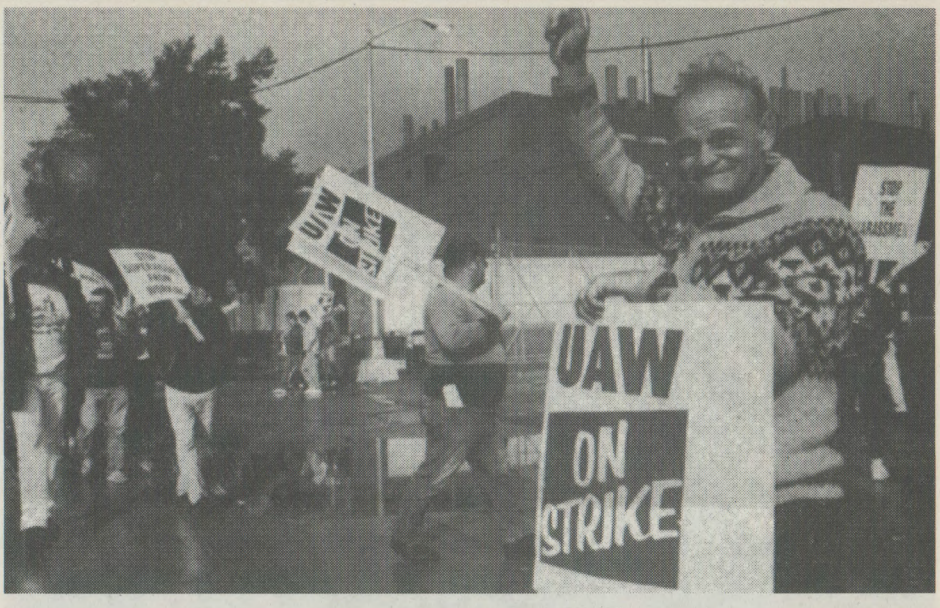
Der Streik bei Flint...

Die Geschichte des Streiks ist schnell erzählt, er hat auch »nur« fünf Tage gedauert. Es ging nicht um Geld, sondern um Arbeitstempo und Unfallzahlen, ausufernde Überstunden im Autoboom und einen (für amerikanische Verhältnisse) extrem hohen Kranken-

stand von fast 10 Prozent. Er umfaßte nicht alle GM-Werke in Flint, aber immerhin 25 Fabriken mit insgesamt 11 500 ArbeiterInnen: den »Buick-Komplex«. Der Streik war in jeder Hinsicht erfolgreich. Organisatorisch gut vorbereitet gab es kaum Streikbrecher; die Werke standen innerhalb »von Minuten« nach Streikbeginn. Tausende beteiligten sich an den Streikposten oder anderen Streikeinrichtungen wie Gemeinschaftsküche, Pressearbeit, mobilen Einheiten.

Schon am zweiten Streiktag mußte GM zusätzlich zwei Montagewerke in Lansing, Michigan, schließen. Es fehlten die Teile. Am fünften Streiktag standen weitere fünf Montagewerke und zwei Fabriken der Getriebeproduktion. Die Medien, auch das wieder etwas Neues, berichteten breit über den Streik.

Durchgesetzt wurde unter anderem die (Wieder-)Einstellung von insgesamt 779 ArbeiterInnen, davon 212 als Lehrlinge; die Zurückgabe von Wartungsarbeiten an »eigene« Handwerker; ein Rehazentrum für verschleißerkrankte ArbeiterInnen.



...und die Folgen

Der Streik des *Locals 599* wurde zum Orientierungspunkt für viele andere Betriebe, er hatte gezeigt, daß es geht. *»Seine Botschaft an die restliche Gewerkschaft war die: Ja, geht in den Streik. Das ist eine gute Taktik«*, erklärte ein Gewerkschafter des Locals 651 der UAW, der dem Beispiel gefolgt war. Am Mittwoch, den 18. Januar 1995, hatten die 6 800 Gewerkschaftsmitglieder bei AC Delco in Flint die Arbeit niedergelegt, um gegen das hohe Arbeitstempo zu protestieren und Neueinstellungen zu fordern. AC Delco produziert unter anderem Zündkerzen, Luft-, Öl- und Benzinfilter sowie Tachometer, von denen viele in sämtlichen 28 GM-Montagefabriken in Nordamerika eingebaut werden. Nach zwei Tagen mußte GM die Produktion in seinen Werken in Janesville, Wisc. und Lansing und Pontiac in Michigan stoppen und einige weitere standen kurz davor. Am Sonntag unterschrieb GM einen Vertrag, der 663 Neueinstellungen vorsieht. Mittlerweile haben die lokalen Gewerkschaftsvertretungen für zwei LKW-Fabriken und für das GM-Preßwerk in Marion, Indiana, bei der UAW Anträge auf Streik gestellt, nachdem sich zuvor die Mitglieder in den Betrieben dafür ausgesprochen hatten.

Und das in einer Situation, in der die ArbeiterInnen weiterhin mit der Arbeitslosigkeit

Edward mit den Scherenhänden kämpft mit der UAW

aus: Industrial Worker, *November/Dezember 1994*

Als die UAW und General Motors in eine Serie von lokalen Verhandlungen und Streikaktionen ihrer Mitglieder verstrickt waren, hat sich Edward an den Auseinandersetzungen beteiligt und seine magischen Scherenhände in der Motorfabrik Livonia arbeiten lassen. Edward, der in der Fabrik arbeitet, sah, daß seine KollegInnen einer grausamen Arbeitsgeschwindigkeit ausgesetzt sind, und GM versucht, mehr Autos mit weniger ArbeiterInnen auszuspucken. Allein oder vielleicht mit der Hilfe von KollegInnen ordnete er eine Pause für die gesamte Fabrik an.

Angesichts der bekannt uneinsichtigen Natur der Fabrikchefs schien ein wenig an direkter Aktion notwendig, um sie von der Dringlichkeit von etwas Urlaub vom Band zu überzeugen. Eines Tages wollte keine der Maschinen anlaufen. Edward hatte sämtliche Stromkabel zu den Produktionseinrichtungen gekappt. Die Manager schickten die Handwerker, um die Störung zu finden und die Fabrik wieder in Gang zu bringen. Aber als sie die Pläne holen wollten, um zu sehen, wie all diese Leitungen in der Fabrik verlegt waren, konnten sie nur noch einen Haufen Konfetti finden.

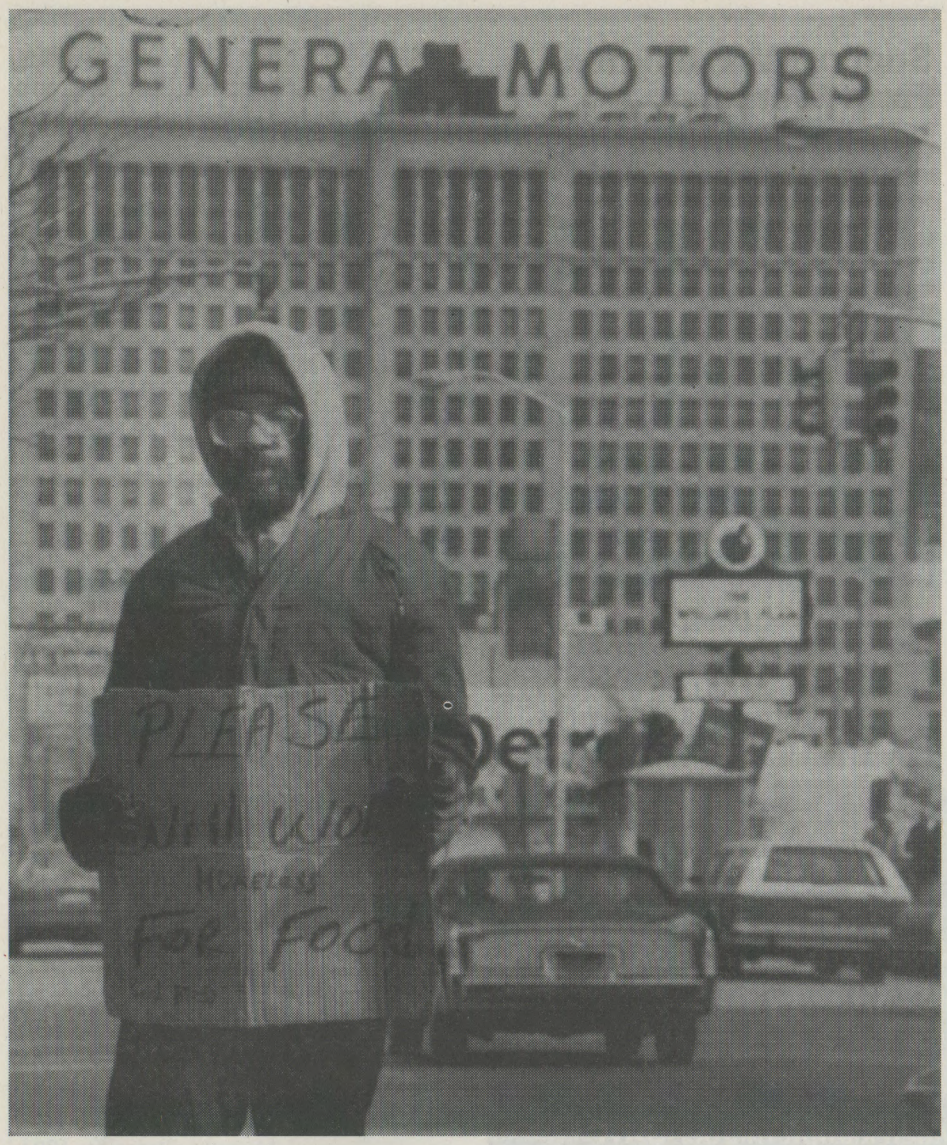
Die Fabrik in Livonia ist glücklicherweise die wichtigste Produktionsstätte für den Northstar-Motor. Die ungeplanten Ferien für die BandarbeiterInnen dauerten fast eine Woche. Eine Woche, in der der Lagerbestand reduziert wurde, um mit der Produktion in anderen Fabriken, wie dem Buick-Komplex, schrittzuhalten.

Gerade als die Livonia-Fabrik wieder anlief, gingen die ArbeiterInnen im Buick-City-Komplex in Streik. Wir können nur darüber spekulieren, ob die Aktivitäten von Edward geholfen haben, den Buick-City-Streik kurz und erfolgreich werden zu lassen. Eine Sache ist allerdings gewiß: daß die Produktionspläne von GM die gegenwärtige Belegschaft kaputt machen.

Die 12-Stunden-6-Tage Arbeit, die GM seiner älter werdenden Belegschaft aufzwingt, kann von den ArbeiterInnen nur eine gewisse Zeit durchgehalten werden. »Die Leute stehen unter fürchterlichem Druck; der Stress greift sie wirklich an«, *beschrieb ein Arbeiter aus der Livonia-Fabrik die Situation.*

Dieser Stress zeigt sich in vielerlei Weise. Bestenfalls führt er zu solchen kollektiven Aktionen wie die von Edward und seinen KollegInnen aus der Livonia Fabrik. Seine verzweifeltsten Wirkungen sieht man in individuellen Akten von Gewalt und »bossicide« [Wortspiel mit Boss und homicide, Tötung]. Kaum drei Wochen nach dem Sieg in Buick-City verhaftete die Detroiter Polizei einen ziemlich verzweifelten Kollegen im Parkhaus der Hamtramack Cadillac Montagefabrik. Wie berichtet wurde, wartete der Kollege in seinem Auto mit einer geladenen Schrotflinte. Wie dem Autor berichtet wurde, wartete er darauf, daß sein Vorarbeiter aus der Fabrik kommt.

Es findet ein Krieg statt. Dies wird selten zum Inhalt von Reportagen der kapitalistischen Presse, aber täglich gibt es Opfer. Von der Zerstörung von Arbeiterexistenzen in Decatur, Illinois zum andauernden Guerillakrieg in der Autoindustrie werden wir Zeuge einer Generation von ArbeiterInnen, die sagen: Genug ist Genug. Die einzige Frage ist, werden sie organisiert genug sein, um den Kampf zu gewinnen.



erpreßt werden. Als GM in Kanada zum Jahresanfang den Bedarf an neuen Arbeitern für das Werk Oshawa bei Toronto ankündigte, standen 15 000 am 9. Januar morgens in eisiger Kälte Schlange vor dem Fabriktor. Dabei ging es nicht einmal um zusätzliche Einstellungen, sondern um den schleichenden Ersatz für ausscheidende ältere Arbeiter. Aber trotz solcher Szenen, die den ArbeiterInnen von den Unternehmern genüßlich vorgeführt werden, um ihnen ihre Ohnmacht zu zeigen, nutzt sich der Schrecken der Arbeitslosigkeit ab, wenn die Qual der Überarbeitung unerträglich wird.

Andere Streiks in den USA
»War Zone« in Illinois

Es war nicht so, daß in den 80ern und frühen 90ern überhaupt nicht gekämpft wurde. Es gab erbitterte Auseinandersetzungen in verschiedenen Bereichen. Aber diese Kämpfe blieben immer weitgehend isoliert; was vor allem die weitgehende Mißachtung durch die Medien und »die Öffentlichkeit«, aber auch tatsächlich die schwache Solidarität insgesamt meint – und oft natürlich auch die Nichtunterstützung oder gar Sabotage durch die Gewerkschaftsführungen. Und sie hatten es mit Kapitalisten zu tun, die keinen Deal suchten, sondern die Streiks zu brechen versuchten. Sie dauerten oft monatelang, ja jahrelang und endeten durchweg in Niederlagen oder mit sehr faulen Kompromissen. BASF-ArbeiterInnen in Louisiana waren vier Jahre lang ausgesperrt; PapierarbeiterInnen in Maine streikten fast ein Jahr lang, während die Fabrik mit LeiharbeiterInnen voll weiterlief; ArbeiterInnen der Fleischfabrik Hormel gingen sogar daran, eine eigene Gewerkschaft aufzubauen, nachdem die Gewerkschaftsführung die lokalen StreikführerInnen mithilfe der Gerichte abgesetzt und den Streik für illegal erklärt hatte. Insgesamt sank die Zahl der größeren Arbeitsunterbrechungen aufgrund von Arbeitskämpfen mit mehr als 1 000 Teilnehmern 1992 auf den tiefsten Stand seit 1947, seit diese Daten von der Bundesregierung erhoben werden.

Traditionellerweise hatte die UAW mit John Deere und Caterpillar die gleichen Verträge abgeschlossen. **Caterpillar** war 1992 nicht mehr damit einverstanden, ermutigt durch Siege in Schottland, wo sie 1987 eine 103-tägige Fabrikbesetzung überstanden hatte und in Kanada, wo ebenfalls eine Fabrikbesetzung durch Produktionsverlagerung beendet wurde. Die Gewerkschaft ging in Streik. Es ging um Arbeitsplatzsicherheit, nachdem Cat seit Anfang der 80er fast ein Drittel der Belegschaft abgebaut hatte. Cat heuerte Leiharbeiter, gewann Streikbrecher und drohte, alle Streikenden zu entlassen. Nach fünf Monaten gaben die ArbeiterInnen auf. Cat setzte sein Angebot in Kraft, was z.B. für einige Leute in Colorado oder Pennsylvania Lohnkürzungen um mehr als die Hälfte bedeutete.

Viele von den Streikaktivisten setzten den Kampf am Arbeitsplatz weiter fort. Viel ist darüber (leider) nicht bekannt geworden; wir wissen nur, daß die Losung »Arbeit nach Vorschrift« ausgegeben wurde und Cat einige KollegInnen feuerte, weil sie z.B. Gewerkschafts-T-Shirts oder Buttons während der Arbeit trugen, oder Leute disziplinierte, weil sie Gewerkschaftsmaterial offen im Auto liegen hatten. Diese Unternehmenspolitik *»trieb die Leute in die Reihen der angeschlagenen Gewerkschaft zurück«*, wie *Business Week* tadelnd vermerkte. Die Empörung der Leute läßt sich auch daran ermessen, daß seit jenem Streik acht Wildcat-Streiks (so werden dort »wilde« Streiks genannt) in verschiedenen Cat-Fabriken stattgefunden haben. *»Es ist schwer, die Leute zurückzuhalten«*, meinte vor kurzem ein Gewerkschaftsfuzzi.

Mexiko: Fordarbeiter streiken

Mehr als 600 Arbeiter der Fordfabrik in Chihuahua, Mexiko, gingen am 9. Februar (1994) in den Streik, nachdem es ihnen nicht gelungen war, eine zehnprozentige Lohnerhöhung durchzusetzen. Ford hatte fünf Prozent Lohnerhöhung und einen zweiprozentigen Produktivitätsbonus angeboten. Juan Jose Sosa Arreola, Generalsekretär der Gewerkschaft, sagte, sie lehnten das Angebot von Ford ab, weil die finanzielle Position der Firma Lohnerhöhungen von über 10 Prozent zulasse. Der Streik droht, sich auf andere Fordfabriken in Sonora und in ganz Mexiko auszuweiten.

Unterdessen haben verschiedene US-Gewerkschaften Beschwerde gegen General Electric und Honeywell eingelegt, weil diese die Rechte der mexikanischen Arbeiter verletzen. Die Teamsters und die United Electrical and Radio Workers Union (UE) reichten eine formelle Beschwerde bei der US-Behörde zur Überwachung der Arbeitsbedingungen in der NAFTA ein. Das zuständige Amt beim Arbeitsministerium wird die Anschuldigungen überprüfen, daß General Electric und Honeywell Arbeiter gefeuert haben, die in den Maquiladora–Fabriken entlang der Grenze zwischen USA und Mexiko versucht haben, Gewerkschaften aufzubauen. »Der Kern unserer Beschwerde ist der Angriff von GE auf das Recht (in Mexiko) zu organisieren,« *sagte Robin Alexander, Direktor für Internationale Angelegenheiten bei der UE. Die* Authentische Arbeiterfront, *eine unabhängige mexikanische Gewerkschaft, unterstützt die Beschwerde. Die Teamsters und UE werden öffentliche Anhörungen in Mexiko zur Untersuchung der Anschuldigungen verlangen.*

Industrial Worker, *Mai 94,*
Zeitung der IWW, USA

Seit dem 22. Juni streikt die UAW in allen 10 Standorten von Cat. 13 000 sind im Streik. Wieder gibt es Streikbrecher (Cat sagt 4 000, die Gewerkschaft spricht von 2 000) und Cat versucht, die Produktion aufrechtzuerhalten. Es wird möglicherweise wieder ein langer Streik; der Ausgang ist offen. Einerseits setzt Cat auf die Zunahme der Zahl der Streikbrecher, vor allem auf die Alten, die Angst haben, ihre Rente zu verlieren (70 Prozent (!) werden in den nächsten fünf Jahren in den Ruhestand gehen). Andererseits gehen die Geschäfte, anders als '92, aufgrund des billigen Dollars so gut, daß Cat schon vor dem Streik Lieferschwierigkeiten hatte. John Deere hat es inzwischen ebenfalls abgelehnt, den alten Vertrag zu verlängern und will Zugeständnisse im Stile von Caterpillar.

Das Zentrum des Streiks bei Caterpillar liegt in Decatur, Illinois. Eine kleine Stadt, »der Stolz der Prairie« ist nun von der ganzen US-amerikanischen Gewerkschaftsbewegung zur »Kriegszone« erklärt worden, weil dort neben dem Streik bei Cat zwei ebenso erbitterte Kämpfe laufen: seit sechs Monaten ein Streik bei Brigdestone/Firestone und seit 18 Monaten die Aussperrung in der Zuckerfabrik Staley. In allen drei Fabriken die gleiche Geschichte: Jahrelange gute Zusammenarbeit zwischen Managemant und Gewerkschaften, Gruppenarbeit etc. In allen drei Fabriken wird in den 80er Jahren die Produktivität enorm gesteigert, die Belegschaften abgebaut. Bei Cat von 4 500 auf 2 000, bei Staley von 1 600 auf 750. Jetzt wollen die Kapitalisten mehr... Bridgestone/Firestone will Lohnabbau und Abbau

GM feuert 100 mexikanische Arbeiter wegen gewerkschaftlicher Organisierung

General Motors hat 107 von insgesamt 210 Arbeitern aus einer seiner Fabriken in Ciudad Juarez, Mexico, gefeuert, weil sie versuchten, eine unabhängige Gewerkschaft zu gründen. Die Arbeiter produzieren Kabelsätze für Packard Electric, einer GM Autoteile-Abteilung. GM hat sieben Fabriken in Ciudad Juarez, das genau gegenüber El Paso, Texas, auf der anderen Seite des Flusses liegt. (Rio Grande, Grenzfluß USA/Mexico, auch Rio Bravo del Norte, Anm.d.Ü.).

Die Arbeiter begannen die Organisierung Anfang November, als GM die Fabrik in eine andere Konzernabteilung umgliederte, wobei der Name von Rio Bravo Nr. 1 in Electronic Conductors and Components Nr. 7 geändert wurde. Bis Mitte Dezember wurden 32 Arbeiter gefeuert. Anfang Januar versuchten 187 Arbeiter bei der örtlichen Arbeitsbehörde als unabhängige Gewerkschaft registriert zu werden. »Unabhängige« Gewerkschaften sind in Mexico alle außerhalb der regierungshörigen Confederation of Mexican Workers.

Chiapas in Chihuahua

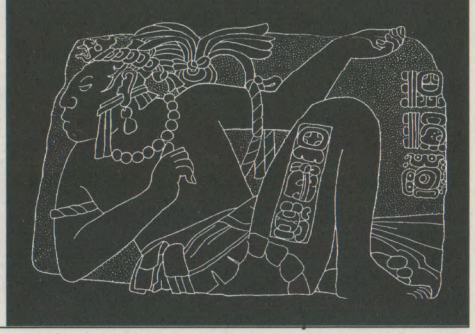
Während der letzten drei Jahre wurden nur acht Gewerkschaften in Ciudad Juarez eingetragen, und nur eine davon war unabhängig. Der Statistik der örtlichen Arbeitsbehörde zufolge repräsentieren nur 65 der gegenwärtig 318 Gewerkschaften »aktive« Arbeiter. Die Arbeiter erhielten keine Antwort auf ihren Antrag auf gesetzliche Anerkennung ihrer Gewerkschaft, daher besetzten sie am 7. Februar (1994) das Büro der lokalen Arbeitsbehörde. Maskiert mit roten Halstüchern, wie sie die zapatistischen Rebellen in Chiapas populär gemacht hatten, besetzten ungefähr 50 Arbeiter das Büro zwei Stunden lang.

Gefragt, warum er sein Gesicht bedecke, sagte ein Arbeiter, er wolle »die Vergeltungsmaßnahmen der Firma verhindern und dem Boss zeigen, daß es ein zweites Chiapas in Chihuahua geben wird.« *Ciudad Juarez liegt im mexikanischen Staat Chihuahua. Arbeiter aus drei anderen Fabriken – zwei GM-, eine Fordfabrik – schlossen sich dem Protest mit handgemalten Schildern an, auf denen sie ihre Solidarität ausdrückten. Neun Tage später lehnte die Arbeitsbehörde den Antrag auf Zulassung ab.*

Einen Monat später feuerte GM fünfzehn Rädelsführer. Aus Protest verlangsamten die Arbeiter die Produktion und reichten den Antrag auf Zulassung als unabhängige Gewerkschaft erneut ein. Tage später wurden 60 weitere gefeuert. Ende März bot GM allen gefeuerten Arbeitern Abfindungen an. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die Arbeiter die Abfindungen abgelehnt, in der Hoffnung auf Wiedereinstellung und eine unabhängige Gewerkschaft. Arbeitslos und bange akzeptierten die Arbeiter das Angebot, obwohl es weniger war, als vom mexikanischen Gesetz vorgeschrieben.

Einer der Gefeuerten: »Der Kampf geht weiter. Ich weiß, daß es nicht einfach ist, eine unabhängige Gewerkschaft zu gründen. Die Regierung will es nicht, oft fehlt den Arbeitern das Bewußtsein, aber wir müssen über die Abfindungszahlungen hinaus gehen und eine Gewerkschaft erreichen. Ich denke, daß die Organisierung auf die anderen GM Fabriken übergreifen wird. Die ersten Knospen sind aufgegangen.«

Mary McGinn, *Labor Notes, Mai 1994*



von Renten- und Krankenversicherung, 12-Stunden-Schichten; Staley will weiter auf 450 Leute abbauen. Bridgestone/Firestone lehnt – ähnlich wie Cat – die Übernahme eines Vertrages ab, den die Gewerkschaft mit Goodyear geschlossen hat.

Die Auseinandersetzungen sind hart. Alle drei Fabriken laufen weiter mit Streikbrechern, wenn vielleicht auch eingeschränkt. Die Papierarbeitergewerkschaft, die die Ausgesperrten der Zuckerfabrik vertritt, führt jetzt eine Öffentlichkeitskampagne, um Coca-Cola und Pepsi zu überzeugen, kein Material mehr von Staley zu beziehen – eine Sache, die ihr bei Miller Beer, einem der größten Brauereikonzerne, schon gelungen ist. Mindestens einmal hat die Polizei die Picket Lines mit Tränengas und Knüppeln angegriffen. Ende November besetzten Leute aus Decatur das State Capitol von Illinois, 31 wurden verhaftet.

Arbeitermacht?

In Amerika erinnern sich die KollegInnen an den historischen Sitzstreik in den Chevrolet-Fabriken von GM in Flint im Jahre 1936. *»Ein Arbeiter der Buick-Fabrik beklagte sich: ›Du mußt zur Toilette und wieder zurück rennen. Wenn du mal austreten mußtest und niemand da war, um dich zu ersetzen, mußtest du im Laufschritt vom Band weg und hast trotzdem das ganze Band aufgehalten. Und wenn du eine Stockung verursacht hattest, wurde dir die Hölle heißgemacht.‹«* Wegen Gruppenarbeit würde heute wohl kein Band mehr wegen so was stehen bleiben. Aber sonst hätte das Zitat, das von 1936 stammt, auch von '94 stammen können. Es belegt eine Gemeinsamkeit der beiden Streiks: es geht nicht ums Geld, sondern um die Arbeit. Und es ging damals wie heute um Themen, die weit jenseits dessen liegen, was eine Gewerkschaft in Tarifverträge schreiben kann. Die tägliche Unterdrückung, die Entwürdigung am Band, die Macht der Chefs. 1934/35 gingen der großen Flint-Fabrikbesetzung viele kleine und große Streiks voraus. Die damals noch junge UAW versuchte die ArbeiterInnen zurückzuhalten, ohne Erfolg. Möglicherweise war es diesmal ein klein wenig ebenso: Die Wildcat-Streiks bei Caterpillar deuten ebenso daraufhin wie der hohe Krankenstand bei GM (Krankenstände haben wenig mit Gesundheit, sondern immer was mit Stimmung zu tun, ob sich die ArbeiterInnen trotz hoher Arbeitslosigkeit und anderer Erpressungen trauen, tatsächlich zu Hause zu bleiben!).

Aber es gibt deutliche Unterschiede. Obwohl es auch 1936 schon einen Produktionsverbund der verschiedenen Fabriken gab, macht erst das moderne *just-in-time* die großen Konzerne so empfindlich gegen Störungen aller Art und wird gegebenenfalls zum *Just-In-Strike*. Und etwas anderes fällt ins Auge: waren es in den 30er Jahren junge, dynamische Arbeiterschichten, die mit der Radikalität ihrer Kämpfe das System erschütterten (das dann einen Weltkrieg brauchte, um sich davon zu erholen), machen die Akteure von heute einen eher gesetzten Eindruck. Die Belegschaften der alten Fabriken sind selbst überaltert, nicht nur bei Cat. Aber vielleicht haben die streikenden Baseballprofis, die ArbeiterInnen von Cat und anderen und vor allem die ArbeiterInnen von Flint mit ihrem erfolgreichen Kurzstreiks der Einsicht, daß wir nur kriegen, was wir uns holen, wieder eine Bresche geschlagen.

ArbeiterInnen bei Opel in Zaragoza stimmen gegen die Einführung von Gruppenarbeit

¡NO!

Im Dezember letzten Jahres stimmte eine knappe Mehrheit der ArbeiterInnen in der Opel-Fabrik in Figueruelas bei Zaragoza gegen die Einführung der Gruppenarbeit. Ein Jahr lang war sie mit Rückendeckung des Betriebsrates in einem Pilotprojekt »erprobt« worden und sollte danach im ganzen Werk eingeführt werden. Umstritten war sie von Anfang an. Letzten Herbst hatten wir zu dem Konflikt die Broschüre »Das verborgene Gesicht der Gruppenarbeit« mit Flugblättern und Einschätzungen aus Spanien veröffentlicht. Der Konflikt ist seitdem weitergegangen und hat zu einer ersten Niederlage des Betriebsrates geführt.

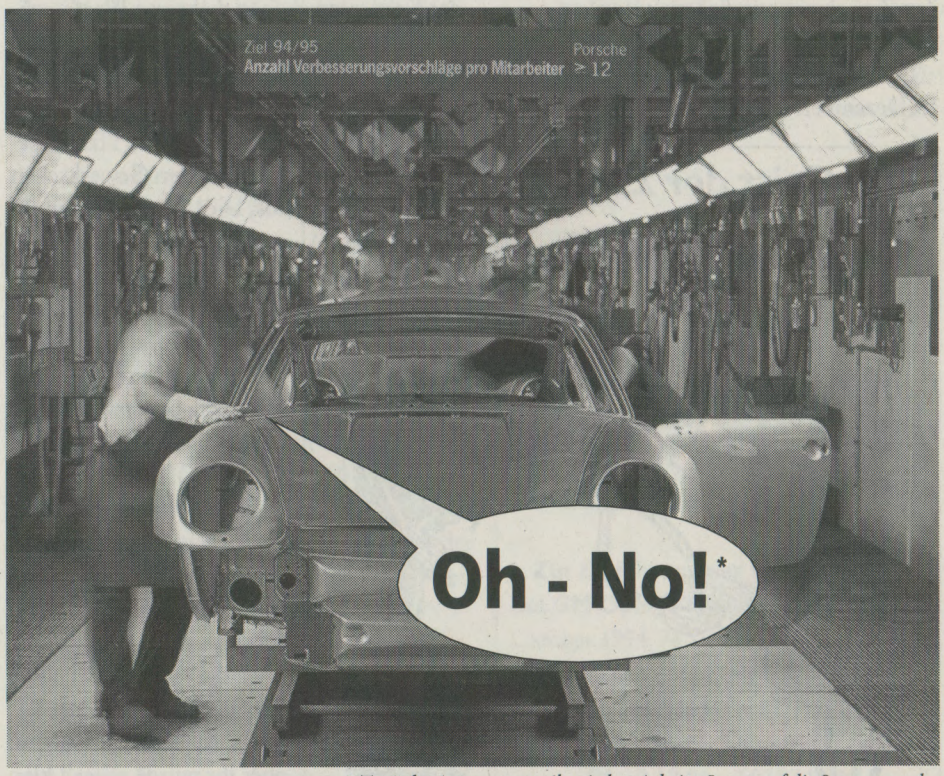
Das verborgene Gesicht der Gruppenarbeit

Nachdem der Betriebsrat in der spanischen Opelfabrik im November '93 eine Vereinbarung über die Gruppenarbeit unterzeichnet hatte, versuchten einige ArbeiterInnen ihre KollegInnen über Auswirkungen und Bedeutung der neuen Arbeitsorganisation zu informieren. Zunächst hängten sie nach und nach Karikaturen – Sammelblätter – an den Bändern und in den Umkleideräumen auf, die einige Punkte der Vereinbarung hinterfragten. Später schrieben sie noch kurze Texte zu den einzelnen Blättern und veröffentlichten sie im März '94 zusammen mit einem Nachwort als Broschüre: *»La cara oculta del trabajo en equipo«* (Das verborgene Gesicht der Gruppenarbeit). Im Sommer haben wir diese Sammelblätter und die Betriebsvereinbarung, auf die sie sich beziehen, ins Deutsche übersetzt und die spanischen Kollegen gebeten, sie durch einen Bericht über die Einführung der Gruppenarbeit zu ergänzen.

Sie schickten uns außerdem noch einen Text über den Konflikt bei dem Opel-Zulieferer Bosal im Frühjahr '94. Dort hatten die Gewerkschaften sehr massiv verhindert, daß es zu einem Streik gegen die Entlassung von zwei mit Zeitverträgen eingestellten Betriebsräten kam. Opel selbst hatte sich in den Konflikt eingeschaltet, da ein Streik auch die Produktion in der Autofabrik blockiert hätte. Der Text zeigt, daß die ArbeiterInnen aus den neuen Zulieferstrukturen der »lean production« eine große Macht gewinnen könnten, daß aber die Gewerkschaften dies nur dazu benutzen, den Unternehmern ihre wichtige Rolle bei der Aufrechterhaltung des sozialen Friedens zu demonstrieren.

Die Broschüre, die wir aus diesen Texten zusammengestellt haben, enthält keine tiefschürfenden Analysen über das Wesen von »Taylorismus«, »Toyotismus«, »Postfordismus« oder anderen Rätseln der Soziologie. In den Sammelblättern wird zunächst an ganz einfache Dinge erinnert, die hinter »dem ganzen Wortschwall« und den »hochtrabenden, pompösen Worten«, mit denen die Gruppenarbeit daherkommt, leicht vergessen werden: Daß »Kreativität« nur bedeutet, die Kosten zu senken; daß »Problemlösung« heißt, daß wir uns noch mehr Funktionen und die ganze Verantwortung aufhalsen lassen; daß die »zwischenmenschlichen Beziehungen in der Gruppe« nicht nur Zusammenarbeit, sondern auch die Konkurrenz untereinander bedeuten usw.. Dann werden die Bestimmungen der Vereinbarung auseinandergenommen. Z.B. der Satz in der Vereinbarung: *»Auch die Arbeiter, die nicht an den Trainingsprogrammen teilnehmen oder sie nicht bestehen, verbleiben in den bisherigen Lohngruppen.«* Klingt gut, als wäre es eine Absicherung. Er bedeutet aber, daß alle Verweigerer der Gruppenarbeit dazu verdammt sind, in der bisherigen Lohngruppe zu bleiben. *»Förderung der Integration von Personal mit verringerter Leistungsfähigkeit in die Gruppe«* heißt im Klartext: Eigentlich haben solche Leute, die nicht in Topform sind, in der Gruppe nichts zu suchen!

Die Art dieser Kritik der neuen Arbeitsorganisation ist hoffentlich anregend für die Konflikte in hiesigen Fabriken. Die Texte zeigen außerdem, daß die ArbeiterInnen überall vor ganz ähnlichen Problemen stehen, diesel-



** Typische Antwort amerikanischer ArbeiterInnen auf die Segnungen der »lean production«, als deren Erfinder der japanische Ingenieur Ohno gilt.*

ben Kämpfe gegen die Unternehmer und auch »ihre« Betriebsräte führen – ob in Spanien, in der BRD oder in Japan.

Das Auslaufen des Pilotprojekts...

Die Einführung der Gruppenarbeit in Zaragoza ist zugleich ein Lehrstück für das Verhalten von Betriebsrat und Gewerkschaften. Das Unternehmen hatte die neue Arbeitsorganisation erstmals während der sehr konfliktreichen Tarifrunde 1992 ins Spiel gebracht, nach Protesten von Arbeitern aber schnell zurückgezogen, um wenigstens die anderen umstrittenen Punkte (neue Schichtpläne) durchzubringen. Danach begannen Verhandlungen im Geheimen, die angeblich keine waren – denn, so der Betriebsrat, da es sich um eine Änderung handele, die für beide Seiten Vorteile bringe, gäbe es nichts zu verhandeln. Nur einige »Zweifel« sollten in Gesprächen ausgeräumt werden! Im November '93 wird die Vereinbarung vom Betriebsrat unterschrieben, ohne daß es zuvor eine Abstimmung unter den ArbeiterInnen gegeben hat. *»Was die Arbeiter dem Betriebsrat bis heute am meisten vorwerfen, ist das völlige Fehlen einer Abstimmung, in der die Belegschaft selber hätte entscheiden können. In diesem Betrieb war es bisher immer üblich gewesen, über solche und weit weniger bedeutende Fragen abstimmen zu lassen. Für viele Arbeiter sind es daher der Betriebsrat und die Firma, die ihnen das jetzt aufgezwungen haben. Dies ist eine wichtige Veränderung, die sich in der Einstellung der Mehrheit der Mitglieder der Pilotgruppen bei Diskussionen mit den Betriebsratsmitgliedern ausdrückt.«*
(S. 6 der Broschüre)

Das vereinbarte Pilotprojekt lief zum 15. Dezember aus. Eigentlich war anzunehmen, daß der Betriebsrat der endgültigen Einführung der Gruppenarbeit im ganzen Werk zustimmen würde, da dies von den beiden stärksten Betriebsratsfraktionen, den Gewerkschaften CC OO (13 von 39 Sitzen) und UGT (14 Sitze) beabsichtigt war. Die CC OO wollten ursprünglich unter ihren Mitgliedern eine Abstimmung über die endgültige Einführung der Gruppenarbeit durchführen, ohne aber zu sagen, welche Position sie im Falle einer Ablehnung durch die Mitgliedschaft im Betriebsrat einnehmen würden. Zur Vorbereitung dieser Abstimmung wurde eine Konferenz für den 26. November einberufen, auf dem die Mitgliedschaft auf die richtige Linie gebracht werden sollte. Eigens aus Madrid gekommen war Ramon Gorriz, der noch als GM-Betriebsrat maßgeblich an der Einführung der Gruppenarbeit beteiligt war, und daraufhin (oder deshalb) in die Leitung der CC OO aufstieg und nun für die Autoindustrie zuständig ist. Er begründete ausführlich, warum sich die Gewerkschaften auf die Seite der Gruppenarbeit stellen müßten, daß dadurch der »Taylorismus« überwunden werden könne. Von den 1 400 Mitgliedern bei Opel waren nur sechzig erschienen. Die kritischen Stimmen gegenüber der Gruppenarbeit waren nicht zu überhören. Nach langem Hin und Her war neben dem Einladungsflugblatt mit der Position der Führung zur Gruppenarbeit noch ein zweites Flugblatt der »offiziellen Linken« in den CC OO an alle Mitglieder verschickt worden. Es stellte kritische Fragen zur Gruppenarbeit, und diese Position wurde auf der Konferenz auch in mehreren Wortbeiträgen vertreten. Die Befürworter der Gruppenarbeit konnten keine überzeugenden Antworten geben und ließen letztendlich nur noch Appelle an die Treue gegenüber der Gewerkschaft los. Die UGT machte auf ihrer Versammlung ähnliche Erfahrungen: weniger direkte Kritik, sondern Zweifel und Angst, einen Weg mit unklarem Ziel einzuschlagen, beherrschten die Szene.

In diesem Klima der Unsicherheit trat Anfang Dezember der Betriebsrat zusammen. Die kleine Gewerkschaft USO (fünf Sitze) forderte eine Abstimmung über die Gruppenarbeit in der Gesamtbelegschaft. Anfangs war die UGT dagegen, aber ihr wurde schnell klar, daß sie im Betriebsrat in der Minderheit wäre. (Die anarcho-syndikalistische CGT mit zwei Sitzen und die politisch nicht genau zu definierende Regionalgewerkschaft SIAR mit vier Sitzen waren von vornherein gegen die Gruppenarbeit gewesen.) Außerdem hatte sie bei den letzten Wahlen vier Sitze verloren, und es wurde vermutet, daß dies an ihrer allzu positiven Haltung zur Gruppenarbeit liegen könnte. Sie stimmte schließlich auch zu.

...und die Niederlage des Betriebsrats

Die Abstimmung wurde für den 14. Dezember anberaumt, es verblieben noch zwei Wochen für die Mobilisierung. Die aktuelle Situation in der Autoindustrie und auch in Zaragoza ließ aber wenig Raum für Illusionen über eine »neue Welt« harmonischer Arbeitsbeziehungen:

Anfang Dezember erschien im *manager magazin* 12/94 der Artikel *»Opel Eisenach: Ist die Gruppenarbeit gescheitert?«*, in dem der Eindruck einer flächendeckenden Einführung von Gruppenarbeit in der ganzen Industrie stark relativiert und auf die wachsenden Spannungen in der Muster-Fabrik von Opel in Eisenach hingewiesen wird. Seit die Produktion auf vollen Touren läuft, sei das Arbeitstempo kaum noch auszuhalten und der Druck der Gruppen auf den Einzelnen erweise sich als belastender als ein autoritärer Chef. Die Spannungen nehmen nun zu, da die Fabrik jetzt auf ihre volle Kapazität hochgefahren wird. *»In der Anlaufphase betrug die Taktzeit ... 152 Sekunden. Vor den Werksferien im August waren es 135 Sekunden, danach 127 Sekunden, und derzeit sind es – bei wachsenden Arbeitsinhalten – 110 Sekunden.«* (ebd.) Sogar der Betriebsratsvorsitzende Harald Lieske warnt: *»Wenn das System überreizt wird, gibt es eine Explosion«*. Im Betrieb werde immer öfter über CAMI geredet, dem Joint Venture von GM und Suzuki in Kanada. Dort hatten im September 1992 zum ersten Mal in einem nordamerikanischen »transplant« die ArbeiterInnen offen gegen die Arbeitsbedingungen unter dem Teamkonzept gestreikt.

Die Situation des zunehmenden Arbeitsdrucks, wie er für Eisenach beschrieben wird, ist nicht untypisch. In der aktuellen Autokonjunktur versuchen die Unternehmer überall – ob mit oder ohne Gruppenarbeit – eine steigende Produktion ohne zusätzliche ArbeiterInnen zu erreichen. In derselben Zeit soll mehr produziert werden, die Arbeit beschleunigt und Poren im Arbeitstag mit Arbeit gefüllt werden. Wo das nicht reicht, werden Überstunden und Zusatzschichten angesetzt. Die Gruppenarbeit ist dabei nur das geschick-

tere Instrument, um den Druck zu erhöhen. *»Gelernt haben Werksleitung und Betriebsrat zudem, daß sich Arbeitsstandards leichter erhöhen lassen, wenn sich die Teams die Zwänge, denen sie gehorchen müssen, selber schaffen. Denn die Gruppe sitzt in der Falle: Sie soll selbstbewußt die Chance wahrnehmen, ihre Abläufe zu verbessern – und engt mit jeder kontinuierlichen Verbesserung ihre Selbständigkeit weiter ein. Denn Ziel ist es, jeden Leerlauf zu vermeiden, jede Pause mit wertschöpfenden Tätigkeiten auszufüllen. ›Die Leute‹, so hat Lieske erkannt, ›haben bald keine ruhige Minute mehr‹.«* (ebd.) In Zaragoza ist die Situation ähnlich. Für das neue Opel-Modell »Tigra« ist ein neues Band aufgebaut worden, an dem vieles noch nicht klappt. Jede Woche stehen 1 500 Wagen in der Reparatur. Die angestrebte just-in-time-Zulieferung ist weit davon entfernt zu funktionieren: Immer wieder steht das Band wegen fehlender Teile. All das sollen die Arbeiter ausgleichen. In der Fertigmontage werden »Freiwillige« für Überstunden gesucht – und gefunden, weil der Druck der drohenden Arbeitslosigkeit groß genug ist. Sie machen jeden Tag vier (!) Überstunden, die eine Hälfte der ArbeiterInnen vor der üblichen Schichtzeit (Frühschicht 2 bis 14 Uhr, Spätschicht 10 bis 22 Uhr, Nachtschicht 18 bis 6 Uhr), die andere danach (Frühschicht 6 bis 18 Uhr, Spätschicht 14 bis 2 Uhr, Nachtschicht 22 bis 10 Uhr). Insgesamt wurden in den ersten zehn Monaten des Jahres 543 309 Überstunden gearbeitet. Damit wurde in vielen Fällen sogar gegen die in Spanien gesetzliche Beschränkung der Überstunden auf 80 pro Jahr verstoßen. Ein schwerer Arbeitsunfall, der sich Ende November ereignete, verdeutlicht das Ausmaß der Belastung: Ein Arbeiter der Nachtschicht, der noch bis 10 Uhr Überstunden machte, vergaß vor dem Einbau des Airbag die Batterie abzuklemmen. Der Airbag ging los und schleuderte ihn gegen eine Säule, so daß er schwere Gesichtsverletzungen erlitt.

Eine wirkliche Opposition zu dieser Überstundenpolitik gibt es nicht. Lediglich die CC OO haben sie in einem ihrer Flugblätter erwähnt, aber keine Gewerkschaft macht etwas dagegen. Wie überall setzten die CC OO- und UGT-Betriebsräte auf Kooperation mit dem Management, um den »Standort« zu erhalten. Als sie im November nach Bochum fahren, wo von Delegierten aus allen europäischen GM-Fabriken die Gründung eines europäischen GM-Betriebsrates beschlossen werden sollte, treffen sich die Betriebsräte mit dem Personalchef von Zaragoza. Er rät ihnen, sich mit »den Engländern« gegen »die Deutschen« zu verbünden, um so für ihre Standorte zu kämpfen. Er dürfte damit sehr viel wahrheitsgemäßer als die Gewerkschaftspropaganda dargestellt haben, was in diesen Europa-Betriebsräten tatsächlich abläuft: Organisierung der Konkurrenz zwischen den Belegschaften statt Koordinierung ihres Kampfs gegen die Bosse.

Wir hatten den Kollegen in Zaragoza den Artikel aus dem *manager magazin* zugeschickt und sie übersetzten den größten Teil ins Spanische und verteilten ihn in der Fabrik, zusammen mit der Aufforderung, bei der Abstimmung mit NEIN zu stimmen – während UGT, CC OO und USO für ein JA mobilisierten. Nur CGT und SIAR riefen zum NEIN auf. Kurz vor der Abstimmung wendet sich der Betriebsratsvorsitzende Bolea in einem Flugblatt noch einmal persönlich an die ArbeiterInnen: *»Am 14. geht es um einen Wechsel. Einen Wechsel zu mehr Sicherheit, Respekt und Freiheit in der Arbeit. Für ein demokratischeres und humaneres System, dessen gesamte Vorteile wir nicht erfahren werden, wenn es nicht fortgesetzt wird. Der Betriebsrat will eine soziale Umstrukturierung der Arbeit, eine philosophische und kulturelle Erneuerung. Es geht um keinen Vertrag, in dem Rechte und Pflichten festgelegt werden, sondern um ein Abkommen über Motivation und Zusammenarbeit...«* usw.usw. Wie hieß es im Sammelblatt Nr. 14 so richtig: *»Worte und nochmals Worte, die nur den verwirren, der sich verwirren läßt.«*

Eine knappe Mehrheit der ArbeiterInnen läßt sich durch den Wortschwall nicht beeindrucken – und bei denjenigen, die für die Gruppenarbeit stimmten, dürfte die Angst vor den Drohungen und der Arbeitslosigkeit ausschlaggebender gewesen sein als der Glaube an die »philosophische« Erneuerung. Von 9 083 Wahlberechtigten beteiligen sich 6 100. Davon stimmen 2 886 mit JA, 3 007 mit NEIN, 207 geben leere oder ungültige Stimmzettel ab. Gefragt war: *»JA/NEIN zur Änderung der Arbeitsorganisation durch die Einführung von Gruppenarbeit«*. Der Betriebsratsvorsitzende behauptet in der Presse, diejenigen, die schon in der Gruppenarbeit sind, hätten mit JA gestimmt. Aus der abteilungsweisen Auflistung der Ergebnisse geht das Gegenteil hervor: Gerade in den Abteilungen mit Gruppenarbeit liegen die NEIN-Stimmen bei 50-60 Prozent. Deutliche Mehrheiten für die Gruppenarbeit gibt es nur bei den Angestellten und in der Werkzeugmacherei, Bereiche, die nichts mit der Gruppenarbeit zu tun haben.

Die Arbeiter werden nach diesem Abstimmungsergebnis von allen Seiten als dumm, konservativ und verantwortungslos beschimpft. Der Personalchef Márquez droht in der Presse: Bisher sei Zaragoza für die Konzernzentrale ein Modellbetrieb gewesen, in den investiert wird. Das werde jetzt schwieriger werden. Der Betriebsrat unterstellt den ArbeiterInnen, sie seien nur nicht ausreichend informiert gewesen und hätten die Gruppenarbeit nicht richtig verstanden.

Aber in der Fabrik sind viele ArbeiterInnen stolz darauf, es der Geschäftsleitung und dem Betriebsrat endlich mal gezeigt zu haben. Es herrsche eine gewisse Fröhlichkeit unter den Arbeitern, eine »verhaltene Euphorie«, sagen unsere Bekannten. Sicher, die Arbeiter sind auch realistisch: *»Wir haben nur eine Schlacht gewonnen, der Krieg geht weiter. Früher oder später werden sie es erreichen. Dann werden wir sehen, was wir tun können.«*

Am folgenden Samstag tagt der Ausschuß der CC OO-Gewerkschaftsfraktion bei Opel. Ramon Gorriz ist extra aus Madrid angereist. Er ist besonders darüber irritiert, daß viele CC OO-Mitglieder an den Wahlurnen ganz offen NEIN angekreuzt haben, für jeden sichtbar. Er nennt das »voto militante«, das sei eine Provokation.

Der Betriebsrat erklärt den Arbeitern ihren »Fehler«: Sie bräuchten doch den Schutz des Betriebsrates, aber nach dem Ergebnis könne er sie nicht mehr vor Opel schützen. Jetzt komme die Gruppenarbeit zu viel schlechteren Bedingungen und daran seien die Arbeiter selber Schuld. In der Lackiererei hat sich eine Arbeitsgruppe, geführt von CC OO-Mitgliedern, auf eigenen Wunsch hin und gegen den Willen von Gorriz selber aufgelöst. In den anderen Bereichen warten die Arbeiter ab, was Betriebsrat und Geschäftsleitung jetzt machen werden. Opel kündigt an, sie würden die Gruppenarbeit nun im Rahmen der Arbeitsgesetze einseitig einführen, und bedauert, daß auf diesem Weg die »kulturelle Erneuerung« nicht zu erreichen sei.

Das verborgene Gesicht der Gruppenarbeit

Zur Einführung der Gruppenarbeit bei GM-Opel in Figueruelas / Zaragoza
Oktober 1994, 74 Seiten A5, 4 Mark,
Versand gegen Zusendung von 5 Mark
in bar oder Briefmarken, an:
Wildcat – Sisina-Köln
Pf. 30 12 06 – 50782 Köln

Stammbelegschaften

Umstrukturierung der Großchemie und neue Lohnmodelle

werden angegriffen

Die Wirtschaftskrise wurde auch in der Chemieindustrie genutzt, um die ArbeiterInnen in dieser traditionellen Hochlohnbranche anzugreifen. Zum einen werden Produktionsteile ausgelagert, wodurch die ArbeiterInnen gespalten und unterschiedlichen Tarifbedingungen unterworfen werden. Zum anderen versuchen die drei großen Chemiekonzerne das Lohngefüge der sogenannten »Stammarbeiter« umzukrempeln. Langfristig sollen damit die Durchschnittslöhne gesenkt und der Arbeitsdruck durch eine neuartige Verkopplung von Lohn und Leistung verschärft werden. Die Chemiekonzerne sind aber auch vorsichtig, den sozialen Frieden nicht zu gefährden, von dem ihre hochtechnisierte Produktion extrem abhängig ist.

Mit diesen Angriffen gibt auch das Chemiekapital den klassischen keynesianischen Deal auf und orientiert seine Produktionskonzepte an den neuen Möglichkeiten, weltweit Arbeitskraft auszubeuten. Es bleibt ihm auch gar nichts anderes übrig. Aufgrund seiner hohen organischen Zusammensetzung ist das Chemiekapital in besonderer Weise auf das Mitdenken und die Improvisationsfähigkeit der ArbeiterInnen angewiesen: Im Verhältnis zu den Lohnkosten wird ein vielfaches an Kapital in Anlagen, Rohstoffen und Energie umgeschlagen. Daher waren Zugeständnisse beim Lohn, bei den Sozialleistungen und der Arbeitsplatzsicherheit hier besonders ausgeprägt. In den 70er und 80er Jahren änderten auch die ChemiearbeiterInnen ihr Verhältnis zur Arbeit. Betriebsfamilie ist nicht mehr angesagt, der Zwang, für den Lebensunterhalt arbeiten zu müssen, tritt in den Vordergrund. Die soziale Absicherung konnte nicht verhindern, daß sich die Verhaltensweisen wie »innere Kündigung« oder »Dienst nach Vorschrift« auch hier verbreiteten.

I. Auslagerungen

Unsicherheit bei den FarbenkollegInnen von Bayer

Am 24. November 1994 fanden in Leverkusen und Brunsbüttel außerordentliche Abteilungsversammlungen der Farbensparte statt. Der Leiter der Farbensparte gab die Gründung einer Textilfarben GmbH & Co.KG gemeinsam mit Hoechst bekannt. Das neue Gemeinschaftsunternehmen soll eine Belegschaft von 3-4 000 Leuten haben. Aus dem Bayer-Geschäftsbereich Farben sollen 1300-1400 von zur Zeit weltweit gut 2 000 Leuten zu der neuen Firma kommen. Produziert wird bei Bayer. (Wie uns Hoechster Kollegen berichten, wird der Reaktivfarbstoff-Betrieb in Offenbach Mitte 1995, der im Frankfurter Stadtteil Höchst in zwei bis drei Jahren geschlossen.) Jedoch in den Bereichen Forschung und Marketing müsse man Stellen abbauen. Nach Möglichkeit durch Versetzungen und notfalls durch einvernehmliche Aufhebungsverträge sowie Frühruhestandsregelungen. Der Vertreter der Personalabteilung erwähnt zwar, daß jeder laut §613a BGB ein Widerspruchsrecht gegen eine Übernahme durch die neue GmbH hätte. Bei vielen Widersprüchen könne er jedoch betriebsbedingte Kündigungen nicht ausschließen. Von Seiten des Betriebsrates und der IG Chemie kommen keine Proteste. Gefordert wird, daß sich Tarife und Sozialleistungen nicht verschlechtern. Möglichen Protesten und kritischen Fragen aus der Belegschaft wird der Wind aus den Segeln genommen. Der Bereichsbetriebsrat liest einen 26 Punkte umfassenden Fragenkatalog vor. Diese Fragen wurden am Vormittag auf einer Vertrauensleuteversammlung zusammengestellt. Viele Kolleginnen und Kollegen sind erschüttert, einige haben Tränen in den Augen. In Leverkusen hieß es immer, »Geh zu Bayer, und du hast einen sicheren Arbeitsplatz«. Ungefähr tausend FarbenkollegInnen bekommen eine Änderungskündigung. Viele werden versetzt und viele wissen nicht, was auf sie zukommen wird.

Auslagerungen als Waffe im Klassenkampf – Lehren aus der Faserauslagerung

Am 15. Februar 1994 gründet die Bayer AG den Geschäftsbereich Fasern als Bayer-Faser-GmbH aus. Bayer vernichtet 230 von gut 1 200 Arbeitsplätzen durch Stillegung des älteren und kleineren der zwei Dralon-Faserbetriebe. Die KollegInnen werden in den Vorruhestand geschickt oder innerhalb der Bayer-AG versetzt. Gleichzeitig werden eine Reihe von übertariflichen Leistungen gestrichen. Erst diskutiert Bayer, mit der GmbH in einen anderen Tarifbereich, Textil, zu wechseln, was wesentlich niedrigere Löhne bedeuten würde. Die Gewerkschaft beendet diese Diskussion durch die Zustimmung zu drastischen Kürzungen bei den übertariflichen Leistungen. Das macht im ersten Jahr zwischen 1 500 und 2 000 DM netto weniger sowie drei Tage weniger Urlaub für Schichtarbeiter. Nach dem Manteltarifvertrag gibt es für Vollkontischicht drei Tage zusätzlichen Urlaub. Bei Bayer kamen bisher weitere drei Tage aufgrund einer Betriebsvereinbarung hinzu.

Parallel zu dieser Entwicklung werden sogenannte Dienstleistungsjobs bei der Bayer AG, wie z.B. Pförtner, die Wartung von Sicherheitsanlagen oder die Musterabfüllung, zu Fremdfirmen ausgelagert. Ein Kollege aus Leverkusen: *»Die Musterabfüllung soll ausgelagert werden. Das machen dann welche außerhalb des Werkes, die haben die Fässer. Auf Anruf füllen die dort ab, und bringen uns die Muster. Hier wird umetikettiert und verschickt. Bei dem Laden machen das welche für ein paar Mark von Aida oder wie die heißen. ... Ja von ADIA, so ner Leiharbeitsfirma. Die kennen keinen Arbeitsschutz. Und wenn da was ins Abwasser geht, das stört keinen. Die das zur Zeit bei uns tun, kriegen eben einen Arschtritt.«*

Neben einer Stammbelegschaft von rund 30 000 Leuten in Leverkusen arbeiten dort 7-8 000 Fremdfirmenbeschäftigte. Für diese ArbeiterInnen gelten andere Tarife. Nicht nur an den Löhnen wird so gespart. Unfälle, z.B. auf dem Gerüstbau einer Fremdfirma auf Bayergelände, tauchen in der Bayer-Unfallstatistik nicht auf. Von Bayer wird diese Entwicklung als »Konzentration auf das reine Chemiegeschäft« schöngeredet.

Krise als Vorwand für Einkommenssenkungen

»Wir müssen alle Chancen nutzen, die mit der gegenwärtigen Krise verbunden sind. Die deutsche Chemie ist dazu entschlossen«, drohte Bayer Vorstandsvorsitzender Schneider im November 1993. Das Kapital nutzt die Umsatzstagnation und den relativen Gewinnrückgang der Jahre 1990 bis 1993, um die inzwischen unproduktiven Zugeständnisse an die Stammbelegschaften zu streichen und teilweise in Leistungsanreize umzuwandeln. Durch die Umstrukturierung wollen sie das allgemeine Lohnniveau senken und weitere Sozialleistungen streichen. Die Stammbelegschaften werden in eine Reihe von Tochterfirmen mit unterschiedlichen Arbeits- und Lohnbedingungen aufgespalten, um in den kommenden Klassenauseinandersetzungen nicht einer einheitlichen Belegschaft von mehreren zehntausend gegenübertreten zu müssen. Gleichzeitig vergeben die Konzerne immer mehr Jobs an Fremdfirmen mit wiederum anderen Tarifbedingungen.

Kapitalkonzentration durch Ausgliederung

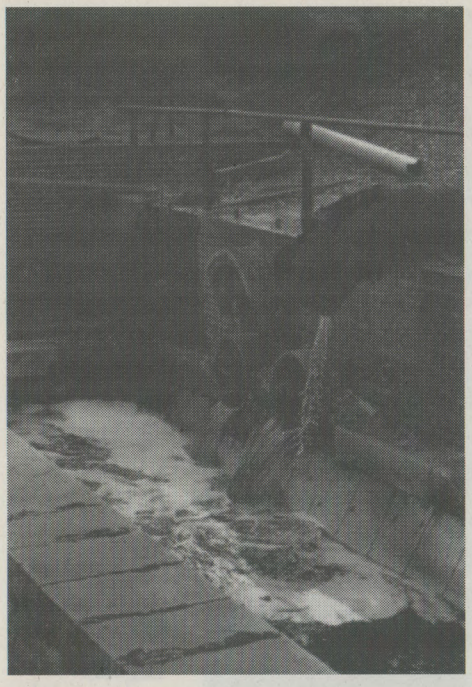
Durch die Politik der Auslagerung entstehen an anderen Punkten aber auch wieder Großbetriebe, da nur durch Zusammenschlüsse Betriebsgrößen erreicht werden können, die konkurrenzfähig sind. Die neue Bayer-Hoechst Textilfarben GmbH & Co.KG ist einerseits ein weiterer Schritt bei der Spaltung der ArbeiterInnen in den beiden Konzernen. Andererseits werden dadurch entgegen der eigentlichen Intention der Manager neue Belegschaften mit ihren jeweiligen Erfahrungen zusammengefügt und so auch neue Informationskanäle zwischen den ArbeiterInnen der verschiedenen Konzerne geschaffen. Bei der Hoechst AG ist diese Entwicklung am weitesten fortgeschritten. Mit Schering wurden die Pestizidbranchen in der gemeinsamen Tochter Hoechst-Schering-AgrEvo zusammengeschlossen. Vinnolite heißt das Joint-Venture mit der Wacker-Chemie im Bereich der PVC-Produktion. Hoechst-Vorstandsvorsitzender Dormann hat als Zielrichtung die Konstruktion einer Hoechst-Holding als Dachgesellschaft für die bereits vorhandenen und noch zu gründenden Tochterfirmen genannt. Unter KollegInnen wird von der »Hoechst-Profitholding« gesprochen.

Globale Ausbeutungskonzepte statt Verbundproduktion: Die »Neue internationale Arbeitsteilung«

Mit den Umstrukturierungsmaßnahmen reagieren die verantwortlichen Manager der europäischen und nordamerikanischen Chemie-Multis auf das veränderte Arbeiterverhalten. In Asien werden nicht nur in der chemischen Industrie neue Produktionen von Massengütern wie Chemiefasern oder Kunststoffen mit billigeren Arbeitskräften hochgezogen. Durch die Kapitalisierung dieser Region und Proletarisierung großer Bevölkerungsschichten werden neue Märkte geschaffen. Ein Beispiel ist die Textilindustrie. Der Anteil Asiens an der Welttextilproduktion liegt bereits über 50 Prozent. Nach den Herstellern von Chemiefasern errichten Unternehmen neue Produktionsstätten für Textilfarbstoffe in dieser Region oder verlagern bestehende Anlagen. Die Bayer AG baut gemeinsam mit einem indonesischen Textilfarbenhersteller ein neues Werk für 100 Mio. Mark. Zusätzlich soll in China eine Anlage für Dispersionsfarbstoffe errichtet werden. In den letzten drei Jahren hat der Bayer-Konzern den Umsatz in Asien um ein Drittel gesteigert. Bis zum Jahr 2000 sollen in Asien mit Schwerpunkt in der VR China über eine Milliarde DM in neue Anlagen investiert werden.

Auf einer Abteilungsversammlung in der Bayer Farbensparte kündigte der leitende Manager eine weitreichende Änderung in der Einkaufspolitik des neuen Gemeinschaftsunternehmens an. Farbstoffzwischenprodukte würden zu Weltmarktpreisen zugekauft. Folgen für die Bayer-Sparte Organische Chemikalien, bisher Lieferant der Zwischenprodukte, seien Rationalisierungsmaßnahmen. Farbstoffzwischenprodukte werden seit sechs bis sieben Jahren billiger in Asien hergestellt. Übrigens ist ein bisher wenig beachteter Effekt der Umstrukturierung die massive Zunahme von Gefahrguttransporten auf allen Verkehrswegen.

Der Zukauf von Grundchemikalien und Zwischenprodukten bedeutet die Aufgabe der bisherigen Verbundproduktion und ermöglicht kleinere Betriebseinheiten. Die Verbundproduktion - auch »hohe Rückwärtsintegration« genannt - ist ein besonderes Kennzeichen der deutschen chemischen Industrie. In den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts entstanden die industriellen Kerne der heutigen Großchemie. Es begann mit der Teerfarbenproduktion. In den Werken wurden die benötigten Grundchemikalien wie zum Beispiel Schwefelsäure vor Ort hergestellt. Aus diesen und aus dem Rohstoff Steinkohle sind über die Stufe der Zwischenprodukte die Farben produziert worden. Diese Integration des gesamten Prozesses in großen Fabriken war lange Zeit die Grundlage für die hohe Produktivität der chemischen Industrie, steht aber nun der Aufspaltung der Großbetriebe in kleinere Einheiten und einer weltweiten Ausbeutung von Arbeitskraft im Wege. Hoechst Vorstandsvorsitzender Hilger dazu auf der Herbst-Pressekonferenz 1992: *»Wir haben eine stark verflochtene und bis zu den Vorpro-*



dukten integrierte Produktion. Was früher ein Vorteil war, stellt heute eine Belastung dar.«

Krisenstimmung trotz Milliardengewinnen

Die Chemiebosse haben es nicht leicht, den ArbeiterInnen die Angriffe auf Löhne und Beschäftigungssicherheit plausibel zu machen. Der Bayer-Vorstand gab für das Geschäftsjahr 1994 einen Gewinn von 3,2 Mrd. DM bekannt. Auch bei Hoechst und der BASF liegt er in Milliardenhöhe. 1993 hat Bayer bereits einen Gewinn von 2,4 Mrd. DM eingestrichen bei einem Konzernumsatz von 41 Mrd, davon 82 Prozent im Ausland. Zusätzlich wurde 1993 die Nettoverschuldung um 1 Mrd. DM auf Null reduziert. 550 Mio. DM ließ sich der Konzern den Abbau von Arbeitsplätzen kosten. Gleichzeitig waren noch 1,6 Mrd. DM übrig, um die Rücklagen zu erhöhen. Inzwischen betragen die flüssigen Mittel über fünf Mrd. DM, die Eigenkapitalquote liegt bei 45 Prozent. Im Durchschnitt der deutschen Industrie beträgt die Eigenkapitalquote 15 Prozent.

Bei der Bayer AG wurde in den vier Jahren von Ende 1990 bis Ende 1994 die Belegschaft um 10 600 auf 53 000 reduziert. Vor allem durch Personalabbau konnte die Produktivität um 23 Prozent in diesem Zeitraum gesteigert werden. In der gesamten Branche stieg sie alleine 1993 um 10,6 Prozent.

Angesichts dieser Zahlen sind die Angriffe auf die Chemiebelegschaften eine glatte Frechheit. Um sie durchsetzen zu können, müssen die Belegschaften durch eine Art psychologische Kriegsführung eingestimmt werden. Aus diesem Grund wurden 1993 bei Bayer 5 700 KollegInnen verschiedener Betriebe der Farben- und organischen Chemikalienproduktion in Kurzarbeit geschickt. Um Gelder vom Arbeitsamt zu bekommen, wurde die Kapazitätsauslastung nach unten frisiert. Einige Male kamen sie damit nicht durch und in manchen Bereichen war die Auftragslage offensichtlich zu gut: kurzfristig mußten solche Abteilungen wieder aus der Kurzarbeit rausgenommen werden. Kollegen berichteten, daß sie wegen der Kurzarbeit in Produktionsengpässe kamen, daß vor und nach der Kurzarbeitsphase erhöhter Arbeitsdruck herrschte.

II. Kündigung der Übertarife

1994 kommt dann der Hammer. Am 24. Mai 1994 kündigt der BASF-Vorstand die Streichung diverser Sozialleistungen und die Kürzung sowie Neuordnung des Übertarifs an. Die Vorstände von Bayer und Hoechst geben zwei Tage später die beabsichtigte Kündigung der entsprechenden Betriebsvereinbarungen bekannt. Bei dieser - offensichtlich abgesprochenen - Aktion der drei großen Chemiekapitale trifft es die ArbeiterInnen der BASF am stärksten. Bei Hoechst und Bayer sollen Teile der fixen außertariflichen Zulagen in individuelle, auf die Leistung bezogene Prämien umgewandelt werden. Ziel ist laut BASF-Vorstand einerseits eine nachhaltige Kostensenkung zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und andererseits eine stärkere leistungsbezogene Entlohnung.

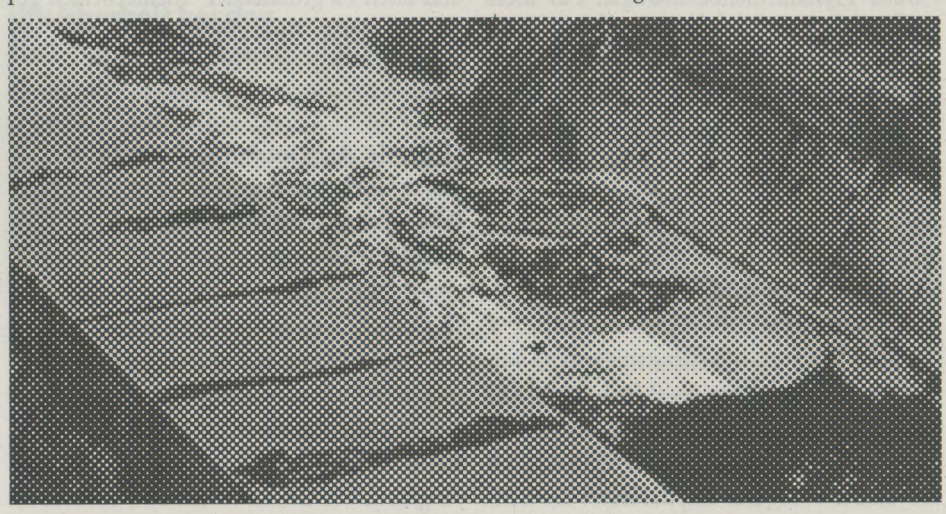
In der Großchemie wird bislang viel verdient. Mit Zulagen und Übertarif verdienen bei Bayer nach zehn Jahren ein Handwerker oder ein angelernter Produktionsarbeiter auf Vollkontischicht oder eine kaufmännische Angestellte zwischen 4 500 und 5 000 DM brutto. Leverkusen, Sitz der Bayer Konzernzentrale, ist die Stadt mit dem höchsten Durchschnittseinkommen in Deutschland. Bei der Kürzung der Übertarife geht es bei Bayer um Beträge von bis zu 680 DM brutto pro Monat.

Lohnsenkung Modell »Hoechst«

Bei Hoechst wird zuerst ein neues Lohngefüge vereinbart, das am 1. Januar 1995 in Kraft tritt. Ein Handwerker der betriebsinternen H-Gruppe 09 bekam bisher 4 072 DM brutto ohne persönliche Zulage. Nach dem neuen System wird er 3 785 DM erhalten. Das sind 287 DM weniger, dazu kommt der Verlust der persönlichen Zulage von 210 DM im Fabrikdurchschnitt. An deren Stelle tritt in Zukunft eine neue, stärker leistungbezogene Zulage. Der Handwerker wird nun jährlich neu einer von fünf Beurteilungsstufen durch seinen Vorgesetzten zugeordnet. Dies geschieht nach sieben bis acht Beurteilungskriterium wie Qualität und Quantität der Arbeit, Flexibilität und Belastbarkeit oder auch Kostenbewußtsein.

In der Beurteilungstufe 1 wird keine individuelle Zulage vergeben, in Stufe 5 sind es 720 DM. Der Handwerker aus dem obigen Beispiel muß mindestens in Stufe 3 (320-520 DM) kommen, um sein Einkommen zu halten. Die individuelle Zulage kann von Jahr zu Jahr um maximal 150 DM erhöht oder verringert werden. Es wird angenommen, daß ungefähr 25 Prozent der KollegInnen durch das neue Lohngefüge weniger verdienen. Für die Zeit nach der Überführung im Januar 1995 gibt es eine Besitzstandsregelung. Dieser Besitzstand wird über fünf Jahre mit Tariferhöhungen verrechnet, bis er ganz abgebaut ist. Zum ersten Mal fällt die kommende Tariferhöhung im Februar '95 durch Anrechnung des Besitzstandes niedriger aus.

Die ArbeiterInnen sollen mit dem neuen Übertarifsystem über die Beurteilungsstufen in sogenannte »Leistungsstarke« und »Leistungsschwache« gespalten werden. Der garantierte Anteil des Entgelts sinkt um ungefähr 10 Prozent und wird zusammen mit der alten persönlichen Zulage in einen stärker leistungsbezogenen Entgeltanteil umgewandelt. Neueinstellungen erhalten frühestens nach 18 Monaten und nicht wie bisher direkt eine betriebliche Zulage. In den um etwa 10 Prozent



abgesenkten Endsatz kommen sie in den Entgeltgruppen E 3 bis E 8 nach 6 Jahren gegenüber früher maximal 45 Monaten. Langfristig sinken die Durchschnittslöhne.

Lohnsenkung und gespaltener Tariflohn

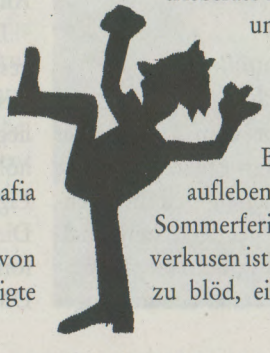
In den letzten Jahren hat die IG Chemie bereits Reallohnverluste vereinbart. Im Juni 1992 wurde für 16 Monate 5,1 Prozent abgeschlossen. Von November '93 bis Januar '94 gab es drei Null-Monate und dann zwei Prozent Entgelterhöhung. Erstmals wurde außerdem ein gespaltener Lohntarif bei Neueinstellungen vereinbart, wie wir ihn seit einigen Jahren schon aus den USA kennen: Ab Februar 1994 bekommen neueingestellte ArbeiterInnen (E1-E9), d.h. auch Auszubildende nach der Übernahme, im ersten Jahr nur 95 Prozent des Tariflohns. Waren sie vor der Einstellung sechs Monate oder in den zurückliegenden 24 Monaten mindestens ein Jahr arbeitslos, so sind es nur 90 Prozent. Das alles, »um die Beschäftigung und die praktische Eingliederung von Arbeitnehmern zu fördern«! Seitdem wurden in der chemischen Industrie 3 320 Leute, davon etwa 1 000 Arbeitslose zu Sondertarifen, eingestellt. Diese Zahl ist noch sehr niedrig und darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Kapital hier einen entscheidenden Einbruch erzielt hat. In der Metall-Tarifrunde fordern die Unternehmer bereits vehement eine vergleichbare Regelung, den sogenannten »Kombi-Lohn«. Und IG Chemie-Chef Rappe hat sich schon vor der Tarifrunde dafür ausgesprochen, das System der niedrigeren Einstiegslöhne weiter auszubauen.

III. Widerstandsaktionen

Im Zusammenhang mit den Umstrukturierungen war es in der Chemieindustrie relativ ruhig geblieben. Im Januar 1994 marschierten einige hundert KollegInnen der Pharma-Fertigung bei Hoechst in Frankfurt zum Betriebsrat, um gegen die Verlagerung ihrer Arbeitsplätze nach Frankreich und Italien zu protestieren - seit 1971 die erste Aktion in diesem Betrieb. Eintausend ArbeiterInnen unterschreiben einen Resolution an den Betriebsrat, den Kampf gegen die Arbeitsplatzvernichtung bei Hoechst aufzunehmen. Die Aktion war von Vertrauensleuten gegen den Willen der IG Chemie- und DAG-Betriebsratmafia organisiert worden.

Nachdem Ende Mai 1994 die Vorstände von BASF, Bayer und Hoechst die beabsichtigte Kündigung der Betriebsvereinbarungen zum Übertarif bekannt gegeben hatten, kommt es zu erheblichen Protestaktionen der Stammbelegschaften in allen drei Hauptwerken. Bei der BASF in Ludwigshafen protestieren über zehntausend ArbeiterInnen am 10. Juni gegen die Absicht des Vorstandes, den Übertarif zu kündigen und eine Reihe von sozialen Leistungen, wie Treueprämie und Pensionsurlaub, zu streichen. Die Protestkundgebung fand in der Mittagspause statt, während der allhalbjährlichen Versammlung der betrieblichen Vertrauensleute, etwas außerhalb des Werksgeländes. Die überwiegende Mehrheit sind Arbeiter, an ihren Blaumännern zu erkennen. Und sie waren wirklich ziemlich gut drauf - die Versuche der obersten Chefs, zu reden, mußten nach wenigen Sätzen abgebrochen werden. Allerdings ging das Ganze sehr geordnet über die Bühne, Rufe nach Streik oder so, wie es sie unmittelbar nach der Ankündigung der Streichungen gegeben hatte, fehlen. Ebenso eigene Transparente. Also alles (noch) gut im Griff vom Betriebsrat. Um aber die Bedeutung der Vorgänge würdigen zu können, muß mensch sich vergegenwärtigen, daß es keine Tradition für derartige Mobilisierung gibt. Das letzte Mal waren die »Aniliner« 1977 vors Tor gegangen.

In den beiden anderen Chemiemultis melden sich die ArbeiterInnen noch nicht so lautstark zu Wort. Bei Hoechst gehen Mitte Juni 500 Handwerker auf Initiative der »Durchschaubaren«, einer Oppositionsliste im Betriebsrat, vor das Tor Ost. Am 5. Juli ziehen diesmal 3 500 KollegInnen ans Tor. IG Chemie und DAG fühlen sich genötigt, diese Kundgebung zu organisieren. Bei Bayer in Leverkusen findet am selben Tag eine außerordentliche Betriebsversammlung statt. Mit gut 3 000 TeilnehmerInnen ist diese trotz Ferienzeit gut besucht. Es herrscht eine ausgesprochen kämpferische Atmosphäre. Aus sämtlichen Bereichen des Werkes melden sich ArbeiterInnen und Angestellte zu Wort und weisen jeweils aus ihrer spezifischen Sicht den Angriff auf ihr Einkommen zurück. Der Betriebsrat gibt unter Beifall bekannt, daß in allen Bayer-Werken 21 000 Unterschriften gegen die Lohnkürzung gesammelt wurden. Ansonsten sitzen die Betriebsräte nur lahm auf dem Podium rum.



Den Konzernleitungen gelingt es mit Hilfe der IG Chemie und der Betriebsräte, ein Wiederaufleben der Proteste nach den Sommerferien zu verhindern. In Leverkusen ist sich die IG Chemie nicht zu blöd, einen Anstecker mit der Aufschrift »Gutes Geld für gute Arbeit« zu verteilen. Die DAG behauptet in einem Flugblatt sogar: *»Die Beschäftigten wollen eine leistungsbezogene Einkommensbemessung«*. Trotzdem schwelt der Unmut über das bisher nicht gekannte aggressive Vorgehen der Unternehmensleitungen weiter und kann jederzeit an dem einen oder anderen Punkt wieder zum Ausbruch kommen. Anläßlich der Weigerung der neuen Hoechst Trevira GmbH & Co KG, in den Arbeitgeberverband einzutreten, um so einen niedrigeren Haustarifvertrag abschließen zu können, sieht der Hauptgeschäftsführer des hessischen Chemie-Arbeitgeberverbandes »das Risiko außerordentlicher Spannungen« auf die Kapitalisten zukommen.

Daß solche Befürchtungen nicht grundlos sind, zeigt die letzte Aktion von ChemiearbeiterInnen, die im Wuppertaler Betrieb von Bayer stattfand. Am 13. Januar hatte der Gesamtbetriebsrat von Bayer einer ähnlichen Betriebsvereinbarung über Lohnkürzungen wie bei Hoechst rückwirkend zum 1.1.95 zugestimmt. Einen Tag vorher kommt es in Wuppertal-Elberfeld zu erheblichen Protesten. Die Vertrauensleute hatten eine Demo vorbereitet. Als es losgehen soll, versucht der IG Chemie-Bezirkssekretär das zu verhindern: »Wir werden die Tore schließen, wenn ihr jetzt eine Demo macht. Das ist eine illegale Aktion.« Während seiner Rede herrscht eisiges Schweigen, die KollegInnen sind fassungslos. Dann wird er total ausgepfiffen. Zwei Betriebsräte der oppositionellen »Belegschaftsliste« lösen mit ihren Redebeiträgen, die dauernd von Beifall unterbrochen werden, die Lähmung. Alle 500 VersammlungsteilnehmerInnen marschieren raus und demonstrieren über das Fabrikgelände zur Kantine. Auf Schildern ist zu lesen: *»Weltweit kauft Bayer alles auf – Wir Kollegen zahlen drauf!«* und *»Bald ist auch die Küche dran, es lebe unser Henkelmann!«*, was sich auf die von der Geschäftsleitung diskutierte Ausgliederung der Kantine bezieht. Auch zur internationalen Unternehmenspolitik wird Stellung bezogen: *»Umweltschutz und Sicherheit - Gleiche Standards weltweit!«*

Kommentar einer Kollegin:

»Alle haben das Gefühl, daß das Maß voll ist. (...) Die IG Chemie als Ordnungsfaktor wirkt nicht mehr.«

Italien:

Mehr Arbeit,

Italien hat einen sehr bewegten Herbst hinter sich: viele Millionen Menschen auf der Straße, Streiks, besetzte Schulen und Unis, Straßen- und Eisenbahnblockaden. Am Ende mußte die Regierung Berlusconi ihr Haushaltsgesetz in einem wichtigen Punkt verändern und schließlich sogar zurücktreten. Nach langem Gezerre wurde eine Regierung aus Technokraten eingesetzt, die auf die wahrlich innovative Idee kam, das Haushaltsdefizit durch eine Erhöhung der Benzin-, Strom- und Telefonpreise zu verringern – wie alle Regierungen vor ihr. Außerdem hat sie angekündigt, die Rentenkürzung per Gesetzesdekret zuwege zu bringen, d.h. ohne auf die Zustimmung des Parlaments angewiesen zu sein. Die Gewerkschaften haben bereits entschieden protestiert – womit das Spiel von neuem beginnen kann.

Auch in den Fabriken fällt es den Unternehmern nicht so leicht, wie sie gerne nach außen verbreiten, die neuen Bedingungen durchzusetzen, die auch in Italien heißen: flexibler, an mehr Tagen in der Woche und intensiver zu arbeiten.

Der Herbst der Mobilisierungen

Die massenhafte Mobilisierung, die sich an der Oberfläche gegen das Haushaltsgesetz und teilweise gegen die Regierung insgesamt richtete, kann man ziemlich deutlich in drei Phasen einteilen:

1. Phase: Aufschwung der Bewegung

Von Ende September bis Mitte Oktober 1994 entwickeln sich beinahe flächendeckend Streiks, Mobilisierungen, Straßenblockaden, Besetzungen. In dieser Phase entsteht ein buntes, widersprüchliches Bild von autonomen Basis-Aktivitäten und gewerkschaftlich und sozialdemokratisch von oben kontrollierten Initiativen, wie wir es aus Italien kennen. Vielerorts ist das widersprüchliche Verhältnis zwischen ArbeiterInnen und institutionalisierter Arbeiterbewegung eindeutig so bestimmt, daß die Leute aktiv werden und die Institutionen hinterherlaufen. Den Schlußpunkt dieser Phase bildet der vierstündige Generalstreik am 14. Oktober, an dem 13 Millionen Menschen teilnehmen. Für viele »Junge« ist es der erste Streik in ihrem Leben. Am selben Tag finden in allen großen Städten Demos mit etwa 3 Millionen TeilnehmerInnen statt.

2. Phase: Die Gewerkschaften setzen ihre Teilnahme an den Verhandlungen durch

Von Mitte Oktober bis Mitte November gehen die Mobilisierungen stark zurück, die traditionellen Organisationen gewinnen deutlich wieder Oberwasser. Die Demo in Rom am 12. November war mit knapp anderthalb Millionen TeilnehmerInnen gigantisch (wahrscheinlich die größte Demo in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg), aber sie fügt sich schon wieder ganz in das traditionelle Schema der Abschlußkundgebung, die eine Kampagne beendet. Viele italienische GenossInnen, die ich kenne, sind zu dieser Demo bereits gar nicht mehr gefahren, zu deutlich war die Hegemonie von Rifondazione und PDS, die u.a. mit 3-Tages-Busreisen inkl. Übernachtung und Vollverpflegung ihren RentnerInnenanhang nach Rom karrten.

3. Phase: Ein Kompromiß wird gefunden

Von Mitte November bis zum 2. Dezember geht die Mobilisierung fast ganz zurück. Die institutionelle Linke berauscht sich am Hochrechnen der Ergebnisse bei den Kommunalwahlen vom 20. November, bei denen Berlusconis Wahlverein *Forza Italia* deutlich angeschlagen wurde. Trotz weiterem Rückgang der Bewegung sind zu dieser Zeit noch über drei Viertel aller Schulen und Unis im Land besetzt. Die Gewerkschaften haben zu einem Generalstreik am 2. Dezember aufgerufen, nutzen dieses Datum aber ganz offensichtlich nur als Verhandlungsmasse bei ihren Gipfelgesprächen mit der Regierung. Der »Kompromiß« vom 1. Dezember geht ohne ernsthafte Opposition durch. Am 2. Dezember demonstrieren und streiken nur noch die alternativen und anarchistischen Gewerkschaften (*Cobas*, CUB und USI).

Hintergründe

Auslöser der Bewegung waren die angekündigten Sparmaßnahmen der Regierung, die auch schon zwei Jahre zuvor zur »Woche der Schraubenmuttern« geführt hatten. Der Haushalts-Entwurf der Regierung Berlusconi war der dritte in Reihenfolge, der massivste Kürzungen im Sozialbereich vorsah. Die letzten beiden hatten im Zusammenhang mit zwei tripartistischen Abkommen (zwischen Regierung, Unternehmern und Gewerkschaften) zur Senkung der Arbeitskosten die automatische Anpassung der Löhne an die Inflation abgeschafft, die Renten gekürzt und medizinische Leistungen verteuert, Leiharbeit legalisiert, das Streikrecht begrenzt und die Möglichkeit, junge Arbeitslose mit staatlich subventionierten »Ausbildungsverträgen« befristet zum halben Lohn zu beschäftigen, bis zum Alter von 32 Jahren ausgeweitet.

Diesmal sollten insgesamt 50 Mrd. DM eingespart werden, unter anderem durch eine weitere Erhöhung der Studiengebühren (sie liegen schon bei 2 000 DM pro Jahr!), Erhöhung der Rezeptgebühren auf 6 DM plus Eigenbeteiligung an den Medikamenten usw.. Die ins Haushaltsgesetz integrierte Rentenreform (vorgesehene Einsparungen: 8 Mrd. DM) brachte das Faß zum Überlaufen. Dieser

weniger Rente!

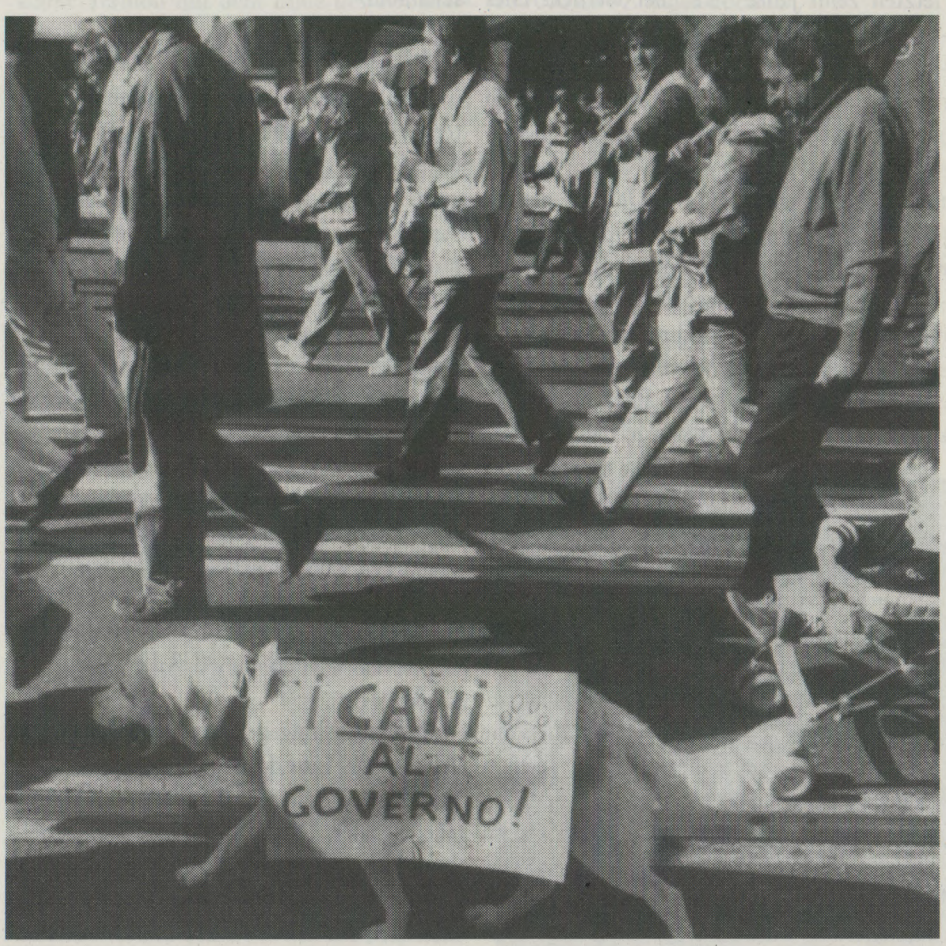
massive Angriff auf das proletarische Einkommen löste einen breiten Sturm der Empörung und eine sofortige Mobilisierung aus.

Die Bedeutung der Renten

In Italien gibt es bisher nur sehr marginal Arbeitslosengeld, keine Arbeitslosenhilfe und keine Sozialhilfe, von der man (wenn auch schlecht) leben könnte. Die Renten spielen schon deshalb eine wesentlich größere Rolle. Vor allem im Süden setzte sich das Familieneinkommen oft aus mehreren Renten, Schwarzarbeitsjobs und vielleicht einem Arbeitsplatz in der staatlichen Bürokratie zusammen. Bisher reichten als Anwartschaft auf Invalidenrente mehrere Monate Saisonarbeit in der Landwirtschaft aus. Es ist üblich, daß Leute auf dem Papier bei einem befreundeten Bauer als Saisonarbeiter eingestellt sind, um dann Invalidenrente zu beantragen. Es gibt sieben Millionen EmpfängerInnen von Invalidenrenten. Die Menschen leben aber von solchen »Betrügereien« sicherlich nicht im Luxus, denn von der Mindestrente allein kann niemand leben. Eher geht es darum, daß ausreichend willige Arbeitskraft für die boomenden Industrieprojekte im Süden nur geschaffen werden kann, wenn die komplizierten Familienökonomien mit ihren zig Einkommen »rationalisiert« werden. Um ins »moderne Europa« zu passen, muß der italienische Sozialstaat umgebaut werden. Die Reproduktionsmöglichkeiten der ProletarierInnen müssen so gestaltet werden, daß sie stärker als Zwang in die Arbeit funktionieren. Außerdem liegt der Anteil der Renten bei über 20 Prozent der Staatsausgaben (zum Vergleich: in der BRD bei 15 Prozent) – auch finanziell steht eine Rentenreform also im Zentrum beim Abbau der Staatsverschuldung.

Regulär konnten Beschäftigte der Privatindustrie bisher nach 35 Jahren in Rente gehen; im Öffentlichen Dienst sogar schon nach 15 – 20 Jahren, und zwar sofort, nicht erst nach Erreichen eines gesetzlichen Rentenalters. Im Extremfall konnten zum Beispiel Lehrerinnen, die sich Studienzeiten und Kindererziehungszeiten anrechnen ließen, nach nur acht Jahren Arbeit eine lebenslange Pension beziehen (im Volksmund wird das »Baby-Pension« genannt). Aber solche Vergünstigungen sind im Öffentlichen Dienst Italiens inzwischen weitgehend abgebaut. Stechuhren für die LehrerInnen an Schulen und Bedienstete anderer öffentlichen Einrichtungen sind zum Beispiel inzwischen völlig normal. Die Propaganda gegen die »Privilegien« im Öffentlichen Dienst diente in den letzten Jahren vor allem dazu, den allgemeinen Angriff auf die Reproduktion der ArbeiterInnen propagandistisch vorzubereiten.

Aber alle fragten sich, warum die Regierung Berlusconi den Knackpunkt Renten noch in ihr Haushaltsgesetz packen mußte. Sollte die Linke brüskiert werden? Wollte man den Gewerkschaften zeigen, daß sie zur Kontrolle der Arbeiterklasse überflüssig geworden sind? Handelte die Regierung auf massiven Druck des IWF, der des öfteren die riesige Verschuldung des italienischen Staates (sie liegt bei über



120 Prozent des Bruttosozialprodukts) moniert hatte? Oder hatte das Regime ganz einfach falsch kalkuliert? (Die Regierung Berlusconi war die erste Nachkriegsregierung in Italien, die keine Gewerkschaftsführer als Berater hatte; es kann sein, daß sie ganz simpel die Lage im Land falsch eingeschätzt hat.)

Die Pläne der Regierung sahen vor, den frühestmöglichen Rentenbeginn heraufzusetzen und für jedes Jahr, das man vor Erreichen des Rentenalters in Rente geht, 3 Prozent von der Rente abzuziehen. Zudem sollte die Rentenhöhe nach dem Einkommen des gesamten Arbeitslebens und nicht mehr nach dem der letzten zehn Jahre berechnet werden. Dies brächte für viele Rentner Einbußen bis zu zu 40 Prozent mit sich. Aus diesem Grund sahen sich auch viele Angestellte, Meister usw. durch das Gesetz um die Früchte ihrer Arbeit betrogen.

Der Kompromiß vom 1. Dezember sieht eine Kürzung der geplanten Einsparungen um 4 Mrd. DM vor. Außerdem wurde die Rentenreform aus dem Haushaltsgesetz ausgegliedert und soll bis zum 30. Juni 1995 als gesondertes Gesetzespaket verabschiedet werden. Einen Rentenabzug von 3 Prozent wird es nicht geben; außerdem wurde die Reduzierung des jährlichen Teuerungsausgleichs von 2 auf 1,75 Prozent zurückgenommen. Diejenigen, die ihre 35 Beitragsjahre erst nach dem 31.12.1993 erreicht und am 28.9.1994 noch keinen Antrag auf Verrentung gestellt hatten, müssen bis zum 30. Juni 1995 warten (500 000 ArbeiterInnen hatten einen Antrag auf Rente gestellt, als die Absichten der Regierung deutlich wurden; diese sind nun für ein halbes Jahr blockiert). Die Rentenhöhe wird nach dem Einkommen aus dem gesamten Arbeitsleben errechnet, nicht mehr nach den letzten zehn Jahren.

Mit der Kürzung der Renten aus der Pflichtversicherung wurde die private Zusatzversicherung zu einem profitträchtigen Geschäft, in das nicht nur die Firmen Berlusconis, sondern auch die Gewerkschaften und die von Gewerkschaftern geleitete staatliche Rentenversicherungsgesellschaft INPS eingestiegen sind bzw. einsteigen wollen. In den Wochen der Auseinandersetzungen um die Rentenreform waren alle Medien voll mit Werbung für die privaten Rentenversicherungen der Berlusconi-Gruppe. Ein besonders drastisches Beispiel für die Interessenidentität zwischen Regierungsamt und privatem Gewinninteresse. Die INPS hilft dabei, ihr eigenes Grab als umfassende staatliche Versorgungsbehörde zu schaufeln.

Die hilfslose linke Opposition

Die alternativen Gewerkschafter analysierten ganz richtig, die offiziellen Gewerkschaften seien mit dem Kompromiß zufrieden, weil sie der Regierung bewiesen hatten, daß sie als Verhandlungspartner unentbehrlich sind. Damit hätten sie aber eine Bewegung verbrannt, in der tatsächlich die Möglichkeit angelegt war, die politische Situation im Land nach links zu polarisieren. Diese Interpretation geht ganz richtig davon aus, daß in Italien die Rechte vor allem deswegen an der Regierung ist, weil ihr die linken Parteien kein eigenes Programm entgegenzusetzen haben. »Linke« wie »Rechte« sind sich grundsätzlich darüber einig, daß bei den sozialen Dienstleistungen (Gesundheitswesen, Bildungswesen und Renten) gekürzt werden muß, daß »Italien modernisiert« werden muß, daß der Staat sparen muß.

Falsch war hingegen ihre Einschätzung, das Abkommen hätte die Regierung Berlusconi legitimiert: Berlusconi mußte kurz darauf zurücktreten. Das berührt einen sehr schwachen Punkt in den Einschätzungen der italienischen Linken in den letzten Monaten. Alles Übel der Welt wird auf die Rechten an der Regierung projiziert, und damit sind die *Lega*, Berlusconi und die gewendeten Faschisten der *Alleanza nazionale* gemeint. Vergessen scheinen die beiden vorangegangenen Präsidialregierungen Amato und Ciampi, von denen vor allem Ciampi wesentlich massivere Einschnitte ins Sozial- und Tarifsystem durchsetzen konnte als Berlusconi.

Die Regierung Berlusconi war von zwei Seiten unter Druck gekommen: der Industriellenverband und der IWF hatten im Spätsommer mehr Härte und stärkere Einsparungen angemahnt – aber gegen die soziale Basis der *Alleanza nazionale* (Rentner im Süden) und vor allem der *Lega* (die »produktiven Kräfte« im Norden, also vor allem Selbständige und Kleinunternehmer, teilweise aber auch Arbeiter) konnte die Regierungskoalition diese Kürzungen nicht durchsetzen. Sie verlor ihre Mehrheit durch den Austritt der *Lega*-Mehrheitsfraktion vor dem Hintergrund, daß ihre soziale Basis sich in den Protesten und Streiks sehr deutlich artikuliert hatte.

Das kapitalistische Krisenprogramm kann in Italien offenbar nicht von einer gewählten Regierung durchgesetzt werden, die auf ihre Klientel und WählerInnen Rücksicht nehmen muß. Der Kampf gegen die Rentenreform hat es zunächst verhindert, daß die gefährliche Mischung aus Regionalisten, populistischen Unternehmern und Neofaschisten sich als Regime etablieren konnte. Folgerichtig wurde nach Berlusconis Sturz wieder eine »Regierung der Fachleute« unter Dini eingesetzt, einem Mann des IWF, der zuletzt Finanzminister unter Berlusconi gewesen war.

Objektiv war der Kompromiß sicher eine schwere Enttäuschung für die Aktivisten der Bewegung. Subjektiv haben es viele TeilnehmerInnen aber als Sieg empfunden, daß die Herrschenden zum ersten Mal seit langen Jahren wieder zurückweichen mußten; ja, daß man sogar eine Regierung gestürzt hat. Doch

die nächste Auseinandersetzung ist schon abzusehen. Die neue »Technokraten«-Regierung Dinis will die Rentenkürzung per Gesetzesdekret durchsetzen, also unabhängig von den parlamentarischen Parteien und ihrer Anhängerschaft.

FIAT: Für eine Handvoll Motoren mehr

Ganz ähnlich wie in der Rentenfrage verhalten sich die Gewerkschaften auch bei den Tarifverhandlungen. Als grundsätzliche Tendenz ist eine Verschiebung weg von Flächentarifverträgen hin zu Haustarifverträgen auszumachen. Wobei auch hier die Gewerkschaften einen Kurs fahren, der die Wettbewerbsfähigkeit der italienischen Industrie und ihre Anpassung an die globalen Umstrukturierungsprozesse mitträgt (»sozialverträglich« natürlich!). In vielen Fabriken ist der Samstag inzwischen normaler Arbeitstag, d.h. es müssen keine Zuschläge gezahlt werden. In Italien steht auch eine Veränderung des Betriebsverfassungsgesetzes an, die am deutschen Modell orientiert sein soll. Das neue Betriebsverfassungsgesetz sieht betriebliche Interessenvertretungen vor, die von den Gewerkschaften formal unabhängig sein und sich an den betrieblichen Interessen orientieren sollen. Schon die Tarifpolitik der letzten Jahren war stark an die deutsche angelehnt. Ob die 35-Stunden-Woche in Italien weiterhin angestrebt wird, hängt auch vom Ausgang des IG Metall-Streiks in Bayern ab.

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen um Mehrarbeit und Samstagsarbeit stehen die neuen Modellfabriken im Süden. In Termoli, *der* FIAT-Modellfabrik der 80er Jahre, hatten die Gewerkschaften im Februar 1994 einen Haustarifvertrag abgeschlossen, der die Möglichkeit von Samstagsarbeit als normaler Arbeitszeit vorsah, wenn diese aus »betrieblichen Belangen« notwendig ist. Am 2. Dezember stimmten 65 Prozent der Arbeiter dagegen, als FIAT dieses Abkommen in Kraft setzen und obligatorische Samstagsarbeit anordnen wollte.

Termoli ist eine kleine Stadt direkt am Meer in der süditalienischen Region Molise. Das Motorenwerk Termoli 3 wurde in der ersten Hälfte der 80er Jahre gebaut und 1985 in Betrieb genommen. FIAT setzte hier auf junge, unerfahrene ArbeiterInnen mit wenig Schulbildung und niedrigem gewerkschaftlichen Organisationsgrad. Während die revolutionäre Linke Termoli mit dem Ende des Arbeiterkampfes gleichsetzte, schwärmte die reformistische Linke von der Automatisierung als Ende mühevoller und stupider Fabrikarbeit und der Entstehung der »neuen Arbeiterfigur Anlagenführer«. *»Termoli 3 ist für die Mythenbildung in der italienischen Linken so was wie die ›Halle 54‹ bei VW oder die Montagebänder des Kadett für die hiesigen Schwarmgeister«*, schrieben wir in der WILDCAT 38 (Frühjahr 1986). Termoli 3 stellte damals das höchste Niveau an industrieller Automatisierung im Autosektor dar (für Zahlenfanatiker: FIAT gab den Automationsgrad dieser »integrierten Fabrik« mit 80 Prozent an, Handarbeit wurde reduziert auf Reparaturen entlang der automatisierten Bänder, Endkontrolle und zwei Abschnitte bei der Endmontage des Motors).

In Termoli wurde von Anfang an der neue 1000-ccm-Motor *Fire* montiert, der leichter und sparsamer als sein Vorgänger ist, der 903 ccm-Motor; vor allem aber besteht er aus wesentlich weniger Teilen und läßt sich mit 40 Prozent weniger direkten Arbeitern montieren. Seit 1988 produzieren die 3000 Beschäftigten (davon über 2600 ArbeiterInnen!) im Drei-Schicht-Betrieb Motoren für den *Lancia Y10* und den *Uno*. Mit der Markteinführung des *Punto* reichten diese Stückzahlen bei weitem nicht mehr aus. In Termoli können im Dreischichtbetrieb 3000 Motoren am Tag produziert werden. Da aber in den letzten Jahren alles aus den Anlagen rausgeholt wurde und sie in keinem besonders guten Zustand sind, liegt die maximale Tagesproduktion zur Zeit bei 2700 Motoren täglich. Durch den Markterfolg des *Punto* bräuchte FIAT aber mindestens 3400 Motoren.

Die Folge waren 288 Überstunden von Januar bis November, das sind drei zusätzliche Schichten pro Monat! Pro Samstagsschicht mußte FIAT aber bisher durchschnittlich 100 000 Lire Zulagen bezahlen.

Fiat hatte angeboten, auch den neuen 16-Ventiler-Motor für den *Punto* mit einer geplanten Stückzahl von 1000 Motoren täglich in Termoli zu produzieren und dafür 400 neue Leute einzustellen. Dafür hatte man das Zugeständnis der Gewerkschaften erhalten, daß der Samstag zum normalen Arbeitstag werden sollte, sich mithin die Arbeitsbedingungen und die Löhne der *gesamten* Belegschaft verschlechtern sollten. Da die »400 zusätzlichen Arbeitsplätze« zudem »Ausbildungsverträge« sein sollten, also staatlich subventionierte, zeitlich befristete Billiglohnarbeit, war dies

aus Gewerkschaftssicht kein sonderlich guter Deal, selbst gemessen an dem inzwischen üblichen *concession bargaining*. Besonders pikant war das Ansinnen des Unternehmers auch deshalb, weil im alten Alfa-Werk in Mailand (Arese) die Motorenabteilung in Kurzarbeit ist. Offensichtlich will FIAT dieses für seine Kampfgeschichte berühmte Werk, in dem es auch ein *Cobas* gibt, aus politischen Gründen ganz schließen. Und da FIAT gerade in allen Werken den Samstag zum Normalarbeitstag machen will, schlug das Arbeiter-Nein vom 2. Dezember wie eine Bombe ein.

FIAT drohte noch am selben Tag, die Produktion des 16-Ventilers ins Turiner Werk *Mirafiori* zu verlegen (ausgerechnet Mirafiori, das wegen der ständigen Probleme mit den Arbeitern schon geschlossen werden sollte!!!) und die dortige Produktion des 903 ccm-Motors nach Polen zu verlagern. Insofern ein zweischneidiges Argument, als das FIAT-Management gerade einen Monat vorher den ArbeiterInnen in Polen mit der Verlagerung der Produktion nach Lateinamerika gedroht hatte. Aber gegen den Widerstand der Arbeiter in Termoli spielte FIAT alle Karten aus: *»Wenn uns weiterhin Hindernisse in den Weg gelegt werden, müssen wir eben den europäischen Markt von Brasilien und Argentinien aus versorgen. Wir sind sehr viel mehr ein multinationales Unternehmen, als man gemeinhin glaubt!«* (Paolo Gasca, Verantwortlicher für industrielle Beziehungen bei FIAT) Damit lag Gasca bereits auf der Linie, die Cesare Romiti auf dem FIAT-Kongreß, zu dem alljährlich die Crème de la Crème des internationalen Managements anreist, am 5. Dezember ausgeben sollte. Fünf Jahre nachdem er auf eben jenem Kongreß die »totale Qualität« proklamiert hatte, formulierte Romiti diesmal die Strategie der »globalen Konkurrenzfähigkeit«. FIAT produziere Autos in Nord- und Süditalien, in Ost-Europa (Polen), in der Türkei, in Brasilien und Argentinien und demnächst auch in Mexiko und Palästina. Man werde bald die Hälfte der Produktion im Ausland haben und somit dort produzieren können, wo die Arbeitskraft billiger und flexibler ist.

Um diese harte Unternehmerreaktion herum verbündete sich (fast) das ganze Land gegen die Arbeiter von Termoli. Ihre Ablehnung der Samstagsarbeit wurde regelrecht zum »Skandal« hochgepuscht. Die Kirche, die Massenmedien, die nationalen Gewerkschaftsführer, Minister, der Bürgermeister von Termoli – alle machten Front gegen die Arbeiter. In der Presse wurden sie unter anderem als »Egoisten, die nur an sich selber denken« und »Nichtsnutze« bezeichnet. In Termoli selbst veranstalteten sogar 1000 von Pfarrern und Lehrern verängstigte SchülerInnen einen Schweigemarsch gegen sie. (Dies ist besonders erhellend, wenn man es mit der breiten Solidarität von politischen Parteien, Gewerkschaften, Kirche und der »ganzen Stadt« mit dem sehr militant geführten Kampf der Chemiearbeiter in Crotone gegen die Schließung ihres Werks vergleicht: Jene »wollten arbeiten« und hatten auch da noch die Solidarität des Bürgermeisters, des Erzbischofs und fast der ganzen Gesellschaft, als sie das mit militanten Mitteln durchzusetzen versuchten; die Arbeiter in Termoli hatten »nur abgestimmt«: aber eben gegen mehr Arbeit!)

FIAT verfolgt mit dem *Punto* die gleiche Taktik wie 1983 mit der Markteinführung des *Uno*. Zunächst hat man die alten Belegschaften radikal reduziert (damals mit den politischen Entlassungen von 23 000 ArbeiterInnen nach dem verlorenen Streik im Herbst 1980; zu Beginn der 90er Jahre mit der Krise der Autoindustrie), dann stellt man eine supermoderne Fabrik auf die grüne Wiese (damals Termoli, heute Melfi), um dort neue Bedingungen durchzusetzen. Diese neuen Bedingungen versucht man dann, in die anderen Werke zurückzuimportieren. (Übrigens das, was in der BRD auch in vollem Gange ist: in der Ex-DDR neue Bedingungen schaffen und diese dann in die BRD rückexportieren). Und das gilt auf allen Ebenen: Einführung neuer Arbeitsmodelle; Durchsetzung des Samstag als normaler Arbeitszeit; bis hin zur Ebene der Propaganda. Der *Punto* wird in der Werbung als »Produkt eines zufriedenen Teams«, in das explizit auch die KundInnen eingeschlossen sind, vermarktet. Wie damals der *Uno* wurde er europäisches Auto des Jahres usw..

»Jurassic Class«?

Das Zwischenresümee der Unternehmer fiel aufgeregt aus. Maurizio Castro, der bei Zanussi für *industrial relations* verantwortliche Direktor wird im *Mondo Economico* vom 24. Dezember 1994 in einem Artikel mit dem Titel: *»Jurassic Class: Die Industrial relations nach den Ereignissen in Termoli«* folgendermaßen zitiert: *»Wir sind noch in der Mitte der Furt. Bis vor wenigen Jahren gab es unter den Arbeitern noch so was wie eine Klassenidentität und -kultur. Heute müßte eine Unternehmenskultur zum Tragen kommen, in der die Interessen der Beschäftigten und der Unternehmen zusammenfließen. Wir haben die erste Phase überwunden, ohne daß wir schon in der zweiten angekommen wären.«* Und der Journalist, der den Artikel schrieb, führte aus: *»Flexibilität wird [bisher] nur dann akzeptiert, wenn das Überleben des Unternehmens auf dem Spiel steht und es um Arbeitsplätze geht. [...] Alle Unternehmer stimmen darin überein, daß es noch an industrieller Kultur fehlt, noch immer ist die Ansicht weit verbreitet, daß es ein Recht auf Arbeit gäbe ... «* Hier wird der Autor des Artikels bezeichnenderweise unsachlich, denn die ArbeiterInnen von Termoli hatten sich ja gerade für ihr »Recht«, am Samstag *nicht* zu arbeiten, stark gemacht! Am Ende des

Artikels zieht er das Resümee, man müsse *»ohne Angst und ohne plötzliche Fluchten zurück voranschreiten; die Arbeit befreien durch Einführung von Zeitarbeit, befristeten Verträgen und Teilzeit. Denn die Geschichte läßt sich nicht aufhalten. Und man kann auch nicht in der Mitte der Furt stehen bleiben.«*

Schließlich wurden die Arbeiter zu einer zweiten Abstimmung getrieben, bei der per Handaufheben dann eine Mehrheit für die Samstagsarbeit zustandekam. Es gehört zum Bild, daß die ArbeiterInnen danach in der Öffentlichkeit nur als Verlierer dastehen. Aber wenn man genauer guckt, waren und sind die Arbeiter von Termoli nicht allein. Es gab eine ganze Reihe von ähnlichen Konflikten in anderen Fabriken (Merloni, Lanerossi, Piaggio, Teksid usw.), und auch ArbeiterInnen, die sich nicht auf diese direkte Art am Kampf beteiligen konnten, solidarisierten sich mit ihnen. Letztlich ist die Schlacht um die Einführung »kostenneutraler« Samstagsarbeit in Italien noch nicht geschlagen.

Ich will einige Auseinandersetzungen etwas genauer schildern (vielleicht kommen ja ein paar Anregungen rüber, wie wir uns in solchen Konflikten hier verhalten können). In der Kühlschrankfabrik von *Merloni* in Carinaro hatte der Unternehmer eine Betriebsvereinbarung vorgelegt, wonach die Produktion um 15 Prozent erhöht, aber nur an zwei von fünf Bändern auch die Belegschaft vergrößert werden sollte. Dafür bot er an, 40 Leute mit Zeitverträgen einzustellen. Die ArbeiterInnen lehnten auf einer Betriebsversammlung am 30. November dies mit deutlicher Mehrheit ab, obwohl die Fabrik in einer Gegend mit 27 Prozent Arbeitslosigkeit liegt, und der Unternehmer mit der Verlagerung der Produktion in die Türkei und nach Portugal (wo *Merloni* bereits Produktionsstätten hat) gedroht hatte. Auch in diesem Fall setzten die Gewerkschaften auf ein Referendum, in der Hoffnung, damit das Arbeiter-Nein brechen zu können. Aber am 5. Dezember stimmten die Arbeiter auch in der Umfrage dagegen.

In anderen Fabriken versuchen die Betriebsräte Tauschgeschäfte zu machen. Bei *Weber* in Bari (400 Beschäftigte, gehört zu Magneti Marelli) wurde eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen, nach der ein Jahr lang einige Arbeiter von Montag bis Freitag, andere von Dienstag bis Samstag, wieder andere mit rollierender Freischicht an einem Wochentag von Montag bis Samstag arbeiten. Dafür nimmt der Unternehmer 170 unbefristete Neueinstellungen vor.

Ähnlich ging der Betriebsrat von *Teksid* in Carmagnola vor (gehört ebenfalls zum FIAT-Konzern). Für seine Zustimmung zur Samstagsarbeit verlangte er Neueinstellungen mit genauen Verpflichtungen, auch Leute über 32 Jahre und Frauen einzustellen, ließ sich hierbei aber auf Zeitverträge ein. Außerdem wurden Verbesserungen in der Arbeitsumgebung vereinbart (Staub, Lärm, Rauch und andere Umweltbelastungen) und zusätzliche Wartungsarbeiter eingestellt. Die Samstagsschichten wurden auf sechs Stunden gekürzt, es wird eine Zusatzprämie gezahlt, und sie ist vorerst nur für eine Experimentierphase von 6 Monaten vereinbart. Danach muß neu verhandelt werden.

Aber auch in Termoli bekam FIAT trotz aller Erpressungen die »Zustimmung« der ArbeiterInnen nicht umsonst. Der Unternehmer mußte wesentlich mehr Gegenleistungen anbieten, als öffentlich bekannt gegeben wurde. Während der zusätzlichen Samstagsschichten darf unter der Woche keine Überstunde verordnet werden; über die Sonntagsarbeit der Wartungsarbeiter entscheidet eine paritätisch besetzte Kommission; die Firma stellt Transportmittel zur Fabrik zur Verfügung und verpflichtet sich, unter den 400 neu Einzustellenden auch Behinderte einzustellen usw.. Und auch in den anderen Werken muß FIAT die Samstagsarbeit teuer bezahlen (40 000 Lire zusätzlich auf die Hand plus Ausgleichstage). Es gärt weiterhin in den Betrieben, auch in Termoli und in anderen FIAT-Fabriken. Gabriele Polo, der seit vielen Jahren die Entwicklung bei FIAT aufmerksam beobachtet, stellt fest: *»Viele meinen, daß sich der Wind gedreht hat, und die Erfahrung der Kämpfe gegen das Haushaltsgesetz macht es möglich, jetzt wieder mehr zu wagen – auch im Kampf gegen den Turiner Multi.«* (il manifesto, 8. Dezember 94)

Ein neuer Wind?

In diesen Konflikten haben die ArbeiterInnen angefangen, den Unternehmern ihr Erpressungsmittel Arbeitslosigkeit aus der Hand zu schlagen. Denn zunächst war die hohe Arbeitslosigkeit in Italien das offizielle Motiv dafür, daß FIAT, *Barilla* und anderen Großunternehmen ihre supermodernen Fabriken im Süden so massiv subventioniert wurden, daß sie fast nichts investieren mußten. Danach konnten sie die politisch unliebsamen und störrischen ArbeiterInnen im Norden vor die Tür setzen. In einem dritten Schritt wollen sie nun die auf der grünen Wiese durchgesetzten Bedingungen aufs ganze Land ausweiten. Die boomende Industrie braucht massenhaft neue Arbeitskräfte und versucht gleichzeitig, hohe Gegenleistungen für das »Schaffen von Arbeitsplätzen« einzukassieren. Die Gewerkschaften sind nur allzu bereit, dieses Spiel mitzuspielen. Und auch die »linke« PDS stützt die neue Regierung Dini (die PDS hatte übrigens im Februar '95 die erste Streikandrohung in ihrer Parteigeschichte: ihre 16 000 Beschäftigten drohten mit einem Streik, wenn ihnen nicht endlich ihr Lohn ausbezahlt würde).

Ganz ähnlich wie in der BRD benutzen Parteien, Unternehmer und Gewerkschaften die »Massen-Arbeitslosigkeit« als den großen Knüppel, der alles rechtfertigt und mit dem al-

les durchgesetzt werden kann. Aber die ArbeiterInnen denken darüber anders. Als FIAT zum Beispiel im Herbst die ArbeiterInnen in Kurzarbeit zu null Stunden wieder an ihre Arbeitsplätze zurückrief, kündigte etwa die Hälfte der solchermaßen »Beglückten« umgehend. Sie hatten anscheinend was Besseres gefunden. Und in der supermodernen Fabrik in Melfi nehmen derweil die Eigenkündigungen der jungen ArbeiterInnen zu; bis Mitte Dezember waren es über 400, die von sich aus gekündigt hatten – und das in einer Gegend mit über 25 Prozent Arbeitslosigkeit. Es sind gerade die Jungen, die FIAT auf viele spezielle Kurse geschickt hatte, die »polyvalenten Arbeiter«, denen Hoffnungen gemacht worden war, auf eine abwechslungsreiche, verantwortungsvolle Arbeit in einer «integrierten Fabrik«. Sie haben die Unerträglichkeit der Sechstage-Woche, der Nachtschichten, der ständigen Verfügbarkeit, die FIAT ihnen abverlangt, entdeckt und hauen ab. *»Lieber mache ich wieder prekäre Jobs, für 1 380 000 Lire im Monat kann man doch seine Würde nicht verkaufen«*, sagte einer in einem Interview im MANIFESTO. *»In der Fabrik mußte ich alles machen. An einem 350 Meter langen Band mußte ich für Arbeiter einspringen, die aufs Klo gingen, kleine Wartungsarbeiten machen, Stapler fahren. Ich bin den ganzen Tag von einer Aufgabe zur nächsten gerannt. Bei der Nachtschicht fing ich Sonntag abends um 22 Uhr an und ging am nächsten Samstag im Morgengrauen raus. Das bißchen Sonntag reichte nicht aus, um mich zu erholen. Mir kam es vor, als würde ich 21 Tage am Stück arbeiten. Nach dem Schichtwechsel konnte ich dann manchmal zwei, drei Nächte lang gar nicht schlafen. Und außerdem mußte ich an einem Band arbeiten, wo von der berühmten Automatisierung nicht viel zu merken war. So kam zum psychischen Streß die starke körperliche Anstrengung hinzu.«*

Für all diese ArbeiterInnen, die bisher ihre Konsequenzen individuell ziehen, war die Bewegung gegen die Rentenreform eine Möglichkeit, sich zu bewegen und gemeinsam was zu erreichen. Und sie haben den Ausgang als Zurückweichen der Regierung empfunden, die schließlich darüber sogar stürzte. Sie rechnen nicht so sehr in Mark und Pfennig, sie reden eher darüber, daß der Kampf gerade erst angefangen habe, daß noch nichts entschieden sei. Und dieses noch völlig diffuse Lager brachte den ArbeiterInnen in Termoli, bei Teksid, Merloni usw. jede Menge Sympathie entgegen. Es ist nicht ausgemacht, ob in den bevorstehenden sozialen Auseinandersetzungen (die Kämpfe an den Unis gehen weiter, der Kampf um die Renten wird hart werden ...) der Kampf der ArbeiterInnen in den rationalisierten Fabriken eine wichtige Rolle spielen wird und das Machtgleichgewicht entscheidend verändern kann. Auch Mitte der 80er Jahre kam es zu vielen Konflikten und nach fünf Jahren der Ruhe wieder zu ersten Streiks, als FIAT das damalige *Modell Termoli* auf die anderen Werke auszudehnen begann. Damals blieben diese Streiks isoliert.

Frankreich:

Casseurs in der Fabrik

Apachen auf dem Kriegspfad

1992 war in Frankreich das Jahr mit den wenigstens Streiks und Kämpfen seit langem. Im Herbst 1993 kam es dann zu einer ganzen Welle von Mobilisierungen, die sich vor allem gegen die Spar- und Privatisierungspolitik der Regierung und gegen Arbeitsplatzabbau richteten. Hierbei ragte der Kampf der *Air France*-ArbeiterInnen im Oktober 1993 weit hervor, er war ein über Frankreich hinaus sichtbares Fanal, welches politisch gesehen der bisherigen Krisenpolitik der Unternehmer eine Grenze setzte. 1994 nahmen dann die Kämpfe in Frankreich deutlich zu. Die Entwicklung läßt sich an den beiden Eckpunkten ***Bewegung gegen die geplante Absenkung des Mindestlohns für Jugendliche im Frühjahr*** und ***Streikwelle im Herbst*** verdeutlichen.

Im Herbst 1994 kommt es zu einer richtiggehenden Streikwelle. Es sind vor allem viele kleine Streiks, über die die Massenmedien so gut wie nichts berichten. In ihren eigenen Medien äußern sich die Unternehmer sehr besorgt – und sorgen dafür, daß sich die Kämpfe nicht allzusehr rumsprechen. Um das zu erreichen, müssen sie allerdings des öfteren tief in die Tasche greifen und die Forderungen der ArbeiterInnen erfüllen. Meist geht es dabei um höhere Löhne, um die Festeinstellung von ZeitarbeiterInnen, sowie um Neueinstellungen, wodurch die gestiegene Arbeitshetze abgemildert wird.

Damit haben die ArbeiterInnen die Tendenz umgedreht. Während 1993 vor allem der Erhalt von Arbeitsplätzen gefordert worden war, stellte das französische Arbeitsministerium nun verwundert fest: Die Zeiten scheinen (wieder) vorbei zu sein, in denen die Angst um den Arbeitsplatz das Handeln der ArbeiterInnen bestimmte und sie dazu brachte, Lohnsenkungen zu akzeptieren, um ihre Arbeitsplätze zu »retten«. Die Tageszeitung *Libération* bezeichnete die neuen Kämpfe als »typische Streiks am Ende der Krise«. Eines ist sicher: Die ArbeiterInnen haben begonnen, gegen den Aufschwung auf ihren Knochen zu kämpfen. Ob diese Streiks aber nur den »gerechten Anteil« am Aufschwung einfordern und so wieder zum Motor der kapitalistischen Entwicklung werden, oder ob die ArbeiterInnen weitergehen und die kapitalistische Organisation der Arbeit überhaupt infragestellen, ist im Moment nicht ausgemacht.

Wir stellen im folgenden zwei wichtige Kampfbewegungen im Jahr 1994 dar:
- die Bewegung gegen die Absenkung des Mindestlohns für Jugendliche im Frühjahr,
- die Streikbewegung in Metallfabriken im Herbst am Beispiel Péchiney und GEC Alsthom.
- Außerdem haben wir einen Artikel zur Entwicklung bei *Air France* nach dem formellen Ende des Streiks und zwei dort verteilte Flugblätter in Auszügen übersetzt. (Diese Texte knüpfen an dem Bericht zu Air France in der WILDCAT 63 an.)

Um die aktuellen Entwicklungen besser verstehen und vielleicht auch Ideen zu entwickeln, wie wir daraus Lehren für die noch immer blockierte Situation in der BRD ziehen können, möchten wir an den Kämpfen in Frankreich vor allem zwei Sachen herausstellen: Die ArbeiterInnen in Frankreich haben in den letzten zehn Jahren mit den **Koordinationen** ein sehr populäres und effektives Mittel entwickelt, um ihre Kämpfe selbst führen zu können. Zweitens haben sich viele Kämpfe **europaweit** entwickelt, wobei die Kämpfe in Frankreich mit ihrer Radikalität und Kreativität eine besondere Rolle spielten.

In die Mobilisierungen 1994 fließen diese bisherigen Entwicklungen ein. In der Märzbewegung kamen zum erstenmal ansatzweise StudentInnen, SchülerInnen, Arbeitslose und ArbeiterInnen zusammen. In den Kämpfen im Herbst meldete sich eine neue Arbeitergeneration zu Wort, die in den SchülerInnenbewegungen seit 1986 ihre Erfahrungen gesammelt hatte. Daher wollen wir zunächst kurz an die Vorgeschichte der aktuellen Bewegungen erinnern: wie die StudentInnen und die Eisenbahner 1986 die Koordinationen erfanden und wie der Kampf der Krankenschwestern 1988 die Koordinationen im ganzen Land populär machte. (Natürlich fallen dabei sehr viele Kämpfe raus, die durchaus zu dieser Vorgeschichte gehören: die Streiks bei Chausson und SNECMA zum Beispiel; der Kampf der LKW-Fahrer im Sommer 1992, die Fischer, die

Bauern, die Streiks bei Peugeot und Renault, die militanten Kämpfe der BankarbeiterInnen, die Streiks der TextilarbeiterInnen usw.. Wir haben es auf das Notwendigste beschränkt, um die politische Entwicklung deutlich zu machen – was aber die Gefahr mit sich bringt, daß der Eindruck von Einzelfällen entsteht und nicht klar wird, daß es sich hier um breite Prozesse handelt, die die gesamte Gesellschaft einschließen.)

Die Erfindung der Koordinationen

Nach der Niederlage im Stahlstreik 1979 und mit dem massiven Krisenprogramm der sozialistischen Regierung seit 1982 hatten sich die Bedingungen der ArbeiterInnen in Frankreich rapide verschlechtert. Die Gewerkschaften kamen völlig in der Krise, z.B. verlor die CGT-Gewerkschaft in der Metallindustrie von 1975 bis 1984 die Hälfte ihrer Mitglieder. »Tarifpolitik« fand kaum noch statt. 1985 beachteten zwei Drittel der französischen Betriebe nicht mehr die Verpflichtung zu jährlichen Tarifverhandlungen.

1986 trieb eine rechte Regierung (unter einem »linken« Staatspräsidenten) die Liberalisierungspolitik immer weiter voran; ähnlich wie heute in der BRD wurde der Zugang zu den Unis verschärft, wurden Post und Bahn rationalisiert, und die Privatisierung der großen Staatsbetriebe wie Renault geplant. Am 12. November 1986 verabschiedete der Senat eine Universitätsreform, um die Unis nach amerikanischem Vorbild abzustufen. Die Studiengebühren sollten erhöht, eine Zwischenprüfung nach zwei Jahren Studium zur Pflicht werden.

Dagegen entwickelte sich eine Studentenbewegung, in deren Verlauf überall Koordinationen gegründet wurden, die sich dann untereinander über eine nationale *Koordination* der streikenden Unis organisierten. Ende November waren zwei Drittel aller Unis im Streik, und die SchülerInnen schlossen sich der Bewegung an. Täglich fanden große, völlig friedliche Demos in Paris statt, zu denen niemand aufrief, man verabredete sich einfach spontan für den nächsten Tag.

Am 4. Dezember überflutete eine Demo von 8 Kilometer Länge mit mehr als 500 000 Menschen die Straßen von Paris, gleichzeitig liefen zig Demos im ganzen Land. Aber am Abend wurde den DemonstrantInnen mitgeteilt, daß die Regierung erneut alle ihre Forderungen abgelehnt hatte, im gleichen Moment griffen die Bullen die völlig überraschten DemonstrantInnen an und prügelten sie auseinander.

Am Tag darauf zog eine riesige Demo gegen die Bullenwillkür durch Paris. In der darauffolgenden Nacht fegten wieder die Motorrad-Kommandos der Bullen durch die Straßen und erschlugen Malik Oussekine, einen Jungen algerischer Herkunft. Der Mord an ihm wird zum Symbol der Verbissenheit der Regierung gegenüber den Studenten und den Einwanderern der zweiten Generation.

Am 6. Dezember fand wieder eine Demo statt. Zum ersten Mal wendeten sich die Studenten in einem Aufruf an die gesamte Bevölkerung. Noch am selben Tag zog der Premierminister die Gesetzesvorlage zurück und verkündete am Tag darauf auch eine »Pause« bei den Reformen der Aus/Einbürgerung und bei den Vorhaben, private Knäste einzurichten und die Kostenübernahme bei Abtreibung abzuschaffen.

Auf der letzten Demo am 10. Dezember gingen in Paris nochmal 200 000 Menschen auf die Straße. Die Zusammensetzung und die Stimmung hatten sich im Lauf von drei Wochen völlig verändert: nun waren Schüler, Arbeiter, Studenten, Rentner und Lehrer gemeinsam auf der Demo, und entlang der Route blieb kein Meter weiß, -zig Flugblätter wurden verteilt.

Am Tag danach löste sich die nationale Koordination der Studenten auf. Der Kampf hatte sich gelohnt, die ursprünglichen Ziele waren erreicht, es war somit unnütz, eine Struktur aufrechtzuerhalten, die zu einer Bürokratie außerhalb des Kampfes werden würde.

Der Eisenbahnerstreik 1986/87: Die Eisenbahner erfinden die Koordination ein zweites Mal

Von Mitte Dezember 1986 bis Mitte Januar 1987 blockierten die Eisenbahner den Zugverkehr in Frankreich. Ihre Löhne und Arbeitsbedingungen hatten sich ständig verschlimmert (z.B. haben die Eisenbahner in Frankreich eine deutlich niedrigere Lebenserwartung als die Bevölkerung im Durchschnitt). Nun drohten ihnen weitere Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen und Lohnkürzungen. Dagegen forderten sie unter anderem 700 Francs mehr Lohn, bessere Arbeitsbedingungen, keine Einführung einer an die Leistung gekoppelten Entlohnung.

Auch in diesem Kampf bildeten die Arbeiter *Koordinationen*. Zum ersten Mal organisierte sich in Frankreich ein Arbeiterkampf völlig unabhängig von den Gewerkschaften – und das ausgerechnet bei den Eisenbahnen, die traditionell eine Hochburg der Gewerkschaften gewesen waren! Dieser große Streik begann damit, daß am 10. November ein 31jähriger Lokführer eine von ihm selbst verfaßte Unterschriftenliste in Umlauf brachte. Er schlug darin vor, einen unbegrenzten Streik anzufangen für eine Reihe von Forderungen, die sich auf Arbeitsbedingungen und Löhne bezogen. Die Liste trug 200 Unterschriften. Daraufhin verfaßten andere Lokführer ein Flugblatt, in dem sie erklärten, sie würden am 18. Dezember in den Streik treten, wenn die Forderungen bis dahin nicht erfüllt sind. Sie forderten die Gewerkschaften auf, sich anzuschließen, betonten aber, daß sie den Streik auch alleine durchziehen. Unterm Flugblatt standen zwei Telefonnummern, unter denen sie zu erreichen waren und: *»Wenn Du einverstanden bist, mach Kopien und verteil sie ...«* Innerhalb kürzester Zeit verbreitete sich das Flugblatt in ganz Frankreich. Am 18. Dezember begann der Streik ...

So etwas hat natürlich eine untergründige Vorgeschichte von täglichen Konflikten, Arbeitsniederlegungen, kleinen wilden Streiks usw.. Eine Vorgeschichte, in der ein Netz von Bekanntschaften und Kontakten entsteht, das sich dann in kurzer Zeit landesweit in Bewegung setzen kann. Neu und wichtig war, daß sich in allen Bahnhöfen Koordinationen bildeten, mit denen die streikenden Arbeiter alles diskutierten und gemeinsam entschieden, was ihren Kampf betraf. Außerdem gab es regionale Koordinationen. Koordiniert wurde dabei zwischen den Bahnhöfen hauptsächlich über Telefon. Und schließlich gab es zwei Ansätze auf nationaler Ebene: eine Koordination, die nur das fahrende Personal organisierte und eine andere, die sowohl das fahrende wie das Bahnhofs-Personal zusammenzufassen versuchte.

Die Gegenoffensive von Gewerkschaften und Bullen wollen wir etwas genauer darstellen, weil sie ein Muster zeigt, das seither in Frankreich immer wieder angewendet wurde: Die Bullen greifen mit militärisch ausgerüsteten Spezialeinheiten an; die Gewerkschaften bringen sich als Verhandlungsführer ins Spiel und erwürgen den Streik, indem sie vorschlagen, ihn »auszuweiten«.

Ab dem 22. Dezember begannen die Gewerkschaften und die Bullen ihre Abnützungstaktik: Die Gewerkschaften verhandelten auf der Basis völlig lächerlicher Angebote, die von den Arbeitern einstimming abgelehnt wurden. Am 23. Dezember griffen die Bullen zum erstenmal einen besetzten Bahnhof an und versuchten, die blockierten Hochgeschwindigkeitszüge frei zu kriegen. Ab dem 29. Dezember wurden systematisch Spezialbullen eingesetzt; in den meisten Bahnhöfen herrschte ab da ein Belagerungszustand. Der Medienterror verschärfte sich mit gezielten

Falschinformationen, wie zum Beispiel, daß die Arbeit wiederaufgenommen würde. Für die Streikenden wurde es durch die dauernde Anwesenheit von Bulleneinheiten auf den Bahnhöfen immer schwieriger, die Gleise und Stellwerke zu blockieren, die Aktionen verlagerten sich deshalb auf die Sabotage von Material.

Ab Anfang Januar mischten sich die Gewerkschaften dann massiv in den Streik selbst ein. Das sah so aus, daß die CFDT (sozialistische Gewerkschaft) zur Wiederaufnahme der Arbeit und die CGT (kommunistische Gewerkschaft) zur *Ausweitung* des Streiks aufrief. Darunter verstand sie, daß die Bahnhofsbesetzungen beendet werden sollten und man stattdessen den Streik auf andere Sektoren ausweiten solle. Das scheiterte, so daß den Streikenden ihre Isolation vor Augen geführt wurde. Die Sabotageakte und Besetzungen (z.B. von Treibstofflagern) nahmen zu, aber letztlich konnten sich die Arbeiter gegen das Bündnis der Geschäftsleitung mit den Gewerkschaften nicht durchsetzen. *»Wenn die unsere Aktion in die Hand nehmen, werde ich mit dem Streik aufhören«* war ein ganz typischer Kommentar eines Arbeiters. Der Streik wurde also beendet, aber immerhin nahm die Regierung ihren Versuch zurück, die Bezahlung der ArbeiterInnen an die Bewährung zu koppeln. Und das war ein wichtiger Erfolg mitten in den 80er Jahren, wo alle Welt auf den individuellen Erfolg setzte. (siehe ausführlich zu diesem Streik WILDCAT 41 und 43 – übrigens ist auch diese Auseinandersetzung in der BRD gerade sehr aktuell im Streit über die Einführung von Leistungslöhnen im Öffentlichen Dienst)

Die Krankenschwestern in Frankreich: eine europaweite Bewegung, die die Koordinationen populär macht

Im Sommer 1986 streikten in Rom die Krankenschwestern gegen die Arbeitsüberlastung. Bei ihren Demonstrationen prügelten sie sich sogar mit den Bullen. Die staatliche Reaktion kam prompt: es wurden 4 000 Neueinstellungen vorgenommen. Anfang 1988 streikten Krankenschwestern in Großbritannien, im September/Oktober in Frankreich, im Januar 1989 wurde in belgischen Krankenhäusern gestreikt, dann in Holland und wieder in Italien; im Mai 1989 traten dann auch in der BRD 50 000 Pflegekräfte in Krankenhäusern und Altenheimen in den Warnstreik.

Über sehr unterschiedliche Formen hinaus, die vor allem in der unterschiedlichen Ausprägung der jeweiligen Sozialstaaten begründet liegen, gibt es wichtige Gemeinsamkeiten: In Frankreich hatte sich wie in allen westeuropäischen Industrieländern die Zahl der Krankenschwestern in den 80er Jahren stark erhöht (verdoppelt). Die Intensität der Arbeit hatte aber noch weit stärker zugenommen. Die Bewegung der Krankenschwestern war eine Bewegung der Frauen, in der die Funktion weiblicher Lohnarbeit kritisiert wurde und die Krankenschwestern gegen ihre »Florence-Nightingale-Rolle« aufbegehrten. Sie wollen raus aus der Einstufung in Frauenarbeit = Dienst am Menschen. Sie erklären ihre Zugehörigkeit zur lohnabhängigen Klasse – und stufen sich selber dabei recht hoch ein: Sie fordern (wie auch die LehrerInnen in Frankreich und Italien, oder die Kita-ErzieherInnen mit ihrem zehnwöchigen Streik Anfang 1990 in West-Berlin) die Anerkennung ihrer Qualifikation. Die Trägerinnen der Bewegung waren überall die Examinierten, die Hilfskräfte kamen so gut wie nicht vor. Eine weitere Gemeinsamkeit: Die Kämpfe waren überall selbstorganisiert – selbst in der BRD gelang es den Gewerkschaft erst gegen Ende, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen.

Entstehung der Koordination am Krankenhaus

Im März 1988 ergriffen auf einer spontanen Versammlung von etwa 60 KrankenpflegerInnen am Abend eines ergebnislos verlaufenen gewerkschaftlichen Aktionstags fünf Leute die Initiative und sammelten die Adressen der Anwesenden ein. Zwei Tage später trafen sich diese fünf und gründeten eine »Koordination«. Sie verfaßten ein Flugblatt und schickten es an die 60 Adressen. Ende April kam es zu einer ersten Vollversammlung mit 80 PflegerInnen aus 22 Krankenhäusern der Pariser Region. Auf dem Folgetreffen Mitte Juni wurde ein Forderungsprogramm (2 000 Francs mehr für alle) und ein Streik im September beschlossen. Am 29. September streikten dann 20 000 Krankenschwestern in ganz Frankreich und 20 000 Menschen demonstrierten durch Paris. Auf der Vollversammlung am Abend beschlossen 2 000 Krankenschwestern weitere Streiks. Am 13. Oktober gingen nochmal 100 000 Krankenschwestern auf die Straße. Am Abend dieses Tages trafen sich Regierung und Gewerkschaften mit den VertreterInnen der Koordination – etwas, das die Regierung bis dahin strikt verweigert hatte. Im Dezember löste sich die Koordination auf (eine Minderheit gründete sich um in den »Syndicat Coordination«).

Die neuen Organisationsformen »für den Kampf« in allen diesen Mobilisierungen sind authentischer Ausdruck der Bewegung. Sie sind eher »soziale Bewegungen« als traditionelle »Arbeitskämpfe«. Sie entstehen vor dem Hintergrund einer tiefen Krise der französischen Gewerkschaften, deren Mitgliederzahlen sich von 1976 bis 1988 halbiert haben und seither weiter gefallen sind auf heute durchschnittlich 8 Prozent (wobei 40-60 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder aus dem Öffentlichen Dienst kommen!). Es gab in der Geschichte der französischen Gewerkschaften schon immer ein Auf und Ab bei den Mitgliederzahlen, aber es scheint klar, daß die aktuelle Krise nicht »konjunkturell« ist, sondern tiefere Ursachen hat. Denn den Gewerkschaften ist es nicht gelungen, die Zunahme an Konflikten und Kämpfen seit 1986 zur Stärkung der eigenen Strukturen auszunutzen. Mit Ausnahme der Streiks bei Peugeot/Mulhouse 1989 und Renault/Cléon 1991 wurden die Gewerkschaften aus den Kampfbewegungen draußen gehalten oder ans Ende gedrängt (»die Gewerkschaften mit uns – aber hinter uns« war eine Parole der Krankenschwestern). Die ArbeiterInnen, die bei den Kämpfen in vorderster Front stehen, haben ein besseres Bildungsniveau als ihre Eltern, sind selbstbewußter und kritischer gegenüber Autoritäten. Sie brauchen nicht mehr den Gewerkschaftsfunktionär mit seinem Wissen, seinen nützlichen Informationen und seinem Kommunikationsmonopol.

Die »Berufsbezogenheit« der Bewegungen war eine Antwort auf das »Allgemeininteresse«, als dessen Vertreter die Gewerkschaften die Austeritätspolitik der Regierung an ihre Basis vermittelten und notfalls gegen sie durchsetzten. Indem sie sich nur auf ihre eigenen Interessen bezogen, konnten diese Berufsgruppen den Kampf in einer schwierigen Lage aufnehmen. Es war aber auch ihre Grenze, über die keine der Bewegungen in der zweiten Hälfte der 80er Jahre hinauskam: Im Fall der Eisenbahner blieben es im wesentlichen die Lokomotivführer, im Fall der Krankenschwestern ging es nicht um das *ganze* Krankenhaus – und schon gar nicht kamen diese Bewegung über ihren Sektor hinaus.

Ein wichtiger Ausdruck der neuen Organisationsform war ihre sofortige Auflösung nach dem Kampf und das strikte Vermeiden von bezahlten Funktionären und professionellen Vermittlern. Versuche, darüber hinausgehende feste Strukturen zu bilden, sind sehr schnell in die traditionelle Repräsentationsfunktion geraten und haben sich von der realen Bewegung isoliert. Die Gewerkschaft »Coordination Infirmière« in Frankreich machte aus der Dynamik eines Sektors eine

korporatistische Position; aus »wir kämpfen zuallererst für uns« wurde »wir kämpfen nur für uns«.

1989 gab es noch mehr Kämpfe und Streiks als 1988, danach gingen die Bewegungen unter einem massiven Krisenangriff auf allen Ebenen in die Knie, vor allem die Streiks gingen immer weiter zurück. Aber bereits seit 1990 meldete sich ein neues Subjekt zu Wort: die Jugendlichen aus den Vorstädten.

Im Oktober 1990 begann eine neue Schülerbewegung, die zahlenmäßig nicht sehr groß wurde und auch zeitlich kurz blieb. Sie entzündete sich an der Vergewaltigung einer Schülerin im Schulgebäude und thematisierte hauptsächlich den baulichen Zustand der Schulen, forderte mehr Sicherheit usw.. Wichtig an dieser Bewegung waren ihre TrägerInnen: die GymnasiastInnen »zweiter Klasse« aus den Vorstädten. Und diese GymnasiastInnen bezogen sich in ihrem Kampf ausdrücklich auf ihre Brüder und Schwestern aus den Vorstädten, eine der Parolen auf den Demos war einfach *»Vaulx-en-Velins«*. Das war der Name eines Getto-Stadtteils, in dem die Jugendlichen in einer mehrtägigen Randale das neue Jugend/Einkaufs/Stadtteil-Zentrum verwüstet hatten, das erst wenige Tage zuvor eingeweiht worden war. Die Randale hatte sich wie so viele andere daran entzündet, daß die Bullen einen Verkehrsunfall verursacht hatten, um einen Mopedfahrer ohne Helm »anzuhalten«. Dieser war dabei gestorben. Und wie bei vielen der riots in diesem Jahr blieb auch die Randale in Vaulx-en-Velins aufs Viertel beschränkt. Aber die Jugendlichen griffen direkt das Jugendzentrum an, das zu ihrer Belustigung gebaut worden war. Damit wurde deutlich, daß der Reformismus der anti-rassistischen, multi-ethnischen Befriedung eines Harlem Désir nicht mehr funktioniert. Dieser Mitbegründer von SOS-Racisme wurde in jenen Tagen regelmäßig von »der Bevölkerung« vertrieben, und zwar von »den Jugendlichen« und »Farbigen«, den Zielscheiben seiner Erpressungsversuche. Dieser Antirassismus war zum hauptamtlichen Feuerlöscher des Regimes geworden und erst, als die Jugendlichen diese Befriedungsstrategie aufgebrochen hatten, konnte sich ihre Bewegung ausbreiten, ins Zentrum der Städte gehen, die Marginalität der multiethnischen Gettos verlassen.

Die GymnasiastInnen aus den Vorstädten bezogen sich also auf diese Revolte – und im Verlauf ihrer eigenen Bewegung kämpften sich die in die Vorstädte abgedrängten Jugendlichen ins Zentrum von Paris zurück. Sie setzten sich oft an die Spitze der SchülerInnen-Demos, plünderten Läden und suchten die Auseinandersetzung mit den Bullen. *(Wir haben über diese Aufstände ausführlich in den WILDCATs 53, 56 und 59 berichtet.)*

Air France (1993) und Bewegung gegen das CIP (1994)

Die Arbeiter bei Air France verlängerten einen eintägigen gewerkschaftlichen Generalstreik im Oktober 1993 eigenmächtig um einen ganzen Monat. Sie setzten damit ein Fanal nach drei Jahren Krisenpolitik in Frankreich. Zur selben Zeit gab es Demonstrationen und Streiks von ArbeiterInnen gegen die Arbeitslosigkeit und gegen Privatisierungen. Im November demonstrierten SchülerInnen und StudentInnen für mehr Gelder für Schulen und Unis. Ende Januar/Anfang Februar 1994 organisierten die bretonischen Fischer viele Aktionen gegen billigen Importfisch, die in den militanten Auseinandersetzungen mit den Bullen am 4. Februar gipfelten. In den Vorstädten gab es einige Krawalle von Jugendlichen, wie zum Beispiel in Garges-les-Gonesse.

Air France zog in Reaktion auf den Streik die harten Umstrukturierungsmaßnahmen mit 4 000 Entlassungen zunächst zurück. Die ArbeiterInnen hatten in ihrem Kampf sogar die Start- und Landebahnen besetzt, das Allerheiligste des Flughafens – das war nicht einmal im Mai 68 passiert. Das war einerseits ein effektives Druckmittel, andererseits war es eine Möglichkeit direkter Selbstorganisation in einem Unternehmen, dessen »Abteilungen« mehrere Kilometer auseinanderliegen. Im Streik entstanden aber keine neuen Organisationsformen, die es ermöglicht hätten, die Gewerkschaften zu übergehen. Die Gewerkschaftsvertreter selbst hatten aus den Koordinationen gelernt und traten sehr zurückhaltend auf (*»Ich bin Delegierter der CGT und habe meine Vorstellungen ... aber ich bin hier, um Euch zuzuhören ... denn das ist eine demokratische Basisbewegung...«*).

Die Herrschenden hatten die Botschaft wohl verstanden und warnen seither immer wieder vor einem drohenden »neuen Mai 68«. Dies hat aber einen doppelten Sinn: Auf der einen Seite signalisieren sie damit den Ernst der Situation, aber gleichzeitig rauben sie damit den Bewegungen ihr Bild von sich selber. Die Gegenmaßnahmen der Geschäftsleitung von *Air France* waren sehr präzise und nutzten recht geschickt die Tatsache aus, daß die Aktiven eine (starke) Minderheit waren. Das Referendum im Frühjahr 1994 erbrachte eine Zustimmung der ArbeiterInnen zur Umstrukturierung.

Aber der Kampf bei *Air France* hat Schleusen geöffnet und markiert politisch das Ende der Krisenpolitik in Westeuropa. Bereits im März 1994 brach eine breite Bewegung in Frankreich los. Auch diese Bewegung gegen den Versuch, den Mindestlohn für Jugendliche abzusenken, organisierte sich über Vollversammlungen, die durch Koordinationen lokal, regional und national vernetzt waren. Sie konnte diese Organisationsform aber zum ersten Mal benutzen, um über den eigenen, unmittelbar betroffenen Bereich hinauszugehen: Vor allem in Nantes, aber auch an anderen Orten, kam es zur Bildung von »übergreifenden Koordinationen«, an denen sich StudentInnen, Arbeitslose *und* ArbeiterInnen beteiligen. Auf den Demos und in den Vollversammlungen wurden ansatzweise die Spaltungen zwischen Gymnasiasten und Vorstadtjugendlichen (Gymnasiasten zweiter Klasse in der SchülerInnenbewegung 1990) überwunden.

Noch was. Das liest sich so leicht: »die Eisenbahner streikten einen Monat lang«, »die ArbeiterInnen von GEC-Alsthom streikten mehrere Wochen« usw... Ihr müßt Euch immer klar machen, daß diese ArbeiterInnen in der Zeit keine Streikgelder kriegen, daß es also von Anfang an ein Kampf ist – im Gegensatz etwa zum gerade wieder auf die Bühne gehievten alljährlichen Tarifspektakel in der BRD, wo die Gewerkschaft einen Haufen Geld dafür ausgibt, daß die ArbeiterInnen eben *nicht* kämpfen. Die *Wirtschaftswoche* berichtete im November davon, daß die französischen Manager auf dem Hintergrund der Streikwelle in Frankreich *»inzwischen nach einer starken und einigen Gewerkschaftsbewegung rufen«: »Ausgerechnet die Arbeitgeber denken darüber nach, wie die französischen Arbeiterorganisationen gestärkt werden können. Antoine Ribaud, Chef der Unternehmensgruppe Danone, etwa wünscht sich ›so mächtige Gewerkschaften wie in Deutschland‹, die ›unterzeichnete Verträge bei ihren Mitgliedern auch durchsetzen‹. Einige Konzernchefs versuchen jetzt sogar, die geschwächten und zerstrittenen Gewerkschafter mit finanziellen Zuwendungen aufzupäppeln.«* – Und vielleicht ist das die erste Lehre, die eine staats- und institutionenfixierte deutsche Linke ziehen müßte: Mut schöpfen, sich selbst bewegen, den Kampf aufnehmen! Und nicht immer als erstes die Debatte in den Institutionen beeinflussen wollen, als zweites sich die eigenen bürokratisierten Strukturen zimmern, und als drittes sich dann um die Finanzierung durch Staats-, Gewerkschafts, oder EU-Knete zu kümmern. Die Eisenbahner, die StudentInnen, die Krankenschwestern, die LKW-Fahrer, die Apachen von Alsthom ... sie alle zeigen uns einen anderen Weg.

Paris, 31.3.1994: »Jugendlicher sucht Gesellschaft, um in ihr zu leben.«

»Das Glück ist immer ein neuer Gedanke«

Frankreich im März 1994: von Nord nach Süd, von Ost nach West, von der kleinen Provinzstadt bis zur Pariser Metropole: Demonstrationen, Sit-ins, Streiks an Schulen und Universitäten, Blockaden von Bahnhöfen und Mautstellen, in einigen Städten harte Straßenkämpfe ... bis die rechte Regierung das Dekret zurückzieht, das der Auslöser für die Unruhen war. Es sollte den CIP (Vertrag zur beruflichen Eingliederung) in Kraft setzen, um die Unternehmer dazu zu bringen, mehr Jugendliche einzustellen. Die Jugendarbeitslosigkeit ist in Frankreich noch höher als etwa in Italien, 30 Prozent der unter 25jährigen sind arbeitslos. Nach dem Motto »Ihr seid arbeitslos, weil ihr zuviel Lohn wollt!«, sollte der Lohn nach dem CIP bei 80 Prozent des Mindestlohns (SMIC, ca. 10 DM brutto/Stunde) liegen, wenn der Jugendliche im Rahmen der »Eingliederung« eine Ausbildung erhält, bei 90 Prozent ohne Ausbildung. Der Vertrag sollte auf 6 bis 12 Monate befristet sein und einmal verlängert werden können. Das Dekret war nur ein Teil des Fünfjahresgesetzes über Arbeit, Beschäftigung und Berufsbildung (Loi quinquennale), das Ende 1993 vom Parlament verabschiedet worden war und umfangreiche Verschlechterungen für die Beschäftigten mit sich bringt.

Die Bewegung im Frühjahr 1994

Am 28. Februar hatten insgesamt siebzehn Gewerkschaften Kritik am CIP geäußert, worauf am 3. März die Regierung Gewerkschaften und Unternehmer zu Gesprächen empfing. Ministerpräsident Balladur schlug eine leichte Veränderung des CIP vor, um die Wellen zu glätten. Am selben Tag fand in Paris eine Demo mit 10 000 SchülerInnen und StudentInnen statt. In den nächsten Tagen flogen in Lyon die ersten Steine, die Demos breiteten sich in die Provinz aus, es gab erste spontane Aktionen von SchülerInnen. Am 12. März, einem Samstag, organisierte die kommunistische Gewerkschaft CGT in ganz Frankreich Demonstrationen gegen die Arbeitspolitik der Regierung mit etwa 200 000 TeilnehmerInnen. Am 14. März bekräftigte Regierungssprecher Sarkozy, daß die Regierung am CIP festhalte. Daraufhin gingen am 17. März in ganz Frankreich 230 000 Leute auf die Straße. Zum ersten Mal seit 32 Jahren unterstützten *alle* Gewerkschaften diese Kundgebungen, die Studigewerkschaft UNEF-ID rief zu einem Streik an den Universitäten und Schulen auf. In Nantes kam es zu Auseinandersetzungen mit den Bullen. Balladur sprach von einem drohenden neuen Mai 68. Innenminister Pasqua bezeichnete die Demonstrierenden als »Strolche und Verbrecher«.

Am 19. März wurden in Nantes elf bei militanten Demos Verhaftete in Schnellverfahren abgeurteilt, während vor dem Gerichtssaal einige hundert DemonstrantInnen sich mit ihnen solidarisierten. Die Zusammensetzung der Angeklagten sagt viel aus über die Einheit der Revoltierenden, die auf der Straße zustandegekommen war: sechs Arbeitslose, SozialhilfeempfängerInnen bzw. Einkommenslose, ein Schüler, ein Student, eine Technikerin und

zwei Azubis. Acht sind zwischen 19 und 15 Jahren alt, zwei 36 und 37 Jahre, der älteste ist 60. Also ein vollständig anderes Bild als es die Massenmedien zusammenlügen, denen zufolge der perspektivlose jugendliche *casseur* aus den Getto-Vorstädten plündernd durch die Innenstädte zieht.

Die Kantonalwahlen am selben Wochenende brachten die derzeitigen demokratischen Verhältnisse auf den Punkt: Das Land ist im Aufruhr, Hunderttausende sind auf den Straßen – und bei den Wahlen wird die konservative Mehrheit mit 44,5 Prozent bestätigt. Unbeeindruckt davon gehen die spontanen Mobilisierungen weiter, die Ereignisse überschlagen sich. In Lyon erreichen die seit dem 4. März regelmäßig stattfindenden Auseinandersetzungen mit den Ordnungskräften am Montag und Dienstag (21./22. März) ihren Höhepunkt. Ab Mittag wird daraufhin die Innenstadt von der Polizei quasi besetzt, wichtige Verkehrsadern werden dichtgemacht, Brücken abgeriegelt, Läden mit heruntergelassenen Eisengittern verrammelt. Am Mittwoch versucht Pasqua, die Disziplin an den Schulen wieder herzustellen, indem er Eltern und Schuldirektoren dazu aufruft, die SchülerInnen zu »überwachen«. An den Unis, insbesondere den technischen, treten die StudentInnen in den Streik. In Lyon werden am Donnerstag, den 24. März, zwei junge Algerier, die bei Demonstrationen in Lyon festgenommen wurden, ohne Urteil nach Algerien abgeschoben: eine klare Drohung des Staates gegenüber den jugendlichen ImmigrantInnen, die in der Bewegung aktiv sind. Diese besteht inzwischen aus SchülerInnen, Studis, Jugendlichen aus den Vorstädten, jungen ArbeiterInnen und Arbeitslosen: die »große Koalition der Unzufriedenen«, vor der die Medien schon Ende 1993 gewarnt haben, nimmt Gestalt an. *Le Figaro*, eine konservative Tageszeitung, schreibt von einer »vorrevolutionären Situation«, und Staatspräsident Mitterrand warnt in einer Fernsehansprache »an die Nation« erneut vor einem »neuen Mai 68«. Wie freitags in Paris kommt es auch samstags in Lyon und Nantes zu weiteren Auseinandersetzungen mit den Bullen.

Am Wochenende werden weitere Demonstrationen für die kommende Woche vor Ostern beschlossen, insbesondere ein nationaler Aktionstag für Gründonnerstag, den 31. März. Die CGT mobilisiert stattdessen zusammen mit zwei Studigewerkschaften (UNEF und UNEF-ID) sowie einer Elternorganisation für einen Aktionstag mit Arbeitsniederlegungen am 7. April – offensichtlich, um ein unmittelbares Zusammenkommen ihrer Basis mit der Bewegung auf der Straße zu verhindern.

Auch am Montag, den 28. März werden die Aktionen fortgesetzt. Es werden Gleise blockiert, Mautstellen auf den Autobahnen besetzt und ähnliches. Die Regierung beschließt daraufhin die »Aussetzung« des CIP für eine Woche. Aber am Dienstag veröffentlicht die Regierung, gegen warnende Stimmen aus den eigenen Reihen, die nächste Verordnung zum Fünfjahresgesetz, in der eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit vorgesehen ist. Die Gewerkschaften äußern lediglich verhaltene Kritik, eine autonome Antwort aus den Betrieben bleibt aus. Auch bei *Air France*, wo im März ein neuer Umstrukturierungsplan vorgelegt worden ist, entsteht in dieser entscheidenden Situation kein selbstorganisierter Kampf. Betriebsleitung und Gewerkschaften gelingt es, ein Referendum im April durchzusetzen, das die ArbeiterInnen von jedem Einfluß auf die konkrete Umstrukturierung ausschließt [siehe dazu den nächsten Artikel]. Vor allem in Nantes – aber nicht nur da – versuchen die radikaleren Strömungen in der Bewegung, Perspektiven über die Abschaffung des CIP hinaus zu entwickeln. Die »Versammlung der Studenten unter Beteiligung von Schülern, Arbeitslosen, Prekären und Arbeitern jeder Herkunft« in Nantes schlägt der Bewegung am

29. März zweierlei vor: a) Ausweitung der Bewegung gegen die *»Gesamtheit der sozialen Organisation«*; b) Befreiung aller Eingeknasteten der Bewegung, ohne Ausnahme (einschließlich der anläßlich der Krawalle von *Garges-les-Gonesse* Festgenommenen!) und die Rückkehr der Ausgewiesenen. Die Bewegung kann die letzte Forderung durchsetzen: Die beiden ausgewiesenen algerischen Jugendlichen durften wieder einreisen. Ein praktischer Akt von Antirassismus – dagegen spielt der ideologische Anti-Rassismus à la *SOS-Racisme* keine Rolle mehr. Die Zeit dieser Sozialarbeiter des Regimes ist vorbei.

Am Mittwoch, einen Tag vor dem Aktionstag, gibt die Regierung den endgültigen Verzicht auf den CIP bekannt. Die Medien schalten sofort um und kündigen die Demos am Gründonnerstag als »Siegesdemonstrationen« an, in der Hoffnung, die Bewegung damit beerdigen zu können. Obwohl mit dem CIP der eigentliche Anlaß für die Bewegung entfallen war, werden die Demos noch einmal sehr groß, und in verschiedenen Städten kommt es wieder zu Krawallen. Offensichtlich war der CIP nur der Auslöser für eine Bewegung, die sich jetzt über die tieferen Gründe ihrer Unzufriedenheit – die Gesamtheit der sozialen Verhältnisse – Klarheit verschafft. Die Bullen wollen eine Fortdauer der Bewegung als Reaktion auf heftige Polizeieinsätze vermeiden und beschwichtigen eher. Obwohl es in Nantes in jener Nacht wieder massive Krawalle und Zoff mit den Bullen gab, wurde keiner der Festgenommenen gerichtlich verfolgt.

Über die Osterferien setzt sich die Trennung in Schüler, Studis, Arbeitslose usw. fast überall wieder durch; damit löst sich die Bewegung auf.

Einzig in Nantes gelingt es, sie nach Ostern noch ein Stück weiterzuführen. Die Gruppe SCALP, bislang mit Antifa-Arbeit im engeren Sinn beschäftigt, weitet ihre Tätigkeit aus. Sie will nun das ganze »soziale Elends, das den Faschismus nährt« infragestellen. Und seit Herbst 1992 hat sich mit der Gruppe »Meuterei-Virus« eine kritische Strömung an der Uni entwickelt. Am 22. März wirft man das Mobiliar aus der Uni und organisiert in den Hörsälen Vollversammlungen, zu denen die ganze Bevölkerung eingeladen wird. Nantes ist insofern ein Sonderfall, als es hier eine lange anarchosyndikalistische Tradition und eine große linksradikale Bewegung gibt, die versucht hat, die Arbeitslosen, die Obdachlosen, die ImmigrantInnen und die ArbeiterInnen einzubeziehen. Mit großem Erfolg: Viele bringen in den Reihen der Bewegung ihren Haß auf ihre soziale Lage zum Ausdruck. Die »Vollversammlungen« an der Uni werden zu einem Treffpunkt für Arbeitslosen-Inis, ImmigrantInnen-Gruppen und andere. Dort werden Kämpfe koordiniert und Ideen diskutiert. Etwas ähnliches ist in keiner anderen Stadt entwickelt worden. In Nantes wird die Einkreisung durch die Gewerkschaften durchbrochen, hier werden andere Kämpfe bis hin zu den kämpfenden ArbeiterInnen von Arno in St. Nazaire und Waterman einbezogen. Noch nach der Rücknahme des CIP beschließt die Versammlung am 5. April mit 2000 bis 3000 TeilnehmerInnen, von denen mindestens die Hälfte keine Studis sind, die Fortsetzung von Streik und Besetzung an der Uni. Angesichts des Zusammenbruchs der Bewegung in den anderen Städten kommt es aber nicht mehr zu der vor Ostern angekündigten Ausweitung der Kritik auf die »gesamten sozialen Verhältnisse«. Die Forderungen bleiben vielmehr auf die Solidarität mit den Gefangenen und Ausgewiesenen sowie auf die Ökonomie beschränkt (Rücknahme des Beschäftigungsgesetzes, garantiertes Mindesteinkommen für alle und Aufteilung der Arbeit ohne Lohnverlust gegen die wachsende Prekarisierung der Bevölkerung). Am 6. April besetzen ungefähr 50 Leute ein ehemaliges Arbeitsamt, nachdem das »Kollektiv der Prekären und Solidarischen aus Nantes« zu der Aktion aufgerufen hat. Die Gewerkschaften mobilisieren für den 7. April zu einer Demo gegen das Beschäftigungsgesetz – um 10 Uhr morgens unter der Woche! Daran nehmen etwa 5000 Leute teil. Auf der Versammlung vom 8. April setzt die Fraktion der Studis, denen die Angst vor den Prüfungen in den Knochen steckt, den Abbruch der Besetzung und des Streiks an der Uni durch. Danach schleppt sich die Bewegung in Nantes noch zwei Wochen dahin, die Dynamik ist aber auch hier gebrochen.

Am 31. März in Paris ...

Was bleibt?

Die Bewegung formierte sich gegen eine konkrete Maßnahme der Regierung, und sie konnte diese Maßnahme aufhalten. Das ist ein Erfolg an einem wichtigen Punkt, denn in Italien oder Spanien kann man sehen, wozu solche Regelungen von den Unternehmern benutzt werden. Darüber hinaus machte die Bewegung einige Erfahrungen, die für kommende Auseinandersetzungen von Nutzen sein können.

- Zunächst fällt die Organisationsform ins Auge: Basisversammlungen, die sich über ein Delegiertensystem (die *Koordinationen*) vernetzen. Seit der Bewegung gegen die Zugangsbeschränkungen an den Universitäten 1986 spielte diese Form der Selbstorganisation in fast allen größeren (Streik-)Bewegungen in Frankreich eine Rolle: beim Streik der Eisenbahner 1986, bei den Kämpfen der Krankenschwestern, in den Bewegungen der SchülerInnen und Studis, zuletzt bei Air France. Mit dieser Organisationsform können die Leute ihre Kämpfe wirkungsvoll auf eigene Beine stellen. Entscheidend wird dann die Frage, inwieweit es den bürokratischen Organsationen gelingt, die Basisversammlungen zu beeinflussen. Hier sei an die Rolle der (trotzkistischen und anderen) linken Gruppen erinnert, welche die 86er Bewegung mit ihren Demokratiespielchen (Tagesordnung, Rednerliste, Antrag

»Der casseur ist er (Bild des Innenministers),
Laßt unsere Genossen frei!«

zur Geschäftsordnung, Abstimmung) ins Leere laufen ließ; oder an den Streik bei *Air France*, wo ein CGT-Bürokrat jede seiner Reden in den Versammlungen mit Lobhudelei auf die direkte Demokratie begann. In der Bewegung des März kommt lediglich in Nantes eine von bürokratischen Organisationen völlig unabhängige Versammlung zustande. In Lyon wird die Studigewerkschaft UNEF-ID in der Koordination zunächst toleriert, unter anderem, weil sie ihre Infrastruktur anbietet (Lautsprecherwagen, Druckmöglichkeiten usw.). Nach den üblichen bürokratischen Manövern (Durchsetzung bestimmter Demorouten, eilige Auflösung von Demos, Versuch, die Versammlungen auf dem Platz Bellecour und die Demo zum Justizpalast für die zwei Ausgewiesenen zu verhindern) beginnen erst in der Woche vor Ostern nicht-gewerkschaftlich organisierte Studis und SchülerInnen, eine unabhängige Koordination aufzubauen. Dieser Versuch kommt aber zu spät und schlägt fehl.

– Die Koordinationen sind bislang in erster Linie dazu genutzt worden, den Kampf in *einem* gesellschaftlichen Bereich (z.B. Krankenhaus, Uni, Eisenbahn usw.) zu führen. Das Neue an der Bewegung im März ist, daß diese Beschränkung zumindest aufgeweicht und im Fall von Nantes sogar bewußt gesprengt wird. Anders als in den 80er Jahren entwickelt sich in der Bewegung auch keine spezifische Jugendideologie, die von vornherein für eine Trennung von älteren, potentiellen BündnisgenossInnen sorgt. Das ist sicherlich auch dem Umstand geschuldet, daß die Krise in den 90ern die letzten sozialen Nischen (Schule, Uni) erreicht hat. Schule und Ausbildung wird zunehmend als Arbeit erlebt, freie Zeit wird zur kapitalistisch strukturierten »Freizeit«, die über Geld vermittelt ist – sei es, daß es kaum mehr Orte gibt, wo sich Jugendliche ohne Verzehrzwang aufhalten können, sei es, daß sie jobben müssen. Auch für Jugendliche ist es kaum mehr vorstellbar, einfach außerhalb der Beziehungen zu stehen, die das Leben der Älteren bestimmen, wie es in dem sehr populären Spruch »Papa, ich hab 'nen Job gefunden – deinen!« zum Ausdruck kommt.

– Ein weiteres Indiz für die Radikalität der Bewegung ist die Tatsache, daß sie sich nicht durch die Massenmedien vereinnahmen läßt. Anders als in der Bewegung 1986 oder beim Kampf der LKW-Fahrer gelingt es den Medien nicht, aus der Bewegung repräsentative »Leader« zu isolieren und ins mediale Politspektakel zu integrieren. Die piekfeinen Delegierten der Technischen Unis, die in den Medien ihre Angepaßtheit zur Schau stellen dürfen, haben schon keinerlei Kontrolle über die Bewegung mehr. In Ermangelung solcher »Leader« setzen die Medien auf die Karte der Denunziation und stellen die *casseurs* [Chaot, gewalttätiger Demonstrant, Draufgänger], die militanten Auseinandersetzungen mit den Bullen und die Plünderungen in den Vordergrund ihrer Berichterstattung.

– Die 86er Bewegung hatte ihre Einheit noch mit strikter Gewaltlosigkeit erkaufen müssen (und hatte dennoch einen Toten in den eigenen Reihen zu beklagen[1]); in der Studentenbewegung von 1990 eroberten sich die Vorstadtjugendlichen militant die Innenstadt – die Bewegung blieb aber deutlich sozial gespalten (siehe dazu ausführlich WILDCAT 56: »Die Kämpfe in Frankreich 1990« und »Die Vorstadtindianer«, sowie speziell zur entscheidenden Demo WILDCAT 53: »Wir wollten über die Brücke und nicht ins Fernsehen«). In der 94er Bewegung kam es zu einer sozialen Neuzusammensetzung, und sie ließ sich nicht mehr an der Frage der Gewalt auseinanderdividieren. Sie war trotz der Medienhetze in Frankreich sehr populär.

Die Bewegung war weder sozial auf einen gesellschaftlichen Sektor noch geographisch auf die Zentren beschränkt; bis in kleinste Städte hinein gab es Demonstrationen mit mehreren tausend TeilnehmerInnen. In Flugblättern und Parolen wurde eine deutliche Kritik an den herrschenden Verhältnissen weit über den eigentlichen Anlaß hinaus artikuliert. Die Herrschenden haben diese Dimension begriffen, wie nicht zuletzt ihre wiederholten Warnungen vor einem »neuen Mai 68« zeigen. Die Bewegung antwortete im März darauf: **»Mai 68 pas achevé«** – »Der Mai 68 ist nicht vollendet«. Immer noch nicht!

Daß diese Bewegung sehr genau für sich selber sprechen konnte, wird auch in ihren Flugblättern klar, von denen wir einige übersetzt haben und im folgenden abdrucken.

Das Fünfjahresgesetz über Arbeit, Beschäftigung und Berufsbildung (*loi quinquennale*) in Auszügen

Das Loi quinquennal wurde am 20. Dezember 1993 vom Parlament verabschiedet und regelt in 83 Paragraphen die neuen Beziehungen zwischen Staat, Kapital und Arbeit unter den Bedingungen von Massenarbeitslosigkeit und flexibler Produktion. Drei Bereiche können unterschieden werden:

Ausbildung/ Berufseingliederung

– *CIP*

»Beschäftigungsbeihilfen«:

– *Senkung der Beiträge zum Kindergeld (nur vom Unternehmer zu tragen) für Leute, die bis zum 1,3fachen des Mindestlohns (SMIC) verdienen. 1998 soll diese Maßnahme 7 Mio. Beschäftigte, d.h. mehr als 50 Prozent (!) der in der Privatwirtschaft abhängig Beschäftigten erreichen;*
– *Förderung der Klitschenproduktion durch abgestufte, befristete Befreiung der Kleinunternehmer von Sozialabgaben;*
– *Einführung eines »Dienstleistungsschecks« für Privatpersonen, die Hausangestellte beschäftigen;*
– *Ausgleichszahlungen für Arbeitslose, die Jobs annehmen, bei denen der Lohn unter dem Arbeitslosengeld liegt;*
– *strengere Kontrollen der Arbeitslosen;*
– *Erweiterung von »Arbeitgeberpools« auf Unternehmen mit bis zu 300 Beschäftigten (bislang 100); der Pool dient dazu, Beschäftigte innerhalb des Pools verleihen zu können.*

Arbeitsorganisation

– *Anpassung der Arbeitszeit an betriebliche Erfordernisse/Einschränkung von Überstundenzuschlägen: Durch Unternehmens-/Betriebsvereinbarung kann eine neue Arbeitsorganisation festgelegt werden, die zu einer Verteilung der Arbeitszeit auf das ganze Jahr oder einen Teil des Jahres führt. Nur wenn das in der Vereinbarung vorgesehene Wochenmittel überschritten wird, gibt es Anspruch auf Überstundenzuschläge oder Freizeitausgleich.*
– *Den Unternehmen, die auf der Basis von Betriebsvereinbarungen die jährliche Arbeitszeit um mindestens 15 Prozent senken und die Personalstärke um mindestens 10 Prozent erhöhen, zahlt der Staat einen Ausgleich für erhöhte Sozialabgaben.*
– *Ausweitung der Teilzeitarbeit, die nunmehr auf Jahresbasis organisiert werden kann; Anreize für Umwandlung von Vollzeit- in Teilzeitstellen*
– *weitere Maßnahmen gegen Schwarzarbeit.*

Flugblätter der Bewegung

Man hat die »casseurs«-Fabrik gefunden

Seit einigen Jahren war man auf Mutmaßungen angewiesen. Früher konnte es im Verlauf von Demonstrationen vorkommen, daß Unzufriedene auf die Willkür der Polizei reagierten, aber in letzter Zeit sah man nur noch brave Kinder demonstrieren, die zwangsläufig und unausbleiblich von *casseurs* überrannt wurden. Bei dieser Veränderung machte uns nur der zweite Punkt ratlos. Denn daß Demonstranten, die von »verantwortungsbewußten« Organisationen eingekreist waren, so harmlos wie Kälber geworden waren, das brauchte einen nicht zu wundern in Zeiten, in denen man Arbeiter sehen konnte, die »streikten«, indem sie *arbeiteten*, und Arbeitslose, die dafür bezahlten, daß man sie beschäftigt. Aber wer waren diese *casseurs*, die regelmäßig die anständigen Bettler überrannten, die nur ruhig demonstrieren wollten? Wo kamen sie her?

Denn schließlich war es erwiesen, daß diese *casseurs*, die mit ihrer Aggressivität die ebenso achtbaren wie für den Papierkorb bestimmten Forderungen scharf kritisierten, nichts mit denen zu tun hatten, deren Schlappheit und weinerliche Resignation sie mit ihrem Verhalten in Verruf brachten. Was nun? Die Frage stellte sich immer wieder: je öfter die *casseurs* auftauchten, je zahlreicher sie wurden, umso rätselhafter schienen ihre Herkunft und ihre Gründe.

Einige Male hatten wir schon geglaubt, das Rätsel sei gelöst. Die Fernsehsender machten uns den Mund wässrig: Man hatte einige *casseurs* gefangen, man würde uns welche zeigen! Aber was sah man dann letzten Endes? Fernfahrer, Bauern, Fischer, Arbeitslose, Jugendliche aus den Vorstädten, sogar Studenten! Wütende Menschen, die wenig taugten für die Rolle des Schreckgespenstes, die sie gegen ihren Willen spielen sollten. Aber der wahre *casseur*, dieses Ungeheuer, das endlos auf unseren Bildschirmen, in den Zeitungen und auf der Treppe des Elysée beschworen wurde, blieb unsichtbar. Wo versteckte er sich?

Jetzt aber, über den Umweg einer wachsenden sozialen Unzufriedenheit, hat sich plötzlich die Wahrheit enthüllt. Wir werden sie euch in ihrer überaus verblüffenden Schlichtheit verraten: die wirklichen *casseurs*, die von oftmals verborgenen Kräften getrieben sein sollen, sind keineswegs so versteckt wie vermutet. Ganz im Gegenteil sind sie verteufelt sichtbar. Aber sie verbergen ihre Freveltaten hinter der Ungeheuerlichkeit einer *falschen Gewißheit*, die von einer allgegenwärtigen Propaganda kultiviert wird: sie geben sich als Produzenten, als fortschrittliche Wohltäter aus, obwohl sie immense Verheerungen und unzählige Leiden verursachen.

Die wahren *casseurs* sind jene bizarren Wesen, die den Planeten und das Leben ihrer Zeitgenossen durch »ökonomische« Entscheidungen von äußerst *barbarischem* Zynismus zerstören; es sind die Hohepriester der Warenreligion, die - unter dem Vorwand, für das Glück der Menschen zu sorgen - dem Kult der »Rentabilität« Millionen Männer, Frauen und Kinder opfern; es sind die *Herren des* Handelskrieges, die davon leben, daß sie Menschen berauben und auspressen; es sind die multinationalen Mafiosi, die Organisatoren planetarischer Betrügereien, deren Gangs sich oft bekämpfen, die sich aber immer darauf einigen, das schwache Schaf zu scheren oder den Ochsen, der unter dem Joch widerspenstig wird, zu schlachten. Sie sind Spezialisten in der Kunst, ihre Brötchen aus dem Schweiß auf der Stirn anderer zu verdienen, sie kennen alle Tricks, diejenigen schwitzen zu lassen, die keine andere Möglichkeit zum Leben haben, als ihre Arbeitskraft unter den feindlichen Bedingungen eines gesättigten Arbeitsmarkts zu verkaufen, der jede Erpressung erlaubt; und sie beherrschen alle Techniken, diese Zitronen wegzuwerfen, nachdem man sie fein säuberlich ausgepreßt hat.

Die wahren *casseurs* sind jene Hyänen, die in ihrer Profitgier kontaminiertes Blut verkaufen, die alle Arten von Gift in der Natur verstreuen und sie gleichzeitig bis zum äußersten ausbeuten und zubetonieren; die Kartenhäuser in Hochwasserzonen bauen oder die Genehmigungen dazu erteilen; die mit dem Schnellen Brüter Roulette spielen, die Tonnen von verdorbenen Lebensmitteln verkaufen und eine Verkäuferin rausschmeißen, wenn sie eine Frucht ißt, die *sowieso weggeworfen werden sollte*; die die Strände mit Sprengkörpern überschwemmen usw..

Die wahren *casseurs*, das sind die austauschbaren Politiker, die die Leichtgläubigkeit der Leute ausnutzen, um sich auf die

Posten zur Verwaltung der »öffentlichen« Angelegenheiten wählen zu lassen, wo sie heimlich ihre Schäfchen (und sogar ganze Schafherden!) ins Trockene bringen können, diejenigen, die mit ruchlosen Gesetzen die Bürger malträtieren, als deren Repräsentanten sie gelten; diejenigen, die Tausende von Kindern, Tausende von Fremden in eine prekäre Situation bringen – auf dem Boden, auf dem sie geboren sind, und die Familien und Paare durch brutale Ausweisungen auseinanderreißen; diejenigen, die die Grundrechte mit Verboten, Geldstrafen und Verhaftungen verteidigen; diejenigen, die von hinten auf Mädchen einprügeln, die ohne Helm Mofa fahren, die im Vorbeifahren die Oussekines[1] zu Tode knüppeln; und diejenigen, *die sie bezahlen und decken*. Die wahren *casseurs*, das sind die schwarzen Kohorten der Söldner, die knüppeln, ersticken, verletzen, verstümmeln, töten, und *diejenigen, die ihnen die Befehle dazu geben*.

Das sind die wahren *casseurs*. Die anderen, die uns von den medialen Bütteln, diesen *casseurs der Sprache*, unter diesem Namen präsentiert werden, der sie verächtlich machen soll, sind nur die logischen Produkte der Situation, die die ersteren geschaffen haben: Revoltierende, die noch *recht gemäßigt* die Aggressionen erwidern, deren Objekt sie in jedem Augenblick und unter so vielen »modernen«, immer ausgeklügelteren Formen sind. Und der Gipfel der Täuschung, der die Wahrheit verdreht, um die Revoltierenden für einen öffentlichen Rachefeldzug herzurichten, hat nur das Ziel, sie zu isolieren, um sie besser besiegen zu können; zu verhindern, daß andere von den Herrschenden Betrogene ihre Beschwerden mit denen der Revoltierenden vergleichen und sich mit ihnen verständigen, um *die Organisation der Gesellschaft zu verändern, die die Ursache von all dem ist.*

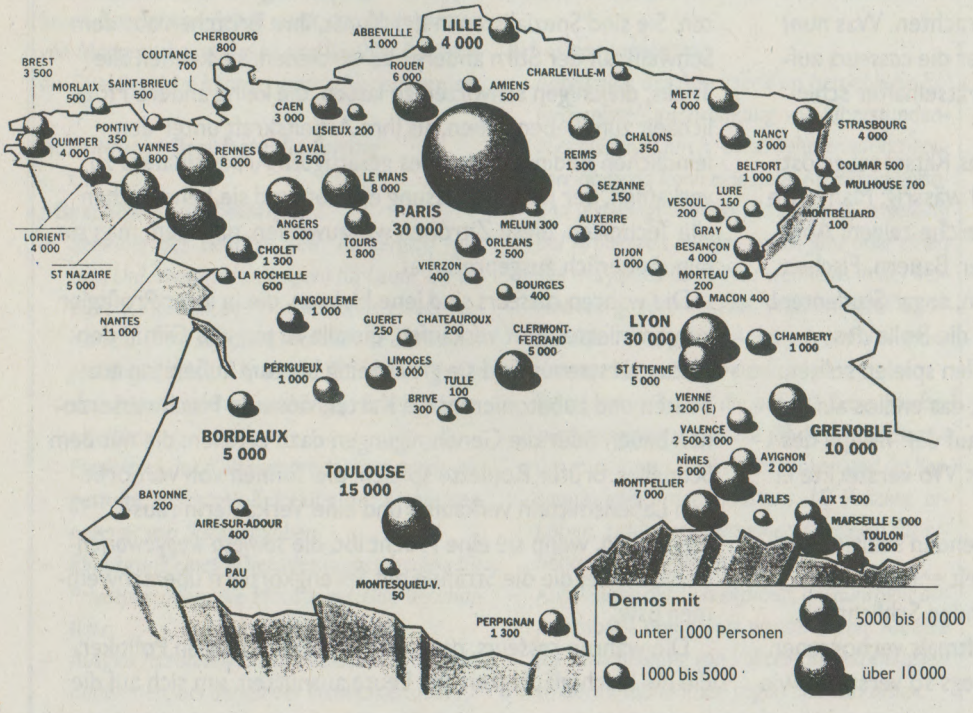
Aber wer läßt sich noch täuschen von diesen dummen Manipulationsversuchen von Herrschenden, die bereits zittern?

Die Atmosphäre dieser Tage, in denen wir voller Freude sahen, wie die Resignation verfliegt und wie die Wut die Straßen zurückerobert, sollten - so hoffen wir - die blendenden Schwaden solchen Tränengases für den Geist auflösen. Sie müßte Reflexe hervorbringen, die gesünder sind als die von Vogel-Strauß-Herden, die nur die Minister glücklich machen. Das Beispiel der Leute aus Nantes, die den Bullen trotzten, um die Befreiung der bei den jüngsten Unruhen Verhafteten zu fordern, wärmt das Herz. Wünschen wir uns, daß es überall wiederholt wird, und daß die Ausgebeuteten, die man spalten will, sich vereinen und den Geist und die Geistesgegenwart ihrer Ahnen, der Kommunarden, wiederfinden, die von ihren Feinden als Pöbel bezeichnet wurden, und darauf stolz erwiderten: *Wenn das der Pöbel ist, dann gehöre ich auch dazu!*

Von Halunken »Bandit« genannt zu werden, ist keine Beleidigung. Diejenigen, die 1968 »allesamt deutsche Juden« waren und 1986 alle »AIDS im Kopf« hatten, werden es heute nicht schlimm finden, von denen *casseurs* genannt zu werden, die heute die Hoffnung verlieren, weiterhin Leute malträtieren zu können, wie es ihnen paßt. Die wirklichen *casseurs* der Menschlichkeit, die Könige der Lüge und des Schlagstocks, wissen, daß ihre Hochburgen der Macht bekannt sind und geschleift werden können, wenn es ihre Opfer nur mit genügend Energie wollen. Verständlich, daß sie Zuflucht suchen bei allen erdenklichen Verleumdungen und Tiefschlägen, um sich an der Macht zu halten. Aber es ist nicht gesagt, daß dies immer funktioniert. Keine Bastille ist uneinnehmbar!

Komitee zur Verteidigung der aufständischen »casses«[2]

Nantes, 20. März 1994



1 Malik Oussekine, Schüler, der anläßlich der Bewegung von 1986 von einer Spezialeinheit der Polizei zu Tode geknüppelt worden war; dies hatte den Rücktritt des damaligen (und heutigen) Innenministers Pasqua zur Folge

2 Scherben; Schäden; Krawalle, Plünderungen - Wortspiel mit *casseur*

3 Wortspiel mit *casseurs*, was wörtlich etwa »Zerbrecher« heißt.

4 Wortspiel, denn gleichzeitig heißt das: »[Ich bin] gegangen, ohne zu bezahlen.«

5 Wortspiel mit der Überschrift durch Verändern eines Buchstabens:
»Ce casseur qui nous ressemble – Ce casseur qui nous rassemble«

Der Casseur, der uns gleicht

In der Bewegung gegen den SMIC für Jugendliche ist die Unterscheidung nette Demonstranten - böse *casseurs*, die so nie gestimmt hat, zerbrochen. So wie sich die letzten Demos entwickelt haben und angesichts der Leute, die sie jetzt, auf frischer Tat ertappt, in Schnellverfahren aburteilen, müssen sogar die Journalisten der Wahrheit ins Auge sehen: Wer ein Schaufenster einschmeißt, ein Auto anzündet oder Steine auf die Bullen wirft, ist kein Außerirdischer, den man sich aus den rassistischen Vorurteilen über die Banden aus den Vorstädten zurechtbasteln kann. Der *casseur* ist einer wie du und ich.

Wie du und ich ist der *casseur* ein frustrierter Konsument. In einer Welt, in der das höchstmögliche Glück im Besitz von Objekten und im Konsum von Bildern besteht, kann man nie genug haben. Zwischen uns und unseren Wünschen wird immer ein Schaufenster sein. Und wir werden immer Lust haben, es zu zerschlagen.

Wie du und ich hat der *casseur* Angst vor der Gewalt: der Gewalt der Ausweiskontrollen und der polizeilichen Durchdringung der Städte, der Gewalt eines leeren Lebens. Und wenn zu alldem noch eine Maßnahme hinzukommt, die einen zu noch mehr Verzicht verdammt, hat das was ganz schön Nervendes, oder? Der *casseur* ist einfach einer, der sich weigert, gebrochen zu werden.[3]

Wie du und ich beginnt der *casseur* zu verstehen, wo die wahren Probleme liegen. Er sieht, daß immer weniger Arbeitsplätzen immer mehr Waren gegenüber stehen. Von den Bauern bis zu den Fischern, von den Krankenschwestern bis in die Vororte, von den Metallarbeitern bis zu den Beschäftigten von *Air France* konnte man spüren, daß etwas in Gang kam. Aber zerstreut, eingesperrt in den Grenzen der Korporation, des Betriebs, der Banden oder der Viertel sind die Revolten zur Ohnmacht verdammt. Mit der Bewegung gegen den CIP und mit den letzten Demos sind diese Grenzen überwindbar geworden. Denn die neue Version des SMIC für Jugendliche greift nicht mehr allein die Ausgegrenzten an, wie es die üblen Sozialkürzungen getan hatten, sondern auch den 'privilegierten' Proletarier: der qualifizierte Techniker begehrt dagegen auf, was ihn am Ende der Fachhochschule erwartet. 1990 hatten die Plünderungen der Vorortbanden zumindest die Jugendlichen der Mittelklassen daran erinnert, daß sie privilegiert sind. Ihre Privilegien mochten mies sein, sicher, aber sie schienen ihnen wichtig und verteidigenswert genug zu sein, daß sie lauthals den *casseurs* die Solidarität aufkündigten. 1994 macht der SMIC für Jugendliche endgültig die Nichtigkeit dieser Privilegien sichtbar. Das führte zu Szenen, wie man sie noch nie gesehen hatte: In den Straßenschlachten waren Schüler, Studenten und junge Arbeiter Seite an Seite, manchmal sogar mit aktiver Sympathie von Arbeitern, die unter der Knute der Lohnsklaverei erbleicht sind.

Demonstrant, kein Chaot!

Diese Begegnungen machen es möglich, daß eine wirkliche Opposition gegen die kapitalistische Ordnung entsteht. Das ist der erste Grund, die *casseurs* als solche zu verteidigen. Der zweite: wenn wir es heute dem Staat und den Medien überlassen, welches Etikett sie uns verpassen, bevor sie uns beseitigen, werden wir morgen Gelegenheit haben, auf eine unangenehme Art am eigenen Leib zu erfahren, daß der *casseur* du und ich sind.

Freiheit für die Eingeknasteten von Nantes, Garges-les-gonesse, Lyon, Paris und anderswo!

Schluß mit allen Strafverfolgungsmaßnahmen gegen die Verhafteten (auch die Studenten)!

Partei gegen das Bezahlen[4]

Der Casseur, der uns vereinigt[2]

Hör auf deine Mutter!

»Gehste aus? Hast du auch deinen Schal dabei? Wickle ihn dir gut um Mund und Nase, ja? Bleib vor allem immer in der Gruppe. Und verhau deine kleinen Freunde nicht. Quatsch auf keinen Fall mit den Journalisten. Und falls du bei den Flics landest, gilt das gleiche, dann brauchste nicht lügen. Wenn sie dir Fotos zeigen, denk dran, wie lange dein Vater gezögert hat, bevor er dich erkannte. Auf alle Fälle bist du minderjährig, verlang sofort einen Anwalt.

Ah, bevor du gehst, wenn du eine neue Jacke findest, mach die Preisschilder ab, ja? Und klar, nimm den Bus auf dem Heimweg, die Metro ist um die Zeit immer so leer.

Okay, komm nicht zu spät!«

Arbeit, gibt's noch welche? Endlich eine gute Nachricht!

Denn die Arbeit haben wir noch nie geliebt. Als es noch genug davon gab, sind wir immer nur mit Widerwillen hingegangen. Wir haben sie Maloche, Schufterei oder ein Elend genannt, und sie war immer eine Qual. Wenn sie heute allmählich knapp wird, dann deshalb, weil es Zeit ist, sie abzuschaffen. Und das ist umso besser!

– Wie das? Muß man nicht arbeiten, um zu leben?

– Quatsch! Als die Menschen in den Wäldern jagten und sammelten, nannten sie das »Arbeit«?

– Aber du willst doch nicht zurück in die Steinzeit?

– Natürlich nicht, ich will damit einfach zeigen, daß die Arbeit nicht immer existiert hat, und daß es keinen Grund gibt, warum es sie immer geben sollte.

– Aber wer wird dann alles herstellen, was wir zum Leben brauchen?

– Was denn herstellen? Drei Viertel des produzierten 'Reichtums' ist nutzloser Schund, geschmacklose Nahrungsmittel, die nur auf den Markt geschmissen werden, um die Maschine am Laufen zu halten. Und das, was tatsächlich nützlich ist, können schon seit langem Maschinen für uns produzieren.

– Aber was sollen wir dann den ganzen Tag tun?

– Die Musiker, die Stunden an ihren Instrumenten verbringen, die begeisterten Schrauber, die ihre Hände stundenlang in Wagenschmiere tauchen, die Demonstranten, die stundenlang mit witzigen Parolen durch die Straßen ziehen, die Feinschmecker, die lange am Herd stehen, um uns mit Leckerbissen zu entzücken, die Computerfreaks, die ihre Zeit damit verbringen, ihre PCs zu programmieren, arbeiten die? Nein. Obwohl sie eine unglaubliche Energie aufbringen. Sie sind aktiv, sie tun etwas, sie stellen was her, sie sind schöpferisch ... aber niemand bestimmt darüber, wie sie ihre Zeit nutzen. **Sie arbeiten nicht!**

– Und nun?

– Anstatt der Arbeit hinterherzurennen, wäre es an der Zeit, ebenfalls aktiv zu werden. Alles, was wir brauchen, kann auf diese Art hergestellt werden, ohne Zwang, zum Vergnügen.

– Kurz gesagt, ist für dich das Dilemma Arbeit - Arbeitslosigkeit ein Scheinproblem?

– Genau. Unsere Gesellschaft macht eine noch nie dagewesene Krise durch, in der die Unternehmer, die Politiker der Rechten und der Linken und die Gewerkschafter gezeigt haben, daß sie am Ende sind. Sie sind heute genauso nutzlos und schädlich geworden wie die Arbeit. In Zukunft liegt es an uns, ohne sie zu bestimmen, wie wir leben wollen.

Die Freunde der guten Zeiten

Air France

Was kommt nach einem wilden Streik?

Fragen zu einem »exemplarischen« Kampf

In der WILDCAT 63 berichteten wir von Streikaktionen bei den *Austrian Airlines*, der portugiesischen *TAP* und den *American Airlines* sowie von dem langen und zunächst erfolgreichen Streik der *Air France*-ArbeiterInnen gegen eine komplette Umstrukturierung des Unternehmens. Die Luftfahrt ist zur Zeit einer der Bereiche, in dem es die meisten Streiks gibt. Auch bei den Kämpfen bei *Iberia* in Spanien und bei *Olympic Airways* in Griechenland versuchten die ArbeiterInnen wie bei *Air France* die Rollfelder zu besetzen – meistens gegen den Willen der großen Gewerkschaften. Bei *Alitalia* kommt es immer wieder zu kurzen Streiks, bei den Bewegungen im öffentlichen Dienst in Belgien spielen die ArbeiterInnen von *Sabena* immer eine wichtige Rolle.

Durch sinkende Flugpreise und das Ende der Firmenmonopole auf Inlandsstrecken ist seit 1992 innerhalb der EU ein gnadenloser Konkurrenzkampf um Marktanteile zwischen den Fluggesellschaften ausgebrochen, den es in dieser Weise vorher nicht gegeben hatte. Für die Beschäftigten aller Kategorien (vom Bodenpersonal bis zu den Piloten) bedeutet dies eine schnellere Annäherung an »normale« Arbeitsverhältnisse. Die besser bezahlten Beschäftigten verlieren ihre Privilegien. Die inzwischen massenhafte Nutzung des Transportmittels Flugzeug hat quasi eine Industrialisierung der Arbeitsabläufe zur Folge. Auch in diesem Sektor versuchen die Unternehmen jetzt massiv, die »toten Zeiten« in allen Arbeitsabläufen aufzuspüren und zu beseitigen: Denn die Gesellschaft mit den kürzesten Stopps auf den Flughäfen kann die Flugzeuge länger in der Luft haben und z.B. mehr Kurzstrecken als andre am Tag fliegen.

Die EU-Subventionen sind für Gesellschaften wie *Olympic Airways*, *Iberia* oder *Air France* an die Voraussetzung geknüpft, daß sie ihre Sanierungspläne wirklich durchsetzen, wozu sie erst einmal die Belegschaft befrieden müssen. Für Fluggesellschaften mußte die EU-Kommission inzwischen sogar einen Regelkatalog für die Billigung von Subventionen verabschieden, der in Ausnahmefällen (bei außergewöhnlichen Problemen) auch mehrmalige Beihilfen ermöglicht. Diese »außergewöhnlichen Probleme« treten z.Zt. sowohl bei Iberia als auch bei *Air France* auf.

Auch nach dem vorläufigen Streikende bei *Air France* im November 1993 versuchte die Geschäftsleitung weiterhin, ihre Pläne zu Arbeitsintensivierung, Lohnkürzungen und Entlassungen durchzusetzen.

Der folgende Artikel aus der Zeitschrift *Échanges*, weist daraufhin, daß auch auf der Seite der ArbeiterInnen der Widerstand und die alltäglichen Kämpfe nach dem Ende des Streiks weitergehen.

Wir ergänzen den Artikel durch Auszüge aus zwei Flugblättern einer Gruppe, aus der einige GenossInnen bei *Air France* in Orly und Paris arbeiten (auf ihr Material stützten wir uns bereits beim Artikel in der WILDCAT 63). Mit diesen Flugblättern und anderen Aktionen versuchten die »Meuterer von der Bounty« direkt in die Diskussionen und Kämpfe bei *Air France* einzugreifen.

Kürzlich schrieb mir ein Genosse aus dem Ausland einen Brief mit folgenden Fragen zum Streik bei *Air France* 1993: Was ist im April '94 passiert? Wieso haben dieselben, die letztes Jahr die Gewerkschaften links liegen ließen, im April den Gewerkschaftsvorschlägen zugestimmt?

An dieser Frage läßt sich gut zeigen, welche Verhehrungen die Desinformation der Presse anrichtet – der bürgerlichen, die tendenziell die Rolle der Gewerkschaften überbewertet und die Dialektik zwischen Basisbewegungen und Organisationen verschweigt, und der linksradikalen Presse, die tendenziell die »revolutionäre«« Kraft einer Basisbewegung überbewertet und dabei ebenso dieses dialektische Verhältnis ignoriert, indem dann oft von »Verrat« gesprochen wird, wo es sich um das »normale« Funktionieren einer Institution des kapitalistischen Systems handelt.

Für die LeserInnen der linksradikalen Presse, insbesondere, wenn sie die Ereignisse aus dem Ausland mehr oder weniger triumphalistisch betrachten, mag es eigenartig erscheinen, daß die Protagonisten eines teilweise wilden Streiks, die mehrheitlich an den Gewerkschaften vorbei handelten, einige Mona-

te später »massenhaft« einem Umstrukturierungsplan zustimmen, der zahlreiche »Opfer« verlangt, die sie vor einigen Monaten noch abgelehnt hatten. In dieser Frage stecken die üblichen analytischen Lücken der Linken in bezug auf das dialektische Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital. Die Grundidee einer solchen Position ist, daß ein »wilder« Streik Ausdruck eines entwickelten Klassenbewußtseins und einer unabhängigen Form der Organisierung sei, die auch nach dem Ende des Kampfs in den Haltungen der ArbeiterInnen ihren Ausdruck finden müssen. Als ob es sich beim »Bewußtsein« um Treppenstufen handelt, die letztendlich zur Revolution führen. Diese Auffassung scheint hinter der Frage durch, die im vorigen Absatz gestellt wurde.

Offiziell hat der Streik bei *Air France* im wesentlichen zwischen dem 6. Oktober und dem 2. November '93 stattgefunden. Aber er ist nicht vom Himmel gefallen, viele Auseinandersetzungen an der Basis sind ihm vorausgegangen, und viele haben danach stattgefunden. Er kann deshalb nicht losgelöst von diesen Prozessen betrachtet werden, er bildete nur die Spitze eines Eisbergs – und der schmilzt auch nicht von heute auf morgen.

Zwar wurde in einigen Artikeln darauf hingewiesen, daß es bereits vor dem Streik einiges an Bewegung gab, aber wenige haben über die Zeit nach dem Streik berichtet. Anstatt den Streik als Teil eines Prozesses bei *Air France* und als Teil der Entwicklung des Kapitalverhältnisses überhaupt zu begreifen, wird er als exemplarisch und als Modell dargestellt – und somit politisch neutralisiert. Auf die gleiche Art und Weise tun diese Artikel so, als würden alle streikenden ArbeiterInnen mit ein und derselben Stimme sprechen. Das Bild einer Einheit verdeckt aber die enormen Unterschiede zwischen Aktiven und Passiven, Schwankenden und Entschlossenen ebenso wie zwischen den verschiedenen Bereichen: Es ist illusionär zu glauben, die 39 000 Beschäftigten bei *Air France* könnten mit einer Stimme sprechen, dies ist nicht einmal dort der Fall gewesen, wo der Streik auf das eigentliche Unternehmen (und oft sogar auf einzelne Abteilungen) beschränkt blieb und deshalb die verschiedenen Kategorien und ihre divergierenden Interessen in sich aufgehoben hat. Zwar schienen für einen Moment die Unterschiede zu verschwimmen, aber am Ende des Kampfs traten sie umso deutlicher hervor – vor allem, nachdem die Arbeit wieder aufgenommen wurde und die Regeln der Ausbeutung wieder zum geltenden Gesetz im Unternehmen wurden. Selbst in den »wildesten« und »exemplarischsten« Momenten des Kampfes war für alle klar, daß *Air France* auf die eine oder andere Art umstrukturiert werden muß (da der Kampf nun mal auf das Unternehmen selbst beschränkt blieb, auch wenn seine politische Wirkung darüber hinaus ging).

Wie läßt sich eine Kampfdynamik aufrechterhalten?

Nachdem man den Generaldirektor ausgetauscht hatte (Blanc, der gute Retter, kam für Attali, den bösen Unglücksraben) und die Gewerkschaftsbürokratien (die während des Streiks mehr oder weniger links liegen gelassen worden waren) den »Dialog« über einen Umstrukturierungsplan aufgenommen hatten, begann die Zeit »nach dem Streik« – mit dem Streik des Kantinenpersonals! Dieser Bereich mit 500 Beschäftigten (von ingesamt 39 000) führte als einziger den Streik an einer konkreten Frage fort: Die ArbeiterInnen wollten die Folgen des ersten Umstrukturierungsplans weg haben, während der Streik nur die Umsetzung des zweiten Umstrukturierungsplans verhindert hatte. Diese »Streikserie« dauerte einen Monat, führte aber zu keinen Solidaritätsaktionen anderer Arbeiter bei *Air France*, obwohl es auch in anderen Abteilungen zu Auseinandersetzungen nach dem Streik kam. Sie endete nach einem Monat Besetzung und teilweise harten Zusammenstößen mit einer vernichtenden Niederlage, der kompletten Auslagerung dieser Abteilung.

Wie wir bereits im ersten Artikel [in *Échanges* Nr. 76, deutsch in *Arbeiterpolitik* Nr. 2/94] geschrieben haben, blieb der wilde Streik weitgehend unter Kontrolle. In der Folge wurde aber klar, daß er noch stärker kontrolliert worden war, als wir angenommen hatten. Jeder Streik solchen Ausmaßes und solchen Charakters verändert für eine gewisse Zeit die alltäglichen Kräfteverhältnisse im gesamten Unternehmen. Ebenso kann er auf eine andere Art das Kräfteverhältnis im gesamten Ausbeutungssystem auf nationaler Ebene verändern. Auch wenn die Wiederaufnahme der Arbeit

den bitteren Beigeschmack der gescheiterten Hoffnungen und einer ungewissen Zukunft hatte, war sie dennoch von den Aktionen, Beziehungen und Widerständen gekennzeichnet, die in den bewegten Tagen entstanden waren. Als der Kampf zusammenbrach, wurden die Verhandlungen fortgesetzt – und es wurde sofort klar, daß sich das Kräfteverhältnis zugunsten der Geschäftsleitung verändert hatte.

Der komplette Mißerfolg des Streiks des Kantinenpersonals verdeutlicht diese Veränderung des Kräfteverhältnisses: von den 500 »privatisierten« ArbeiterInnen erhalten diejenigen, die aus persönlichen Gründen und/oder aus Ekel gehen, eine Abfindung. Diejenigen die bleiben, weil sie nicht anders können, werden sofort herabgestuft, und ihre Arbeitsbedingungen verschlechtern sich.

Die Verschlechterung des Kräfteverhältnisses setzt sich um in zusätzliche Jobs nach Feierabend und vor allem in Diskussionen zwischen der Geschäftsleitung und den Gewerkschaften über einen neuen Sozialplan und das Referendum für alle ArbeiterInnen bei *Air France*. Geschäftsleitung und Gewerkschaften wollen offensichtlich von der Ratlosigkeit und Unsicherheit profitieren, die durch die Wiederaufnahme der Arbeit entstanden sind, ohne daß die zentralen Punkte geklärt waren. Eine Ratlosigkeit, die dadurch verstärkt wird, daß mit dem Referendum stillschweigend die Zustimmung für eine Umstrukturierung eingeholt wird, die Monate vorher abgelehnt worden war.

Die Soziologen von Unternehmens- und Gewerkschaftsseite haben gute Arbeit geleistet, und es werden alle Register der Klassenkollaboration gezogen, um die ArbeiterInnen wieder in die kapitalistische Funktionsweise des Unternehmens zu integrieren: Elitedenken, das französische Unternehmen *Air France* muß fortbestehen, wir müssen die Reihen gegen das Ausland schließen (der Konflikt mit *British Airways* wird in den Vordergrund gerückt), Kooperation, Konsultation ... Um Irrtümern vorzubeugen: Das sind keine »Werte«, die von der Geschäftsleitung und den Gewerkschaften einem Ensemble unterschiedlicher Interessen (die kapitalistische Struktur an sich) künstlich aufgepfropft werden, deren Unterschiedlichkeit für kurze Zeit durch eine gewisse Einheit im Kampf verwischt war, sondern das ist Ausdruck dieser Interessen selbst, die es solange geben wird, solange es das Unternehmen gibt.

Hierin liegt ein Teil der Antwort auf die am Anfang gestellte Frage: Für einen nicht zu unterschätzenden Teil der ArbeiterInnen bei *Air France*, die nicht direkt in die Auseinandersetzungen verwickelt waren, bedeutete dieser Kampf nur einen kleinen Aufschub, und sie warteten vorsichtig auf sein Ende. Diejenigen, die darin aktiv geworden sind, können am Ende manchmal zu individuellen oder berufsspezifischen Haltungen zurückkehren, aber aktuell *nicht* zu einer einheitlichen. Und das umso weniger, als die Geschäftsleitung die Ideologie der Verteidigung des Unternehmens einschließlich nationalistischer Töne ausspielt, um eine ganz andere Einheit in den Vordergrund zu rücken: die des (Fortbestands des) Unternehmens mit allen ArbeiterInnen. Auch wenn das im Widerspruch steht zur Behauptung, daß das Unternehmen Abteilung für Abteilung umstrukturiert werden muß, denn dadurch werden Unterschiede geschaffen, die verhindern sollen, daß verschiedene kleine Kämpfe zusammenkommen. Blanc, der neue Präsident, geht diese Offensive anscheinend auf zwei zwar widersprüchlichen aber zusammengehörenden Ebenen an, die zum Ziel haben, die Verallgemeinerung des Kampfs durch seine erneute Zersplitterung zu verhindern.

Diese Offensive, die auf alle ArbeiterInnen und Berufsgruppen zielt, kommt zunächst sehr subtil und abseits der üblichen Pfade daher, was ihre Wirkung verstärkt und unter den ArbeiterInnen Verwirrung stiftet. Denn je nach ihrer Position in der Betriebshierarchie beurteilen die Beschäftigten diesen ideologischen Schachzug sehr unterschiedlich. Dadurch werden sie aufgespalten. Danach kommen zwei Pläne, die angeblich alle ArbeiterInnen an der Ausarbeitung der Umstrukturierungspläne teilhaben lassen. Geniale Lüge und genialer Trick, denen sich die Gewerkschaften anschließen, jede mit ihrem besonderen Witz, um ihr Bild aufrechtzuerhalten: Auf der einen Seite das Referendum, auf der anderen Seite wird der Umstrukturierungsplan ganz allein in den Chefetagen verhandelt.

Das Referendum

Im Gegensatz zu dem, was die Medien behaupten (es ist das, worauf sich der ausländische Genosse bezieht, wenn er fragt, warum die ArbeiterInnen nun »akzeptieren«, was sie ein paar Monate vorher verweigert hatten), geht es im Referendum absolut nicht um die Frage, ob man für oder gegen einen konkreten Umstrukturierungsplan ist. Unter dem Deckmantel von Fragen, die ganz allgemein die »notwendige Reform bei *Air France*« ansprechen, suchen Direktion und Gewerkschaften in Wirklichkeit nach einem Blankoscheck, um den Umstrukturierungsplan alleine zu verhandeln. Das wird aber nicht offen gesagt. Die Frage lautet: »Seid ihr für oder gegen das Verschwinden von *Air France*?«. Das wird die CFDT dann als einen »Vertrag des Vertrauens« bezeichnen. Natürlich ist jede/r dagegen, aber nicht zu jedem Preis und jeder Bedingung. Ein regionaler Delegierter bringt es später so zum Ausdruck: »Das Referendum war kein Blankoscheck für den Vorstand, sondern drückte den Willen der Beschäftigten aus, das Unternehmen zu retten«. Nur das wird nicht konkretisiert. Im Gegenteil, zwischen den Zeilen kann man heraushören, daß das Überleben von der Zustimmung abhängt: eine gnadenlose Erpressung seitens der Medien macht von dieser Zustimmung nicht nur die 20 Milliarden-Kapitalspritze des französischen Staats, sondern auch die Zustimmung aus Brüssel zu dieser Subvention abhängig.

Alle können mit den 80 Prozent Ja-Stimmen zufrieden sein. Wenn man die Wahlenthaltungen und Gegenstimmen zusammenrechnet, sind es in Wirklichkeit ein bißchen mehr als 50 Prozent, die dem »Vertrag des Vertrauens« zugestimmt haben, und sicher einiges weniger, wenn man die Stimmen der Führungskader abzieht. Was soll's, entscheidend war, dieses »demokratische« Ergebnis zu erhalten. Die Medien greifen es auf und verkünden, daß die Gewerkschaften einem direkten Dialog zwischen Betriebsleitung und ArbeiterInnen Platz machen mußten (nach einer angeblich im Streik herausgebildeten Wasserscheide) und daß eine neue Ära im Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit beginne. Dieser Wirbel um nichts ermöglicht es den Gewerkschaften und der Geschäftsleitung, die eigentlichen Gespräche ohne jegliche Beteiligung von ArbeiterInnen fortzuführen. Das Referendum ist genaugenommen, im Gegensatz zu dem, was uns vorgegaukelt wird, ein Blankoscheck für die Geschäftsleitung und für die Gewerkschaften, über die Umstrukturierung zu verhandeln.

Die Umstrukturierung

Zeitgleich mit der Irreführung durch das Referendum setzt bei *Air France* ein anderes Trommelfeuer ein: Pseudo-Informationen in einem fast täglich erscheinenden Unternehmensbulletin, die den Anschein erwecken, als »informierten« sie jede/n über die Fortschritte der Verhandlungen. Information bedeutet nicht direkte Gespräche. Aber in einer Flut von Beiträgen aus den Abteilungen und Ausführungen zu den verschiedensten Fragen wird ausführlich über die Diskussionen zwischen Management und Gewerkschaften (und eben nicht mit der Basis) berichtet. Ein Verantwortlicher der Gewerkschaft der Linienpiloten SNPL nannte das »Mitbestimmung nach deutschem Vorbild«. Die »überarbeitete Fassung« des Reformprogramms wird von einer

gewissen Kritik an veralteten Managementmethoden und einer zu großen Hierarchie begleitet (in der Tat wird die alte Direktion von 44 Personen durch ein 26-köpfiges Exekutivkomitee ersetzt, was eine größere Zentralisierung der Entscheidungen bedeutet). All das Theater ist aber ein Dialog mit den Gewerkschaften und nicht mit der Gesamtheit der ArbeiterInnen, von denen viele während des Streiks eine direkte Beteiligung an den Verhandlungen gefordert hatten. Die Gewerkschaften sind in keiner Weise übergangen worden, im Gegenteil, sie sind in ihrer Rolle als fähige Vermittler wieder fest in den Sattel gehievt worden. Das Referendum tut so, als würden die Sachen über den Kopf der Gewerkschaft hinweg geregelt, aber in Wirklichkeit verhandeln die Gewerkschaften mit der Direktion ohne diese angeblich »einbezogene« Basis, denn die wird nur »informiert« durch die Bulletins der Direktion und über Gewerkschaftskanäle.

Das ist die Falle, die es ermöglicht, die während des Streiks eroberte Macht zurückzudrängen. Es ist kein Zufall, daß die Gewerkschaften in der Frage des Referendums sehr still geblieben sind. Bei den eigentlichen Diskussionen zur Umstrukturierung sind die Gewerkschaften auf zwei Arten vorgegangen: zum einen haben sie einen allgemeinen Vertrag mit ausgearbeitet, zum anderen haben sie abteilungsweise die Modalitäten dieses Vertrags getrennt diskutiert. Alle kennen die legalen Möglichkeiten des französischen Arbeitsrechts, die ein kollektives Abkommen für ein Unternehmen legalisiert und es damit für die Gesamtheit der ArbeiterInnen verbindlich macht, auch wenn es nur von einer, selbst minoritären Gewerkschaft unterzeichnet ist, die an der Ausarbeitung dieses Abkommens teilgenommen hat. Niemand macht den Vorschlag, diesen allgemeinen Rahmenvertrag den ArbeiterInnen zur Abstimmung vorzulegen (genauso wie die genauen Modalitäten in den jeweiligen Sektoren). Eine solche Möglichkeit bei den Kollektivverträgen hat den Gewerkschaften immer erlaubt, vor den ArbeiterInnen ihr Gesicht zu wahren. Eine einzige Gewerkschaft muß unterschreiben, dann können die anderen formal in Opposition dazu gehen, manchmal mit viel Lärm, Demonstrationen und Mobilisierungsaufrufen, um die Opposition an der Basis zu kanalisieren. Einige Wochen oder Monate später stimmen auch sie dann still und heimlich zu, um an den Verhandlungstisch zurückkehren zu können und sich an der Ausarbeitung der von ihnen angeblich verworfenen Modalitäten zu beteiligen. Das ist bei *Air France* in der Frage des Rahmenvertrags passiert (der im Referendum keine Rolle spielte). FO (Mehrheitsgewerkschaft) und CGC unterzeichnen den Rahmenvertrag am 27. März '94, CGT, CFDT und die Gewerkschaft der Piloten verweigern zunächst die Unterschrift, schließen sich dem aber mit Ausnahme der CGT später an.

Dieser Rahmenvertrag gilt von da an für alle ArbeiterInnen auch ohne deren Billigung und läßt der Direktion praktisch freie Hand bei der weiteren Ausgestaltung konkreter Fragen:

- Beschäftigungsabbau: die 39 000 Beschäftigten vom 1.1.92 sollen bis zum 1.1.97 um 10 Prozent auf 35 000 abgebaut werden. Wie das ohne direkte Entlassungen vonstatten gehen soll, muß noch genauer definiert werden (freiwillig, keine Ersetzung von Abgängen, Vorruhestand, Subunternehmen)
- Einfrieren der Löhne und Beförderungen für drei Jahre
- Komplette Reorganisierung des Unternehmens

Diese Umstrukturierung, bei der Berge von Papier produziert werden, beinhaltet eine Modifizierung der Statute und Regelungen auf Betriebsebene, die in einer Sitzung des Verwaltungsrats am 1. Oktober angenommen wird, obwohl sie von den Gewerkschaften mit Ausnahme der FO und der Gewerkschaft der Piloten abgelehnt wird. Außer der Gründung einer Finanzholding, die *Air France* und *Air Inter* unter einen Hut bringt, ist für 1997 die Umwandlung von *Air Inter* in eine europäische Gesellschaft vorgesehen, welche den gesamten Flugverkehr von *Air France* übernehmen soll (was Entlassungen und eine Angleichung der Löhne und Arbeitsbedingungen bedeuten würde). *Air France* soll ab sofort in elf unabhängige, regional oder nach Bereichen gegliederte Zentren aufgeteilt werden, deren Produktivität jeweils getrennt berechnet und in drei Jahren um 30 Prozent gesteigert werden soll. Die gleichzeitige Verpflichtung von Stephen Wolf, einem Überläufer von *United Airlines*, und eines schwedischen »Spezialisten« für den Frachtbereich (beide haben den Ruf, eiskalte Sanierer zu sein), läßt erahnen, daß harte Zeiten auf die ArbeiterInnen zukommen.

Der Kampf setzt sich auf andere Weise fort

Die Antwort auf die Frage des ausländischen Genossen liegt darin, daß gegen die Umsetzung des Rahmenvertrags Konflikte ausbrechen, die aber auf die Abteilungen begrenzt bleiben. Die Gewerkschaften müssen auf Widerstände an der Basis reagieren, die in der Folge von Entscheidungen entstehen, die sie selber direkt oder indirekt mitgetragen haben.

Im September unterbreitet die Geschäftsleitung den Vorschlag, die Flugprämie der Piloten, die zwei Drittel ihres Lohns ausmacht, um 9 Prozent zu senken. Mit überwältigender Mehrheit wird ein Streik für den 16. und 17. September beschlossen. Die Gewerkschaften der Piloten verhandeln drei Tage lang, dann wird diese Lohnkürzung in zusätzliche Flugstunden ohne Lohnausgleich umgewandelt und der Streik abgesagt.

Am 7. Oktober 94 wird im Terminal A in Roissy eine Neuregelung der Arbeitszeit eingeführt, die den Stoßzeiten Rechnung tragen soll. Dieser Versuch, eine höhere Produktivität durchzusetzen, bringt das völlige Chaos für die Beschäftigten. Das Schalterpersonal tritt in den Streik. Ebenso kommt es zu Arbeitsniederlegungen im Wirtschaftsbereich und auf den Pisten. Diese Basisaktivitäten dringen kaum an die Öffentlichkeit, und es ist nicht klar, wie sie ausgehen.

Am 11. Oktober ereicht die Unruhe die Frachtabteilung, die Werkstätten und das Bodenpersonal, die nun 39 Stunden in der Woche arbeiten sollen. Auch da wenig Öffentlichkeit. Es wird jetzt aber zunehmend Protest laut gegen die am 1. Oktober eingeführte neue Arbeitsorganisation, die bei den Langstreckenflügen zu zwei bis drei Arbeitstagen mehr pro Monat führt. Über ein Abkommen, welches einen für den 30. und 31. Oktober geplanten Streik verhindern sollte, ist nichts Weiteres bekannt.

Diese Beispiele (und es ist anzunehmen, daß es nicht die einzigen waren und bleiben werden) belegen, daß der Klassenkampf andauert. Er hat sich verändert angesichts der Repressionsmaßnahmen, mit denen die Wirkung der Kämpfe und Widerstände abgeschwächt werden sollte. Man muß die Dinge immer von der Dialektik aus betrachten, die sich zwischen Repression und Widerstand entwickelt. Nicht nur in den einzelnen Kämpfen, wie bedeutend sie auch sein mögen, sondern auch und vor allem in der Gesamtheit der Formen des alltäglichen Kampfs, die sich unaufhörlich erneuern, und ohne daß man die eine für wichtiger als die andere hält. Und so versteht man dann, daß die Akteure des Kampfs im Herbst '93 dieselben sind, die heute in einem anderen Zusammenhang kämpfen, den zu erleiden man sie zwingen konnte – aber nicht dazu, ihn zu akzeptieren.

übersetzt aus: Échanges, Nummer 78

(Échanges, Bulletin du réseau »Échanges et Mouvements«, BP 241, 75866 Paris Cedex 18, France; erscheint unregelmäßig als französische und englische Ausgabe; Preis 60 FF oder 7 Pfund für vier Nummern)

Auszüge aus Flugblatt Nr. 6, vom 15.3.1994

Die Meuterer von der Bounty

Dieses Flugblatt wurde wie die vorhergehenden von mehreren Personen verfaßt, von denen einige bei Air France *arbeiten und einige nicht. Wir fühlen uns nicht berufen, eine neue Partei, Gewerkschaft oder sonst ein Schwachsinn zu sein, die die Schwächen des Kampfes ausnützen. Wir wollen nur zum Aufbau zukünftiger Bewegungen beitragen und diese in unsere Überlegungen einbeziehen. Wir wären glücklich, wenn sich andere dem anschließen würden. Aber wir wären genauso glücklich, wenn andere Flugblätter bei* Air France *und anderswo auftauchen würden. Aus der Breite der Überlegungen wird die wirkliche Aktionseinheit entstehen, diejenige, die sich wirklich über ihre Ziele und ihre Mittel im Klaren ist.*

... Die Geschäftsleitung brüstet sich damit, daß ihr »Sozial«plan ohne direkte Entlassungen auskommt, aber er sieht vor, daß die Löhne für drei Jahre eingefroren werden, die Arbeitszeiten verlängert und 200 »freiwillige« Kündigungen ausgesprochen werden (Attali wird sich im Sessel umdrehen!). Wer glaubt eigentlich, daß es bei 3,5 Millionen Arbeitslosen noch freiwillige Kündigungen gibt? Wo will Blanc sie finden? Unter den Managern, die wegen Inkompetenz entlassen worden sind, und dem Volk zum Fraß vorgeworfen wurden? Unter dem besser bezahlten Flugpersonal, oder im Kundenverkehr? Oder vor allem unter denjenigen, die die größte Entschlossenheit während des letzten Konflikts gezeigt haben: in den Frachtabteilungen, im Tower und in den Werkstätten? Für die »neue« Leitung bei Air France *wie auch anderswo ist es nicht tolerierbar, daß es noch Bereiche gibt, wo die Stellung in der Produktion mit einem Zugehörigkeitsgefühl zu einem kollektiven Kampf verknüpft ist. Denn das schränkt »ihre« Vision eines funktionierenden Marktes ein und macht ihre Träume zunichte.*

Okay! Und die Gewerkschaften?

Sie sind nicht verschwunden, im Gegenteil. Sie haben ihren Vers vorbereitet und wiederholen die Melodie; sie sind bereit. Die FO *schwimmt auf ihrer alten Linie und applaudiert dem Plan der Geschäftsleitung; die* CFDT *(die nur sich selber vertritt) macht ohne große Anstrengung auf kritisch; die* CGT *verhält sich intelligenter und kritisiert den antisozialen Plan, sie hat sogar fast zum Streik aufgerufen. Aber womit sie einem am meisten auf die Nerven geht (wie im übrigen ganz massiv die* KPF*, die den Konflikt für die Regionalwahlen ausschlachten wollte), ist ihre Behauptung, daß der »nationale Reichtum« verschleudert werde, das »französische Kleinod« ... Sie bereiten zum wiederholten Male nichtsnutzige Aktionstage vor. Keine guten Nachrichten. Sie machen einen dreckigen Job, aber sie haben eine Entschuldigung: Sie können ihr dreckiges Spiel weiter machen, weil wir sie auf unserer Apathie wachsen lassen. Auf der Weigerung, unsere Sache selbst in die Hand zu nehmen.*

Man kann sie kritisieren, sich einen Dreck um sie scheren, sie beschimpfen, sie links liegen lassen wie im Oktober, das bringt nichts, wenn man ihnen auch nur eine Spur von Legitimation zubilligt, in unserem Namen zu sprechen und zu entscheiden, weil wir uns nicht selber organisieren.

Uns organisieren, nicht, um eine neue »Basis-«, »autonome« oder »demokratische« Gewerkschaft aufzubauen, die ein repräsentativerer Gesprächspartner gegenüber der Geschäftsleitung wäre, um über die Modernisierung zu verhandeln. Sondern uns organisieren, um uns die Mittel für unseren Kampf zu schaffen: für die bedingungslose Rücknahme des neuen Plans.«

Flugblatt vom August, die »Meuterer« haben sich inzwischen um andere GenossInnen erweitert und nennen sich deshalb jetzt »Komitee zur Wiederaufnahme der Arbeiterinitiative« (Auszüge):

»Nach der Annahme des Blanc-Plans:

Die Lage klären, um die Initiative wieder selbst in die Hand zu nehmen!

(...)

Am schwächsten sind die Reaktionen der ArbeiterInnen gegen den ideologischen Knüppel, mit dem die bisher einmalige Dimension dieser Angriffe verschleiert werden soll. Die Arbeiter dachten, wenn sie im April massiv für den Plan stimmen, könnten sie den Schaden begrenzen und das Wesentliche, nämlich ihre Arbeitsplätze, retten, in einer Situation, wo Millionen stempeln gehen. Aber das haut nicht hin.

Auch wenn Blanc die Bombe der Kampfbereitschaft der ArbeiterInnen geschickt entschärft hat, indem er zur Senkung der Lohnkosten lediglich »freiwillige« Kündigungen durchführen will, so weiß er ganz genau, daß die 5 000 Arbeitsplätze weniger nur ein Notbehelf sind:

– Bereits für 1995/96 ist die Geschäftsleitung nicht sicher, ob 3 000 Leute »freiwillig« bereit sind zu kündigen.

– Nach internen Firmenunterlagen sind zudem 800 bis 1 000 »Rausschmisse« für eine gelungene Durchführung des Plans nötig.

– Das Ende des Monopols auf den Inlandsstrecken und damit die Möglichkeit, daß die Konkurrenz mit billigeren Angeboten auf den Markt drängt, werden einen Preiskrieg zur Folge haben, dessen Rechnung allein die ArbeiterInnen mit Tausenden von Entlassungen bezahlen werden, genau wie in den USA in den 80er Jahren.

Blanc weiß das genau, wenn er die Situation im Lufttransport mit der im Automobilsektor vergleicht – und dabei den Preis zu erwähnen »vergißt«, den die Arbeiter für die »Wiederbelebung« dieses Sektors bezahlt haben: 120 000 abgebaute Arbeitsplätze in zehn Jahren.

Auf der anderen Seite haben viele ArbeiterInnen angesichts der 20 Mrd. Francs Subventionen und der angeblichen Freiwilligkeit der Kündigungen nicht die dramatischen Auswirkungen auf ihre Arbeitsbedingungen gesehen, die sich erst auf halbem Wege zeigen:

– Es werden elf Profitcenter geschaffen und Air France damit in eine Reihe von Mittelbetrieben zerbröselt, um die Profite zu vergrößern und die Arbeitereinheit zu zerbrechen.

– Die Instandhaltungsabteilung wird in zwei Teile zerlegt, bestimmte Wartungsarbeiten werden an Sklavenhändler vergeben, um die Spaltung in Qualifizierte und Nichtqualifizierte zu verstärken.

Dieser ganze Prozeß wird als Rechtfertigung genommen, um Betriebsvereinbarungen und das Personalstatut zu brechen, die Center für Center durch neue Verträge ersetzt werden sollen. Dabei wird, im Namen der Modernität und der heiligen Flexibilität, der zwangsläufige Produktivitätsunterschied zwischen den Abteilungen zum Vorwand genommen, die Löhne an einigen Stellen zu senken und an anderen (z.B. bei den Managern!) zu erhöhen. Dadurch gibt es dann keine Gleichheit bei den Entlohnungsbedingungen und kein gemeinsames Personalstatut mehr, sondern eine Vielzahl von Arbeitsverträgen, um die ArbeiterInnen besser spalten zu können.

Im Jahr 1997 werden die ArbeiterInnen, wenn sie es sich gefallen lassen, in folgender Lage sein:

– Air France hat in fünf Jahren fast ein Viertel der Belegschaft abgebaut, die Reallöhne haben sich um 15 Prozent verringert.

– Das Arbeitsstatut ist unwiderruflich prekarisiert worden.

Das Ganze vor dem Hintergrund einer verschärften Konkurrenz und einem weltweiten Wirtschaftskrieg zwischen den Fluggesellschaften.

Nachdem die Absichten des Klassenfeindes klar geworden sind, sind nun wieder die ArbeiterInnen am Zug. Das Linsengericht der direkten Pseudodemokratie (Referendum) und der hingeworfene Knochen der angeblich »freiwilligen« Kündigungen sind der kapitalitischen Wirklichkeit gegenüber nicht von Dauer. Denn diese besteht aus unerbittlichem Kampf gegen die ArbeiterInnen. Der Pseudorealismus, sich das Rückgrat zu verbiegen und auf bessere Zeiten zu warten, ist nur eine verheerende Illusion. Millionen von ArbeiterInnen haben diese Illusion schon teuer bezahlt: im Bergbau, auf den Werften, in der Metall- und Autoindustrie (um nur die schlimmsten Fälle zu nennen).

Der Blanc-Plan ist schlimmer als der von Attali.

Heute greift das Kapital an, um die Transport-Industrie neu zu strukturieren. Und der Blanc-Plan ist schon jetzt zum Modell geworden, das von vielen Luftfahrtgesellschaften in Europa nachgemacht wird.

Im Oktober '93 hieß das ***Modell*** *für Millionen ArbeiterInnen in Frankreich und auf der ganzen Welt* ***Streik bei Air France****.*

Damit diese Erfahrung nicht umsonst gewesen ist, müssen wir verstehen, daß der einzige Realismus, der sich heute auszahlt, der Realismus des Kampfs ist! Des unnachgiebigen Kampfs gegen das Kapital.«

Streikwelle in Frankreich seit dem Herbst 1994

Es knallt in der Musterfabrik von Péchiney in Dunkerque

Obwohl wir darüber nur einige Zeitungsartikel vorliegen haben (aus *Libération* und der trotzkistischen *Lutte Ouvrière*), wollen wir zunächst den Streik bei *Péchiney* etwas genauer beschreiben. Denn er ist einer der ersten in einer langen Reihe von Kämpfen in den Herbst- und Wintermonaten. Und wegen seines recht schnellen Erfolgs und ähnlicher Vorgehensweisen der ArbeiterInnen in anderen Fabriken (mehrere Belegschaften haben genau wie die Aluminiumarbeiter in Dunkerque ihre Fabriken besetzt und das Management ausgesperrt) sprach man in Frankreich bereits vom »Péchiney-Effekt«.

Ende der 80er Jahre wurde die Aluminiumfabrik der *Péchiney*-Gruppe in Dunkerque (in Nordfrankreich an der Grenze zu Belgien) mit einem Investitionsaufwand von 5,5 Mrd. Francs (1,6 Mrd. DM) erbaut. Sie war für die Region nach dem Niedergang der Eisen- und Stahlindustrie sowie des Schiffsbaus ein »Lichtblick«.

Von Anfang an sollte eine neue Art von Arbeitsorganisation eingeführt werden. Zu diesem Zweck wurden Arbeiter rekrutiert, die vorher nichts mit der Aluminiumindustrie zu tun hatten. Bei *Péchiney* gibt es nur noch drei Stufen in der Hierarchie: die Geschäftsleitung, die Abteilungsleiter und die 407 Arbeiter. Diese Arbeiter waren gemeinsam vom Arbeitsamt und von dem Unternehmen aus über 2 000 Bewerbern herausgefiltert worden. Sie wurden bereits vor der Eröffnung der Fabrik zu »Operatoren« ausgebildet und zehn Monate lang für ein Diplom oder ein Fachabitur geschult. Begriffe wie »Autonomie« und »Verantwortung« wurden von Anfang an großgeschrieben.

Inzwischen kann diese »ultramoderne Fabrik des 21. Jahrhunderts ohne Chef und ohne Luftverschmutzung«, wie sie gerne im *Péchiney*-Konzern genannt wird, nach drei Jahren Betriebszeit mit insgesamt 550 Beschäftigten 215 000 Tonnen Aluminium im Jahr produzieren. Das sind 50 Prozent der gesamten Aluminiumproduktion in Frankreich. In Dunkerque wird vor allem für die Getränkedosen- und die Automobilindustrie produziert.

Die Arbeiter sind in ungefähr 50 Arbeitsgruppen aufgeteilt und können im gesamten Produktionsprozeß eingesetzt werden: Bruno z.B. in der Elektrolyse, in der Gießerei, beim Wechseln der Anoden oder beim Bedienen der großen Laufkräne, mit denen die Alu-Platten bewegt werden; einmal im Jahr koordiniert er eine Gruppe von zehn Personen und kümmert sich dann zwei Monate lang um Abwesenheitszeiten, Sicherheit und Organisation. Drei Jahre lang galt *Péchiney*-Dunkerque als Musterfabrik, in der Konflikte vermieden werden.

Bruno erinnert sich: *»Am Anfang waren wir sehr motiviert. Alle waren in einer ähnlichen Lage, es gab keine sichtbaren Unterschiede zwischen einem Arbeiter und einem von der Geschäftsleitung. Von Anfang an hat man uns gesagt, wir müssen uns anstrengen, um am wettbewerbsfähigsten zu sein. Wir haben mitgespielt. Man hat reingehaun, ohne die Stunden zu zählen. ... Abends sind wir mit Papieren unter dem Arm nach Hause gegangen, um alle Prüfungen zu bestehen. Die Fabrik ähnelte einer Hochschule. Wenn wir heute eine Lohnerhöhung von 1 000 Francs im Monat fordern, dann einfach deshalb, weil wir drei Jahre ohne Lohnausgleich reingehauen haben.«* – Die meisten der Operatoren bei *Péchiney* wissen genau, daß sie mit 7 500 Francs (2 300 DM) netto besser bezahlt werden als in den anderen Unternehmen der Gegend. Aber sie kennen den Wert ihrer Arbeit: *»Das Durchschnittsalter liegt hier bei 33 Jahren. Jeder Arbeiter produziert 400 Tonnen Alu pro Jahr, 100 Tonnen mehr als in einer Fabrik, die gerade in Kanada aufgemacht hat, und 200 mehr als bei Péchiney in Saint-Jean-de-Maurienne in der Nähe von Grenoble.«*

Didier, ein anderer Arbeiter, sagt über den Streik, der der erste Konflikt seit der Fabrikeröffnung vor drei Jahren ist: *»Wir haben aufgehört, alles zu akzeptieren, zu vergessen, daß eine Geschäftsleitung ihre Produktivitätslogik hat und wir unsere Logik, nämlich die der Arbeitsbedingungen und der Löhne.«* Für ihn machte die neue Arbeitsorganisation aus den Operatoren »Super-Arbeiter«, die heute die Früchte ihrer Fähigkeiten ernten wollen: *»Mit dem hochheiligen Prinzip, daß jedes Gruppenmitglied fähig sein muß, alle Produktionsvorgänge zu beherrschen, sind wir in der Lage, eine Tonne Alu billiger zu produzieren. Aber das Ende des Taylorismus hat es ihnen ermöglicht, die Produktivität hochzupeitschen.«*

Bernard Marquant, zentraler Delegierter der Gewerkschaft Force Ouvrière: *»Die Geschäftsleitung hat die Zügel zu sehr angezogen. Ihre erklärte Absicht war es, uns, die Gewerkschaften, in alle wichtigen Entscheidungen einzubeziehen. Letztendlich machte sie aber nur das, was sie im Kopf hatte.«*

Dominique Wailly, Delegierter von CGT: *»Am Anfang schwebten wir über den Wolken, in freundschaftlicher Kooperation mit der Geschäftsleitung. Bei unseren Verhandlungen mit der Geschäftsleitung waren wir am Fortkommen des Unternehmens interessiert. Wir waren kollektiv für seine Zukunft verantwortlich: Gewerkschaften, Arbeiter, Geschäftsleitung. Aber in Wirklichkeit stellte sich heraus, daß sie damit den Druck auf die Arbeiter immer weiter steigern und von ihnen immer mehr fordern konnten.«*

Jacques, ein Arbeiter: *»Im September '94, als man uns 50 Francs Lohnerhöhung angeboten hat, hatten wir das bittere Gefühl, daß die sich über uns lustig machen wollten. Nachdem wir am letzten Mittwoch noch einmal eine echte Lohnerhöhung gefordert haben, hat sich der Streik als einzige Lösung aufgedrängt.«*

Am 25. Oktober riefen die drei in der Fabrik vertretenen Gewerkschaften CGT, FO und CFDT alle Schichten zu einer zweistündigen Arbeitsniederlegung auf. Die ArbeiterInnen beteiligten sich (für die Gewerkschaften unerwartet) zu hundert Prozent, und an diesem Tag wurde einheitlich die Forderung nach 1 000 Francs (300 DM) Lohnerhöhung für alle und der Vollstreik (bis auf einen Notdienst) beschlossen. 150 ArbeiterInnen gingen direkt in die Büros der Geschäftsleitung, um auch ihnen die frohe Botschaft zu verkünden. Ab dem nächsten Tag wurde diese zentrale Forderung auf Versammlungen in mehreren offenen Abstimmungen bestätigt. FO und CFDT-Delegierte konnten sich nicht damit durchsetzen, Probleme der Arbeitsbedingungen und gruppenspezifische Forderungen in den Vordergrund zu rücken.

Mit dem Beginn des Streiks hatten die ArbeiterInnen auf einen Schlag die sozialen Beziehungen in der Fabrik des 21. Jahrhunderts in das traditionelle Konfliktschema umgekippt. 95 Prozent der Arbeiter und 10 Prozent der Angestellten beteiligten sich. Der gute Zusammenhalt und die Solidarität innerhalb und zwischen den Produktionsgruppen machte die Organisierung des Streiks effektiv und wandte sich jetzt gegen die Ideologen der Musterfabrik: Seit dem 28. Oktober konnten die Geschäftsleitung und nichtstreikende Angestellte die Fabrik nicht mehr betreten, Streikposten kontrollierten die Zugänge.

Für viele der Arbeiter war es ihr erster Streik überhaupt. Am Anfang glaubte niemand so recht daran, daß die Forderung nach 1 000 Francs durchgehen könnte, viele hielten 500 Francs für realistisch. Während der vier ersten Streiktage bot die Geschäftsleitung zunächst 315, dann 415 Francs an.

Am 3. November mußten mehrere Verantwortliche des Gewerkschaftsbündnisses FO-CFDT-CGT vor Gericht erscheinen, wo per einstweiliger Verfügung ein Vermittler eingesetzt und der freie Zugang zur Fabrik für 30 von der Geschäftsleitung benannte Techniker gefordert wurde. Einige der Benannten wurden von den Gewerkschaftern zurückgewiesen. Insgesamt hat dieses Manöver der Geschäftsleitung die Reihen der Arbeiter enger geschlossen.

Ab dem 4. November begann die Taktik der Geschäftsleitung, die auf Zeit spielte, auf die Stimmung einer kleinen, aber wachsenden Minderheit bei den Arbeitern zu drücken. Eine Versammlung der Streikenden stimmte beim Streikpostenwechsel in offener Abstimmung für eine Zurücknahme der Forderung auf 625 Francs, in der Hoffnung, einen Kompromiß zu erreichen.

Aber es gab auch andere Aktionen: Eine Gruppe, die die Elektrolyse vorbereitet, entschied sich, die Arbeit vollkommen einzustellen, also auch die Notdienste hinzuschmeißen. Dazu kam es nicht mehr: am Abend des 5. November gab der Vermittler bekannt, die Geschäftsleitung sei zu einer weiteren Lohnerhöhung und zur teilweisen Bezahlung der Streiktage bereit. Die Delegierten entschieden, daß das Angebot nicht ausreichte: sie hatten ein Verhandlungsmandat für 625 Francs und wenigstens vier freie Tage, und sie hatten die direkte Unterstützung der anwesenden Arbeiter. Der Vermittler mußte also noch mehrere Male am Samstagabend und im Verlauf des Sonntags hin und her, und die Geschäftsleitung wich Schritt für Schritt zurück.

Am Ende gab die Geschäftsleitung ihre Idee auf, daß über die letzten 75 zur Verhandlung stehenden Francs geheim abgestimmt werden sollte. Ihren Plan, die Gewerkschaften die Vorschläge unterschreiben zu lassen, bevor sie diese den Arbeitern vorlegen, mußte sie auch aufgeben.

Die Geschäftsleitung von *Péchiney*-Dunkerque stimmte letztendlich am 6. November einer Lohnerhöhung von 600 Francs im Monat für alle Operatoren zu, außerdem zwei bis vier zusätzlichen freien Tage pro Jahr, 1 000 Francs Jahresprämie für 1994 und der Bezahlung eines großen Teils der gestreikten Zeit.

Um 11 Uhr in der Nacht vom 6. auf den 7. November stimmten die Arbeiter der Spät- und der Nachtschicht sowie einige aus der Frühschicht der Wiederaufnahme der Arbeit zu.

Zur selben Zeit in Sachsen-Anhalt: Drei Tage später, am 10. November 1994, nahm in der Nähe von Magdeburg ein weiteres Aluminium-Presswerk von *Péchiney* mit 70 Arbeitern die Produktion auf. Auch hier handelte es sich mal wieder laut Unternehmensleitung um das »modernste Alupresswerk Europas«, das in den nächsten Jahren noch um ein Beschichtungswerk erweitert werden soll. Ob die im Vergleich zu Dunkerque lächerliche Investitionssumme von 55 Millionen Mark vor allem auf die »investorenfreundliche Ansiedlungspolitik der Landesregierung« zurückzuführen ist, von der Ministerpräsident Höppner in seiner Einweihungsrede sprach, ist uns nicht bekannt. Interessant wäre es schon zu wissen, wie gezielt Steuergelder dazu genutzt werden, die ArbeiterInnen an den verschiedenen europäischen Standorten der Multis gegeneinander auszuspielen. Noch mehr würde es uns allerdings interessieren, wann die ArbeiterInnen in Sachsen-Anhalt sich an ihren französischen KollegInnen ein Beispiel nehmen und gegen das »modernste Alupresswerk Europas« aufstehen...

Die ›Apachen‹ von GEC-Alsthom sind wieder auf dem Kriegspfad

22. November: Die Arbeiter von GEC-Alsthom in Creusot besetzen die Fabrik

Beim Streik Ende 1994 bei GEC-Alsthom setzte sich eine neue Arbeitergeneration in Bewegung. In ihrer Mehrheit 20- bis 25-jährige, die auf *house*-Musik stehen, Ohrringe zu modisch geschnittenen Haaren und schwarzen Blousons tragen, Motorrad fahren und einen riesen Horror vor dem »Suff« haben. Sie, die man die »Apachen von Belfort« nannte, haben alle überrascht: die alten »klassenbewußten Arbeiter«, die von ihnen dachten, sie seien »unfähig sich zu bewegen«; die Meister, von denen sie als unreife Bengel behandelt wurden; die Geschäftsleitung, die sich stark fühlte nach all den Jahren ohne Streiks.

Diese »Jungen« haben sich in den Schülerbewegungen seit 1986 politisiert. Dies war ihr erster Streik, sie haben viele Fehler gemacht, aber es war erst der Anfang. »Wir sind noch weit vom Ziel entfernt. Tschüß bis zum nächsten Mal«, sagte einer am Ende des Streiks. »Wir haben nur die Streikposten zurückgezogen, aber der Kampf geht jetzt auf andere Weise weiter«, kommentierte ein anderer. Ein langer Artikel in *Le Monde* vom 28.12.1994 endete: »Die Apachen sind noch immer auf dem Kriegspfad.«

Der folgende Text ist ein von uns übersetztes und (nach Diskussionen mit den GenossInnen) überarbeitetes und ergänztes Flugblatt vom »Komitee zur Wiederaufnahme der Arbeiterinitiative« aus Paris. Es stellt den Streik bei GEC-Alsthom in einen Zusammenhang mit der Lage der Arbeiterklasse in Frankreich, zeichnet in einer Chronologie die wichtigsten Ereignisse der Streikwochen nach und analysiert die abwiegelnde Gewerkschaftsstrategie sowie die Ansätze zu unabhängiger Aktion von ArbeiterInnen. Wenn sie in ihrem Text heftig auf »die Gewerkschaften« schimpfen, meinen sie oft eigentlich die linken Kräfte wie LO, die zuerst die Gewerkschaften unterstützen, die jungen Arbeiter in sie hineintreiben – und dann, wenn die Gewerkschaften wieder einmal einen miesen Abschluß gemacht haben, wieder die Rolle der Kritiker übernehmen. Auf diese Weise unterstützen sie die Illusionen in die Gewerkschaften, statt die Ansätze zu einer Selbstorganisation voranzubringen.

Fünf heiße Wochen

Der Streik vom Oktober/November 1994 bei GEC-Alsthom liegt auf der Linie der – wenn auch noch schüchternen – Wiederaufnahme der Arbeiterkämpfe. Péchiney in Dunkerque, Sochata (auf die Reparatur von Militärflugzeugmotoren spezialisierte Filiale von Snecma), Martell in Cognac waren die Schauplätze von Lohnkämpfen mit Forderungen nach 500 bis 1 000 Francs (150 bis 300 DM) Lohnerhöhung. Dieser kleinen Welle von Kämpfen war im Juni fast unbemerkt ein Streik in der Reifenfabrik von Uniroyal in Clairoix (im Norden von Paris) vorausgegangen, bei dem es um die Festanstellung der Befristeten, die Verweigerung von Überstunden und um eine Lohnerhöhung von 1 500 Francs für Alle ging.[1]

Besonders interessant sind an diesen Streiks einige Merkmale, die sich praktisch in allen Konflikten wiederfinden:

- die fast schon systematische Umgehung der Gewerkschaften zu Beginn des Kampfs,
- die zentrale Rolle der jungen, oft prekären ArbeiterInnen,
- die hohe Qualifikation der Kämpfenden.

Darin läßt sich unserer Meinung nach eine Tendenz erkennen, die sich vom Eisenbahnerstreik 1986 bis zum Kampf bei *Air France* 1993 entwickelt hat und nun bei *Péchiney* und Alsthom ihre Fortsetzung fand.

Die ökonomische Situation

Um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verstehen, in denen sich der Kampf entwickelt hat, muß man ein paar Sachen über die Firmengruppe wissen:

GEC-Alsthom ist ein Joint venture-Unternehmen, das zu gleichen Anteilen dem englischen Elekronikunternehmen General Electric Company und Alcatel-Alsthom, dem führenden französischen Industrieunternehmen gehört. Alcatel-Alsthom beschäftigt weltweit ca. 200 000 Personen und hat einen Jahresumsatz von mehr als 150 Milliarden Francs. Das 1989 gegründete Unternehmen GEC-Alsthom ist im Energie- und Eisenbahnsektor tätig und arbeitet in sieben großen Bereichen: Elektromechanik, Gas- und Dieselturbinen, Heizkessel, Energietransport und -verteilung, Transport, Industriebau und Schiffsausrüstung.

GEC-Alsthom hat 77 000 Beschäftigte, davon etwas weniger als die Hälfte, nämlich 35 000 arbeiten in den 55 französischen Niederlassungen. GEC-Alsthom machte 1993 bei einem Jahresumsatz von 52 Milliarden Francs einen Nettogewinn von 2,2 Milliarden Francs.

Am Standort Belfort (dazu wird auch die Fabrik im 15 km entfernten Bourogne gerechnet) sind ca. 7 600 Menschen in den vier Filialen der Gruppe beschäftigt:

- EGT (European Gaz Turbine) mit 1 850 Beschäftigten, davon 600 in der Fabrik von Bourogne, wo der Streik begonnen hat. Die EGT-Fabriken stellen Gasturbinen für Kraftwerke her;
- Elektromechanik SA: 4 200 Beschäftigte;
- Transportabteilung: 1 200 Beschäftigte; sie montieren die TGVs (Hochgeschwindigkeitszüge) und produzieren die Triebwagen und Züge für den Ärmelkanalzug, den sogenannten Euro-Star, in Zusammenarbeit mit der Fabrik von Birmingham in England;
- Gemischte Abteilung, bestehend aus dem Ausbildungsbereich und dem Großteil des Leitungspersonals (350 Beschäftigte).

Umsatz, Ertragslage, gefüllte Auftragsbücher, alles läuft bestens, die Unternehmensgruppe war von der letzten Krise nicht betroffen. Im Juni 1994 hatte sie außerdem den Zuschlag für den Bau eines TGV für Südkorea bekommen und steht in engen Kooperationsverhandlungen mit der kanadischen Firma Bombardier über den Bau einer 1 215 km langen Eisenbahnstrecke zwischen Québec und Windsor (Ontario). GEC-Alsthom ist ökonomisch abgesichert, da sie in Marktbereichen operiert, in denen es kaum internationale Konkurrenz gibt. Außerdem hat sie eine Monopolstellung bei der Belieferung von Unternehmen, die ebenfalls Monopolcharakter haben (Nationale Elektrizitätswerke und Nationale Eisenbahngesellschaft). Und drittens wird sie auf den Auslandsmärkten durch garantierte Exportkredite des französischen Staats unterstützt.

Weniger rosig sieht es aber für die ArbeiterInnen aus, die 1994 nur eine Lohnerhöhung von 1,1 Prozent bekamen (das waren im Durchschnitt 100 Francs), während die Löhne des Leitungspersonals individuell um 2,5 bis 5,5 Prozent angehoben wurden. Zudem wurden Hunderte von Arbeitsplätzen zwischen Juni 1993 und Juni 1994 beseitigt, davon ca. 200 in Belfort. Durch die Intensivierung der Arbeit kam es auch zu einer starken Zunahme von Arbeitsunfällen: 1994 sind in Belfort zwei Beschäftigte ums Leben gekommen.

Zudem herrscht bei GEC-Alsthom ein Betriebsklima, das von einem diktatorischen Unternehmensregime geprägt ist. All diese Faktoren führten dazu, daß am 24. Oktober 1994 einige dutzend junge Zeitverträgler einen Kampf begannen, der sich dann auf den ganzen Standort in Belfort und auf andere GEC-Alsthom-Filialen in Frankreich ausbreitete.

Gesamtwirtschaftlich finden die Streiks in einer Situation statt, die einerseits geprägt ist von der (sicher sehr durchschnittlichen) Wie-

Von Putzfrauen, LeiharbeiterInnen, Schauspielern und Geiselnehmern...

Die folgenden Kurzmeldungen vermitteln einen Eindruck von den vielfältigen Streikbewegungen, die sich während oder nach den Kämpfen bei Péchiney und Alsthom entwickelten. Es sind auszugsweise Übersetzungen aus dem Frankreichteil von »Dans le monde une classe en lutte« (Nr. 6, Januar 95), das von denselben Leuten herausgegeben wird, die auch »Échanges« machen. »Dans le monde ...« wird als Flugblatt gratis verteilt und erscheint etwa monatlich. Es versucht, auf vier Seiten einen Überblick über die Klassenkämpfe weltweit zu geben, wobei die AutorInnen meistens auf das Zusammenstellen von Zeitungsnachrichten und anderem Material aus zweiter Hand angewiesen sind. Naturgemäß ist der Frankreichteil mit 20 bis 25 Prozent des Gesamtumfangs am ausführlichsten.

Wer »Dans le monde ...« haben möchte, soll sechs an sich selbst adressierte und frankierte Briefumschläge an folgende Adresse schicken:

Echanges et Mouvement, BP 241, 75866 Paris Cedex 18, Frankreich.

(Außerdem wären wir daran interessiert, die Flugis regelmäßig ins Deutsche zu übersetzen; wer dabei helfen will, soll sich bitte bei der Berliner Redaktionsanschrift melden.)

14. Oktober 1994: Premiere einer neuen Kampfform bei der staatlichen **Elektrizitätsgesellschaft** im Departement Loire: Als Protest gegen Stellenstreichungen haben die Angestellten alle Kunden in den niedrigsten Tarif, den Nachttarif, eingestuft und blockierten das Informationssystem, was die Verschickung der Stromrechnungen für drei Departements verhinderte. Dann stellten sie den Strom eines großen Unternehmens ab. Unter Drohungen gab die Geschäftsleitung teilweise nach.

Arbeiter in der TGV-Produktion in Belfort

deraufnahme der Kapitalakkumulation nach der größten Krise, die der französische Kapitalismus seit dem Zweiten Weltkrieg erlebt hat – und andererseits von der Verschlechterung der Lage der ArbeiterInnen im Gefolge besagter Krise und den Bedingungen des Aufschwungs. Diese Verschlechterung drückt sich in einer sehr deutlichen Verlangsamung der durchschnittlichen Nettolohnerhöhungen seit 1990 aus, als die weltweite Krise des Kapitals in den USA begann. Ebenso in der Zunahme der Arbeitszeit und der Prekarisierung der Lohnarbeit.

1. Löhne:

Bei den Löhnen ist die Tendenz seit drei Jahren sehr deutlich: Der Nettodurchschnittslohn (nach den Sozialabzügen) der ArbeiterInnen im privaten und halböffentlichen Bereich stieg 1993 nur um 2,5 Prozent (Quelle: INSEE, Nationales Institut für Statisitk und Ökonomische Studien). 1992 betrug diese Steigerung 3,5 Prozent, 1991 4,6 Prozent und 1990 5,4 Prozent. Die Erhöhung des Reallohns (vor der Versteuerung des Einkommens) betrug demnach 1993 nur 0,4 Prozent, nachdem es 1992 1,1 Prozent, 1991 1,4 Prozent und 1990 1,9 Prozent gewesen waren. In den letzten zwölf Monaten hat sich die Tendenz stabilisiert, da der monatliche Grundlohn der ArbeiterInnen um 2,3 Prozent gestiegen ist, was insgesamt eine Zunahme der Kaufkraft um 0,9 Prozent bedeutet.

2. Arbeitszeit:

Während in der Krise aufgrund der Zunahme der Kurzarbeit die Arbeitszeit (ebenso wie der Lohn) gesunken war, führt die Wiederaufnahme der Akkumulation zu einer Ausdehnung der Arbeitszeit. Nach Angaben des Arbeitsministeriums hat diese im zweiten Drittel 1994 »deutlich zugenommen«: die ArbeiterInnen haben durchschnittlich 39,06 Stunden pro Woche gearbeitet, im Vergleich zu 38,99 drei Monate zuvor.

3. Prekarisierung:

Das Wiedereinsetzen der Akkumulation ist durch eine starke Ausweitung der prekären Arbeit gekennzeichnet. In einem Jahr haben Zeitarbeitsverträge (CDD) um 20 Prozent zugenommen, Leiharbeitsverhältnisse um 52 Prozent, Ausbildungsverträge um 6,7 Prozent, Praktika um 15,7 Prozent. Bei den Teilzeitverträgen gibt es einen »noch nie dagewesenen Boom«. Im Juni 1994 hatten bereits 14,4 Prozent der Beschäftigten einen Teilzeitvertrag, ein Jahr zuvor waren es 13,6 Prozent gewesen. Während im selben Zeitraum die Beschäftigtenzahl insgesamt um 0,38 Prozent zunahm, stiegen die Teilzeitverträge also um 0,8 Prozent. Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß mit den CDD, den PraktikantInnen, den Zeitverträglern und TeilzeitarbeiterInnen etwa 22,5 Prozent der Arbeitskraft prekarisiert sind.

(Gesamtbeschäftigtenzahl: 22,4 Millionen; LeiharbeiterInnen: 237 000 (1,06 Prozent); Zeitverträge: 887 000 (4 Prozent); Auszubildende: 198 000 (0,9 Prozent); Praktikanten: 507 000 (2,26 Prozent) – alle Zahlen nach INSEE, Juni 94).

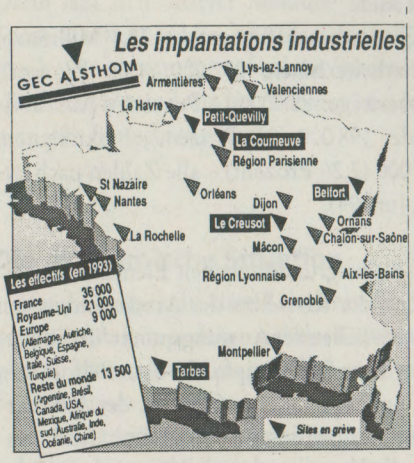
Diese drei grundsätzlichen Elemente der Situation der Klasse bei der Arbeit sind in den meisten Fällen der Ausgangspunkt für die heute beginnenden Kämpfe. Ob es in Belfort war, in Dunkerque oder in Clairoix, der Arbeiterprotest organisierte sich um Lohnforderungen, die Verweigerung prekärer Arbeit (Fest-

anstellung der Leiharbeiter und Zeitverträgler) und gegen die Ausdehnung der Arbeitszeit (gegen die 45 Wochenstunden bei Uniroyal). Die offiziellen Statistiken bestätigen übrigens vor allem bei den Löhnen diese Wiederaufnahme der Kampfbereitschaft bei den ArbeiterInnen, die in den letzten Jahren stark auf die Frage der Beschäftigung fixiert waren. 1994 machten die Lohnkämpfe 40 Prozent der sozialen Konflikte gegenüber 36 Prozent im Jahr davor aus und überflügelten damit die Kämpfe gegen Entlassungen und Stellenabbau (29 Prozent 1994 gegenüber 49,5 Prozent 1993).

Der Lauf der Dinge

Juni 1993 bis Juni 1994: In zehn Niederlassungen von GEC-Alsthom werden Sozialpläne aufgestellt, vorgesehen sind ungefähr 1 700 Entlassungen; es kommt zu Unruhe in den Werken; gleichzeitig macht das Unternehmen jede Woche mit seinen Geschäftserfolgen in der Öffentlichkeit auf sich aufmerksam.

Mitte Oktober 1994: Die CGT verteilt bei EGT in Bourogne ein Flugblatt, in dem vorgerechnet wird, daß der für 1994 von der Geschäftsleitung durchgedrückten Lohnerhöhung von 1,1 Prozent eine Zunahme des Nettoprofits um 24,6 Prozent gegenübersteht. Bei EGT arbeiten ungefähr 350 ArbeiterInnen (und 250 Angestellte im Außendienst), die Produktion von Gasturbinenelementen läuft – von allen Gewerkschaften abgesegnet – sieben Tage in der Woche. EGT gehört zu den produktivsten Bereichen von GEC-Alsthom. Die Stimmung unter den ArbeiterInnen hatte sich bereits seit den Lohnverhandlungen im April '94 verschlechtert. Damals hatte die Geschäftsleitung das niedrige Lohnangebot mit der starken Konkurrenz auf dem Gasturbinenmarkt begründet.



24. Oktober: Ungefähr 60 junge, nicht gewerkschaftlich organisierte ArbeiterInnen mit Zeitverträgen (CDD = Contrat à Durée Déterminée) legen in der EGT-Fabrik in Bourogne spontan die Arbeit nieder. Sie sind fast alle jünger als 30 und erhalten die schlechtesten Löhne (weniger als 7 000 Francs brutto pro Monat). Sie fordern Lohnerhöhungen und die Festanstellung der CDD. Fast niemand von ihnen ist in einer der Gewerkschaften (die Gewerkschaftszugehörigkeit bei EGT-Bourogne liegt bei 10 Prozent), viele haben aber bei den Kämpfen der SchülerInnen seit 1986 mitgemacht. Die Gewerkschaftskultur ist ihnen fremd, »ihre« Gewerkschaftsverantwortlichen sind zum größten Teil seit 15 Jahren dieselben. Die meisten der jungen Arbeiter machen ihren ersten Streik.

Die ohne Gewerkschaften im Betrieb organisierten Umzüge und die Blockade der Werkstore beziehen die Mehrheit der Beschäftigten dieses Werks in den Streik ein.

Die Blockade hat ein positives Echo in allen Bereichen von EGT-Bourogne und breitet sich auch nach Belfort aus, wo mehrere tausend Arbeiter in drei weiteren GEC-Filialen beschäftigt sind. ArbeiterInnen, Sekretärinnen, Techniker und Ingenieure beklagen sich über die niedrigen Löhne, die überall zu spürende Hierarchie, die schnelleren Taktzeiten, die Überstunden und die Weigerung der Geschäftsleitung, die Zeitverträge in unbefristete Verträge umzuwandeln.

26. Oktober: Auch die Tore des Hauptwerks in Belfort werden blockiert.

27. Oktober: Der Generaldirektor von EGT, Bernard de Saint Julien, schlägt einer großen Delegation von Streikenden vor, nochmal über Lohnerhöhungen zu verhandeln: Die unteren Lohngruppen sollen angehoben werden, ohne die Gesamtlohnsumme zu erhöhen.

28. Oktober: Dieser Vorschlag wird in *Belfort* von einer Versammlung von 400 Arbeitern und 80 Technikern/Ingenieuren als Zynismus abgelehnt.

In *Bourogne* werden Streikposten organisiert, um die Tore auch während der vier freien Tage vom 29. Oktober bis zum 1. November (der 1.11. ist in Frankreich Feiertag) geschlossen zu halten, während sie in Belfort offenbleiben.

Die Geschäftsleitung sitzt in mehreren Hotels der Umgebung, damit ihre Verkaufskader die laufenden Geschäfte weiterführen können. Sie spekuliert auf das Abbröckeln des Streiks während der vier freien Tage (in diesen Hotels hatte die Geschäftsleitung bereits 1979 gesessen, als ein fast zweimonatiger Streik für Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen die Firma lahmlegte, die damals noch Alsthom-Atlantique hieß).

2. November: Die Gewerkschaften, die auf den fahrenden Zug aufgesprungen sind, »erreichen« im Austausch gegen freien Betriebszugang für Nachtwächter und Wachschutz die sofortige Aufnahme von Verhandlungen. Sie organisieren die erste geheime Abstimmung in *Bourogne*, um die Situation wieder unter Kontrolle zu bringen. Von den ca. 550 Beschäftigten des Werks nehmen 452 an der Abstimmung teil. 63,6 Prozent sprechen sich für die Fortsetzung des Streiks aus.

In *Belfort* blockieren nach Aufruf von CGT, CFDT und FO, die eine gewerkschaftsübergreifende »Koordination« gebildet haben, etwa 1 000 ArbeiterInnen die Werkstore von GEC-Alsthom.

Die Geschäftsleitung teilt mit, daß sie die Räumung der besetzten Tore nicht länger zur Vorbedingung für einen Verhandlungsbeginn macht. Gleichzeitig läßt sie den Strom in den Werken abstellen.

3. November: Die Gewerkschaftskoordination beauftragt die Arbeitsaufsichtsbehörde von Belfort mit der Ernennung eines Vermittlers aus den Reihen der Präfektur.

Die Geschäftsleitung macht den Beschäftigten von EGT das Angebot einer Lohnerhöhung von 150 Francs für diejenigen mit weniger als 7 000 Francs Monatslohn und von 100 Francs für diejenigen, die zwischen zwischen 7 000 und 7 500 Francs verdienen.

4. November: Die Geschäftsleitung und etwa 80 höhere Angestellte versuchen, das Werk in Bourogne zu betreten, werden aber von den Streikenden nicht durchgelassen.

15. - 22. Oktober: Rhône Poulenc – St. Fons (in der Nähe von Lyon): Streik von 45 ArbeiterInnen (darunter auch LeiharbeiterInnen), nachdem die Forderung nach Festeinstellung der LeiharbeiterInnen sowie einer dritten Schicht ignoriert worden war. Nachdem sie eine Ausweitung ihrer Aktionen und die Blockade der Produktion angedroht hatten, wurden ihre Forderungen vollständig erfüllt.

17. Oktober: Arbeitsniederlegung von 150 der 300 ArbeiterInnen am Lackierband bei **Renault-Flins** gegen eine automatisierte Qualitätskontrolle. Das Band wird blockiert, und die Geschäftsleitung gibt nach vier Stunden nach, drei davon werden bezahlt, die Kontrollprozedur wird zurückgenommen.

19. Oktober: 17 Tage Streik von 23 Belegschaftsmitgliedern bei **McDonalds** in Lesquin (Nordfrankreich) haben den Ausbeuter schließlich gezwungen, die Arbeitsbedingungen und Löhne neuzugestalten, was bis zu 8 Prozent mehr bedeutete.

22. Oktober: Unberfristeter wilder Streik in einem **Busdepot** im Norden von Paris, nachdem ein Attentat auf einen Busfahrer verübt worden war. Die Gewerkschaften fahren die »klassische Taktik der Ausweitung«, um die Arbeiter zu isolieren: Sie rufen zu einem eintägigen offiziellen Streik aller Pariser TransportarbeiterInnen am 2.11. auf. Die ArbeiterInnen beenden schließlich am 4.11. ihren Streik ohne konkrete Zugeständnisse (Verhandlungen über die Verbesserung der Sicherheit und über die Arbeitsbedingungen allgemein).

24. Oktober: Die Turbinenfabrik EGT in Bourogne wird besetzt...

28. Oktober: Ende eines 16-tägigen Streiks von JournalistInnen bei Radio France. Die Erfüllung ihrer Forderung nach gleicher Bezahlung bei den verschiedenen öffentlichen Radiostationen wird durch einen Vermittler mehr oder weniger garantiert.

Junge Arbeiter von Alsthom Belfort während des Streiks

7. November: Die vier Niederlassungen von GEC-Alsthom beantragen beim Gericht die vorläufige Entlassung der Streikenden, die die Werke in Belfort und Bourogne blockieren. Als Reaktion darauf verstärken die ArbeiterInnen die Streikposten. Gleichzeitig kommt es zu den ersten Demonstrationen des Leitungspersonals für die »Freiheit der Arbeit«.

8. November: Die Direktion beurlaubt vorübergehend elf Streikende wegen »Störung der Freiheit der Arbeit« und akzeptiert die Nominierung von Paul Julien, dem regionalen Arbeitsminister, als Vermittler.

Zu diesem Zeitpunkt findet eine Demonstration mit 3 000 ArbeiterInnen statt. Hier taucht die – von der CGT aufgebrachte – Forderung nach »1 500 Francs für alle« auf.

Die Demo zieht vor das Hotel, wohin sich die Generaldirektion zurückgezogen hat, und vor den Sitz der Regionalregierung, wo gerade die Gewerkschaftskoordination empfangen wird. Auf der Demo sind auch die jungen Arbeiter aus Bourogne dabei, die den Streik losgetreten haben, sowie Arbeiter von der nahegelegenen Peugeot-Fabrik in Sochaux. Die Demo geht an einem der Hotels vorbei, wo die Geschäftsleitung sitzt, es fliegen Stinkbomben gegen die Eingangstür. Ein Konvoi mit drei Lastwagen, die schweres Material von Alsthom transportieren, wird gestoppt und als Pfand in einem Kordon von 500 ArbeiterInnen ins Innere der Fabrik geleitet. Die Stimmung ist gut, mehr Arbeiter tragen sich in die Streikpostenlisten ein.

Angesichts der Entschlossenheit der ArbeiterInnen verweigert die Gewerkschaftskoordination zunächst ihre Zustimmung zur Nominierung des Vermittlers, der eigentlich ihr Wunschkandidat war.

10. November: In *Bourogne* ist es diesmal die Geschäftsleitung, die die Komödie einer geheimen Abstimmung inszeniert. 350 von 600 Beschäftigten des Werks nehmen daran teil, wovon sich 278 für die Wiederaufnahme der Arbeit aussprechen. Einige hundert Streikende ziehen vor das Gericht, wo gegen die elf ArbeiterInnen verhandelt wird und blockieren den Bahnhof von Belfort. Das Urteil wird unter Ausschluß der Öffentlichkeit gefällt.

In einem der drei GEC-Alsthom-Werke in *La Courneuve* kommt es zu einem einstündigen Solidaritätsstreik.

In *Petit-Quevilly*, einer Vorstadt von Rouen, treten 300 der 596 GEC-Alsthom-Beschäftigten in einen unbefristeten Streik und besetzen die Anlagen.

11. November: Verhandlungen zwischen Gewerkschaftskoordination und Geschäfts-

leitung unter Teilnahme des Vermittlers.

In Belfort akzeptieren die Gewerkschaften den Vorschlag, für jede Niederlassung getrennt zu verhandeln. Die Geschäftsleitung setzt auf Spaltung: sie bietet eine Sonderprämie von 500 Francs für den Transportbereich und von 1 500 Francs für die Elektromechanik und die EGT an. Der »linke« Regionalrat erläßt einen Appell zur »Unterstützung der Streikenden«.

12./13. November: Mehrere ergebnislose Verhandlungsrunden während des Wochenendes. Die Geschäftsleitung bieten 300 bzw. 250 Francs für diejenigen, die unter 7 000 bzw. unter 7 500 Francs pro Monat verdienen, eine Jahresprämie von 1 500 für alle in der Elektromechanik und bei EGT sowie 500 Francs für die Transportabteilung, die Umwandlung von 133 bzw. 60 Zeitverträgen in unbefristete Verträge in der Elektromechanik bzw. bei EGT, Früh-Verrentungen, Erhöhung der Betriebszugehörigkeitsprämie und Ausbildungs- bzw. Weiterbildungsverträge.

Die Werkstore in Bourogne und Belfort sind weiter besetzt.

14. November: Bei GEC-Alsthom in *Le Havre* treten 250 ArbeiterInnen in den Streik.

15. November: Die Regionalverbände von CGT, CFDT und FO rufen zu einer Demonstration auf, an der ca. 4 000 Menschen teilnehmen.

Die Direktion ruft für den nächsten Tag zu einem weiteren Referendum in der Industrie- und Handelskammer auf. FO und CFDT fordern zum Boykott auf, während die CGT die Beschäftigten artig zur »demokratischen« Wahl schickt (und kurz vor der Abstimmung dazu aufruft, mit »Nein« zu stimmen).

In Petit-Quevilly geht der Streik mit Werksbesetzung für Lohnerhöhungen weiter, 80 Prozent der ArbeiterInnen in den Werkstätten beteiligen sich. In *Le Havre* wird die Produktion durch einen halbtägigen Streik lahmgelegt. In *La Corneuve* demonstrieren ungefähr 100 ArbeiterInnen von drei Werken in der Stadt. Weitere 100 Arbeiter streiken am Dienstag in *Saint-Ouen* (1 300 Beschäftigte). In *Saint-Florent sur Auzonnet* fordern die 96 Beschäftigten Lohnerhöhungen und streiken mehrere Stunden. In *Tarbes* beteiligt sich die Mehrheit von 1 200 ArbeiterInnen seit einer Woche an Bummelstreiks für Lohnerhöhungen und gegen 120 geplante Entlassungen.

16. November: Der Streik in *La Corneuve* wird auf ein weiteres Werk mit 750 Beschäftigten ausgeweitet, wo gegen geplante Auslagerungen protestiert wird.

5 028 der 7 400 Beschäftigten in Belfort nehmen am Referendum teil. 2 867 (56,7 Prozent) sprechen sich für die Wiederaufnahme der Arbeit aus.

In *La Corneuve* und *Petit-Quevilly* wird der Streik fortgesetzt, während die ArbeiterInnen in *Le Havre* die Arbeit wieder aufnehmen.

17. November: Das oberste Gericht ordnet die Beurlaubung der elf Beschäftigten und die Aufhebung der Streikposten innerhalb von 48 Stunden an. 200 wütende ArbeiterInnen ziehen zum regionalen Regierungssitz, wo eine Delegation durch den Regierungschef die Zusage erhält, daß die C.R.S.-Bullen nicht gegen die Streikenden eingesetzt werden.

19. November: Erneute Demonstration, zu der die Regionalverbände der drei Gewerkschaften aufgerufen haben – am arbeitsfreien Samstag! Es nehmen 8 000 Leute aus der gesamten Region teil.

Der Vermittler gibt seine Vorschläge bekannt: 500 Francs mehr bei einem Monats-

Vor dem ebenfalls bestreikten Alsthom-Betrieb in La Courneuve

4. November: Ende eines Streiks bei Martell in Cognac, der am 27. Oktober begonnen hatte: Die Arbeit wird wieder aufgenommen, nachdem der Unternehmer die Löhne um 160 bis 385 Francs (für die niedrigsten Lohngruppen) erhöht hatte – die ursprüngliche Forderung war 500 für alle gewesen.

5. November: Den November über und bis zum 6. Dezember kommt es bei **FNAC** in Paris immer wieder zu Arbeitsniederlegungen. Es geht gegen eine gelbe Gewerkschaft, für mehr Lohn und für Neu-Einstellungen.

7. November: Ende des Streiks bei **Péchiney** in Dunkerque.

30. November: Fünf Nächte lang streiken 60 Reinigungskräfte im **Disneyland-Paris** erneut: Ihre Arbeitsplätze sind durch einen Wechsel des Subunternehmens in Gefahr.

30. November: 270 ArbeiterInnen der Reinigungsfirma **SEGEX** treten auf dem Marktplatz von Rungis in einen unbefristeten Streik. Sie wollen wissen, wie es um ihre Zukunft bestellt ist angesichts der Feilscherei um die Erneuerung der Subunternehmerverträge.

30. November: Die Synchronisations-Schauspieler sind bereits seit sieben Wochen im Streik. Sie wollen ein Arbeitsstatut und bessere Löhne. Der Streik wird schließlich am 3.1.1995 ausgesetzt.

30. November: Eine Vollversammlung der Docker in Marseille stimmt einem Abkommen zwischen Gewerkschaft und Unternehmer zu, wonach die tageweise beschäftigten Arbeiter nach und nach in Monatslohn umgestellt werden.

Oktober - Dezember: Viele kleine Konflikte bei der Post, wo die Umstrukturierungsmaßnahmen (u.a. Entlassungen) inzwischen auf der lokalen Ebene umgesetzt werden.

2. Dezember: Neuer eintägiger Streik bei **Air Inter** gegen die Folgen der »Neuordnung« von Löhnen und Arlohn von bis zu 7 000 Francs, bei höheren Monatslöhnen progressiv fallend auf bis zu 100 Francs mehr für ArbeiterInnen, die zwischen 8 500 und 9 500 Francs verdienen (damit würden 4 000 von 7 600 Beschäftigte »bessergestellt«, allerdings bekämen nur 150 ArbeiterInnen die vollen 500 Francs). Eine Prämie von 2 000 Francs für drei Abteilungen (DEM, EGT, CC) und von 1 500 Francs für die Transportabteilung.

Der Bürgermeister von Belfort ruft die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit auf.

22. November: Die Gewerkschaftskoordination führt in Belfort, unterstützt von der Geschäftsleitung und der Regionalregierung, ihr zweites »demokratisches« Spektakel auf, ein Referendum zu den Vorschlägen des Vermittlers: 54,5 Prozent der Wahlbeteiligten sprechen sich für die Beendigung der Bewegung aus.

Die Arbeiter der GEC-Alsthom-Fabrik in *Creusot* (Eisenbahnmaterial, 640 Beschäftigte) schließen sich dem Kampf mit folgenden Forderungen an: 750 Francs mehr im Monat, 7 500 Francs Mindestlohn und Festanstellung der CDD.

23. November: Aufgrund der Ergebnisse des Referendums ruft die CFDT zur Beendigung der Werksbesetzung in *Belfort* auf. CGT und FO rufen die Streikenden zu einer Kundgebung am nächsten Morgen vor dem Sitz der Geschäftsleitung auf, um dort das weitere Vorgehen zu bestimmen. In *Bourogne* verkünden die jungen Streikenden: »Wir werden nicht nachgeben. Wir haben nicht einen Monat umsonst gestreikt. Sie brauchen schon die CRS, um uns hier wegzukriegen.« (*Libération* vom 24. November)

In *Belfort* kommt es zu Zusammenstößen zwischen Streikenden und denjenigen, die die Wiederaufnahme der Arbeit befürworten. Sie werden aber vom Haupttor des Werks zurückgedrängt.

Das GEC-Alsthom-Werk in *Tarbes* (1 200 Beschäftigte) tritt in den Streik.

Ein Streikaufruf der CGT bei Peugeot in Sochaux wird nur von ca. 100 Arbeitern befolgt.

24. November: Am frühen Morgen ziehen 600 Streikende nach Belfort. Aufgerufen hatten CGT und FO, die jedoch nichts dafür getan hatten, daß die Demonstration ein Erfolg wird. Dem setzt die Geschäftsleitung 1 500 Leute entgegen, die für die Wiederaufnahme der Arbeit sind. Die CGT läßt wegen des vermeintlichen Kräfteverhältnisses die Streikposten auflösen und ruft zur »Fortsetzung des Kampfs mit anderen Mitteln« ab dem 28. November auf. Im Klartext ist das die Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit. Die FO enthält sich jeder Stellungnahme.

25. November: In La Courneuve und Petit-Quevilly geht die Bewegung weiter.

Aber die Erpressung mit der Arbeitslosigkeit funktioniert nicht mehr...

28. November: In *Bourogne* wird die Arbeit in hitziger Atmosphäre wieder aufgenommen. 160 ArbeiterInnen legen nach einem heftigen Streit einer kleinen Gruppe aus ihren Reihen mit den Meistern die Arbeit nieder.

Auch in *Belfort* wird in ein paar Fällen die Arbeit niedergelegt. Die Meister sind von der Geschäftsleitung ermahnt worden, sich vorsichtig zu verhalten. Sie fordern die ArbeiterInnen auf, die noch zu schwachen »verantwortungsvollen gewerkschaftlichen Organisationen zu stärken«.

5. Dezember: In Tarbes sprechen sich die ArbeiterInnen auf einer Vollversammlung nach zwei Streikwochen für die Wiederaufnahme der Arbeit aus. Dies auf Grundlage von Vorschlägen der Geschäftsleitung, die mit denjenigen in Belfort identisch sind.

6. Dezember: Eine knappe Mehrheit der Beschäftigten in Petit-Quevilly nimmt die Arbeit wieder auf, nachdem die CGT die Vorschläge der Direktion angenommen hat: bei Löhnen zwischen 6 000 und 9 500 Francs, 50 bis 300 Francs brutto mehr im Monat.

7. Dezember: Völlig isoliert verweigern etwa 100 ArbeiterInnen in Petit-Quevilly kategorisch die Kapitulation der CGT. Die Streikposten werden jedoch aufgelöst.

8. Dezember: In La Courneuve beendet eine Vollversammlung nach vier Streikwochen die Bewegung. Die ArbeiterInnen erreichen die Aussetzung der Verlagerung nach Belfort, einen Kostenzuschuß für die Monteure im Außendienst und eine Erfolgsprämie von 2 000 Francs.

Die Kämpfe

Es ist keineswegs Zufall, daß der Streik in der EGT-Fabrik von Bourogne beginnt. In dieser Fabrik sind etwa 600 größtenteils junge ArbeiterInnen beschäftigt, das Durchschnittsalter liegt unter 30. Die Qualifikation ist allgemein hoch, viele haben sogar Fachabitur. Die Löhne bewegen sich um 6 500 Francs netto. Im Vergleich mit den anderen Werken am Standort Belfort sind die Gewerkschaften in dieser Fabrik noch schwächer. So beginnt der Streik auch völlig spontan und ohne die Gewerkschaften, einfach weil diese »Jungen« von der Prekarität, den niedrigen Löhnen und von Meistern, die allzusehr den Wachhund spielen, die Schnauze voll hatten.

Die Gewerkschaften schmeißen sich sofort auf diese autonome Initiative. Ihre erste Tat besteht darin, den Konflikt zu »zivilisieren«: Im Austausch dafür, daß ihnen die sofortige Aufnahme von Verhandlungen zugesagt wird, fordern sie die ArbeiterInnen auf, den Wachschutzkräften durch die blockierten Fabriktore hindurch den Zugang zu den Produktionsanlagen zu ermöglichen. Sie nutzen die Unerfahrenheit der Streikenden aus, von denen die meisten zum ersten Mal in ihrem Leben streiken, um sich zunächst an den Streik dranzuhängen, ihn dann zu vereinahmen, seinen Fortgang zu kontrollieren und ihn schließlich dem Unternehmer komplett auszuliefern.

Die Gewerkschaften haben ihr gesetzlich verankertes Vorrecht, Tarifverhandlungen zu führen, aufrechterhalten können. Sie haben zu keinem Zeitpunkt Druck auf die Geschäftsleitung ausgeübt, um gemeinsame Verhandlungen für alle bestreikten Filialen und Fabriken durchzusetzen. Ebenso haben sie die ArbeiterInnen bei allen Initiativen zur Verallgemeinerung des Konflikts außen vor gelassen. Zu keinem Zeitpunkt wurden die ArbeiterInnen dazu aufgerufen, zu anderen Fabriken in der Region oder zu anderen Niederlassungen von GEC-Alsthom mitzufahren. Die an verschiedenen Konzernstandorten kämpfenden ArbeiterInnen haben sich nie getroffen, um ihre Interessen und Aktionen zu koordinieren und ein zentrales Streikkomitee zu gründen.

Durch das gewerkschaftliche »Kommunikations«–Monopol waren die ArbeiterInnen ihrer Stimme und ihrer eigenen Aktion beraubt und in die Rolle von ZuschauerInnen gebracht, die täglich vor die Fabriktore in Belfort kommen und einer Gewerkschaftskoordination applaudieren durften, welche die Komödie der Unbeugsamkeit und Radikalität vorführte.

Ihre Methode zur Zerschlagung des Streiks war nicht wie sonst das Abwürgen der Bewegung, sondern das Anheizen: Besonders die CGT »radikalisierte« die Lohnforderungen auf »1 500 Francs für alle« (eine Forderung, die sie seit Jahren über jeden Konflikt stülpt, um jeden wirklichen Kampf zu ersticken), in der klaren Einschätzung, daß diese Forderung in einer Sackgasse mündete. Gleichzeitig führte sie den jungen und unerfahrenen Streikenden durch die geheimen Abstimmungen vor, daß sie in der Minderheit waren und »leider« ihren

beitsplätzen. Der Streik wird durch die Benutzung von Flugzeugen von Konkurrenzunternehmen zerschlagen. Arbeitsniederlegungen in der Wartungs- und Frachtabteilung von **Air France**-Orly.

5. Dezember: Tausende von Pflegehilfen demonstrieren in verschiedenen Städten wegen ihrer Einstufung, ihrer Löhne und ihres Ruhestands.

5. Dezember: Bullen gegen Bullen: Die Gefängniswärter, die seit fünf Wochen streiken, werden von den Bullen verprügelt, als sie Streikposten vor den Gefängnistoren aufstellen. Die Regierung ist zu Lohnerhöhungen und Neueinstellungen bereit, will aber nicht über die Renten verhandeln.

8. Dezember: 1 000 ArbeiterInnen von **Hispano-Suiza** (Filiale der Flugzeugmotorenfabrik SNECMA) in Gonfreville bei Le Havre kämpfen seit elf Tagen gegen die Vergabe von Arbeiten an Subunternehmen sowie gegen die möglichen Folgen einer Privatisierung. Die Fabrik arbeitet mit normalen 3 x 8 Stunden-Schichten, aber die Schichten, die frei haben, gehen nicht aus der Fabrik raus und verhindern, daß irgendetwas aus der Produktion die Fabrik verläßt.

9. Dezember: Nach fünf Wochen Streik der Angestellten der portugiesischen Bank **Caixa Geral de Depositos** in Paris gibt die Geschäftsleitung nach und stimmt einer Lohnerhöhung von 1 000 Francs im Monat zu.

15.-20. Dezember: Ein Streik von Lehrenden und Lernenden legt die **Uni von L'Essonne** (im Südosten von Paris) praktisch lahm: Sie verlangen die Bewilligung von Haushaltsmitteln und die Schaffung neuer Stellen.

13.-16. Dezember: Streik bei **Carbone Lorraine** in Amiens mit dem Ergebnis, daß zehn Prekäre festangestellt werden, eine einmalige Prämie von 600 Francs und zwei Prozent Lohnerhöhung gezahlt werden.

22. Dezember: Die 200 ArbeiterInnen einer **Textilfabrik** in Hennebont in der Bretagne erreichen durch einen Streik, daß 13 Überwachungskameras in den Werkshallen (eine davon war speziell auf die Gewerkschaftsdelegierte gerichtet) entfernt werden.

22. Dezember: Ende eines 25-tägigen Streiks in einer **Schuhfabrik** in Limoux (Departement Aude) gegen ein Abkommen, das im Austausch gegen die Aufrechterhaltung der Betriebszugehörigkeitsprämien und der Urlaubsregelung einen Stücklohn ab Anfang April 1995 mit neunmonatiger Übergangszeit einführen will.

22. Dezember: In **Manoques** (Provence) kommt es zu mehrtägigen Straßenkrawallen, in deren Verlauf auch das Bürgermeisteramt angegriffen wird, nachdem ein Bulle einen Jugendlichen getötet hat.

27. Dezember: Ein gutes Beispiel? Weil sie seit September ohne Bezahlung sind, haben die 26 Arbeiter einer **Baufirma** in Yvelines ihren betrügerischen Unternehmer gekidnappt und bei der Polizei abgeliefert. Beginn der Klassenjustiz?

bravourösen Kampf beenden mußten. Die Aktionstage an arbeitsfreien Samstagen taten ihr übriges, um kämpferische Aktivitäten vorzugaukeln, die aber dem Unternehmer in keiner Weise schadeten: auch das eine Maßnahme, um den harten Kerns der Streikenden zu entmutigen.

Zu diesen negativen Faktoren kamen unternehmensspezifische Probleme hinzu. Da der Umschlagszyklus der hier produzierten Waren relativ lang ist, wirkt sich ein Streik nicht so schnell aus. Deshalb kann der Unternehmer eine härtere Haltung gegenüber den Aktionen der ArbeiterInnen einnehmen. Bertrand de Saint-Julien, der Generaldirektor von European Gaz Turbine (EGT) verkündete am 9. November in *La Tribune*: »Es ist keine angenehme Situation, aber wir sind in keiner verzweifelten Lage (...) Turbinen liefert man nicht täglich aus.« ... Und auch die Aktivitäten von GEC-Alsthom im Eisenbahnbereich seien noch nicht schwer getroffen: »... Die Beeinträchtigungen sind auch da noch nicht besorgniserregend. ... Bisher wird die Bewegung lediglich die Auslieferung von zwei E-Loks für die SNCF verzögern.«

Aber dieses Kräfteverhältnis nahmen vor allem die Jungen kaum wahr. Der Medienrummel – der (wieder einmal!) das Gespenst eines neuen Mai 68 an die Wand malte – und die zwei großen von den Gewerkschaften organisierten Demonstrationen in Belfort am 15. und 19. November führten zu dem falschen Glauben, man sei in einer Machtposition wie schon lange nicht mehr, vor allem das Spektakel vom 19. in der Innenstadt von Belfort. Es fand an einem Samstag statt, wo natürlich die Mehrzahl der Beschäftigten nicht arbeitet, sie so auch nicht ihre Wut und ihre Solidarität mit den ArbeiterInnen von GEC-Alsthom durch Aktionen am Arbeitsplatz zum Ausdruck bringen konnten.

Selbst die Drohung mit einer angeblichen Ausweitung auf die Peugeot-Werke in Sochaux, die 17 Kilometer vom Ort des Streiks entfernt sind, wird von der CGT ins Feld geführt, um den Eindruck eines günstigen Kräfteverhältnisses zu erhärten. Dem schließen sich Presse und Fernsehen an. Für den 23. November wird Peugeot zum Streik aufgerufen, es beteiligen sich jedoch nur ungefähr hundert ArbeiterInnen von den 16 000 der gesamten Fabrik, also nur der CGT-Apparat. Die Erklärung für diese Nichtmobilisierung liegt in der Verunsicherung der ArbeiterInnen durch die schweren Schläge, die sie einstecken mußten. Ihre Zahl ist in elf Jahren um 12 500 Personen zurückgegangen, vor allem 1993 und 1994 sind zwei sehr massive Umstrukturierungspläne (Abbau von 3 000 Stellen) mit Duldung der Gewerkschaften, auch der CGT, durchgeführt worden. Durch zahlreiche Kurzarbeitstage gingen vom Jahreslohn 1994 nochmal 3 000 bis 4 000 Francs weg.

Sicherlich wollten viele ArbeiterInnen ihre Solidarität mit den Streikenden zum Ausdruck bringen, da die gesamte Region von Umstrukturierung und Arbeitslosigkeit empfindlich getroffen ist. Für die Direktion eines Multis wie GEC-Alsthom, die sehr viel Erfahrung im Stellungskrieg hat, gibt aber nicht die öffentliche Meinung den Ausschlag, sei sie noch so sehr auf der Seite der Streikenden, sondern Anzahl und Entschlossenheit der gegnerischen Soldaten. Leider waren auf der Gegenseite, also im proletarischen Lager, Anzahl und Entschlossenheit zu keinem Zeitpunkt ausreichend. Vor allem paßten die Gewerkschaftsfunktionäre sehr genau auf, daß die Sache nicht allzusehr den institutionellen Rahmen der üblichen gewerkschaftlichen Verhandlungen verließ.

Als erst einmal der ungestüme Angriff der jungen ArbeiterInnen abgefangen, die Ausweitung vereinnahmt und jegliche Basisinitiative blockiert war, brauchte die Gewerkschaftskoordination nur einen Vorwand, um ihren Willen zur Beendigung des Streiks hinter einer »Mehrheits-Entscheidung« der Beschäftigten zu verstecken: Das war die unheilvolle Komödie des Referendums.

Das Referendum: eine mächtige Waffe gegen die Arbeiter

Während des Streiks griffen Geschäftsleitung und Gewerkschaftskoordination ständig auf dieses Mittel zurück, um die unbeugsame Minderheit zu brechen. Insgesamt wurden drei demokratische »Umfragen« organisiert, zwei von den Gewerkschaften und eine von der Geschäftsleitung[2]. Jedesmal war das Referendum ein Mittel, um die Streikdynamik zu brechen. Das erste Mal in Bourogne zu Beginn des Streiks, dann das zweite Mal in Belfort direkt nach der Demonstration der 4 000 ArbeiterInnen, die eine gewisse Kampfbereitschaft auf dem Terrain des Unternehmers, vor der Industrie- und Handelskammer zum Ausdruck brachte. Beim dritten Mal arbeiteten Stadtverwaltung, Gewerkschaften und Geschäftsleitung in einer erstaunlichen Einstimmigkeit gegen die ArbeiterInnen: Die Gewerkschaften druckten die Stimmzettel, die Stadtverwaltung lieferte die Wahlkabinen und die Geschäftsleitung die Beschäftigtenlisten. Das war

das endgültige Manöver zur Erdrosselung des Streiks.

Die Waffe Referendum, die bereits den ArbeiterInnen bei Air France zum Verhängnis geworden war, war ein gut gewähltes Mittel in den Händen des Klassenfeindes. Eine elementare Waffe, die sich auf das Recht der Mehrheit über die Minderheit beruft, den Streikenden mit dem Streikbrecher zusammenschmeißt, den kämpfenden Arbeiter dem gedungenen Leitenden Angestellten gleichsetzt, alles im Namen des heiligen Prinzips »eine Stimme pro Kopf« und erschreckend erfolgreich in diesen Zeiten der ideologischen Zurichtung auf die Vorzüge der bürgerlichen Demokratie und der Menschenrechte.[3]

Somit war der Demoralisierung der Boden bereitet. Um der ganzen Konfusion noch eins draufzusetzen, rief FO nach dem dritten Referendum zur Fortsetzung des Streiks auf, die CFDT zu seinem Abbruch. Die CGT rief angesichts der schwer zu überzeugenden kämpferischen ArbeiterInnen zur zigsten Demonstration auf. Diese wurde von der Gewerkschaft komplett sabotiert: Sie verteilte kein einziges Flugblatt und mobilisierte kein einziges ihrer Mitglieder. So kamen nur einige hundert ArbeiterInnen zusammen und sahen sich 1 500 Nichtstreikenden gegenüber, die durch die Ergebnisse des Referendums ermutigt worden waren. Unter Berufung auf das ungünstige Kräfteverhältnis rief die CGT »zur Fortsetzung der Bewegung mit anderen Mitteln« auf, also letztlich zur Wiederaufnahme der Arbeit.

Die Geschäftsleitung, immer sehr offenherzig, was ihre wirklichen Bündnispartner angeht, zog in ihrer Tageszeitung *La Tribune* vom 25. November Bilanz: »Die CGT hat gestern, nach der CFDT am Vortag, den Konflikt der Beschäftigten bei GEC-Alsthom durch den Aufruf zur Auflösung der Streikposten beendet.«

»Eine Gewerkschaft für uns«[4]

Die materiellen Ergebnisse des Streiks sind für die ArbeiterInnen mehr als kläglich. Von den zu Beginn des Konflikts von den Gewerkschaften lauthals verkündeten Forderungen – 1 500 Francs mehr für alle, Festanstellung der CDD, Gleichstellung von Männern und Frauen – ist nicht viel übrig geblieben. Für die große Mehrheit der ArbeiterInnen gibt es 200 Francs brutto im Monat mehr, für die anderen, die am schlechtesten bezahlten, 400 bis 500 Francs.

Bei einer Arbeiterin, die fünf Wochen gestreikt hat und 7 500 Francs brutto verdient (das ist bei den meisten Jungen der Fall), die zusätzlichen 500 Francs inbegriffen, wird es ungefähr neun Monate dauern, bis sie die durch die Niederlage verursachten Verluste wieder reingeholt hat. Für eine Arbeiterin, die 8 500 Francs brutto inklusive der 200 Francs erhält, was für die Mehrheit der ArbeiterInnen gilt, bedeuten die zwei Wochen Abzüge durch den Streik eine Wartezeit von zwei Jahren.

Ungefähr 173 der 200 CDD in Belfort und Bourogne haben die Zusage erhalten, festangestellt zu werden[5], dafür gehen genauso viele ArbeiterInnen in den Vorruhestand und kriegen bis zum regulären Rentenalter von 60 Jahren 80 Prozent ihres Lohns weiterbezahlt, dann die normale Rente.[6] Von gleichem Lohn für Männer und Frauen ist nicht mehr die Rede.

Die kleinen Erfolge bei den Löhnen und Festanstellungen wurden von den ArbeiterInnen teuer bezahlt und nicht genug vom Unternehmer. Der Arbeiter»gewinn« macht im Ergebnis auf die gesamten jährlichen Lohnkosten der GEC-Alsthom Fabriken am Standort Belfort nicht mehr als 1,2 Prozent Zulage aus. Und die Unternehmer hoffen, daß der traurige Epilog des Streiks die schüchterne Wiederaufnahme der Arbeiterkämpfe negativ beeinflußt; ihr Blatt, *La Tribune*, titelte in ihrer Ausgabe vom 28. November, dem Tag der Wiederaufnahme der Arbeit: *»Wiederaufnahme ohne Triumph: die Lohnzugeständnisse sind eher mager, der Ausgang des Streiks bei Alsthom könnte eine abschreckende Wirkung auf die Bewegung haben.«*

Wir selber sehen die ersten Zeichen für das Auftauchen einer neuen Generation von kämpferischen ArbeiterInnen. Diese fand ihren Ausdruck in der Kampfbereitschaft der jungen ArbeiterInnen während des Streiks und nach seinem offiziellen Ende, in spontanen Arbeitsniederlegungen, zerrissenen Gewerkschaftsausweisen und in zahlreichen Zusammenstößen mit denjenigen Meistern, die zuviel Freude über den Ausgang des Streiks gezeigt hatten. Diese Generation, die während der letzten Streiks zum Vorschein kam, ist geprägt vom stetigen Pendeln zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung, sie glaubt nicht an den Fetisch von der Notwendigkeit der Arbeit. Sie ist von den Gewerkschaften weitgehend unabhängig und teilt nicht mehr die Illusionen der »alten« Linken über das Kapital.

Diese vom innerbetrieblichen CIP betroffenen jungen ArbeiterInnen stellen für das Kapital einen Punkt der Destabilisierung dar. Denn sie könnten zum Bindeglied werden zwischen den Fabriken und der Peripherie der Produktionswelt, wo die jungen Arbeitslosen, die außerbetrieblich vom CIP Betroffenen, sich auch in Bewegung gesetzt haben. Ihre Parole »compétence égale pognon« (übersetzt etwa: der Zaster muß der Sachkenntnis entsprechen) begründet den Anspruch nicht mehr wie die Krankenschwestern auf die eigene formale, kapitalistische Qualifikation; denn formal gesehen sind sie mit ihrem (Fach-)Abitur für die spezielle Arbeit nicht sonderlich qualifiziert und in den untersten Lohngruppen eingestuft.

Sie haben ihre Streikposten und ihre Umzüge durch die Fabrik selbst organisiert. Aber sie machen sich keine Illusionen, daß sie bereits viel erreicht hätten. Am Tag, als sie die Arbeit wiederaufnehmen mußten, haben sie ein Heft mit ihren »aufgeschobenen« Forderungen rumgehen lassen. Vielleicht geht es bereits bei den offiziellen Lohnverhandlungen im März wieder zur Sache ... ?

1 Die ArbeiterInnen erreichten die Festanstellung von einem Dutzend LeiharbeiterInnen und das Aussetzen weiterer Überstunden. **2** Die drei Referenden fanden statt: am 2.11. in Bourogne; am 16.11. in Belfort durch die Geschäftsleitung, mit Unterstützung der CGT; 5 028 Beschäftigte beteiligten sich, davon sprachen sich 56,7 Prozent (2 867) für die Beendigung des Streiks aus, 43,3 Prozent (2 161) für seine Fortsetzung; am 22.11. in Belfort, organisiert vom der Gewerkschaftskoordination auf Verlangen der Geschäftsleitung: 6 042 beteiligten sich, 54,56 Prozent stimmten für die Beendigung, 45,42 Prozent für die Fortsetzung des Streiks. **3** Anzumerken bleibt, daß die ArbeiterInnen der Fabrik von Petit-Quevilly, wahrscheinlich durch die Ereignisse von Belfort in Wut gebracht, sich auf einer Vollversammlung gegen das Theater einer geheimen Wahl aussprachen. **4** In dem bereits zitierten Artikel über die jungen ArbeiterInnen bei GEC-Alsthom in *Le Monde* vom 28.12.94, bringen diese ihre konfuse aber grundlegende Kritik an den Gewerkschaften zum Ausdruck. Sie wollen »freie« und »starke« Gewerkschaften, die ihre Interessen vertreten, befreit von den Bürokraten der stalinistischen oder sozialdemokratischen Politikerriege. Sie streiten darüber, ob sie nun eine eigene Gewerkschaft gründen, die vorhandenen Strukturen ausnutzen sollten, oder ob »starke Gewerkschaften wie in Deutschland« die bessere Alternative sei. Aber wenn sie sagen, wir bräuchten »eine Gewerkschaft für uns« heißt das schon, daß sie die existierenden gewerkschaftlichen Organisationen eindeutig der Unternehmerseite und dem Staat zurechnen. **5** »Das Protokoll, das die Wiederaufnahme der Arbeit besiegelt hat, beinhaltete Lohnerhöhungen, eine Festanstellung für ein Drittel der CDD, einen Ausbildungsplan und eine Erfolgsprämie« (*Le Monde* vom 28.12.94). **6** Beschäftigte mit 56 Jahren und zwei Monaten erhalten 80 Prozent ihres Lohns bis zu ihrer Verrentung. 75 Prozent davon werden direkt vom Arbeitsministerium übernommen, 10 Prozent von UNEDIC, der Rest vom Arbeitgeber

Renaissance des Operaismus?

Operaismus und Arbeiteruntersuchung

1989 leitete Sergio Bologna einen Vortrag über Gramscis »Americanismo e Fordismo« mit einer Zustandsbeschreibung der italienischen Linken ein: Er erinnerte zunächst an die Jahre 1969-73, als in Italien wie in keinem anderen Land der Welt die *»Fabrik als Ort der Selbstorganisation der Arbeiterklasse und der Entwicklung neuer Verhaltensweisen, als Labor der neuen Subjektivität«* eine *»Hegemonie«* über die ganze Gesellschaft und das Parteiensystem ausübte. Heute dagegen werde die Arbeit in schon grotesker Weise politisch ausgegrenzt, die Arbeiterklasse als umweltfeindlich und korporativ abgestempelt, als Hindernis für soziale und technische Innovationen. *»Keiner spricht mehr von ›Arbeitern‹ als Kollektiv, man spricht immer von einzelnen Gruppen.«* Bologna wertet dies als *»kulturelle Krise«*.

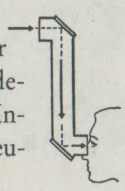
Einerseits mache sich in breiten Schichten der Bevölkerung Rassismus bemerkbar; andererseits sei ein neuer Anti-Rassismus entstanden: *»Während die Linke ihre traditionelle Basis verdrängt, ist sie gleichzeitig von einem philantropischen Aktivismus den neuen Immigrierten gegenüber regelrecht besessen. Die einheimischen Schichten des Proletariats fühlen sich dadurch noch mehr ausgegrenzt und können ausländerfeindliche Reaktionen brüten [...] Einen großen Beitrag zur kulturpolitischen Ausgrenzung der Arbeiterklasse haben die neuen ›Umweltfreunde‹ und ein Teil der Grünen mit ihren Vorstellungen von der Arbeiterklasse als Hindernis für umweltfreundliche Innovationen geleistet.«* Sie verdrängten die Tatsache, daß in den 70er Jahren einst die ArbeiterInnen selbst eine Bewegung gegen die krankmachenden Auswirkungen der Fabrik hervorgebracht hätten.

Bittere Worte eines »angeschimmelten« Operaisten[1] über die italienische Linke, die ihre Vergangenheit und ihre Analyseinstrumente mit weitem Schwung weggeworfen hat und deren Kult des Bewußtseins den Haß der Mittelschicht auf die Arbeiter durchscheinen läßt.[2]

Fünf Jahre später, im November '94, war auf einer kleinen Konferenz, organisiert von den Zeitschriften *Collegamenti/Wobbly* und *Per il '68* eine neue Entwicklung auszumachen: eine Rückbesinnung auf die »Arbeiteruntersuchung« und die Wiederaufnahme einer Diskussion, die durch die Repression 1979 ff. gewaltsam abgebrochen war.

Rechtzeitig zu diesem Termin gab es auch neue Veröffentlichungen, die die damaligen Initiativen in ihrer Widersprüchlichkeit und ihrem Experimentalcharakter darstellen – und ohne die organisationsbedingten Verkürzungen. Auf der Konferenz berichteten GenossInnen, die schon Ende der 50er Jahre dabei waren, den »Jungen« von ihrer Praxis der »Arbeiteruntersuchung« in den Textilfabriken und in der Auto- und Elektroindustrie. Ein Diskussionsbeitrag verglich die Ausgangssituation Anfang der 60er Jahre mit der Situation heute und stellte mehrere Ähnlichkeiten fest:

- der »Sozialismus« ist zweimal gestorben: in Budapest 1956 und mit dem Fall der Berliner Mauer 1989;
- damals fand ein qualitativer Sprung in der Entwicklung des europäischen Marktes statt, heute vollzieht sich ein solcher Sprung im Weltmarkt;
- die gewaltsame Restrukturierung in den Fabriken in der Phase der Umstellung auf Massenproduktion damals und auf »lean production« heute;
- ein qualitativer Sprung in der Migration (damals die Wanderung von Millionen ProletarierInnen von Süden nach Norden, heute die Migration aus Osteuropa und Nordafrika);
- Hinzuzufügen wäre noch die Pleite der Gewerkschaften, die heute in einer ähnlich tiefen Krise stecken wie damals.



Die damaligen Umwälzungen waren für eine kleine Gruppe von Sozialisten und Kommunisten, die theoretisch verunsichert waren und denen die überlieferten Ideologien zur Erklärung nicht ausreichten, Ende der 50er Jahre der Anstoß für eine grundlegende Untersuchungsarbeit.

Aber die Geschichte wiederholt sich nicht! Jeder wirtschaftliche Aufschwung bringt zwar eine Zunahme von potentieller Arbeitermacht, doch ist es nicht ausgemacht, daß daraus Kämpfe entstehen. Die Situation heute schreit danach, einen ähnlich radikalen Versuch der Neuorientierung zu versuchen, wie ihn die Militanten der Arbeiteruntersuchung damals angepackt haben. Nur so können wir die wirklichen Bedingungen der Ausbeutung in ihrer Konfliktthaftigkeit begreifen und Potentiale für eine Veränderung entdecken.

Was heißt militante Untersuchung?

Untersuchung ist etwas Konkretes, das alle Revolutionäre machen sollten und meist auch gemacht haben. Gegen die bürgerlichen Ideologien und das Korsett des orthodoxen Marxismus die wirklichen Verhältnisse untersuchen – so wie es auch Marx gemacht hat. Wobei wir mit der marxistischen Ideologie genauso umgehen müssen, wie Marx mit der bürgerlichen Wissenschaft.

Untersuchung machen heißt, die offiziellen Mythen knacken, sich mit realen Menschen auseinandersetzen, ihnen Fragen stellen, ohne vorher zu wissen, was dabei rauskommen soll. Andererseits bedeutet sie auch politisch-theoretische Arbeit. Denn um zu wissen, welche Fragen gestellt werden müssen, sind Hypothesen notwendig. Hypothesen darüber, wie

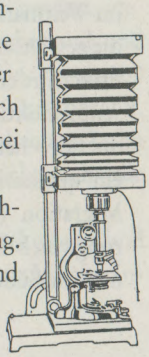
sich Klasse als politisches Subjekt in den Umbruchprozessen neu herstellt.

Als Ansatz für solch eine Untersuchung heute schlagen wir den Text von Karl Heinz Roth vor, in dem er die Hypothese aufstellt, daß sich ein neues Proletariat entwickelt und zwar auf einer weltweiten Ebene. Der Text wurde in den sechs Monaten seit seinem Erscheinen in vielen Diskussionszirkeln – zurecht – auf seine theoretischen und analytischen Schwächen hin abgeklopft. Damit dies aber kein akademisches Hobby bleibt, muß jetzt eine kollektive Untersuchungsarbeit einsetzen, die herauszufinden versucht, wie dieses weltweite »re-making« des Proletariats konkret aussieht. Dazu gehört *erstens* die Überprüfung der Hypothesen durch massenhafte Diskussionen mit ArbeiterInnen in der modernen Fabrik, prekär Beschäftigten, ImmigrantInnen, sogenannten selbständigen ArbeiterInnen usw. *Zweitens* die Entwicklung einer genaueren Begrifflichkeit. Und *drittens* hieße es, selbst aktiv einzugreifen mit Kampfinitiativen und Organisierungsversuchen, um den kollektiven Erkenntnisprozeß zu beschleunigen und die untergründige Tendenz zum Kommunismus, die in den Klassenbewegungen mitschwingt, freizulegen. Mit den ArbeiterInnen Kampfformen finden, die keine Wiederholung der alten sind.

Die Anfänge der Arbeiteruntersuchung in Italien

Wir wollen im folgenden den ersten (die Methode) und den dritten (das Eingreifen) der oben genannten Punkte anhand der Arbeiteruntersuchung in Italien Anfang der 60er Jahre darstellen. Dabei müssen wir auch ein paar Mythen aus dem Weg räumen über die genialen italienischen Operaisten. Weder ist die Arbeiteruntersuchung eine italienische Erfindung und nur in Italien durchführbar; noch konnten die Operaisten mit der Brechstange Kämpfe erzeugen, wo nichts da war – den »archimedischen Punkt« finden (genau so wurde es damals formuliert!), um das System aus den Angeln zu heben. Aber sie waren durch ihre Untersuchungen auf kommende Kämpfe vorbereitet, hatten die Probleme innerhalb der Fabrik analysiert, hatten die Arbeiterdiskussion verfolgt, um die Arbeiterforderungen auf die Flugblätter schreiben zu können und auf Versammlungen als politische Linie durchzusetzen. Sie hatten gelernt, *»daß es schon Kämpfe gibt, bevor sie offen ausbrechen«*.[3]

Eine Schwierigkeit bei der Rekonstruktion der Arbeiterkämpfe Anfang der 60er Jahre und der Anfänge »operaistischer« Theorie besteht darin, daß diese Geschichte von der Erfahrung des »Heißen Herbstes« 1969 aus, quasi von ihrem Ende her aufgeschrieben wurde. Dabei wurden die Anfänge dieser Bewegung im nachhinein vereinfacht dargestellt, wie z.B. Dario Lanzardo an der späteren Aufbereitung der Ereignisse auf der *Piazza Statuto* in Turin 1962 zeigt. Er kritisiert an der späteren Geschichtsschreibung, daß sie den Eindruck vermittelt, »der Massenarbeiter« sei als kompakter Block aus der Fabrik in die Innenstadt marschiert und habe gegen die Gewerkschaft revoltiert. In dem Fiat-Werk, von dem der Arbeiterumzug losging, waren gar keine Immigranten aus dem Süden beschäftigt, sondern vor allem qualifizierte piemontesische Arbeiter. An der Demo nahmen ganze 600 Arbeiter teil. An dem anschließenden *riot* beteiligten sich dann massenhaft junge Leute und BewohnerInnen der umliegenden proletarischen Stadtteile. Wer sie wirklich waren, darüber gab es nur stark politisch gefärbte Ansichten. Aus den Prozeßakten läßt sich jedenfalls ersehen, daß auch jede Menge junger PCI-Mitglieder beteiligt waren, die dadurch Schwierigkeiten mit ihrer Partei bekamen.[4]



Italien erlebte in den 50er Jahren eine epochale Umwälzung. Der Aufbau der Industrie und der Wirtschaftsaufschwung zog Millionen Menschen an, die aus dem armen Süden in die Großstädte im Norden auswanderten und von der dortigen Bevölkerung, auch den Arbeitern, nicht gerade freundlich aufgenommen wurden. Sie galten als dumm, unzivilisiert, unpolitisch, als Deppen, die sich alles gefallen lassen, die die Löhne drücken. Es war damals durchaus üblich, daß Hausbesitzer Schilder raushängten: *»Zimmer frei. Nicht für Süditalienier!«*

Die ungekannte Steigerung des Massenkonsums basierte auf harter Arbeit, niedrigen Löhnen und einem eisernen Fabrikkommando. Bei FIAT waren die aktiven kommunistischen Kader aus den Werken verbannt oder in Strafabteilungen mattgesetzt worden. Die Gewerkschaften hatten die FIAT-Fabriken bereits aufgegeben und ihre Arbeit auf kleinere Betriebe konzentriert. Auf politischer Ebene beteiligte sich die Partei der Arbeiterklasse am »nationalen Wiederaufbau« und garantierte den sozialen Frieden im Austausch gegen Arbeitsplätze.

Ende der 50er Jahre war die politische Situation für die italienische Linke von folgenden Fakten geprägt. Die sowjetische »Mutterpartei« hatte 1953 in Berlin und 1956 in Budapest aufständische ArbeiterInnen zusammenschießen lassen; damit war ihre Glaubwürdigkeit gerade auch in Westeuropa schwer erschüttert. Die Sozialistische Partei (PSI), in der viele Antistalinisten Zuflucht gesucht hatten, war auf dem Weg zur Sozialdemokratie, was dann in der Regierungsbeteiligung 1963 und der Spaltung der Partei endete. 1959 nahmen die ArbeiterInnen der Wollindustrie in der Gegend um Biella erstmals wieder selbstorganisierte Streiks auf. In einigen Metall- und Chemiefabriken der Po-Ebene durchbrachen Arbeiterkämpfe die langjährige Stagnation.

Das neue gemischte Wirtschaftssystem, das nach dem Zweiten Weltkrieg in Italien mit Marshallplan-Geldern aufgebaut wurde, bezeichnete man als »Neokapitalismus«. Während die institutionelle Linke darin die Chance für einen friedlichen Weg zum Sozialismus über die Ausweitung und Kontrolle des staatlichen Sektors (»antimonopolistisches Bündnis«) erblickte, sahen Linkskommunisten das Ende der revolutionären Potenzen der Arbeiterklasse gekommen, weil diese nun ins System integriert sei.

Neokapitalismus hieß geplanter Kapitalismus. Die Behauptung, alles planen zu können und damit Gesellschaft gestalten, Verhaltensweisen steuern zu können, unter anderem durch die Versorgung mit Konsumgütern, war die vorherrschende Ideologie. Entsprechend war die Soziologie in den 50er Jahren *die* do-

minante Sozialwissenschaft. (In den 70er Jahren, als die Veränderung des einzelnen Menschen thematisiert wurde, war es die Psychologie, und heute ist es die Volkswirtschaft, da die Ökonomie als der alles beherrschende Sachzwang gesehen wird.)

Der Mainstream der US-Industriesoziologie verkündete das Verschwinden der Arbeiterklasse, die Integration des »Wohlstandsarbeiters«, seine »Verbürgerlichung«, und die »Tertiarisierung« der Produktion. Daneben gab es die »kritische« oder linke Soziologie, die die Arbeitsbedingungen in den Fabriken und in miserablen Jobs untersuchte und eine »Humanisierung« der Arbeitsorganisation forderte. »Partizipation« und die Entdeckung des »ganzen Menschen« waren die Schlagworte der aufgeklärten Fraktion des Kapitals. Der als »sozial« geltende Unternehmer Olivetti holte Psychologen und Soziologen in die Fabrik, die die *human relations* verbessern sollten. Die einflußreiche »Partei der Soziologen« machte Politik, schreibt *Alquati*.[5]

Hauptuntersuchungsobjekt der Industriesoziologen waren die »neuen Arbeiter«, die »neue Arbeiterklasse«: die gut ausgebildeten, in der hochtechnisierten oder automatisierten Produktion tätigen Technikerarbeiter, die sich deutlich vom Bild der traditionellen Arbeiterklasse unterschieden und die nach den damaligen Voraussagen bald eine zentrale Rolle im Produktionsprozeß spielen sollten. Man vermutete, daß sich damit auch die Formen betrieblicher Auseinandersetzungen verändern würden. Dazu erschienen eine Unmenge Studien in den USA und in Frankreich, die Anfang der 60er Jahre auf italienisch übersetzt wurden und, u.a. herausgegeben von *Montaldi* und *Panzieri* bei den linken Verlagen Feltrinelli und Einaudi.

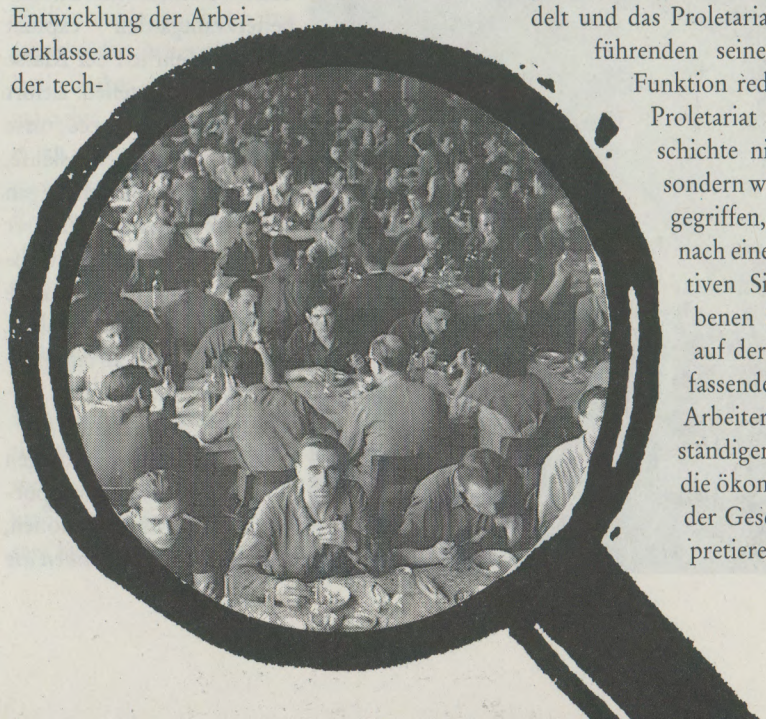
Forciert wurde die Beschäftigung mit der Soziologie in Italien von der (nichtmarxistischen) sozialistischen Linken, während der PCI Togliattis wie auch die traditionellen linkskommunistischen Gruppen jeder Art von Soziologie feindlich gegenüberstanden. Dazu paßte, daß der PCI seit Jahren keine Rolle mehr in der Betriebspolitik spielte und die Verhältnisse in den Fabriken kaum thematisierte. Die Soziologen waren die einzigen, die in die Fabriken gingen und sich mit den Veränderungen in der Arbeitsorganisation und den neuen Verhaltensweisen der ArbeiterInnen befaßten – eine Situation, die vergleichbar ist mit der heutigen. Während sich die Reste der Linken in Ideologien flüchten und die Thesen von Kern/Schumann über das Ende der Massenproduktion oder die Chancen der Gruppenarbeit nachbeten, erfahren die multifunktionalen Facharbeiter eine Vervielfachung von Ausbeutung und Arbeitshetze. Die ArbeiterInnen sind auch heute alleine.

Die wirkliche Arbeiterklasse hatte nicht viel mit der »ideellen Gesamtklasse« zu tun, als deren Repräsentanten sich die Institutionen der Arbeiterbewegung sahen. So griffen einige junge Dissidenten begierig nach den Instrumenten der Feldforschung, der Fabrikuntersuchung, die die Soziologie erprobt hatte, um die neue Arbeiterrealität zu analysieren. *»Es handelte sich um unterschiedliche Momente einer einleitenden Erkundung des Terrains, aus dem sowohl wir als auch die Arbeiterbewegung ›draußen‹ waren, und das nicht leicht zu betreten war; unnötig zu sagen, daß es auch der italienischen Linken unbekannt war; und solange man außerhalb stand, hatte die (französische, englische und amerikanische) Industriesoziologie einige Hypothesen anzubieten.«*[6] Untersuchung zu machen war eine Verweigerung gegenüber der orthodox-marxistischen Gewohnheit, aus der Analyse der kapitalistischen Entwicklung die Entwicklung der Arbeiterklasse abzuleiten.

Was ist die Klasse?

Vorläufer der Arbeiteruntersuchung in Frankreich...

Die antistalinistische Linke in Frankreich hat eine lange Tradition der Untersuchung. Bereits zu Zeiten der Volksfront führte sie eine Diskussion über die epochalen Veränderungen in der Zusammensetzung der Arbeiterklasse durch die Einführung von halbautomatischen Werkzeugmaschinen. Auf die Bedienung einer einzigen Maschine spezialisierte Arbeiter ersetzten damals die umfassend ausgebildeten Facharbeiter. Der trotzkistische Militante und Industriesoziologe *Pierre Naville* untersuchte den Antagonismus in diesen neuen Produktionsverhältnissen, statt die Entwicklung der Arbeiterklasse aus der technischen Entwicklung »abzuleiten«. Er tat dies beispielsweise anhand der Arbeitszeit, die durch die Einführung der Maschinerie keineswegs sank, sondern steil anstieg. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist allein das Ergebnis des Kampfs der »Arbeiterkoalitionen«. Diese Diskussionen wurden in seiner Zeitschrift *Cahiers rouges* [Rote Hefte] publiziert.



Die in der Tradition der Rätekommunisten stehende Gruppe *Socialisme ou Barbarie* [Sozialismus oder Barbarei], der *Lefort*, *Castoriadis* und *Mothé* angehörten, nahm Anfang der 50er Jahre vieles vorweg, was später in Italien als »Arbeiterautonomie« thematisiert wurde. Ausgehend von Marxens Thesen (*»die größte Produktivkraft ist die revolutionäre Klasse selbst«*) begriff Lefort[7] das Proletariat nicht als physische Masse, wie es der orthodoxe Marxismus tut, sondern als sich formierendes Subjekt der Geschichte. Für die Emanzipation der ArbeiterInnen arbeiten heißt, in der »proletarischen Erfahrung« die Keime subjektiver Selbstkonstitution als Oppositionskraft gegen die Ausbeutung zu fassen. Und zwar nicht, indem man den ArbeiterInnen Predigten hält oder bei der Frage, wie der jetzige Zustand überwunden werden kann, doch wieder auf die Partei – in welcher Form auch immer – als *Deus ex machina* zurückgreift. Lefort regte eine Untersuchung an, um die heutigen Formen gesellschaftlicher Zusammenarbeit zu begreifen, die auf eine Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise anspielen. Sein Hauptinteresse galt der Besonderheit der »proletarischen Erfahrung«, aus der heraus sich die Klasse konstituiert.

Die Formulierung aus dem Kommunistischen Manifest *»Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen«* habe nichts von ihrem explosiven Charakter verloren, schreibt er. Der Pseudo-Marxismus habe die Theorie des Klassenkampfs in ökonomische Wissenschaft verwandelt und das Proletariat auf einen Ausführenden seiner ökonomischen Funktion reduziert. Doch das Proletariat hat in der Geschichte nicht nur reagiert, sondern wirklich agiert, eingegriffen, und zwar nicht nach einem von der objektiven Situation vorgegebenen Schema, sondern auf der Basis seiner umfassenden Erfahrung. Die Arbeiterbewegung ohne ständigen Rückbezug auf die ökonomische Struktur der Gesellschaft zu interpretieren sei absurd – sie

aber darauf zu *reduzieren* bedeute, drei Viertel des konkreten Klassenverhaltens nicht zur Kenntnis zu nehmen.

Bourgeoisie wie Arbeiterklasse werden jede für sich durch gemeinsame Interessen geeint. Doch das gemeinsame Interesse der Arbeiter sei anderer Art: es bestehe darin, nicht mehr Arbeiter zu sein. D.h. nicht ihre ökonomische Funktion auszuüben, sondern sie radikal zu negieren. Die Existenzbedingungen der Arbeiter selbst erfordern einen ständigen Kampf für Veränderung, d.h. eine ständige Loslösung von ihrem unmittelbaren Schicksal. Der Fortschritt in diesem Kampf, die Erarbeitung eines ideologischen Inhalts, der diese Loslösung erlaube, bilden die Erfahrung, durch die hindurch die Klasse sich konstituiere.

Lefort versucht Marxens Fragestellungen in der »Deutschen Ideologie« auf heute anzuwesen: Wie eignen sich die Menschen unter den Bedingungen der Industriearbeit ihre Arbeit an? Wie stellen sie praktisch ihre Beziehung zum Rest der Gesellschaft her? Wie fügen sie eine gemeinsame Erfahrung zusammen, die aus ihnen eine historische Kraft macht? Er setzt sich von Lenins Auffassung ab, nach der das Proletariat eine Einheit bilde, deren geschichtliche Aufgabe ein für alle Mal feststehe und wo nur noch die »Kräfteverhältnisse« interessierten, die es herstelle. Lefort sieht das Handeln des Proletariats in seiner Zwieschlächtigkeit: einmal in der Form des Widerstands, der die Unternehmer ständig zwingt, die Ausbeutungsmethoden zu verbessern; zum anderen in seiner Anpassung an den Fortschritt, in seiner aktiven Kollaboration mit diesem: die Arbeiter selbst finden Antworten auf tausend Probleme, die die Produktion im Detail stellt. Das Ergebnis sieht aus wie eine systematische Antwort und bekommt den Namen »Erfindung«. Dabei nimmt die Rationalisierung nur die zerstreuten und anonymen Innovationen, die im konkreten Produktionsprozeß entstehen, auf, interpretiert und integriert sie.

Das Proletariat sei bisher auf drei Arten untersucht worden: ökonomisch, ideologisch und historisch. Lefort selbst schlug einen vierten Ansatz vor: er wollte aus seinem Innern heraus seine Haltung zur Arbeit und zur Gesellschaft rekonstruieren, und seine Erfindungskraft und die Stärke seiner sozialen Organisation im täglichen Leben darstellen. Nach einem solchen Ansatz sei bisher nicht vorgegangen worden – weder von Marx noch von der sogenannten »Arbeiter« soziologie in den USA, in der Lefort das Werk der Unternehmerschaft sah. Die »aufgeklärten« Kapitalisten hätten entdeckt, daß die materielle Rationalisierung ihre Grenzen hat, daß die Menschen-Objekte auf bestimmte Weise reagieren, daß man auf sie eingehen muß, wenn man sie effektiver ausbeuten will. Diese Soziologie könne aber schon aufgrund ihrer Klassenperspektive die proletarische Persönlichkeit nicht erreichen, weil sie sich ihr von außen annähert und die Arbeiter nur als Produzenten sehen könne, als einfache Ausführende, unwiderruflich an das kapitalistische Ausbeutungssystem gebunden.

Die Untersuchung über das soziale Leben des Proletariats sollte kein Studium der Klasse von außen sein, sondern die präzisen Fragen beantworten, die sich den Arbeiteravantgarden explizit und der Mehrheit der Klasse implizit heute stellen. Lefort sammelte Selbstzeugnisse von Arbeitern, Lebensläufe, individuelle Erfahrungen über das Verhältnis zu ihrer Arbeit, das Verhältnis zu anderen Arbeitern, das soziale Leben außerhalb der Fabrik und die Bindung an eine proletarische Tradition und Geschichte.

Er schreibt, die Meinungen könnten wechseln, transportierten oft Mystifikationen, aber *»alle Arbeiter haben die Erfahrung der Ausbeutung, die Erfahrung der Entfremdung gemeinsam – und alle Arbeiter wissen das. Jeder Bürger merkt es sofort, wenn er ein Arbeiterviertel betritt.«* Diese Arbeiterverhaltensweisen aufzuspüren ist das Untersuchungsziel. Gibt es eine »Klassenmentalität«?

Mit diesen Fragestellungen will Lefort keineswegs auf einen »Arbeiterismus«, der die Notwendigkeit der theoretischen Kritik leugnet und von dem er sich immer distanziert hat: *»Unser Interesse mit diesen Fragen ist, von einem revolutionären Standpunkt aus zu zeigen, wie ein Arbeiter mit seiner Klasse eins wird und ob seine Zugehörigkeit zur eigenen Gruppe verschieden ist von der eines Kleinbürgers oder eines Bürgers zu seiner Gruppe. Bindet das Proletariat sein Schicksal auf allen Ebenen seiner Existenz mehr oder weniger bewußt an das Schicksal seiner Klasse? Können wir die klassischen Aussagen konkret überprüfen, die oft zu abstrakt sind: Klassenbewußtsein, Klassenverhalten und die Vorstellung, die Marx vom Proletariat hatte, daß es im Unterschied zur Bourgeoisie nicht nur Mitglied seiner Klasse, sondern Individuum einer Gemeinschaft ist und sich darüber bewußt ist, daß es sich nur kollektiv befreien kann?«*

... und in Italien: Danilo Montaldi

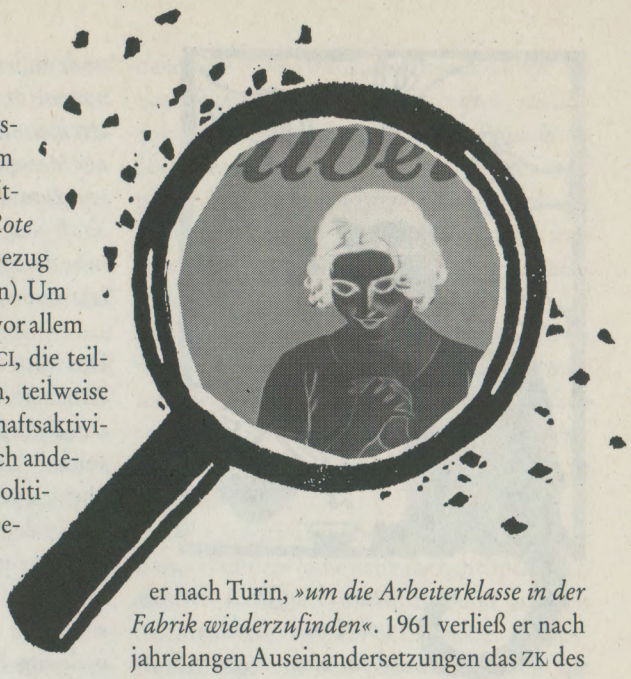
Der aus dem PCI ausgeschlossene Kommunist *Danilo Montaldi*, der eine kleine Gruppe in Cremona um sich organisiert hatte und für verschiedene linkskommunistische Zeitschriften schrieb, lernte über den Kontakt zu *Socialisme ou Barbarie* die Theorie und Praxis der Arbeiteruntersuchung kennen. Er übersetzte mehrere Arbeiterbiographien auf italienisch und beteiligte sich selbst an ähnlichen Projekten. 1960 veröffentlichte er eine Untersuchung über das Leben der Immigranten aus dem Süden in Mailand mit dem Titel »Mailand, Korea«.

Es ist keine konsistente »Methode« bei Montaldi zu erkennen: er arbeitete »interdisziplinär«, benutzte literarische Elemente, etwa wenn er Leute ihre Geschichte in ihrer eigenen Ausdrucksweise aufschreiben ließ. Und er bediente sich Methoden der Soziologie, mit der er sich ausführlich auseinandersetzte. Montaldis Werk ist eine ständige Suche nach der Subjektivität als Erkenntnisinstrument über die Geschichte und das Leben der Klasse. In der Untersuchung über die Immigranten aus dem Süden, über das Leben der Subproletarier während des Faschismus, die politischen Basismilitanten – immer suchte er nach dem Kommunismus als »strukturellem Bedürfnis«, nach der Subjektivität der Klasse, der »Klasse für sich«. All dies war sein Versuch der

Rekonstruktion der »Klassenpartei«, die sich zusammensetzt aus *»Genossen, die unterschiedliche Parteibücher haben können«*.

Montaldi untersuchte die Wirklichkeit um sich herum. Seine Arbeit war ausdrücklich gegen die Mysterien vom »guten Wilden« gerichtet, die Ende der 50er Jahre die Gedanken an die Gegenwart verdrängen sollten. Seine Kritik an dieser Art Beschäftigung erinnert in verblüffender Weise an die zusammenhanglose Art und Weise, in der in den letzten 20 Jahren hier *oral history* praktiziert wurde, nachdem die Perspektive Klassenkampf aufgegeben worden war. *»Während sich in Italien die Industrie immer mehr konzentriert, während die bäuerliche Welt von einer Krise in die andere geht [...] nimmt dieses große Wehklagen für die Lebensformen der Vergangenheit oder für die verbliebenen zurückgebliebenen Lebensformen zu. Die Begeisterung, Untersuchung und Analyse des Nicht-Aktuellen, des Marginalen. In dieser beharrlichen Jagd liegt etwas Rückschrittliches, ein falsches Bewußtsein von der Gesellschaft, in der wir leben, ein Zurückweichen. Während in Italien die Diktatur der Monopole in den letzten Jahren immer offener wird, stürzt sich das kulturelle Interesse auf die im Niedergang begriffenen Momente des sozialen Lebens. Nicht schlecht, wenn es darum geht, die Gesamtheit der Alltagsbedingungen vom Süden bis in den Norden ans Licht zu bringen. Aber fast immer wird in der Analyse, in der Interpretation der ›zurückgebliebenen‹ Lebensweisen versucht, die Fäden abzuschneiden, die diese Erscheinungen mit dem gegenwärtigen System verbinden, das sie doch bestimmt. Diese Haltung leistet einem gewissen kulturellen Reformismus Vorschub, der selbst Ausdruck der Krise ist, der den Wunsch ausdrückt, selbst Teil davon zu werden. [...] Aber sehen wir, welche Auswirkungen das auf kultureller Ebene hat. [...] die Chronik der heutigen Sitten und Gebräuche der Abkömmlinge der Ligurier, die sich vor 400 Jahren in Sardinien ansiedelten, ist interessanter‹ als die Situation in der Produktionsanlage bei FIAT; der Dialekt der Gevatterinnen ist sicherlich schöner als das nicht zufällige Schweigen der Arbeiter in den Basisorganismen. Uns interessiert nicht die folkloristische Seite, in die diese Formen oft verfallen, sondern wir wollen beobachten, wie sich zwischen uns eine Figur des ahistorischen Menschen herausgebildet hat, dessen Feinde sich Schicksal und Natur nennen.«*[8]

Die Quaderni rossi



Der italienische *Operaismus* [Arbeiterismus] entstand in Diskussionszirkeln rund um die 1961 zum ersten Mal erschienene Turiner Zeitschrift *Quaderni rossi* (was auch *Rote Hefte* heißt und womit sie ihren Bezug auf die *Cahiers rouges* herausstellten). Um die *Quaderni rossi* sammelten sich vor allem junge GenossInnen aus PSI und PCI, die teilweise ihre Partei verlassen hatten, teilweise drin geblieben waren, Gewerkschaftsaktivisten und StudentInnen, die sich nach anderen Möglichkeiten praktischer politischer Arbeit und theoretischer Debatte umsahen. Wobei für die Mehrheit von ihnen »Operaismus« ein Schimpfwort war, von dem sie sich ebenso scharf distanzierten wie vom Vorwurf des »Anarchosyndikalismus«. Sie sahen sich als Vertreter einer mehrheitlichen Strömung der Arbeiterklasse, nicht als »Extremisten«. »Operaismus« als politische Kultur war erst anerkannt, als tatsächlich die Arbeiterkämpfe 1969 ff. die politische Situation in Italien für mehrere Jahre vollständig umkrempelten.

Die Zeitschrift *Quaderni rossi* war ein Kristallisationspunkt von verschiedenen politischen »Scenes«, Interessen und politischen Ansätzen, die sich als innere wie äußere Opposition der institutionalisierten Arbeiterbewegung begriffen. Sie setzten sich kritisch mit den Theorien auseinander, die weltweit diskutiert wurden, nahmen antistalinistische Erfahrungen auf und lasen Marx noch einmal neu. Ihren eindeutigen Schwerpunkt setzten sie auf die Untersuchung des Klassenantagonismus in der Produktion. Als ideenreicher »Begründer« des Projekts gilt *Raniero Panzieri*, ein Intellektueller aus Rom, der in den 50er Jahren als Funktionär des PSI Landarbeiterkämpfe in Sizilien mitorganisiert hatte. Nebenbei übersetzte er den zweiten Band des Kapitals neu ins Italienische. Hauptziel seiner Arbeit war zunächst, die Sozialistische Partei wieder auf einen »revolutionären« Kurs zu bringen, d.h. ihre Sozialdemokratisierung mit dem Ziel der Regierungsbeteiligung zu bekämpfen und sich statt auf das Parlament wieder stärker auf die (Land- und Fabrik-) Arbeiterbasis zu stützen. Als Instrument diente ihm dabei die Parteizeitschrift *Mondo operaio* [Arbeiterwelt], deren Chefredakteur er war. Eine breite Diskussion löste er mit seinen zusammen mit Libertini geschriebenen »Thesen zur Arbeiterkontrolle« aus, die eine harte Kritik an staatssozialistischen Konzepten waren. Als er mit diesem Kurs innerhalb der Partei scheiterte, ging er nach Turin, *»um die Arbeiterklasse in der Fabrik wiederzufinden«*. 1961 verließ er nach jahrelangen Auseinandersetzungen das ZK des PSI.

Die Zeiten waren vorbei, in denen sich alles innerhalb der Organisationen abspielte. Zur Frage: *»Soll man in den historischen Parteien der Arbeiterbewegung aktiv sein oder in autonomen politischen Interventionsgruppen«*, vertrat Panzieri Anfang 1960 in einer Diskussion mit dem Sozialistenführer Lelio Basso den Standpunkt, daß man in einer Situation, in der nicht nur eine Strömung der Partei, sondern die Partei [der PSI] als solche in der Krise sei, *»keinen neuen Wein in alte Schläuche füllen«*, sondern *»auf der Ebene der Basis selbst«* nach einer politische Linie suchen müsse; sich nicht darauf beschränken, ein Erbe zu bewahren, das sich nunmehr erschöpft, sondern ausgehen *»von einer Überprüfung, die die Bewegung glücklicherweise heute erlaubt«*.[9] Nach einer Diskussion im Büro des PSI in Mestre, an der sehr viele Arbeiter teilnahmen, schrieb er an *Montaldi*: *»Es wäre wirklich schade, wenn man zuläßt, daß so lebendige Kräfte in den gegenwärtigen Engpässen und Mystifikationen des PSI (dasselbe gilt für den PCI) aufgerieben würden. Ich bin immer mehr davon überzeugt, daß man von den Parteistrukturen und -hierarchien völlig unabhängige Bezugspunkte schaffen muß, auf die diese Klassenkräfte voller Vertrauen schauen können, die sich bewußt werden über die Lügen der offiziellen Politik der Parteien, aber die nicht auf eine Verbindung verzichten wollen, in die sie nicht das Vertrauen in die ›Instanzen‹, sondern ihr Bewußtsein und ihre Klassensolidarität übersetzen, und damit eine konkrete Kraft gegen den Unternehmer, einen revolutionären Willen. Wir müssen uns also das praktische Problem stellen, wie wir eine Verbindung herstellen können zwischen einigen Gruppen mit einer revolutionären Orientierung innerhalb und außerhalb der Parteien, und zwar in organisa-*

torisch offenen Formen, wobei man jeglichen Anschein einer kleinen Sekte vermeiden muß, denn das ist der gröbste Irrtum, dem all die kleinen Gruppen der Arbeiterlinken verfallen sind.«[10]

Panzieri sah in der Zeitschrift *Quaderni rossi* ein politisches Instrument, um in Richtung einer einheitlichen, d.h. nicht nach Parteien getrennten, und revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse zu wirken. Hoffnungen auf einen Wiederaufschwung der Arbeiterbewegung schöpfte die Gruppe aus der Streikwelle 1959 in der Metall- und Textilindustrie und vor allem aus den Aktionen im Jahre 1960 gegen den Parteitag des MSI [Faschistische Partei] in Genua, der Hauptstadt des kommunistischen Widerstands. An den militanten Demonstrationen beteiligten sich zum ersten Mal seit Jahren sehr viele junge ArbeiterInnen. Das Auftauchen dieser »neuen Kräfte«, einer Generation, die nicht mehr von der Resistenza geprägt war, übertrugen die *Quaderni rossi* auf eine mögliche Umkehrung der Situation bei FIAT als »Mittelpunkt« der kapitalistischen Entwicklung in Italien.[11]

»Wir haben uns am Metallarbeiterstreik in der Weihnachtsnacht 1959 beteiligt, eine kleine Gruppe von Genossen in Mailand hat angefangen, die Situation bei Marelli, Pirelli usw. zu untersuchen. Insgesamt haben wir zwischen 1958 und 1961 wie bei einem Puzzle mit der Analyse, der Beschäftigung mit den Fabriken angefangen, um den Kontakt mit denen wiederherzustellen, die dort drin arbeiteten ... Von extremer Bedeutung wurde dann der Juli 1960 für uns, die Revolte der Arbeiter in Genua gegen die Faschisten. In dieser Bewegung, die in ganz Italien gegen die Regierung Tambroni losbrach, wurde eine Potentialität auf Massenebene deutlich, die wie ein Peitschenhieb und eine Anstachelung für die Genossen wirkte, die Untersuchung und die Organisierung voranzutreiben. 1960 ist meiner Ansicht nach außerordentlich wichtig: für einige Genossen, für mich selbst, war es das erste Mal, daß wir uns mit präzisen Funktionen innerhalb einer Massenbewegung befanden, und wir spürten zum ersten Mal ihre außergewöhnliche Kraft und ihre Fähigkeit, die Machtverhältnisse durch die Militanz der Arbeiter- und Proletarierverhaltensweisen umzukrempeln.«[12]

Das Mittel der Annäherung an die »wirkliche Arbeiterklasse« war die Untersuchung. Es gab damals in Italien mehrere kleine Gruppen, die solche »Untersuchungen« durchführten und über die politischen Konsequenzen diskutierten. In der Regel war »Untersuchung« damals ein Herangehen »von außen«, allerdings gemeinsam mit ArbeiterInnen, die an Gruppensitzungen teilnahmen und mit denen sie gemeinsam Flugblätter und Arbeiterzeitungen verfaßten. Von den wenigsten dieser Untersuchungen ist schriftliches Material überliefert. Einige der bekannteren über die Bedingungen bei FIAT oder Olivetti waren mehr oder weniger Einzelleistungen. Einzelleistungen, die es jedoch erlaubten, bestimmte Hypothesen aufzustellen, die Grundlage waren für die politische Arbeit.

Aus Gesprächen mit jungen Gewerkschaftsaktivisten bei FIAT entstand ein neues Bild über die Arbeiterklasse, deren Bedürfnisse *Alquati* zusammenfaßte in einer neuen »Figur«: den jungen Technikerarbeitern, die auf den Werkschulen eine Art Facharbeiterausbildung genossen hatten, die mit der Arbeit bei FIAT unzufrieden waren, die selbstbewußt glaubten, die Produktion leiten zu können – und in Wirklichkeit »stupide Arbeiten« verrichten mußten. In diesem Auseinanderklaffen zwischen geweckten Ansprüchen, »dem Bewußtsein, die Produktion leiten zu können«, Qualifikation und tatsächlicher Arbeitsrealität – in der Zerstörung der Mythen des Neokapitalismus – sah Alquati einen sprengenden Widerspruch.

Die Praxis der Untersuchung

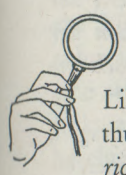
»Biographischer Ansatz«, »Intensivinterviews«, ... alles inzwischen von Feministinnen und linken Soziologen seit Jahren praktizierte Untersuchungsmethoden. Der Unterschied ist, daß die »Arbeiteruntersuchung« von einer kollektiven Dimension ausging: der Selbstkonstitution der Klasse, dem Aufspüren des Kommunismus in den Bewegungen der Arbeiterklasse selbst. *»Porto Marghera [Standort petrochemischer Industrie auf dem Festland gegenüber von Venedig] war das Laboratorium, in dem wir mit wissenschaftlichen Methoden die Dinge überprüften. Man konnte keinen politischen Diskurs führen ohne das, was wir ›Arbeiteruntersuchung‹ nannten. Wir mußten uns zwangsläufig erst noch einmal klarmachen, was der Arbeiterstandpunkt im Konkreten war, weil sie ja die gesellschaftlichen Figuren sind, die strategisch relevant sind, im Prozeß hin zum ›Neuen‹.«*[13]

Um die grundsätzliche Frage, ob das Instrumentarium der Soziologie kritisch angewendet werden könne, gab es heftige politische Auseinandersetzungen in den Gruppen. Dies ging von der Tendenz, den Marxismus auf eine bloße Soziologie zu reduzieren, über die kritische Anwendung soziologischer Instrumente bis zum Versuch der völligen Aufhebung des Unterschieds zwischen Untersuchern und den Objekten der Untersuchung, den ArbeiterInnen, mit dem Ziel »Arbeiterselbstuntersuchung«. Die beiden letztgenannten Positionen nannten ihre Praxis *Conricerca*, wörtlich: »Mituntersuchung«. Liliana Lanzardo erklärte im November '94 in Turin, daß die Unterschiede von heute aus viel klarer zu sehen seien zwischen denen, die eine akademische Untersuchung machen wollten, und wem es um ein politisches Projekt ging; damals habe es nicht einmal eine Terminologie gegeben. Einige ihrer damaligen MitstreiterInnen seien heute angesehene Industriesoziologen im schlechtesten Sinn.[14]

Alquati entmystifizierte schon 1975 die Heldengesänge auf die damalige Praxis etwas. »Arbeiterselbstuntersuchung« hatte als Parole provozieren sollen, denn die institutionalisierte Arbeiterbewegung sei damals ebenso »arbeiterfeindlich« gewesen wie ihre linke, operaistische Komponente, schrieb er. *»Wenn wir im Frühjahr 1960 ›Klassenuntersuchung‹ sagten, so war das für uns gleichbedeutend mit ›Revolution‹ oder ›revolutionärem Prozeß‹«.* In Wirklichkeit sei keine »Arbeiteruntersuchung« bzw. Arbeiterselbstuntersuchung gemacht worden, sondern eine soziologische Untersuchung über die Arbeiterklasse. Die einzelnen Arbeiter waren dabei Quelle von Informationen und Erkenntnissen, die die Gruppe dann außerhalb der Fabrik weiter bearbeitete, um die zweite Phase vorzubereiten. Diesen Übergang zur zweiten Phase, der eine Beziehung zum kollektiven Arbeiter voraussetzt und das Hauptgewicht auf die subjektive Bewegung legt, hätten sie nie geschafft. Denn »der kollektive Arbeiter« könne nicht gleichgesetzt werden mit mehreren Arbeitern, sondern meine schon die politische Organisation der Arbeiter. Diese habe es noch nicht gegeben, sondern nur ihre Vorform, die Autonomie. Ein Teil der Gruppe habe deshalb »provisorisch« erst mal soziologische Untersuchungen gemacht, der andere Teil sah die entstehende politische Organisierung der Arbeiterklasse

als Mittel, um die soziologische Untersuchung zu realisieren.[15]

Die ersten Untersuchungen haben die SoziologiestudentInnen der Gruppe gemacht. Der Rest der Gruppe hatte eher Angst vor den Schwierigkeiten, hielt sich für nicht gerüstet genug. Untersuchungsarbeit hieß, Material über die Umstrukturierung der Industrie durchzuarbeiten, eine Analyse der Tätigkeiten am Arbeitsplatz zu machen, die Maschinerie zu untersuchen, das Fabriksystem mit seinen Widersprüchen und möglichen Explosionen.



Es wurden nur wenige, aber sehr vertiefte Interviews gemacht – *»alles war neu und interessant«*, beschrieb Liliana Lanzardo ihren damaligen Enthusiasmus. All das sei eben keine *Conricerca* gewesen, denn das Verfahren war nur den Interviewern bekannt, es gab keine Parität zwischen Untersuchern und Untersuchten. Dies war eher möglich in den kleinen Betrieben, wo auch gemeinsam mit den ArbeiterInnen Arbeiterzeitungen erstellt wurden. Die Kontaktaufnahme lief meist über die Metallarbeitergewerkschaften FIM und FIOM, die in Turin dem Projekt anfangs sehr offen gegenüberstanden.[16]

Auch industriesoziologische Analysen stoßen überall auf Konflikte. Aber in der Regel begutachten bürgerliche Soziologen diese Konflikte dann als Probleme, die es zu lösen gilt, um das reibungslose Funktionieren der Fabrik zu gewährleisten. Und »kritische« Soziologen decken Konflikte auf, um zu beweisen, daß die Fabrik eben nicht perfekt funktioniert. Im Gegensatz dazu nahmen die GenossInnen, geschult an Marx, die Widersprüchlichkeit des Arbeitsprozesses als *Ausgangspunkt* der Untersuchung. So konnten sie verstehen, wie Konflikte auch funktional für die Verwertung sein können und welches die Funktionen der Hierarchie sind, die verhindern sollen, daß aus diesen Konflikten ein gemeinsamer Kampf wird.

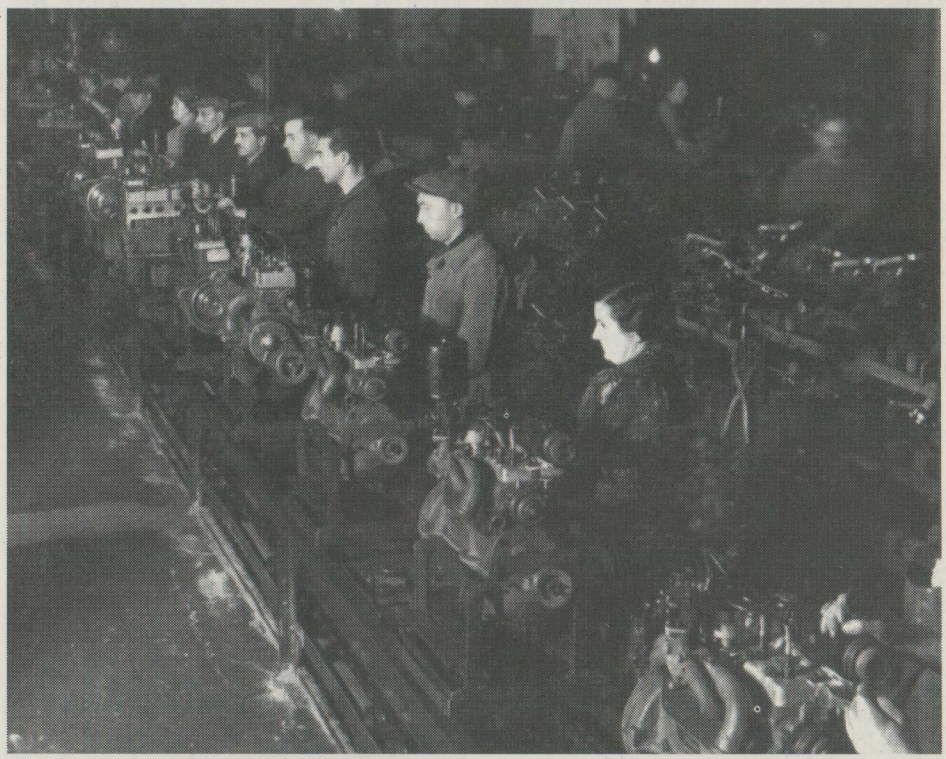
»Der sozialistische Gebrauch der Soziologie erfordert ein Umdenken, erfordert, diese Instrumente zu studieren im Licht der Grundhypothesen, die man aufstellt und die sich dann in einer einzigen zusammenfassen lassen: die Konflikte können sich in Antagonismen verwandeln und deshalb nicht mehr funktional für das System sein. Wobei in Betracht zu ziehen ist, daß die Konflikte funktional für das System sind, weil es ein System ist, das sich über Konflikte weiterentwickelt.« Am besten läßt sich allerdings das Verhältnis zwischen Konflikt und Antagonismus untersuchen in einer Kampfsituation – was Panzieri »heiße Untersuchung« nennt, *»denn es gibt Werte, die der Arbeiter in normalen Zeiten besitzt und nicht mehr besitzt in Zeiten des Klassenkonflikts und umgekehrt.«* Untersucht werden soll das Verhältnis zwischen Arbeitersolidarität und Ablehnung des kapitalistischen Systems: *»... inwieweit sind sich die Arbeiter bewußt, gegenüber der ungleichen kapitalistischen Gesellschaft eine Gesellschaft der Gleichen zu fordern, und inwieweit sind sie sich bewußt, daß dies zu einem allgemeinen gesellschaftlichen Wert werden kann.«*[17] In diesem Text wird aber auch deutlich, daß Panzieri an einigen wesentlichen Punkten nicht über den Schatten seines Parteikaderdaseins springen konnte. Er spricht von der Möglichkeit, das Bewußtsein der Arbeiter festzustellen und »anzuheben«.

Der Antagonismus in der Produktion

Im Vorwort zur italienischen Ausgabe des Tagebuchs des Renaultarbeiters Daniel Mothé arbeitet Panzieri den Antagonismus im Produktionsverhältnis heraus. *»...das Buch [...] geht weit über die üblichen Zeugnisse über die Bedingungen der Arbeiter hinaus, Zeugnisse, die meist nur Mitleid mit der Situation der Fabrikarbeiter ausdrücken (und nicht mehr). Im Tagebuch von Mothé treten durch die aufmerksamen Überlegungen über den Alltag in einer Abteilung die Probleme der Arbeiterklasse in einer modernen Großfabrik nach und nach in ihrer Komplexität und besonderen Wirklichkeit hervor. Das Buch behandelt zu Beginn die rationelle Arbeitsorganisation. Es besteht ein Widerspruch zwischen dem Versuch einer rationellen Arbeitsorganisation einerseits, die den Arbeiter immer mehr isoliert, und andererseits den Bedingungen selbst, in denen die Arbeit entwickelt werden muß, die dazu führen, daß die Vorschriften ständig durchbrochen werden, damit die Produktion laufen kann und Sinn hat. Der Arbeiter muß gegen dieses ›Rationalisierungs‹unternehmen kämpfen, das zu seiner Umsetzung jede menschlich qualifizierte Erfahrung ausschließen muß: noch vor dem legitimen Bedürfnis, sich mit dem Kollegen neben ihm zu verbünden – in dem der Wert einer unerschütterlichen Solidarität erscheint – und der Erfahrung der Arbeit selbst, die den Arbeiter dahin bringt, seine eigenen Probleme als kollektive zu empfinden.«*[18]

Der Olivetti-Text von Alquati ist ein gutes Beispiel dafür, wie die italienischen Operaisten diese Vorarbeiten von Mothé und anderen fruchtbar machten. An einem seiner Diskussionsstränge mit den Arbeitern wollen wir zeigen, wie er die Einsicht von Mothé auf die Untersuchung anwendet, daß *»die Vorschriften ständig durchbrochen werden [müssen], damit die Produktion laufen kann«*[19].

Die Arbeiter, die erstmal die ganzen offiziellen Mythen über die Organisation der Arbeit bei Olivetti, einem damals sehr »modernen«



Betrieb, hergebetet haben, kommen letzten Endes zu folgendem Urteil: *»Hier ist alles bis ins kleinste organisiert und festgelegt, und trotzdem gibt es noch zu viele wichtige Dinge, die bei der Arbeit nicht funktionieren. Wenn man sieht, wie minutiös man sich hier um die Organisation kümmert, die dann doch nicht so funktionieren kann, dann könnte man fast auf den Gedanken kommen, daß bei Olivetti die organisierte Desorganisation studiert wird.«*[20]

Alquati zieht dann zunächst die negative

Seite dieser »Arbeiterkritik« heraus und formuliert als Hypothese, daß der einzelne Arbeiter unfähig sei, in den alltäglichen kleinen Widersprüchen den grundlegenden kollektiven Widerspruch zu sehen – und zwar gerade deshalb, weil *»in diesen Mikrowidersprüchen«* die *»ganzen grundlegenden Widersprüche des Systems zusammentreffen, sich entfalten und erhalten.«*[21] Der grundlegende Widerspruch ist, daß im Kapitalismus Arbeitsprozeß und Verwertungsprozeß in einem Prozeß zusammenfallen, in dessen Zentrum die Arbeiter stehen. Der Kapitalist interessiert sich für den Profit, der auf dem in der Ware enthaltenen Mehrwert beruht, also dem Verwertungsprozeß. Verkäuflich sind aber nur Waren, die auch einen Gebrauchswert haben, die durch den Arbeitsprozeß zu nützlichen Dingen geworden sind. Im Produktionsprozeß als der widersprüchlichen Einheit von Arbeits- und Verwertungsprozeß wird der Arbeiter auf der einen Seite darauf getrimmt, auf Einhaltung der Qualität zu achten (damit die Ware verkäuflich bleibt), auf der anderen Seite soll er so schnell und so viel wie möglich produzieren, um den Mehrwert zu steigern. *»Der in seiner Gebrauchswertsphäre eingeschlossene Arbeiter«* kann diesen Widerspruch nicht entwickeln, weil seine Kritik individuell bleibt und daran ansetzt, daß man das Produkt rationeller, mit weniger Handgriffen, besserer Qualität usw. herstellen könne. Durch die kapitalistische Organisation der Arbeit ist sogar sichergestellt, daß der einzelne Arbeiter durch seine »Kritik« die Ausbeutung perfektioniert. Er muß sich ständig Poren schaffen, um seine Arbeit überhaupt erträglich zu gestalten; Poren, die ihm der Stopper Stück für Stück wieder wegnimmt und die ihm schließlich als »Erfindung« entgegentreten. In der Fabrik *»treibt der Arbeiter, um zu überleben, den Mechanismus voran, der ihn zerdrückt, wobei er die Freiheit besitzt, dies im Verein mit anderen zu tun.«*[22] Das schließt ein, daß die Arbeiter in ihrer Kooperation untereinander ständig die offiziellen Regeln übertreten und die Arbeit untereinander ständig neu aufteilen. [Diese von Alquati als »Funktionenhäufung« analysierten Prozesse bieten zum Beispiel einen guten Ansatz, um die modernen Konzepte von Gruppenarbeit zu analysieren!]

In seinen Diskussionen mit den Olivetti-Arbeitern entwickelte Alquati auch Argumente, um tiefer vorzudringen und den kollektiven Kern des Ganzen freizulegen. Der Unternehmer muß die ArbeiterInnen nicht nur deshalb in ihrem »Gebrauchswertmythos« bestätigen, um die Ware überhaupt verkaufen zu können. Es ist gleichzeitig sein wichtigstes Mittel, um die Produktion von Mehrwert politisch durchzusetzen. [Auch hier springen die Parallelen zur heutigen Propaganda für die »totale Qualität« ins Auge!] Ohne diesen »Gebrauchswertmythos« würde der Unternehmer nämlich die »Kollaboration« der Arbeiter verlieren. *»In der Enttäuschung seiner größten Erwartung in bezug auf die Technik und in dem allgemeinen Problem der quantitativen Entwicklung des Konsums vermag der Arbeiter nicht einmal mehr nachzuprüfen, ob der Gebrauchswert in einem entscheidenden dialektischen Verhältnis zu anderen Zielsetzungen steht, die er nicht kennt, weil sie ihm verborgen bleiben, und die seine Auffassung von der Arbeit immer wieder enttäuschen.«*[23] Alquati fährt fort: *»Wenn man dann die ›Montagearbeiter‹ selbst und auch die ›Kontrolleure‹ fragt, warum die Dinge so organisiert sind und wozu sie wirklich dienen, dann antworten die meisten, daß sie das nie verstanden haben. Eins jedoch ist allen klar: daß nämlich die Kontrolleure tatsächlich keineswegs die Funktion von Priestern der Qualität haben, [...] daß die Funktion der Qualitätskontrolle zum großen Teil noch immer bei den Montagearbeitern liegt.«*[24]

Daraus entwickelte dann Alquati Fragen, die er den Arbeitern stellte und mit denen einige anfingen, ihre eigene »kleine Untersuchung« zu machen: Wer macht also in Wirklichkeit die Qualitätskontrolle? Wozu dienen die »Defekte«, die ein Kontrolleur reklamiert? Wissen es die Techniker? Haben sie das vielleicht geplant? Und was machen die Meister? *»Dieser ganze Komplex führt schließlich zu einer gründlichen Diskussion über die Ausbeutung, die Rationalisierung und die Bürokratie – und über den Klassenkampf. Doch auch die Arbeiter selbst verfallen hier oft in den entscheidenden Fehler, die eine Tätigkeit der anderen gegenüberzustellen, und gerade dadurch setzen sie den politischen Mechanismus in Gang, den die Geschäftsleitung mit diesen Mystifikationen ins Leben gerufen hat.«*[25] In einem weiteren Untersuchungsabschnitt kritisiert Alquati diese Entgegensetzung. Wenn die Arbeiter zum Beispiel sagen, *»die Kontrolleure sind unnötig, wir machen die Qualitätskontrolle in Wirklichkeit selbst«*, stellt er die Frage: *»Und wozu dienen die Kontrolleure dann wirklich?«* Er arbeitet heraus, daß sie nicht für die Qualität, also die Gebrauchswertseite zuständig sind, sondern für die Erfüllung des Plans, die Verwertung sorgen sollen. Wie der Plan erfüllt wird, wie sie es schaffen, in der vorgegebenen Zeit Gebrauchswerte zu produzieren, wissen aber nur die Arbeiter.

Schon aus diesen wenigen Stellen wird deutlich, wie sich in den Untersuchungen Alquatis und der *Quaderni rossi* die Perspektive entscheidend umdreht. Die ArbeiterInnen sind nicht mehr die Unbewußten, denen die Sozialisten erklären müssen, daß der Kapitalismus etwas sehr Widersprüchliches ist. Sondern es geht darum, gemeinsam mit den ArbeiterInnen herauszukriegen, wo in den alltäglichen Konflikten die Potentiale für einen gemeinsamen Kampf liegen.

Auch wenn die Hypothesen dieser Untersuchungen im Detail oft falsch waren, so be-

stätigte sich in den Streikbewegungen 1961/62 doch die grundlegende These, daß die ArbeiterInnen nicht integriert und Mittelstand geworden waren, sondern daß sie nach wie vor zum Subjekt im Klassenkampf werden können. Fehler wurden oft da gemacht, wo man ein neues, zentrales Subjekt herauszufinden versuchte, oder wo das alte intellektuelle (und leninistische) Laster durchschlug, man könne die Klassenkämpfe im voraus verstehen (»antizipieren«) – wie überhaupt der Streit um die zentrale Figur eines des schlechtesten Erbstücke des Operaismus ist, der oft die wirkliche Untersuchung verhindert. Unerwartet nahm in diesen Kämpfen eine Arbeiterfigur eine wichtige Stellung ein, die in den Fabrikuntersuchungen bislang nicht besonders beachtet worden war: die aus dem ländlichen Süden eingewanderten jungen, ungelernten Arbeiter, von denen man später nur noch als »dem Massenarbeiter« sprach. Aber aufgrund der breiten Vorarbeiten und der Zusammenarbeit mit neu entstehenden Arbeitergruppen konnten die GenossInnen ihre theoretischen Arbeiten sehr schnell auf den Stand der Klassenkämpfe bringen.

Mit der neuen Welle von Streiks entwickelte sich bei den ArbeiterInnen ein großes Interesse an Informationen und Diskussionen. Damit verschob sich der Schwerpunkt der politischen Arbeit. *Conricerca* hieß nun vor allem, dabei mitzuhelfen, daß sich die Informationen über die Kämpfe ausbreiten. Die Gruppen von Militanten, die »von außen« Kontakt am Werktor aufnahmen, sahen nun ihre Aufgabe darin, für die »horizontale Zirkulation der Kämpfe« zu sorgen. Also die Informationen über einen kleinen Streik in der einen Fabrik mit einem Flugblatt oder einer kleinen Zeitung den ArbeiterInnen in anderen Fabriken derselben Region mitzuteilen oder den Streik in einer Abteilung den ArbeiterInnen der ganzen Fabrik bekanntzumachen. Es gab auch immer wieder Versuche, die ArbeiterInnen selbst in die Redaktion dieser Zeitungen miteinzubeziehen. Ein ehemaliger Militanter von *Potere Operaio biellese* [Arbeitermacht Region Biella] beschreibt die Rolle dieser »Externen« so: *»Wir waren die Briefträger der ArbeiterInnen.«* Und *Bianchini* von *Potere Operaio veneto-emiliano* [Arbeitermacht Venetien-Emilia]: *»Wir wollten helfen, diese Kämpfe zu verbreiten, die die alten Strukturen zerbrachen. ... Wir gingen an die Fabriktore, aber nicht um Predigten zu halten, wir wollten nicht die Partei sein, die den Ton angibt. Wir fragten die Arbeiter, was sie wollen.«*[26]

Begünstigt durch die politische Situation war diese Herangehensweise in jenen Jahren sehr fruchtbar. Sie brachte Militante aus unterschiedlichen politischen Organisationen zusammen; die Gruppen waren folglich politisch nicht homogen, doch der gemeinsame Bezug auf eine Arbeiterklasse in Bewegung machte die Zusammenarbeit möglich.

Eingreifen und Organisieren

Die Gründung der *Quaderni rossi* war nur ein teilweiser Bruch mit den Institutionen der »Arbeiterbewegung« gewesen. Das Referat über die »neuen Kräfte bei FIAT« hatte Alquati beispielsweise auf einem Kongreß des PSI gehalten. Die Auseinandersetzung um die »Klassengewerkschaft« und unterschiedliche Auffassungen über die Aufgaben der Partei prägten die innere Diskussion von Anfang an und führten bald zu Fraktionierungen.

Zu Anfang gab es in Turin noch eine offizielle Zusammenarbeit mit den Ortsverbänden der Metallarbeitergewerkschaften, die politisch vor dem Nichts standen und auf neue Ideen hofften. In der ersten Nummer der *Quaderni rossi* hatten einige Gewerkschafter ihre Artikel mit vollem Namen unterzeichnet, wie z.B. Vittorio Foa, der schon kurze Zeit darauf nichts mehr von den »Extremisten« wissen wollte. Die Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft geriet in eine Krise, als ein Teil der Redaktionsgruppe den »wilden« Streik von Instandhaltungsarbeitern bei Fiat im Sommer 1961 unterstützte. Der Bruch wurde von Gewerkschaftsseite »endgültig« nach den Ereignissen auf der *Piazza Statuto* in Turin im Juni 1962.

Im Mai 1962 hatte Panzieri die Aufgaben der Gruppe in einem Brief an das Redaktionsmitglied *Asor Rosa* folgendermaßen formuliert: *»Ich glaube deshalb, daß wir den Tarifstreik der Metallarbeiter ins Zentrum unserer Arbeit stellen müssen [...] Ich bin mehr denn je von den Möglichkeiten überzeugt, die sich für eine revolutionäre Linie eröffnen. Aber wir müssen uns jeden Restes von ›Minderheits‹komplex entledigen und die Fermente, die Suche nach einer neuen Strategie, in die Krise der Organisationen hineintragen. Um so mehr als wir keine Sekte sein wollen, die im Besitz der Wahrheit ist, sondern Militante, die einen Beitrag zur notwendigen neuen Organisierung der Arbeiterklasse leisten, ein Problem, das sich zur Zeit Tausende von Militanten stellen, auch innerhalb der Organisationen. Mit diesem Kriterium müssen wir, so denke ich, unsere Interventionsinstrumente revidieren, modifizieren und vollständig verändern, wenn es notwendig ist. [...] Wir sehen, wie eine neue Arbeiterbewegung ans Licht drängt, aber die Erarbeitung einer Strategie für sie ist kein spontaner Prozeß.*

Daß wir sie sehen, bestimmt unsere Aufgaben heute, die wirklich neu sind. Die Züge der materiellen Figur des kollektiven Arbeiters sind nicht einfach verborgen im Schoß des Kapitals, er kann nur auf seine Art und kollektiv seiner selbst bewußt werden. Sie sind antizipiert in den Kämpfen, und in ihnen wächst die einheitliche und revolutionäre Potentialität [...]. Es gilt, eine Reihe von Vermittlungen zu finden. Denn indem das Kapital den Arbeiterkampf verfälscht und als ›unmittelbare‹ Replik auf die kapitalistische Entwicklung darstellt, suggeriert es eine falsche Strategie. Nicht aus der kapitalistischen Planung entstehen die ›neuen‹ Möglichkeiten der Revolution, sondern aus der Antizipation-Umkehrung der entscheidenden Elemente der kapitalistischen Planung durch die ArbeiterInnen.«[27]

Vom Ausmaß der proletarischen Wut, wie sie sich im Juni '62 in der dreitägigen Straßenschlacht zeigte, war die Gruppe aber doch überrascht. Vor Beginn des Generalstreiks der Metallarbeiter hatten die *Quaderni rossi* vergeblich eine gemeinsame Veranstaltung mit dem PSI vorgeschlagen. Dann richteten sie einen eigenen Aufruf an die Arbeiter von FIAT, der mit dem Satz beginnt: *»Arbeiter von Fiat, hinter Eurem Rücken und ohne Euch zu fragen, haben die gewerkschaftlichen Organisationen im Dienst der Unternehmerschaft einen Separat-Tarifvertrag abgeschlossen, um den Arbeiterkampf und die Arbeitermacht bei FIAT zu liquidieren...«* (siehe den vollständigen Text im Kasten) Daß in dem Text anscheinend unterschiedslos die Gewerkschaften angegriffen werden, also zwischen der gelben Fiat-Gewerkschaft und den »linken« Gewerkschaften kein Unterschied gemacht wird, brachte die Gewerkschafter der Gruppe in große Be-

Angeklagte in Prozessen wegen Piazza Statuto

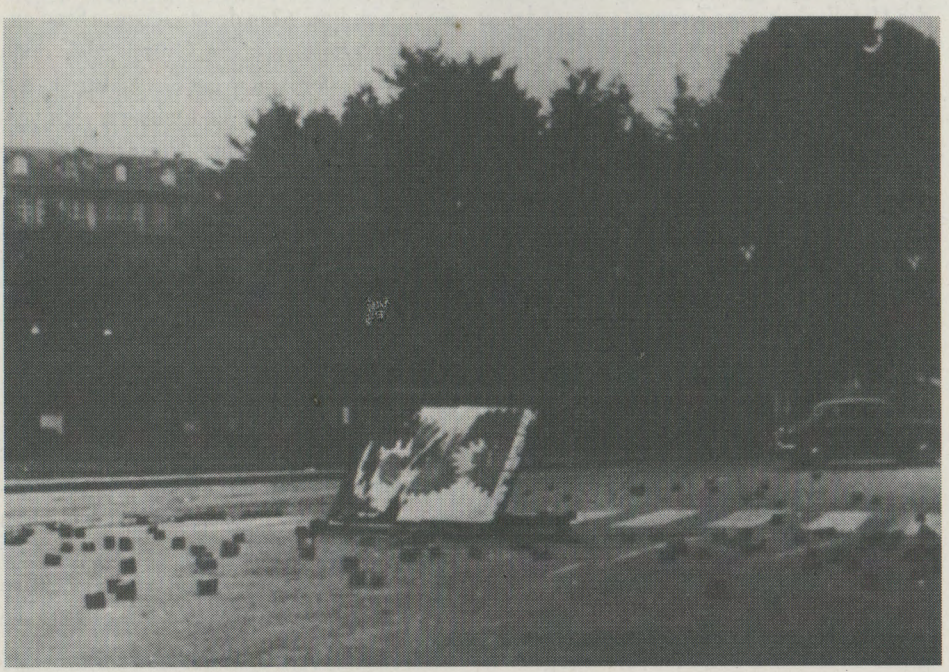
drängnis. Als Panzieri persönlich von der PCI-Presse als extremistischer Provokateur angegriffen wurde, machte er einen Rückzieher und verurteilte die Straßenschlacht als *»schädlich für die Aktion der Arbeiterklasse«*. Dies entsprach nicht der Gruppenmeinung.

Ein Teil der Gruppe um Negri interpretierte die Ereignisse auf der Piazza Statuto als Bruch der Arbeiterklasse mit den Institutionen der Arbeiterbewegung (Gewerkschaft und Parteien), als Ausdruck der Autonomie der Arbeiterklasse, die nun ohne Repräsentanten dastünde. Der Leitartikel der Nr. 1 ihrer Fabrikzeitschrift *Gatto selvaggio* [Wildkatze] hieß: *»In der Sabotage geht der Kampf weiter und organisiert sich die Einheit«*. Panzieri ging mit dieser Position hart ins Gericht. Er kritisierte an der Zeitschrift *Wildkatze* die positive Einschätzung von Piazza Statuto und die »rohe Ideologie der Sabotage«, und sprach von *»Philosophie der Arbeiterklasse«* in den Schriften von Tronti. Panzieris Position schwankte in den Jahren vor seinem Tod 1964 hin und her. Trotz aller Polemiken wollte er es nicht zu einer frontalen Auseinandersetzung mit den historischen Organisationen der Arbeiterklasse kommen lassen. Stattdessen sah er die neue Aufgabe der *Quaderni rossi* in einer auf längere Sicht angelegten revolutionären Kaderbildung und wandte sich entschieden gegen alle voreiligen Parteigründungsprojekte.

Eine politische Partei der Klasse?

Innerhalb der *Quaderni rossi* hatte es drei Strömungen gegeben, die im Enthusiasmus der ersten beiden Hefte zusammenarbeiten konnten. Schon die dritte Ausgabe erschien mit zwei verschiedenen Editorials. Als durch die Entwicklung der Kämpfe eine Entscheidung über das »Wie« des politischen Eingreifens gefällt werden mußte, trennten sie sich. Dabei tat sich die Gruppe der »Politiker« (spätere Theoretiker der »Autonomie des Politischen«, Eroberung der Staatsmacht durch den PCI) mit den »Wilden« (Vertreter der Fabrikzeitschrift *Gatto selvaggio*) und dem Flügel um Negri zusammen, um das Projekt *Classe operaia* [Arbeiterklasse] zu machen, eine Zeitschrift, die sich nicht mehr nur an Intellektuelle, Partei- und Gewerkschaftskader, sondern an die Arbeitermilitanten selbst richtee.[28] Der Leitartikel der Nr. 1 *»Lenin in England«* von Mario Tronti[29] setzte das Thema der politischen Organisation der Arbeiterklasse auf die Tagesordnung. Im Unterschied zur Orthodoxie ist dies bei Tronti die Ebene der Taktik: *»Das Kapital ist in diesem Moment besser organisiert als die Arbeiterklasse: Die Entscheidungen, die diese dem Kapital aufzwingt, riskieren, das Kapital zu stärken. [...] Die Arbeiterklasse hat den Händen ihrer traditionellen Organisationen alle taktischen Probleme überlassen, um sich eine autonome strategische Vision vorzubehalten, frei von Hindernissen und ohne Kompromisse. [...] Die Geschichte der vergangenen Erfahrungen dient uns, um uns davon zu befreien. Wir müssen alles einem neuen Typus von wissenschaftlicher Voraussage anvertrauen. Wir wissen, daß sich der gesamte Entwicklungsprozeß im neuen Niveau der Arbeiterkämpfe verkörpert. Der Ausgangspunkt liegt also in der Entdeckung von bestimmten Kampfformen der Arbeiter, die einen bestimmten Typ der kapitalistischen Entwicklung beweisen, der in Richtung Revolution geht. [...] Aber diese auf der Basis der Fabrik entfaltete praktische Arbeit erfordert [...] eine dauernde Beurteilung und Vermittlung durch eine politische Ebene, die sie verallgemeinert. [...] In der aktuellen Phase des Klassenkampfes [ist es] erforderlich, von der Entdeckung einer politischen Organisation auszugehen, nicht von einer vorgeschobenen Avantgarde, sondern von der kompakten sozialen Masse, zu der die Arbeiterklasse in der Periode ihrer geschichtlichen Reife geworden ist. Gerade wegen dieser Charakteristiken ist sie die einzige revolutionäre Kraft, die drohend und schrecklich die herrschende Ordnung kontrolliert. [...] Mit dem permanenten Kampf in der Fabrik, in immer neuen Formen, die nur die intellektuelle Phantasie der produktiven Arbeit entdecken kann, ersetzen die Arbeiter die bürokratische Leere einer allgemein politischen Organisation. Der revolutionäre Prozeß kann nicht beginnen, ohne daß eine politisch unmittelbar proletarische Organisation allgemein wird. Die Arbeiter wissen dies, und deshalb findet ihr sie heute nicht bereit, in den Kirchen der Partei die demokratische Litanei der Revolution zu singen. Die Realität der Arbeiterklasse ist endgültig an den Namen Marx ge-*

Nach der Straßenschlacht...



Dieses Flugblatt wurde am Vorabend des Generalstreiks für den nationalen Tarifvertrag der Metallarbeiter 1962 von den GenossInnen der Quaderni Rossi vor den Toren von Fiat verteilt.

Arbeiter von Fiat

hinter Eurem Rücken und ohne Euch zu fragen haben die gewerkschaftlichen Organisationen im Dienst der Unternehmerschaft einen Separat-Tarifvertrag abgeschlossen, um den Arbeiterkampf und die Arbeitermacht bei Fiat zu liquidieren. Jetzt seid Ihr dran, zu entscheiden und zu erklären, was Ihr wollt und was Ihr nicht wollt. Wir müssen klären, was das Unternehmermanöver ist und was die Arbeiterantwort sein muß.

Die Positionen der Confindustria und der Staatsbetriebe sind klar: die italienische Unternehmerschaft ist bereit zu minimalen Konzessionen und fordert im Gegenzug, daß es in den nächsten drei, vier Jahren keinen wirklichen Arbeiterkampf gibt.

Der Arbeiterkampf der letzten Tage hat diesen Unternehmerwillen offen gelegt. Er hat deutlich gemacht, daß die Entwicklung des Arbeiterkampfs in den nächsten Jahren auf dem Spiel steht.

In Italien ist eine sehr intensive wirtschaftliche Entwicklung in Gang, die der Unternehmerschaft immense Profite einbringen soll, mit der Folge, daß die Akkumulation gewaltig anwächst. Valletta hat vor ein paar Tagen klar gemacht, daß der Kapitalismus die Stabilisierung dieser Wirtschaftsentwicklung unter seiner Herrschaft innerhalb und außerhalb der Fabrik erzwingen will. Im heutigen Kampf steht die Arbeiterbewegung am Scheideweg: entweder konsolidiert sich die kapitalistische Macht, ihre Willkür und ihr Despotismus – oder die Arbeiterklasse findet wieder zu sich selbst und organisiert sich gegen das Kapital. Damit setzt sie die Bedingungen für die Entscheidungen und die Entwicklung des Kapitalismus bis zu seiner vollständigen Niederlage.

Arbeiter von Fiat,

der entscheidende Punkt dieses Kampfs ist heute Fiat, weil der Metallsektor das Zentrum der kapitalistischen Expansion ist und Fiat das Zentrum dieses Sektors ist.
Genau deshalb stehen die Arbeiter von Fiat vor der Entscheidung, entweder zurückzugehen in eine Situation der Isolierung und Vereinzelung, wo der Unternehmerdespotismus wieder freie Hand hat wie früher – oder noch schlimmer, was bedeutet: Kürzung der Zeiten, willkürliche Qualifikationen, Entlassungen, Versetzungen, zusammengefaßt all die unerträgliche Willkür des Unternehmers Fiat gegenüber den ArbeiterInnen; oder zur bewußten Avantgarde einer starken und geeinten Arbeiterklasse zu werden.

Arbeiter von Fiat,

der Plan der italienischen Unternehmerschaft sieht heute so aus: sie wollen den großen Kampf der italienischen Metallarbeiter spalten, indem sie die Tarifverhandlungen für die Staatsbetriebe von denen der Privatbetriebe abtrennen und bei Fiat einen Haustarifvertrag erzwingen. Wenn sie das durchsetzen können, bevor die Arbeiterklasse von Fiat ihre Entscheidung getroffen hat, wird dieser große Kampf gespalten, der für den Klassenkampf insgesamt wichtig ist. Und der italienische Kapitalismus, den der Arbeiterkampf in größte Schwierigkeiten gebracht hat, kann das Projekt seiner Herrschaftsplanung wieder leichter durchziehen.

Arbeiter von Fiat,

heute habt Ihr es in der Hand, diesen Unternehmerplan scheitern zu lassen. Ihr seid nicht mehr untereinander isoliert und nicht mehr isoliert vom Rest der italienischen Arbeiterklasse. Eure Parole muß sein: kein Schritt zurück auf dem Weg zur Einheit im Kampf aller italienischen Metallarbeiter.
Ihr habt schon die erste und entscheidende Bedingung erfüllt, um das Kapital zu schlagen.
Gegenüber der Macht Eurer Einheit ist das Kapital schwächer als Ihr. In Eurer Hand liegt nicht nur der Schlüssel für den heutigen Kampf, sondern auch der Schlüssel für die Zukunft des Kampfs des italienischen Proletariats.

Arbeiter von Fiat,

niemand außer Euch selbst kann die Unternehmermanöver zurückschlagen, die sich vervielfachen, um euch zu isolieren und ohnmächtig zu machen gegenüber der Macht des Kapitals.
Jedem Unternehmermanöver und jeder Entscheidung, vor der Ihr steht, müßt Ihr Euch kollektiv konfrontieren.

Euer Protest ist in den letzten Wochen schon Organisation geworden. Er war zumindest der Anfang einer Arbeiterorganisation. Ihr habt Euch spontan zusammengefunden, um zu diskutieren, um Entscheidungen zu fällen – Gruppe für Gruppe, Abteilung für Abteilung.

Ihr seid direkt zum Betriebsrat gegangen, um zu diskutieren. Ihr habt Streikposten an den richtigen Punkten aufgestellt, um mit den unsicheren Kollegen zu diskutieren und sie zu überzeugen.

Das sind die ersten Formen einer wirklichen Arbeiterorganisation bei Fiat. Wenn Ihr diese Organisierung weiterführt, wird Euch in Zukunft kein Kampf unvorbereitet treffen. Kein Unternehmermanöver wird Eure Macht besiegen können.

Arbeiter von Fiat,

die Geschäftsleitung hat Angst, daß diese Organisierung sich soweit festigt, daß sie ernsthaft die Unternehmermacht in der Fabrik angreifen kann. Deshalb hat sie mit ihren Sklaven, die ihr zur Hand gehen, den jetzigen Separat-Tarifvertrag abgeschlossen, der keine der wesentlichen Fragen der Arbeiterbedingungen in der Fabrik berührt. Damit ist jetzt alles klar: die Entscheidung liegt bei Euch. Ihr müßt Eurer Schicksal in die Hand nehmen. Dieser Streik ist eine große Gelegenheit, um einen Schritt voran zu kommen in der Organisierung der Klasse.
Ihr werdet aus diesem Kampf herausgehen mit der Verwirklichung einer Organisation in jeder Gruppe, in jeder Abteilung, in jedem Fiat-Werk. Mit einer Arbeiterdisziplin, die in der Lage ist, sich in jedem Augenblick der Ausbeutung, der Willkür und dem Despotismus des Unternehmers und seiner Lakaien entgegenzustellen.

bunden. Die Notwendigkeit ihrer politischen Organisation ist genauso endgültig an den Namen Lenin gebunden.«[30]

Nach einem Jahr war zumindest für die römische Fraktion klar, daß diese Partei nur die »Klassenpartei« PCI sein konnte, erneuert durch die »Vergewerkschaftlichung« und die »Fabrikkommunisten«. Damit floß Trontis revolutionäre Umkehrung der Ebenen Strategie und Taktik in ein sehr traditionelles Organisationskonzept ein.

Nachdem diese Fraktion nach der Nr. 3 die Redaktion der *Quaderni rossi* verlassen hatte, machte Panzieri zusammen mit den »Soziologen« und anderen Turinern weiter – mit großen Illusionen, das alte Untersuchungsprojekt fortsetzen zu können, und immer in Furcht, als Sekte marginalisiert zu werden. Die politische Auseinandersetzung lief dabei vor allem mit der Gewerkschaft und dem PSIUP, dem Flügel des PSI, der sich 1964 aufgrund der Regierungsbeteiligung von der Partei abspaltete und dem einige Redaktionsmitglieder beitraten.

Beide Gruppen, die aus den *Quaderni rossi* hervorgegangen waren, lösten sich innerhalb von zwei Jahren auf – bevor 1968/69 die Studenten- und die Arbeiterbewegung mit neuen Kämpfen die Situation in Italien komplett veränderten. Aber als Strömung haben sie die politische Diskussion nachhaltig erneuert. Viele ihrer Ansätze und Gedanken wurden später aufgegriffen oder kamen in den Jahren danach erst zur Geltung. Vieles ist auch verloren gegangen und könnte heute wieder von großem Nutzen sein.

★ ★ ★

Die theoretischen Beiträge der Quaderni rossi zur Erneuerung des Marxismus und ihre neu entwickelte Begrifflichkeit (Kritik der technischen Entwicklung; Klassenzusammensetzung; Arbeiterzentralität usw.) sollen im nächsten Heft der Wildcat diskutiert werden.

Liste einiger auf deutsch erschienener Texte, von denen die älteren allerdings nur noch in Bibliotheken und Antiquariaten zu finden sind:

Spätkapitalismus und Klassenkampf – Eine Auswahl aus den »Quaderni rossi«, Frankfurt/Main 1972 (EVA)

Arbeiteruntersuchung und kapitalistische Organisation der Produktion, München 1972 (Trikont)

Romano Alquati, Klassenanalyse als Klassenkampf. Herausgegeben und eingeleitet von Wolfgang Rieland, Frankfurt 1974 (Fischer Athenäum); einige Texte davon in Thekla 5 und Thekla 6

Wolfgang Rieland, Autonomie und Organisation. Die Erneuerung der italienischen Arbeiterbewegung, Frankfurt 1977 (Neue Kritik)

Mario Tronti, Arbeiter und Kapital, Frankfurt 1974 (Neue Kritik). Neu herausgegeben als Thekla 9.

Sergio Bologna/Massimo Cacciari, Zusammensetzung der Arbeiterklasse und Organisationsfrage, Berlin 1973 (Merve)

Massimo Cacciari, Qualifikation und Klassenbewußtsein, Frankfurt 1970 (Neue Kritik)

Bergmann/Janssen/Klein (Hrsg.), Autonomie im Arbeiterkampf, Beiträge zum Kampf gegen die Fabrikgesellschaft, Hamburg/Frankfurt 1978 (Trikont/Association)

Sergio Bologna, Theorie und Geschichte des Massenarbeiters in Italien, in: 1999, Heft 2/89; Heft 1/90 und Heft 2/90.

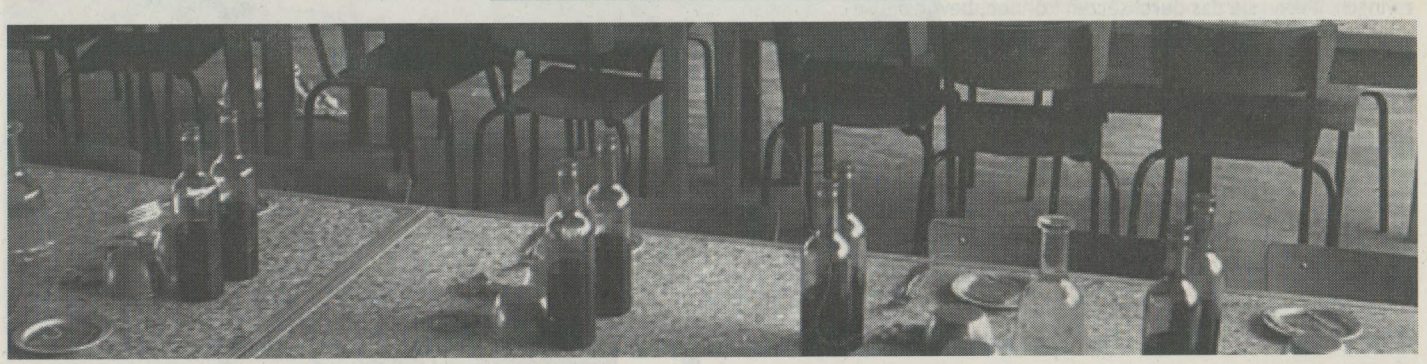
Nanni Balestrini/Primo Moroni, Die goldene Horde, Berlin/Göttingen 1994.

In Italien neu herausgekommen und lesenswert sind:

Raniero Panzieri, Spontaneità e organizzazione, Gli anni dei »Quaderni rossi« 1959-1964. Scritti scelti a cura di Stefano Merli, Pisa 1994.

Danilo Montaldi, Bisogna sognare, Scritti 1952-1975, Milano 1994.

1 So bezeichnete sich Bologna im Titel eines Aufsatzes in der Zeitschrift 1999. **2** Zitat aus: Sergio Bologna, Zur Analyse der Modernisierungsprozesse. Einführung in die Lektüre von Antonio Gramscis »Americanismo e Fordismo«, Referate der Gramsci-Tagung vom 29./30. April 1989, Hamburger Institut für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Arbeitspapier Nr.5, Hamburg 1989. Zur »Arbeitermedizin« siehe den Artikel von S. Bologna in WILDCAT 56. Im folgenden zitiere ich des öfteren aus Texten, die bereits auf deutsch vorliegen. Ich tue dies, damit die Zitate auffindbar sind, wenn jemand den ganzen Text nachlesen will. Leider sind die Übersetzungen oft holprig und schwer verständlich. Man könnte fast die These aufstellen, daß der Operaismus in Deutschland wegen dieser Übersetzungen so schlecht angekommen ist... **3** Guido Bianchini, Interview November 1994, Padua. **4** Vgl. Dario Lanzardo, La Rivolta di Piazza Statuto. Torino, Luglio 1962, Milano 1979. **5** Romano Alquati, Camminando per realizzare un sogno comune, Turin 1994 (Velleità Alternative), S.161. **6** Romano Alquati, Sulla Fiat, Vorwort, Mailand 1974. Übersetzt in Thekla 6. **7** Claude Lefort, L'expérience proletaire, in: Socialisme ou Barbarie, Nr. 2, 1952. Hier und im folgenden zitiert nach der italienischen Übersetzung in: Collegamenti 2-4, Mai 1978. **8** Danilo Montaldi, La mistica del »selvaggio« (1959), in: Bisogna sognare. Scritti 1952-1975, Mailand 1994, S.364. **9** Raniero Panzieri, Spontaneità e organizzazione. Gli anni dei »Quaderni rossi« 1959-1964. Ausgewählte Schriften, hrsg. v. Stefano Merli, Pisa 1994, S.XL. **10** Raniero Panzieri, Lettere, Venedig 1987, S.256 f. **11** Vgl. Alquati: Die neuen Kräfte bei FIAT, in: Alquati (1974) **12** Toni Negri, Dall'operaio massa all'operaio sociale, 1979, S.48 f. **13** Guido Bianchini, Interview mit Gabriele Massaro, März 1991. **14** Redebeitrag Turin, November 1994. **15** Romano Alquati, Sulla Fiat, Vorwort. Mailand 1975, S.13. **16** Ebenda. **17** Raniero Panzieri, Uso socialista dell'inchiesta operaia, in: Raniero Panzieri, Spontaneità e organizzazione, Pisa 1994. **18** Raniero Panzieri, Il diario di un operaio di Daniel Mothé, in: Panzieri (1994), S.17. **19** Dieser Abschnitt ist die Zusammenfassung eines Papiers aus dem Arbeitskreis Militante Untersuchung, das wir bereits in TheKla 8 veröffentlicht hatten. »Organische Zusammensetzung des Kapitals und Arbeitskraft bei Olivetti« (1961) wurde erst 1974 ins Deutsche übersetzt. Der Text fiel uns Anfang der 80er Jahre in die Hände und wurde für die Karlsruher Gruppe zu einem der wichtigsten Schulungstexte. **20** Alquati, Olivetti, S.109. **21** Ebenda. **22** Ebenda, S.181. **23** Ebenda, S.174f. **24** Ebenda, S.175. **25** Ebenda, S. 175f. **26** Guido Bianchini, Interview, November 1994. **27** Raniero Panzieri, Brief an Asor Rosa, 10. Mai 1962, in: Lettere (1987), S.330f. **28** In Thekla 6, das leider seit Jahren vergriffen ist, hatten wir einige Artikel aus Classe Operaia von Romano Alquati auf deutsch herausgegeben. **29** Übersetzt in: Balestrini/Moroni, Die goldene Horde, Berlin/Göttingen 1994. **30** Balestrini/Moroni (1994), S.93-100.



Operaismus – Neue Bücher

Drei Bücher sind im letzten Jahr erschienen, die sich mit der Geschichte des Operaismus befassen bzw. von diesem Ansatz aus neue Hypothesen über die Entwicklung von Klassenkämpfen aufstellen.

Frombeloff (Hrsg.)
... und es begann die Zeit der Autonomie
Politische Texte von Karl Heinz Roth u.a.
Hamburg 1993 (Verlag Libertäre Assoziation)
ISBN 3-922611-42-7, DM 25,-.

Eine Gruppe von StudentInnen las in einem selbstorganisierten Seminar zwei Jahre lang Texte von Karl Heinz Roth aus den letzten 20 Jahren und entschloß sich dann, die bislang z.T. nicht oder verstreut in Zeitschriften veröffentlichten Artikel in einem Buch zusammenzufassen. Vorangestellt und dazwischen geschoben sind selbst verfaßte Texte über die politische Biographie Roths und über den theoretischen und politischen Hintergrund der Rothschen Texte: Operaismus, die ›andere‹ Arbeiterbewegung, Autonomie, den bewaffneten Kampf in der BRD, die Theoriediskussion in der Zeitschrift »Autonomie«. Am Schluß des Buchs findet sich die Aufzeichnung eines längeren Gesprächs der Herausgeber mit Karlo, in der er nochmal die heißen Jahre 69-74 Revue passieren läßt, als über den Aufbau europäischer Organisationsstrukturen diskutiert wurde. Außerdem beantwortet er Fragen zum gesamten Spektrum autonomer oder ›sozialrevolutionärer‹ Politik.

Das Buch macht Texte aus 20 Jahren zugänglich, die z.T. nur als Manuskript existierten, und spannt damit den Bogen von der 'Anderen Arbeiterbewegung bis zur »Wiederkehr der Proletarität« – ein Strang von Operaismus-Rezeption in Deutschland, für die die Person Karl Heinz Roth steht. Wenn man die Texte hintereinander weg liest, werden auch viele Sprünge und Kurswechsel deutlich, die seiner Suche nach einem neuen revolutionären Projekt geschuldet sind. Der Operaismus war auch in Deutschland Ausgangsbasis für unterschiedliche Strömungen, die sich heute gegenseitig kritisieren (Materialien für einen neuen Antiimperialismus, Detlef Hartmann, Wildcat, Proletaritäts-Thesen, 1999.) Im Buch wird darauf – beispielsweise in dem Abschnitt »Theorieentwicklung nach 1977« – nicht ernsthaft eingegangen, obwohl in den abgedruckten Texten die spätere Auseinanderentwicklung schon früh angelegt war.

Überhaupt dienen die eigentlich erklärend gemeinten Zwischentexte der HerausgeberInnen manchmal mehr der Verwirrung. Insbesondere der Abschnitt zum Operaismus. Der Versuch der Konstruktion eines »Idealtypus der ›operaistischen Theorie‹« ist zu einem wilden Mischmasch von Panzieri-Zitaten und Negri-Thesen aus zwei unterschiedlichen Jahrzehnten geraten. Panzieri arbeitete den Gewaltcharakter der kapitalistischen Technologie heraus, sah aber gewiß nicht Arbeit nurmehr als Kommando des Kapitals (vgl. S. 44). Überhaupt nicht wahrgenommen wird die in der Praxis der Arbeiteruntersuchung vollzogene Überwindung der leninistischen Auffassung, nach der allein die Partei den Arbeitern das Klassenbewußtsein beibringen könne. Überstülpt ist das ganze mit der 1974 wohlfeilen Kritik der westdeutschen Proletarischen Front als »italienischer Exportschlager« (S. 29ff.). Es wird so getan, als habe es für eine »Massenarbeiterthese« in Deutschland keinerlei materielle Grundlage gegeben, als sei sie allein Ausfluß politischer Spinnerei gewesen. Auch der Operaismus in Italien wird rein ideengeschichtlich abgehandelt, völlig losgelöst von den realen Klassenkämpfen.

Am meisten ärgerlich an dem Buch ist, daß die HerausgeberInnen in ihren Zwischentexten die Ansätze der 60er und 70er Jahre mit spitzen Fingern anzufassen scheinen. Politisch-theoretische Ansätze werden, kaum ist ein Gedanke dargestellt, als »gescheitert« oder »metropolenchauvinistisch« abgeheftet. (S. 62)

Im Vorwort erheben die HerausgeberInnen den Anspruch, ausgehend von den Texten Roths eine »Einführung in sozialrevolutionäre Theorie« zu geben. Diesen Anspruch erfüllt das Buch nicht. Die Zwischentexte sind Einzelarbeiten, die wenig aufeinander abgestimmt sind. Die Beliebigkeit, mit der bestimmte Ansätze, Entwicklungen, Begriffe dargestellt und kritisiert werden, ist nur daraus erklärbar, daß die Herausgeber keine politische Gruppe sind, die sich unter einer aus der eigenen Praxis entwickelten Fragestellung mit dem Operaismus auseinandergesetzt hat. Im Nachwort beschleicht einen gar das Gefühl, daß sie das Grundlegende dieses Ansatzes gar nicht verstanden haben. Eine »Analyse der ***ökonomischen*** *Struktur der Gesellschaft« ist der Operaismus gerade nicht! Trotz aller willkürlichen Begriffsbildungen, die in der operaistischen Diskussion Ende der 70er Jahre hervorgebracht wurden, die historische Leistung der Quaderni rossi ff. war es doch gerade, die Marxsche Theorie wieder als »Kritik der politischen Ökonomie« ernstgenommen zu haben. Sie haben gezeigt, wie der Gegensatz von Ökonomie und Politik in der Lohnarbeit zusammenfällt: Arbeit ist Verwertung und Kommando über den Arbeiter zugleich. Die scheinbar selbständigen und mit Eigengesetzlichkeit ausgestatteten ökonomischen Größen sind nur die versteinerten, entfremdeten gesellschaftlichen Verhältnisse der lebendigen Menschen.*

Karl Heinz Roth (Hrsg.)
Die Wiederkehr der Proletarität
Dokumentation der Debatte
Köln 1994 (Neuer ISP-Verlag)
ISBN 3–929008–75–0, DM 29,80

Der Band dokumentiert das Referat »Die Wiederkehr der Proletarität und die Angst der Linken. Möglichkeiten und Grenzen sozialistischer Politik im Übergang zum 21. Jahrhundert«, das Karl Heinz Roth bei dem von der »konkret« veranstalteten Kongreß im Juni 1993 hielt und mit dem eine breite Debatte über »eine merkwürdige Wiederkehr von eindeutig proletarischen und subproletarischen Klassenlagen, wie sie noch vor wenigen Jahren völlig unwahrscheinlich erschienen waren« (Roth im

Vorwort), ausgelöst wurde. Im Anschluß daran werden alle wesentlichen Beiträge und Kritiken – von positiven bis zu den vernichtendsten – dokumentiert. Auf den letzten 130 Seiten des Buches geht Roth auf die Kritiken ein, nimmt manches auf und versucht, seine Thesen ausführlich und materialreich zu belegen. Auch wenn er im Vorwort meint, mit diesem Buch »auf faire Weise einen vorläufigen Schlußpunkt« hinter den entstandenen Dialog zu setzen, so sollte es mehr als Ausgangspunkt eines neuen Abschnitts von Diskussion und politischer Praxis genommen werden. An einigen seiner Thesen und Ausführungen haben wir in dieser WILDCAT angeknüpft und wir werden uns weiter an der Debatte beteiligen.

▼

Primo Moroni, Nanni Balestrini
Die goldene Horde

Arbeiterautonomie, Jugendrevolte und bewaffneter Kampf in Italien
Berlin/Göttingen 1994 (Verlag der Buchläden Schwarze Risse Berlin – Rote Straße Göttingen)
ISBN 3–924737–21–5, DM 39,50

1988, als Italien sich anschickte, den 20. Jahrestag von '68 medial zu verwerten, beschlossen Primo Moroni und Nanni Balestrini, der Buchhändler und der Dichter der Bewegung, dieser Geschichtsverfälschung etwas entgegenzusetzen, die '68 auf ein Modernisierungsprojekt der Gesellschaft reduziert und die subversiven Elemente ausgrenzt. Sie sammelten kiloweise alte Bücher, Zeitschriften und Flugblätter zusammen und bastelten daraus in wenigen Monaten ein »Fresko« (so nennte es Moroni im Vorwort zur deutschen Ausgabe) über den Zeitraum Juli 1960 bis 1977. Sie wußten von vornherein, daß eine exakte historische Vorgehensweise nicht leistbar war in diesem kurzen Zeitraum – und sie wollten ja vor allem der jungen Generation Material in die Hand geben. So ist das Buch eher Oral history, angereichert mit zahlreichen Originaldokumenten. Wichtig war den Autoren, die Motive der Rebellion deutlich zu machen, und zum anderen auch die ungelösten Widersprüche, die bis in die heutige Zeit andauern.

Das Buch beginnt bei den ersten Anfängen der »Arbeiteruntersuchung« in Turin, stellt die Rezeption des Maoismus dar, aber auch die Situationisten, die antiautoritäre Schülerbewegung, das '68 der Studenten und das '69 der Arbeiter. Die Ära der großen Fabrikkämpfe nimmt breiten Raum ein bis zum Wendepunkt 1973. Kapitel über die Frauenbewegung, über den bewaffneten Kampf und über die Jugendrevolte 1977 folgen. Die Stärke des Buches ist, daß auch die kulturelle Seite des Aufbruchs dargestellt wird, mit Liedern, Gedichten, spontanen Aktionen von Jugendlichen gegen die etablierte Gesellschaft.

Ein großes Problem ist die Materialfülle. Manche Ereignisse werden breit auf vielen Seiten dargestellt, daneben erscheint dann ein Kurzabriß über zentrale Probleme der Marxschen Theoriebildung in einer oft sehr formelhaften Sprache. Leider hat die deutsche Ausgabe das Chaos der Originalausgabe übernommen, daß nämlich Fließtext und längere zitierte Texte nicht deutlich (z.B. im Schriftbild) voneinander abweichen. Einige unnötige Wiederholungen gehen zu Lasten der italienischen Lektoren. Den Autoren waren die Schwächen ihrer Arbeit wohl bewußt, als sie im Nachwort zu einer Weiterarbeit und Kritik aufforderten. Sie wurde nie angepackt. So erscheint das Buch nun sechs Jahre später in deutscher Sprache, ergänzt durch ein paar Seiten Vorwort, die den zeitlichen Abstand kaum aufholen können. Es ist eher ein Erinnerungsbuch von Leuten, die diese Zeit miterlebt haben und sich bemühen, kein wichtiges Detail zu vergessen. Es kommen Tausende von Namen vor, die jüngeren LeserInnen vor allem außerhalb Italiens erstmal nicht bekannt sein dürften. Aufgrund der Breite der Darstellung können viele Ansätze nur gestreift werden. Viele der Geschichten sind vielleicht schon zu oft erzählt worden, so oft, daß unmerklich Fehler mittransportiert werden oder daß die darin vorkommenden Personen verblassen. Die Darstellung des Prozesses der Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse etwa, die Ablösung »des Facharbeiters« durch »den Massenarbeiter« verfestigt eher Mythen, statt zu erklären, daß es sich bei diesen Begriffen um politische Hypothesen handelte.

Das Buch ist ein sehr informativer Einstieg für Leute, die sich zum ersten Mal mit der Entwicklung der Klassenbewegung in Italien beschäftigen wollen. Auch wer nur das eine oder andere Ereignis nachlesen oder über eine Gruppe näher Bescheid wissen will, kann das Buch gut als Nachschlagewerk benutzen. Die politische Debatte über die darin behandelten Ansätze steht allerdings noch aus. Dafür hat das Buch nur begrenzten Gebrauchswert. Zudem fehlt ein Verzeichnis auf deutsch erschienener Literatur zum Thema, mit dessen Hilfe einzelne Punkte vertieft werden könnten.

Nicht täglich- aber gründlich

(203) Fluchtursachen

Themen Frühjahr '95
204 Südostasien
205 Demokratisierung
206 GATT/WTO

Die *blätter* sind die größte unabhängige entwicklungspolitische Zeitschrift im deutschen Sprachraum, erscheinen seit 1970 acht mal im Jahr mit einem Umfang von 60 Seiten und werden von der Redaktion des Informationszentrums Dritte Welt (*iz3w*) zusammengestellt.

✂----------

Bestellung:
❍ Ich probiere das Einstiegsabonnement mit vier Ausgaben für 20 DM. Das Einstiegsabo verlängert sich automatisch zum Jahresabo wenn es nicht vier Wochen vor Ablauf gekündigt wird.
❍ Bitte schickt mir Eure Materialliste

✂----------

informationszentrum dritte welt
Postfach 5328, 79020 Freiburg
☎ 0761/74003,Fax: 0761/709866

Keine Buchbesprechung von:

autonome l.u.p.u.s. gruppe
Lichterketten und andere Irrlichter
Texte gegen finstere Zeiten
Edition ID- Archiv 1994

Fälschungen und andere Dummheiten

Gegen den völkischen Anti-Nationalismus!

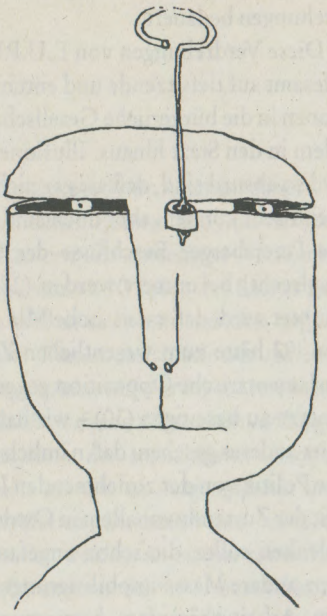
In einem haben L.U.P.U.S. völlig recht: Es gibt keinen Grund zur Entwarnung. Auch wenn die Wahlerfolge der Faschos bescheiden sind und der organisatorische Erfolg der Neonazis sich in Grenzen hält. Ob Ausschreitungen gegen Flüchtlinge seltener geworden sind, wissen wir nicht. Die Diskussion darüber, wie Rassismus/Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit bekämpft werden kann, muß weitergehen.

Das neue Buch der Frankfurter »autonome L.U.P.U.S. Gruppe« ist eine manchmal etwas widersprüchliche Streitschrift gegen die jüngere Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft (wir würden sagen: der »Öffentlichkeit«) in Richtung völkischem Gemeinsinn oder Nationalismus, der sich auch oder gerade in den fremdenfreundlichen Lichterketten zeigt. Sie denunzieren »linke« Erklärungs- und Aufklärungsmuster, die den rassistisch/nationalistischen Taten und Tätern Gesicht und Verantwortung nehmen. Sie betonen, daß völkischer Nationalismus auch ohne den Nationalsozialismus existiert; nicht nur einfach von oben propagiert und nicht nur von unten in Verteitigung kleiner mit dem Paß verbundener Vorteile aufgenommen wird, sondern eine kulturell tief in der Geschichte verwurzelte Ideologie ist, die jetzt wieder freie Bahn erhält.

Hätten sich die Frankfurter AutorInnen auf Ideologiekritik am völkischen Nationalismus beschränkt – wir hätten das Buch mit Interesse gelesen, die Engführung des Themas auf die deutsche Version und einige Geschichtsverdrehungen bedauert.

Diese Verdrehungen von L.U.P.U.S. laufen allesamt auf tiefsitzende und enttäuschte Illusionen in die bürgerliche Gesellschaft und vor allem in den Staat hinaus. Illusionen, die zum Teil so absurd sind, daß sie gar nicht ernst gemeint sein können, aber doch sind, wie wenn die Petersberger Beschlüsse der SPD (zum Asylrecht) bejammert werden (28) oder behauptet wird, daß rassistische Mobilmachung von '92 hätte zum wesentlichen Ziel gehabt, parlamentarische Opposition gegen die Asylgesetze zu beseitigen (30) – wir haben da was ganz anderes gesehen: daß nämlich die staatliche Politik von der zunehmenden Unhaltbarkeit der Zustände vor allem in Ostdeutschland ablenken sollte, die schon angefangen hatte, ganz andere Massenmobilisierungen, nämlich von Arbeiterkämpfen, hervorzurufen (z.B. wurde damals das Besetzen von Autobahnkreuzen »erfunden«). Oder, um ein ganz anderes hisorisches Ereignis zu benennen: die bürgerliche Revolution in Frankreich. Sie wird als »Interessengemeinschaft« oder »Bündnis« des »aufkommenden (Handels-) Bürgertum« mit dem »3. und 4. Stand«, also dem ländlichen und städtischen Proletariats, dargestellt, um aus den feudalen »Knechtsschaftsverhältnissen auszubrechen« (68). Das ist bürgerliche Geschichtsschreibung auf Realschulniveau. Es hat nie eine solche Interessengemeinschaft oder gar ein Bündnis gegeben, schon gar nicht in den Jahren der Revolution vor der Jahrhundertwende. Was es gegeben hat: das massenhafte Aufbegehren des Proletariats, das von »der bürgerlichen Revolution« in einer Orgie des Schaffotts erstickt worden ist. Oder, um wiederum einen ganz anderen Punkt anzusprechen: die »Ursache« der Deregulierung des Arbeitsmarktes ist für L.U.P.U.S. das »weitgehende Scheitern der hiesigen ArbeitnehmerInnenvertretung im Kampf gegen die Interessen des Kapitals« (142) – eine wirklich putzige Umschreibung der Rolle der Gewerkschaften. Zurückgedrängt worden ist die Arbeiterklasse nach ihren Kämpfen in den 70er Jahren – warum machen daraus unsere autonomen Freunde ein Scheitern der Gewerkschaften? Die sind keineswegs gescheitert, sondern haben in vorderster Front den zweiten Arbeitsmarkt durchgesetzt und kümmern sich nicht nur nicht um die 3., 4. oder fünften Arbeitsmärkte, sondern machen – etwa bei Razzien auf den Baustellen – mit dem Arbeitsamt und den Bullen gemeinsame Sache.

»Eine der vornehmsten Aufgabe linker Opposition dieser Tage ist der Anti-Nationalismus«, steht auf dem Cover. Dem könnten wir



mit spontaner Sympathie begegnen, ist doch der Standpunkt des weltweiten Proletariats, ein universaler Standpunkt selbstverständlicher Teil revolutionärer Politik. Und wir stimmen deshalb L.U.P.U.S. auch zu, daß nicht zwischen »gutem« und »schlechtem« Ntionalismus unterschieden werden kann (145). Von einem sehr kurzen Ausblick in die Welt am Ende des Buches abgesehen, wird der Anti-Nationalismus aber nicht aus der Analyse der Weltgesellschaft als Klassengesellschaft entwickelt, wo sich die Nationalstaaten als Agenten des Weltkapitals zur Spaltung und Beherrschung der Arbeiterklasse darstellen, die sich der völkischen Ideologien nach Bedarf bedienen. Nein, L.U.P.U.S. (und viele andere) entwickeln mit Kategorien neubürgerlicher Soziologie, die mehr vernebeln als klären (wo bitte ist denn die »Mitte der Gesellschaft«?), den völkischen Nationalismus als »spezifisch deutsches« Problem (66). Nicht nur das: Er ist die »Lebenshaltung« (66) »der Deutschen« oder gar des deutschen »Volkes« (25) oder doch wenigstens der »überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung« (25).

Woher frau in Frankfurt das weiß? Vielleicht hat L.U.P.U.S. eine Untersuchung gemacht, auf jeden Fall liest frau die FR, kennt Infas-Studien und ohnehin – man weiß ja, was an Deutschlands Stammtischen ausgekocht wird. Aus der richtigen Überlegung, daß Völkisches in allen Schichten und Klassen auftauchen kann, wird unversehens die Tatsache, daß es überall ist. Bürgerliche (»mediale«) Öffentlichkeit wird mit der Gesellschaft verwechselt. Diese Analyse der dunklen Seite deutscher Seele wird auch nicht durch Blicke ins Ausland getrübt. Ein einziger Hinweis auf Frankreich, keine Ahnung von den Triumphen des Nationalismus in der Türkei und in Griechenland, von den Wahlerfolgen der Faschos in Frankreich, England, Rußland und anderswo, vom Auftauchen von Neonazis selbst in Skandinavien. Noch nicht einmal die Tatsache, daß Faschisten in der italienischen Regierung sitzen, läßt unsere Frankfurter »Autonomen« darüber nachdenken, ob »die Deutschen« vielleicht doch kein so besonderes »Volk« sind. Der moralische Anti-Nationalismus von L.U.P.U.S. ist nicht unserer. Er reproduziert exakt den grundlegenden Mythos des völkischen Nationalismus: die spezifische »Wesenheit« des »deutschen Volkes«.

Wie jede Ideologie, die auf moralisierende Mythen aufbaut, die mit Empörung hantiert und die Welt in Gut und Böse einteilt, bekämpft auch der völkische Antinationalismus den Bezug auf den Klassenkampf. Stattdessen wird mit jeweils unendlichen Pauschalierungen (»die Deutschen«, das »anständige Deutschland«, »der weise Deutsche«, »die Schönauer« (Bevölkerung oder BürgerInnen)) der Dämon des Bösen so verallgemeinert, daß das Gute nur noch außerhalb der Gesellschaft sein kann. Nachdem L.U.P.U.S. auch »den Flüchtlingen« oder »MigrantInnen« nichts weiter zubilligt als die Opferrolle (es sei denn, sie organisieren sich in »MigrantInnengruppen«), sie also ins politische Nirwana geschickt hat, reduziert sich das historische Kräfteverhältnis auf das »wir« (»Jugendgangs, MigrantInnengruppen, antifaschistische und autonome Gruppen«(25)) gegen den verkommenen Rest der deutschen Bevölkerung. Wie sieht dann der Kampf gegen den (deutschen) Nationalismus/Rassismus aus? Es bleibt der Ruf nach Großvater Staat. Entweder nach dem eigenen (»Ausgangssperre für die Schönau«) (96) oder nach fremden Staaten (Israel oder allgemein »das Ausland«) (31). Von da wäre es eigentlich kein großer Schritt mehr (so klein wie der Schritt von Ohnmachts- zu Allmachtsphantasien) zum Wunsch nach Vergeltung durch Kräfte von außerhalb, wie etwa »Bomber Harris, do it again«... Es ist L.U.P.U.S. hoch anzurechnen, daß sie sich dieser reaktionären Unsinnskampagne nicht angeschlossen haben.

Jede Ideologie muß sich auf die eine oder andere Weise auf die historische und gesellschaftliche Wirklichkeit beziehen, will sie politischen Erfolg haben. Wir alle waren von den Ereignissen in Hoyerswerda, Lichtenhagen und (aus eigener Betroffenheit vor allem) in Mannheim-Schönau erschüttert und erschrocken. Weil sich dort tatsächlich eine Ahnung davon gezeigt hat, wie sich Faschismus als Massenbewegung manifestieren kann, weil dort sich so etwas wie Erfolg der fremdenfeindlichen und rassistischen Stimmungsmache des Staates gezeigt hat. Nicht zum ersten Mal in der deutschen Nachkriegsgeschichte, aber immerhin zum ersten Mal in der von uns persönlich erlebten Geschichte. Es zeugt aber von wenig wirklicher Betroffenheit, wenn im gleichen Atemzug mit den offenen rechten Randalen die Anschläge in Mölln und anderswo genannt werden (126f). In Schönau haben wir die Gesichter der fremdenfeindlichen Randalierer gesehen – die Gesichter der Attentäter kennen wir nicht. Hinter Anschlägen können alle möglichen Leute stecken – das weiß seit dem Celler Loch jedes Kind. Anschläge können immer und überall, auch völlig unabhängig von politischen Konjunkturen durchgeführt werden und sagen deshalb eher etwas über den Mißerfolg einer Bewegung als über deren politischen Erfolg aus (was Seite 46 für die Anti-AKW-Bewegung fast genau so gesagt wird).

Aber Differenzierung ist nicht die Sache von Ideologen. Da hört frau in Frankfurt von versuchten Angriffen auf das Asylbewerbersammellager in Mannheim-Schönau und folgert messerscharf daraus, daß die Schönauer Bevölkerung das Lager angreift. Nähere Erkundigungen werden scheints nicht eingezogen, der Feind ist ausgemacht, frau denkt sich nichts bei der Forderung, über Mannheim-Schönau die Ausgangssperre zu verhängen – was auch heute, zwei Jahre danach noch ohne Spur von Nachdenklichkeit wieder abgedruckt wird. Dieser Ruf nach den Bullen ist übrigens nicht ganz unerhört geblieben: Schönau hat bald nach den Ereignissen endlich seine eigene Polizeiwache gekriegt.

Wir waren (und sind) da etwas anders drauf. Wir hatten den Eindruck, daß dem erschreckenden Erfolg fremdenfeindlicher Propaganda sofort die Initiative streitig gemacht werden muß. Nach unseren Rechnungen war dies auch einen Versuch wert: wenn 50 Leute als Kern und 400 sympathisierende oder sensationsgeile SchönauerInnen vor dem Lager randalierten, dann gab es etwa 19500 SchönauerInnen, die da nicht mitmachten. Und selbst wenn noch etliche von ihnen mit den Randalierern sympathisierten, blieben immer noch eine große, wenn auch unbe-

kannte Zahl von Menschen, mit deren Hilfe allein der Kern und seine Sympis isoliert werden konnten. Die Intervention auf der Schönau selber hielten wir also – neben dem Schutz des Lagers – für das allererste Gebot der Stunde, grade weil wir die Verbindung von relativem sozialem Elend mit rechten Sprüchen für eine gefährliche Angelegenheit halten. Das darf aber von unseren Frankfurter Ideologen aus nicht gemacht werden, weil doch unbesehen und von vornherein klar ist: »Wer schweigt, stimmt zu!« Da man in Frankfurt bis dato noch nichts von Protesten aus Schönau gehört hatte, waren alle SchönauerInnen schuldig! Auf den Gedanken, daß jede Bewegung ein gewisses Maß an Organisiertheit braucht; daß zu diesem Moment die fremdenfeindlichen SchreierInnen die Initiative für sich hatten und daß es deshalb viel, viel leichter ist, von Frankfurt nach Mannheim zu fahren und aus einer Demo heraus den Einwohnern (von Sandhofen) den Stinkefinger zu zeigen als gegen die Nachbarin aufzustehen, mit der mensch auch morgen noch zusammenleben muß – auf so einen Gedanken können Ideologen offensichtlich nicht kommen. »Wer schweigt, stimmt zu!« – das ist ein richtiges Argument im Streit mit einer unentschiedenen Kollegin, aber es ist ein völlig untaugliches Instrument zur Analyse von Verhältnissen.

Wir haben deshalb zusammen mit anderen Ludwigshafener GenossInnen jenes Flugblatt »Rebellion ist gerechtfertigt« gemacht und auf der Schönau – nicht an die Randalierer! – verteilt. Es läßt sich vieles an diesem Flugblatt kritisieren – Formulierungen wie »Feigheit des 'kleinen Mannes'« oder »oben/unten« sind gewiß nicht der Rhetorik höchste Kunst. Es ist in der Hektik jener Tage entstanden und deshalb stehen wir nach wie vor uneingeschränkt dazu

Dieses Flugi muß unseren Frankfurter FreundInnen irgendwie mißfallen haben. Es ist zwar das einzige Flugblatt, das die Ehre hat, im Buch dokumentiert zu werden. Aber wie! Zuerst unterschlagen sie die Einleitung, die über die Ereignisse so berichtet, daß es nicht mehr ins Frankfurter Konzept des deutschen Rassismus paßt: »*Seit letztem Donnerstag versammeln sich täglich mehrere hundert Menschen vor dem Sammellager in Mannheim-Schönau, um die dort untergebrachten Flüchtlinge anzugreifen. Die Zusammensetzung war in den ersten Tagen völlig gemischt. Deutsche, Türken, Schwarze GI's, Junge, Alte und viele Besoffene. Nach mehreren Polizeieinsätzen haben sich die AnwohnerInnen anscheinend zurückgezogen. Jetzt bestimmen Jugendliche, die zum großen Teil mit Knüppeln bewaffnet sind die Situation. Nach verschiedenen Gegendemonstrationen, die ab Dienstag auch von bewaffneten Gruppen angegriffen wurden, versuchen die Polizei und die Medien einen Konflikt zwischen rechts und links daraus zu machen.*«

Dann behaupten sie mal einfach, dieses Flugblatt sei der Beweis für eine Position, die Verständnis für die fremdenfeindlichen Randalierer aufbringe, weil doch die eigentlich Schuldigen die Politiker seien – während sie die einzig richtige Haltung hätten, nämlich die, korrekt zwischen Täter und Opfern zu unterscheiden und die Randalierer als Täter zu benennen und zu bekämpfen (88). Um diese kindische Gegenüberstellung zu »beweisen«, müssen sie jenes Flugblatt zusätzlich noch zweifach fälschen. Erstens lassen sie den ersten Satz ohne Hinweis einfach weg: »*Die Dummheit und Feigheit mit der einige SchönauerInnen versucht haben, ihre Wut auf die Verhältnisse gegen Schwächere auszuleben, ist absolut widerwärtig*«. Zweitens behaupten sie wider besseres Wissen, daß die AutorInnen für die »Absetzung des OB Widder« und für eine Demo in der Mannheimer Innenstadt gewesen wären – obwohl auf dem Flugi dick und fett für die Demo in Schönau geworben wird. Daß diese Demo aufgrund eines gewaltigen Polizeiaufgebots nicht durchgesetzt werden konnte, haben weder wir noch die Frankfurter zu verantworten.

Die unterschiedlichen Positionen stellten und stellen sich ganz anders dar: Kämpfen wir gegen Fremdenfeindlichkeit/Rassismus/Nationalismus dadurch, daß wir Demos und Strafaktionen organisieren, nachdem sie erfolgreich Schlagzeilen gemacht haben oder bekämpfen wir sie dort, wo sie auftauchen und greifen wir die fremdenfeindlichen, rassistischen und nationalistischen Schreihälse dort an (oder versuchen wenigstens, sie zu isolieren) wo sie ihr Maul aufmachen – also in den Stadtteilen, in den Fabriken, auf den Baustellen.

Anfang 1995

Wildcat Mannheim/Ludwigshafen

Hinweis: In der Wildcat 60 (Beilage) wird ausführlich über die Ereignisse in Mannheim/Schönau, Rostock/Lichtenhagen und anderswo berichtet. Dort ist auch das ganze oben genannte Flugi abgedruckt.

Lissy Schmidt: Wie teuer ist die Freiheit? Reportagen aus der selbstverwalteten kurdischen Region 1991-1993, Köln 1994 (isp pocket 56; ISBN 3-929008-56-4), DM 24,-.

Bilder und Texte aus dem Leben von Lissy Schmidt, Dokumentation der Gedenkfeier am 16. April 1994 in Frankfurt/Main, Frankfurt/M 1994 (Verlag Zambon; ISBN 3-88975-047-8), DM 9,80

Jörg Später (Hrsg.): ... alles ändert sich die ganze Zeit. Soziale Bewegung(en) im »Nahen Osten«, Freiburg 1994, (Verlag iz3w; ISBN 3-922263-14-3), DM 25,-.

Im April jährt sich der Tag, an dem Lissy Schmidt in Südkurdistan/Nordirak erschossen wurde. Wir haben Lissy im Frühjahr 1989 kennengelernt, als sie mit Taschen voller Interviews und Fotos über die neue ArbeiterInnenbewegung in der Türkei nach Berlin kam. Damals ging sie in den Büros der kleinen unabhängigen Gewerkschaften in Istanbul ein und aus, diskutierte mit den ArbeiterInnen, machte während der Streikaktionen viele Interviews, um die Aufbruchstimmung direkt über das Radio nach Deutschland zu vermitteln. Überall, wo sie hinkam, suchte sie nach solchen Kontakten. Als es im Frühjahr 1990 die ersten aufstandsähnlichen Demos in kurdischen Kleinstädten gab, verlegte Lissy ihren Wohnsitz nach Diyarbakır und berichtete live am Telefon und in Zeitungsartikeln über das Leben im Ausnahmezustand. Obwohl sie tagtäglich in ihren Berichten Solidarität mit der Befreiungsbewegung in Kurdistan einforderte, bekam sie bald Schwierigkeiten mit der PKK, die sie gerne für sich vereinnahmt hätte. Sie wurde als »Agentin« ausgegrenzt just zu der Zeit, als sie auf der großen Begräbnisfeier für einen ermordeten kurdischen Politiker vom Militär schwer zusammengeschlagen wurde. Danach hatte sie Einreiseverbot in die Türkei, das Land, in dem sie sieben Jahre gelebt hatte. In den folgenden drei Jahren pendelte sie zwischen Frankfurt und dem Nordirak hin und her. Sie versuchte, offizielle journalistische Arbeit zu verbinden mit der Verbreitung von Nachrichten an interessierte deutsche Gruppen Außerdem war sie Kontaktperson für Medico und kleinere Hilfsprojekte. Auch hier tauchte sehr schnell wieder das Problem auf, daß die herrschende kurdische Regierung keine öffentliche Kritik an der innenpolitischen Situation der kurdischen Region duldete. Denn Lissy hatte Freunde in einem linken, antinationalistischen Milieu. Kritische Artikel konnte sie nur noch unter falschem Namen veröffentlichen.

In der Wildcat haben wir mehrmals Artikel von Lissy veröffentlicht: zur ArbeiterInnenbewegung im Frühjahr 1989, zu den aufständischen Newroz-Feiern im Frühjahr 1990, zur Situation der Ölarbeiter in Kurdistan/Türkei, zur Arbeitslosenunion in Sulaymaniya/Kurdistan-Irak. Wir druckten die Artikel meist so, wie sie sie vorbeigebracht hatte, zur ausführlicheren Diskussion war nie Zeit. Sie hat ständig aus verschiedenen Sprachen hin- und herübersetzt (übrigens auch ein Kapitel von »Midnight Oil«, bei einem Zwangsaufenthalt irgendwo an der syrischen Grenze).

Lissy war keine Politikerin. Sie hatte keine starke Organisation im Rücken, die sie schützte. Deshalb gibt es über ihre Mörder viele Mutmaßungen.

In der Broschüre »Bilder und Texte aus dem Leben von Lissy Schmidt« werden wohl viele, die sie kannten, in den abgedruckten älteren Texten, Briefen und vor allem Gedichten bisher unbekannte Seiten entdecken.

Nach ihrem plötzlichen Tod wurde dann endlich das Buch veröffentlicht mit Reportagen, die sie in Südkurdistan Irak vom Aufstand am Ende des Golfkriegs bis 1993 gemacht hat.

Die Geschichte der kurdisch verwalteten Region Nordirak beginnt am Ende des zweiten Golfkrieges. Die gesellschaftliche Opposition zum Baath-Regimes nutzte die Angriffe der NATO, um ihrerseits das verhaßte Regime anzugreifen. Der Aufstand erfolgte dann schneller und spontaner als erwartet. Er begann am 3. und 4. März 1991 in den kurdischen Kleinstädten, dann in der Großstadt Sulaymaniya. Die irakische Armee wird vertrieben, die Gefängnisse geöffnet, bekannte Schergen des Systems gehenkt. Unterschiedliche politische Kräfte sind aktiv: organisierte ArbeiterInnen, Kommunisten, kurdische Nationalisten. Die dauerhafte Einrichtung von Stadtteil- und Arbeiterräten scheitert, die Parteien der Kurdistanfront übernehmen die Führung. Als die irakische Armee Sulaymaniya angreift, sind sie schon wieder in den Bergen. Die Massenflucht beginnt. Die kurdischen Führer verhandeln mit Saddam Hussein. Die Region nördlich des 36. Breitengrades wird zur Flugverbotszone erklärt. Internationale Hilfsorganisationen eilen herbei, um den Millionen Flüchtlingen in den Bergen Nahrungsmittel und Medikamente zu bringen.

Lissy gehörte zu den ersten EuropäerInnen, die nach dem Aufstand nach Südkurdistan reisten, ein Gebiet, in dem die Autorität des irakischen Staats zurückweichen mußte, aber noch keine einheitliche politische Autorität an dessen Stelle getreten war. Lissy verfolgte die Entwicklung vor Ort bis zum 3. April 1994. Sie interviewte Bauern, Arbeiter, Honoratioren, linke Politiker, Mitglieder neuer Frauenorganisationen, die Führer der kurdischen Parteien. Ihre Reportagen, in denen sie sich bemühte, die Leute selbst zu Wort kommen zu lassen, sind Momentaufnahmen aus diesen drei Jahren.

Die Träume von »Unabhängigkeit« zerstieben rasch. Die Aufgabe scheint von Anfang an unlösbar: eine Region, in der 90 Prozent der Bewohner vor dem Aufstand Einkommen vom Zentralstaat bezogen haben, in der die traditionelle Landwirtschaft zerstört ist, in der alle Industriebetriebe von Rohstofflieferungen aus dem Irak abhängig sind, ist keine wirtschaftlich unabhängige Einheit. Die kurdisch verwaltete Region ist eine Pufferzone an der langen Leine der UNO, deren politische Institutionen garantiert sind durch die Anwesenheit amerikanischer Luftwaffe, und die völlig abhängig ist von Hilfslieferungen. Die dominierenden politischen Kräfte, die beiden großen kurdischen Parteien PUK und KDP, sind nicht stark genug, um wirklich die staatliche Ordnung zu garantieren. Morde an Oppositionellen, an Frauen, die sich nicht in die patriarchalische und zunehmend religiöse Ordnung fügen, sind an der Tagesordnung. Seit Herbst '93 kommt es zu immer heftigeren kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen PUK und KDP.

Auch Lissy kommt in dem Buch zu keiner endgültigen »Beurteilung«, sie beließ es dabei, die »Entwicklung in der kurdisch verwalteten Region so wenig wie möglich zu glorifizieren oder zu denunzieren«. Ihre Interviews vermitteln, aus welchen materiellen Notsituationen heraus Menschen politische Entscheidungen treffen. Sie zeigen vor allem die Widersprüche innerhalb der kurdischen Gesellschaft zwischen landlosen Bauern, die Land besetzen, und den Agas, die darauf Anspruch erheben; zwischen den ArbeiterInnen einer privatisierten Hühnerfarm, die wochenlang für mehr Lohn streiken, und dem Fabrikbesitzer, der die Hühner dann in den Irak verkauft, weil er dort mehr Geld damit verdienen kann. Das Buch gibt Einblick in die Ökonomie einer Grenzregion, deren BewohnerInnen seit Jahrzehnten vom Schmuggel und Schwarzhandel leben, wobei es auch hier Kapitalisten und Lohnarbeiter gibt. Und dies alles in einer Situation ständiger militärischer Bedrohung von türkischer, irakischer und iranischer Seite, und über sich die amerikanische Luftwaffe.

Schon im letzten Frühsommer erschien im Verlag des Informationszentrum 3. Welt in Freiburg (iz3w) ein Sammelband über »Soziale Bewegung(en) im Nahen Osten« mit dem Titel »Alles ändert sich die ganze Zeit...«.
Das Buch ist eine in ihrer Art einmalige Zusammenstellung von 20 spannend

Bücher

geschriebenen Aufsätzen und Interviews, die sich mit der politisch-sozialen Situation und den oppositionellen Kräften in Westasien nach dem Ende der Blockkonfrontation beschäftigen.

Ausgangspunkt für das Buch war, wie der Herausgeber Jörg Später in seinem Einleitungsbeitrag schreibt, die Krise des Antiimperialismus in der europäischen Linken, für die die Befreiungsbewegungen heute kein wichtiger Bezugspunkt mehr sind. Als neue Kräfte im Nahen Osten macht er »soziale Bewegungen« aus, vor deren Überfrachtung mit »überzogenen Ansprüchen« er warnt.

Leider versteckt sich der Autor hinter einem Wust von Zitaten aus mehrjähriger Antiimperialismus-Krisen-Diskussion (»die Welt dichotomer Übersichtlichkeit hat uns verlassen« – für uns Linksradikale war die doch seit Jahrzehnten nicht so einfach dichotom -; »das Weltbild des antiimperialistischen, sich revolutionär verstehenden Internationalismus sowie das Konzept Revolution selbst muß einer Korrektur unterzogen werden«, überprüft werden; »das Neue kommt meist in Begleitung des Alten daher« usw.), daß es ein wenig schwierig ist herauszulesen, worum es ihm geht. Denn ein paar Dinge haben wir doch schon seit längerem kapiert: daß nationale Befreiungsbewegungen bisher immer zur Errichtung von Entwicklungsdikaturen durch einheimische Eliten geführt haben, die sich allesamt vom »Sozialismus« als massenwirksamem Mobilisierungsziel verabschiedet haben; daß Menschen sich in erster Linie für ein besseres Leben organisieren und nicht allein für hehre Ideale; daß viele Menschen sich jahrzehntelang aus pragmatischen Gründen in der linken Staatspartei organisiert haben, weil Sozialismus da vor allem technischer Fortschritt und Arbeitsplätze im Staatsapparat hieß, nicht »Emanzipation« oder ähnliches; daß es keine revolutionäre Strategie gibt, keine perfekte Organisation, die nur am richtigen Hebel ziehen muß, um das System aus den Angeln zu heben und die Verhältnisse umzukrempeln.

Nicht verstanden habe ich auch, warum ausgerechnet heute, im Zeitalter der Globalisierung des Kapitalismus, die Parole »Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!« (nicht als Spruch, sondern als Zielrichtung einer emanzipatorischen revolutionären Bewegung genommen) »sinnlos« sein soll?

Auf theoretischer Ebene liegen noch einige Anstrengungen vor uns. Angefangen bei der Frage, welchen analytischen Gehalt heute noch der Begriff »Imperialismus« hat.

Im ersten Teil des Buches sollen die Rahmenbedingungen analysiert werden, die die neue Weltordnung setzt, und wie wir uns als Linke der europäischen Metropolen darauf beziehen sollen. Die Texte repräsentieren ein breites Spektrum. Es reicht von Martin Robbe, der mit mehr Larmoyanz als Selbstkritik v.a. Selbstbescheidung der Linken vorschlägt. (Dabei tritt er sehr als Repräsentant der staatstragenden Linken der DDR auf – denn Bescheidenheit haben wir in Westdeutschland schon lange eingetrichtert bekommen.) Die Linke müsse sich damit abfinden, das, was auf der Welt geschieht, zu beobachten und zu kommentieren. Ihre Aufgabe sei es, Sachwalter für die Belange von Lohnabhängigen und sozial Benachteiligten sein und Visionen wachzuhalten für eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus.

Am anderen Ende steht Detlef Hartmann, der in den Revolten einen Bezugspunkt für die sozialrevolutionäre Linke in den europäischen Metropolen sieht. Er hat schon lange die Gewalt der staatsozialistischen Erziehungsdiktaturen kritisiert und gegen sie die Hoffnung auf den »Sozialprozeß« ins Feld geführt. In seinem Artikel über Ägypten zeichnet er die Schritte der vor 20 Jahren begonnenen Infitâh (= wirtschaftliche Liberalisierung)-Politik nach, die nur in ständiger Angst vor neuen Sozialrevolten mit einer Politik des sozialen Kriegs durchgesetzt werden kann. Der soziale Krieg müsse nun selbst als Medium genutzt werden, um neue Formen des sozialen Kommandos in die Massenarmut hineinzutreiben, schreibt er. Dafür biete sich der radikale Islamismus mit seiner technokratischen männlichen Leistungselite an – ähnlich wie andernorts faschistische Gruppierungen. Der politisierte Islamismus sei da-

her gerade nicht Träger einer sozialrevolutionären »moralischen Ökonomie«, vielmehr suche er diese in ihrem eigenen Namen zu zerstören und im Medium des sozialen Krieges in neue Formen der sozialen Unterwerfung aufzusaugen. Leider bleibt »der Sozialprozeß« oder die mehrfach angeführte »städtische Massenarmut«, die er als Bezugspunkt für die sozialrevolutionären Kräfte in Europa betrachtet, auch in diesem Artikel merkwürdig gesichtslos.

Ein großer Teil der Aufsätze setzt sich mit dem islamischen Fundamentalismus bzw. dem politischen Islam auseinander. Die AutorInnen versuchen dabei vor allem, der verallgemeinernden Medienpropaganda eine differenzierte Sichtweise entgegenzusetzen. Sie klären zum einen die Begrifflichkeiten, zum andern stellen sie die Entwicklung des Islamismus in Ägypten und in der Türkei dar. Ihr politisches Urteil ist eher zurückhaltend.

Im nächsten Abschnitt geht es um die Krise der Linken nach dem Zerfall des politischen Bezugspunktes Sowjetunion. In einigen Ländern hat die Staatsfixiertheit der Linken, ihre Verwurzelung in der Bürokratie, sie zum natürlichen Feind der Unterschichten werden lassen, die nun ihr Heil in religiösen Kampfgemeinschaften suchen. Viele kommunistische Parteien haben sich nach europäischem Vorbild in sozialdemokratische Parteien verwandelt. Der Aufsatz von Faleh A. Jabar gibt einen Überblick über die kommunistische Bewegung im arabischen Raum, deren Mitgliedschaft einst in die Millionen ging. Sowohl der Text von Salim Tamari über die palästinensischen Linksparteien und als auch der Beitrag »Befreiung in den Staat?« von Jan Keetman/Udo Wolter über die soziale Programmatik der PKK beschäftigen sich mit zwei originär linken Strömungen, die sich immer mehr auf eine nationalistische Propaganda verlegt haben und dabei interklassistisch agieren.

Der Hauptteil des Buchs behandelt die »neue soziale Bewegung(en)«. Unter diesem Begriff werden recht unterschiedliche Kräfte zusammengefaßt: die Frauenbewegungen in der Türkei und in Palästina, die Geschichte der Klassenkämpfe im Iran gegen den Schah und gegen das Mullah-Regime, neue Gruppierungen in der kurdisch verwalteten Region im Nordirak, der Menschenrechtsverein in der Türkei und die Volksaufstände im Irak am Ende des Zweiten Golfkriegs.

Soziale Bewegungen wurden im Einleitungsaufsatz definiert als Bewegungen, die gegen die Staatsmacht, aber nicht um die Staatsmacht kämpfen. Sie werden getragen von sozialen Unterschichten, auch wenn sich die Führungspersonen oft aus den Mittelklassen rekrutieren. Sie seien wichtige Agenten sozialer Umwälzungen und auch Träger emanzipatorischer Inhalte, mit »linkem Politikverständnis« hätten sie jedoch wenig zu tun. Ihre Ziele und Folgen seien weitgehend systemimmanent, auch wenn sie sich »antisystemisch« äußerten. Deshalb taugten sie nicht als revolutionäre Subjekte.

Das hört sich so an, als ginge es da nur um Veränderungen im Kleinen, nicht auch um Volksaufstände, um blutige Revolten, um Aneignungskämpfe, die heftige Reaktionen auf seiten der Macht auslösen, die Kapitalstrategien scheitern lassen können. Bewegungen, deren Heftigkeit uns noch überraschen dürfte. Es wäre fatal, wenn die Linke nur noch die technologische Macht des Feindes wahrnimmt und alles, was dagegen passiert, in die Schublade »soziale Bewegung« steckt. Bereits während des Krieges der USA gegen den Irak war es schwer, die dahinter liegenden sozialen Eruptionen ins Bewußtsein der Linken und der Menschen, die hier gegen den Krieg protestieren wollten, zu bringen. Wenn sie jetzt, Jahre danach, endlich aufgearbeitet werden, sollte man sie ernstnehmen als Bewegungen, die auf reiche politische Kampftraditionen zurückblicken können, statt sie mit dem Mäntelchen einer neuen Bescheidenheit zuzudecken.

Bücher

Neuerscheinung im
VERLAG 2000

»Antirassistische Arbeit im Betrieb«

Autor: **Thomas Kuchinke**
Herausgeber:
TIE-Bildungswerk e.V.

Seit einigen Jahren beginnen sich unter dem Etikett 'Schlanke Produktion' neue Rationalisierungskonzepte in Betrieben ganz unterschiedlicher Branchen durchzusetzen:

Die vorliegende Broschüre beschreibt den Stand der Diskussion innerhalb eines TIE-Bildungswerk-Projektes 'Rassismus im Betrieb'. Dieses Projekt besteht seit 1992. Beteiligt sind GewerkschafterInnen aus England, Frankreich und Deutschland.

Es hat zum Ziel, dazu beizutragen, das Bewußtsein von Gewerkschaftern in Betrieb und Apparat auf die Höhe des Problems zu bringen. Das bedeutet nicht allein, es zuallererst einmal besser zu verstehen. Es muß eine Praxis angestoßen werden, die die Diskussionen aus dem Ghetto von Ausländerabteilungen, Ausländerbeiräten und Sonntagsreden herausholt und ihr die Bedeutung verleiht, die ihr allein angemessen ist: Die Diskussion über Rassismus ist eine Diskussion über die Zukunft der Gewerkschaften.

Verlag 2000 – Postfach 10 20 62
63020 Offenbach
Tel.: 069 / 88 50 06, Fax: 069 / 82 11 16
ISBN 3-88534-125-5
40 Seiten, DM 7,– zzgl. Porto

Der Bundeskanzler warnt

Lesen schadet der Gesundheit

Ein "ak" beispielsweise enthält mindestens 36 Seiten hochkonzentrierte linke Verdrehungen und böswillige Unterstellungen

Ach so, ja. Und wer oder was ist ***"ak"***?
Am besten selbst mal nachsehen.
Kostenloses Probeexemplar bestellen.
"ak" ist eine sozialistische Monatszeitschrift jenseits von Dogmatismus und Anpassung an den Zeitgeist.
"ak" erscheint seit 1971.
Übrigens : Das Kürzel steht für "Analyse und Kritik".

ak kostet DM 6,-, erscheint vierwöchentlich und ist in allen linken Buchläden und gut sortierten Zeitschriftenläden erhältlich
oder direkt bei
Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Schulterblatt 58B, 20357 Hamburg

Neu bei ISP

Anjel Rekalde
Herrera de la Mancha
Aufzeichnungen eines baskischen Gefangenen
Mit einem Vorwort von Eva Forest
1993, 235 Seiten, DM 28,00/öS 219,00/sFr 29,00

Emir Sader/Ken Silverstein
„Keine Angst vor besseren Zeiten"
Lula, Die PT und Brasilien
1994, 200 Seiten, DM 28,00/öS 219,00/sFr 29,00

Albert Sterr
Guatemala
Lautloser Aufstand im Land der Mayas
Reportagen, Interviews, Analysen (extra Fototeil)
1994, 287 Seiten, DM 36,00/öS 273,00/sFr 37,00

Karl Heinz Roth (Hrsg.)
Die Wiederkehr der Proletarität
Dokumentation der Debatte
1994, 285 Seiten, DM 29,80/öS 233,00/sFr 30,80

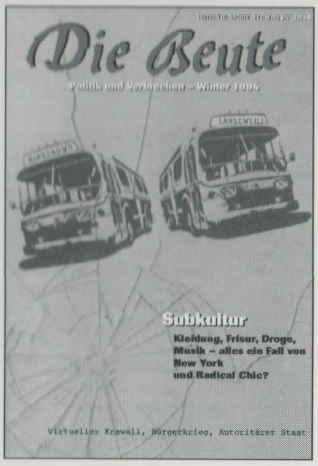
Winfried Wolf/Jutta Klaß (Hrsg.)
Festung Europa
Von den Freiheiten des Kapitals
im EU-Supermarkt und weltweit
isp-pocket 50
1994, 224 Seiten, DM 24,80/öS 194,00/sFr 25,80

Neuer ISP Verlag

Kasseler Straße 1a, 60486 Frankfurt/M.
Telefon 069/773045, Fax 069/773046

POLITIK UND KULTUR

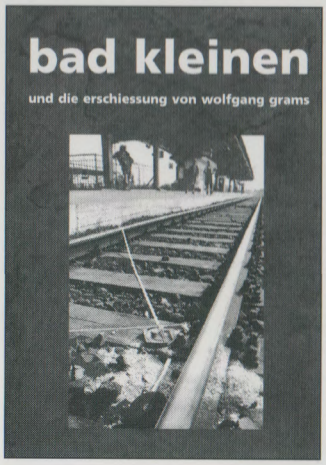
Die Beute Nr. 4/Winter 1994



Subkultur: • Diedrich Diederichsen: Die Elenden & die Erlebenden • Karl Nagel/Moses Arndt: Virtueller Krawall. Chaos-Tage '94 • Joanne Gottlieb/Gayle Wald: Riot Grrrls • Roberto Ohrt: Keine Kippenberger Debatte • Sandrone: Das Leoncavallo in Milano

weitere Beiträge: M.S. Bastian. Spiegelkabinett • Michael Fanizadeh: Polizeiüberfall auf das EKH in Wien • Pit Wuhrer: Sinn Feín und die IRA • Imran Ayata: Türkei, Kurdistan • Mediengruppe Refugium: Bleiberecht von Flüchtlingen • Dagmar Ganßloser/ Vanessa Barth: Solidarität der Uneinsichtigen • Christoph Kind: Rostende Banknoten • Johnny Moabit: Punk- und Hardcore Fanzines

144 Seiten, 14,– DM

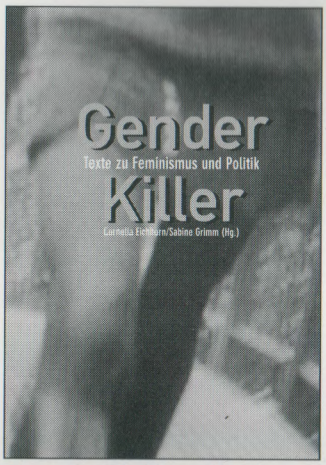


ID-Archiv im IISG (Hg.)

Bad Kleinen und die Erschießung von Wolfgang Grams

Nach wie vor ist dem Recht der Öffentlichkeit auf lückenlose Aufklärung der Ereignisse von Bad Kleinen und insbesondere der Todesumstände von Wolfgang Grams nicht Genüge getan. Weder von staatlicher noch von unabhängiger Seite wurde dies geleistet. Das vorliegende Buch soll zur Aufklärung beitragen und stellt unter den gegebenen Umständen gleichzeitig Gegenöffentlichkeit her. Dieses Buch macht deutlich, daß entgegen der offiziellen Version nicht von Selbstmord ausgegangen werden kann.

320 Seiten, 29,80 DM



200 Seiten
24,– DM

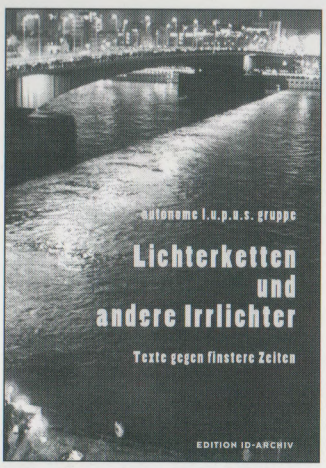
Cornelia Eichhorn/Sabine Grimm (Hg.)

Gender Killer

Texte zu Feminismus und Politik

Aus dem Inhalt: § 218 • Biopolitik und neue Technologien • Riot Grrrls • Politische Strategien von Migrantinnen • Feminismus und Kunst • Nationalstaat • Identitätszwang • Rechte Frauen • u.a.

Mit Beiträgen von: FEMIGRA, Antje Hagel/Antje Schuhmann, Sue Ruddick, Isabelle Graw, Kerstin Grether, Cornelia Eichhorn, Sabine Grimm u.a.



160 Seiten
20,– DM

autonome l.u.p.u.s.-Gruppe

Lichterketten und andere Irrlichter

Texte gegen finstere Zeiten

»Jede Teilnahme an den bemühten Differenzierungen von ›übersteigertem Nationalismus‹ und ›gesundem Nationalgefühl‹ setzt das Einverständnis voraus, in der deutschen Staatsangehörigkeit mehr als ein zufälliges Privileg und im deutschen Wesen anderes als das traditionelle Identitätsprojekt der Menschenjäger zu sehen.« *(l.u.p.u.s.)*

200 Seiten
24,– DM

Wohlfahrtsausschüsse (Hg.)

Etwas Besseres als die Nation

Materialien zur Abwehr des gegenrevolutionären Übels

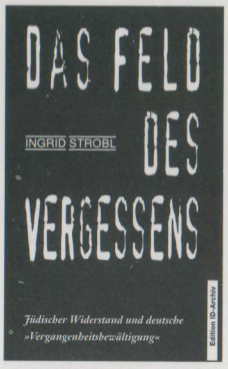
Hinter dem Namen Wohlfahrtsausschüsse verbirgt sich ein Zusammenschluß von Intellektuellen, KünstlerInnen und Polit-AktivistInnen, um mit direkten Aktionen, theoretischer Reflexion und situativen Spektakeln gegen die schleichende Verschiebung nach Rechts zu intervenieren.

190 Seiten, 14,80 DM

Projektgruppe (Hg.)
Antifa
Diskussionen und Tips aus der antifaschistischen Praxis

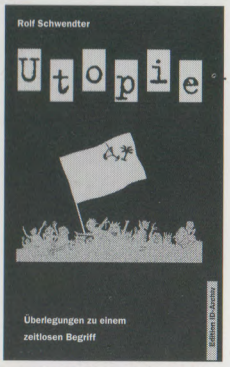
170 Seiten, 20,– DM

Hakim Bey
T.A.Z.
Die Temporäre Autonome Zone



140 Seiten, 14,– DM

Ingrid Strobl
Das Feld des Vergessens
Jüdischer Widerstand und deutsche »Vergangenheitsbewältigung«



120 Seiten, 14,– DM

Rolf Schwendter
Utopie
Überlegungen zu einem zeitlosen Begriff

140 Seiten 16,– DM

Andreas Simmen (Hg.)
Mexico
Aufstand in Chiapas
Ein WoZ-Buch

Edition ID-Archiv ✦ Postfach 360205 ✦ 10972 Berlin

»Im Hintergrund könnt ihr andere Stimmen hören, die von Unten, sehr viel zahlreicher. Das sind die Stimmen, die die Mächtigen nicht hören wollen, aber es wird immer schwerer, sie zu ignorieren. Einige dieser Stimmen sind ruhig und bestimmt, reden miteinander in schäbigen Wohnungen. Andere singen und tragen Gedichte vor auf den Marktplätzen oder erregen junge Herzen mit alten Geschichten tief in den Wäldern. Wieder andere diskutieren, planen ihre Zukunft, erfinden neue Welten. Viele sind wütend, werden immer ungeduldiger, egal, ob als Streikposten oder skandierend auf den Straßen.
Sie alle reden über
Revolution,
ob sie diesen Ausdruck gebrauchen oder nicht.«